Freitag, 16. Dezember 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 293 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Volkszählung: In der Bundesrepublik Deutschland kann eine Volkszählung stattfinden. Dazu muß aber ein neues Gesetz beschlossen werden; das alte ist vom Bundesverfassungsgericht teilweise für nichtig erklärt worden. Dem Gesetzgeber machten die Richter eine Reihe von Auflagen. Sie würden bei dem für das kommende Jahr angekündigten Entwurf berücksichtigt, erklärt Staatssekretär Waffenschmidt.

Hilferuf: Bei der ersten Veranstaltung der „DDR" in ihrem neuen Kulturzentrum in Paris hat der vom SED-Regime ausgewiesene Roland Jahn auf Flugblättern Freiheit für politische Häftlinge in Mitteldeutschland gefordert.

Evakuierung: Unter dem Schutz israelischer Truppen hat die Evakuierung mehrerer tausend Christen aus dem von Drusen belagerten libanesischen Ort Deil el Kmar begonnen. (S. 8)

Blüm besorgt: Der Sozialminister kritisiert die „besorgniserregende Kostenexplosion" bei Arzneimittelpreisen. Dieselben Produkte seien bei uns bis zu 150 Prozent teurer als im Ausland.

Ziel verfehlt: Die „Friedensbewegung" in den Niederlanden hat mit ihren Demonstrationen und der Polarisierung der öffentlichen Diskussion um die Nachrüstung nach jüngsten Umfragen nur erreicht, daß die Zahl der Nachrüstungsbefürworter um sieben Prozent zugenommen hat.

Moskau verhandelt nicht: Nach den Verhandlungen über Begrenzung und Abbau von Mittel- und Langstreckenraketen hat die Sowjetunion jetzt auch die Gespräche über einen ausgewogenen Truppenabbau in Europa abgebrochen, in denen es um konventionelle Waffen ging. Ob irgendwann weiterverhandelt wird, sollen Diplomaten klären. (S. 8)

Zornige Kritik: In einem Brief an den Redaktionsbeirat der Illustrierten „Stern" kritisiert Herausgeber Henri Nannen Versäumnisse der Redaktion, mangelnden „Biß" und Versuch der Lähmung des Redaktionsbetriebs durch vom Beirat vorgelegten Entwurf für ein Redaktionsstatut. (S. 3)

Militär entmachtet? Mit einer neuen Struktur des Oberkommandos der Streitkräfte will Argentiniens demokratisch gewählter Präsident Alfonsin die Generäle entmachten.

Frauen wollen dienen: Auf großes Interesse bei der weiblichen Bevölkerung seien Überlegungen gestoßen, Frauen bald freiwillig in der Bundeswehr Dienst machen zu lassen, berichtet Staatssekretär Würzbach.

Heute: Bundesrat verabschiedet Bundeshaushalt. – CDU-Landesausschuß in Berlin entscheidet über Weizsäcker-Nachfolge. – Gedenkkundgebungen der „Solidarnosc" an die polnischen Arbeiteraufstände von 1970 und 1981.

ZITAT DES TAGES



»Wir sind nicht für alle Mängel verantwortlich, die es auf dieser Welt gibt.«

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, in einem WELT-Gespräch über die Ziele der Entwicklungshilfe (S. 5)

FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Geldmengenziel: Zentralbankrat legt einen Zielkorridor von vier bis sechs Prozent fest (1983: vier bis sieben Prozent). (S. 9)

Privatisierung: Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer fordert einen Zeitplan für die Privatisierung von Bundesunternehmen. (S. 9)

Daimler zufrieden: Die Daimler Benz AG wird 1983 ihren Umsatz voraussichtlich um 0,7 Milliarden auf rund 31,6 Milliarden erhöhen. (S. 10)

Plus drei Prozent: Voraussage des Kieler Instituts für Weltwirtschaft für die Zunahme des Bruttosozialprodukts der Industriestaaten. (S. 9)

Reuters an die Börse: Die Nachrichtenagentur Reuters, mit Zentralsitz in London, wird ihre Anteile an der Börse verkaufen – Experten schätzen die Einnahme auf mindestens eine Milliarde Pfund. (S. 9)

EG-Einigung: Nach einjährigem Tauziehen haben sich die EG-Länder auf die Fangquoten für Nordseefisch geeinigt.

Kohlepfennig: Der Aufschlag auf die Stromkosten soll im nächsten Jahr unverändert bleiben: etwa 3,5 Prozent der Stromrechnung.

Börse: Auch die Autowerte sind jetzt an den Aktienmärkten in den Abwärtstrend geraten. Am Rentenmarkt hielt der Kursverfall an. WELT-Aktienindex 148,2 (148,8). Dollarmittelkurs 2,7596 (2,7685) Mark. Goldpreis pro Feinunze 388,75 (389,00) Dollar.

SPORT

Eiskunstlauf: Europameister Norbert Schramm und Rudi Cerne liegen bei den deutschen Meisterschaften nach der Pflicht gemeinsam auf Platz eins. (S. 17)

Fußball: Nur acht Mitglieder des 88 Jahre alten Vereins Eintracht Braunschweig sprachen sich gegen eine Änderung des Klubnamens in „SV Jägermeister" aus.

KULTUR

Peking restauriert: Zwei der berühmtesten Monumente, der „Turm der Trommel" und der „Turm der Glocke", werden mit einem Kostenaufwand von 1,6 Millionen Mark restauriert.

Künstlerdreieck: Junge Künstler sollen mit der gemeinsamen Ausstellung in Köln, Genua und Paris gefördert werden. Der erste Teil des Austauschprojekts ist ab heute in der Domstadt zu sehen.

AUS ALLER WELT

„Out" für Video: Die 20 000 Einwohner zählende Stadt Marshfield bei Boston wurde zur videospielfreien Zone. Die blinkenden Spielgeräte wurden – mit Billigung des Obersten Gerichts – verboten. (S.20)

Sprachschwierigkeiten: Bis zu 75 Prozent der Franzosen sind nicht in der Lage, schwierige Worte korrekt zu schreiben. 38 Prozent gaben bei einer Umfrage zu, beim Schreiben Fehler zu machen. Schuld seien Fernsehen und Telefon, mutmaßen die Befragten.

Wetter: Vom Westen her Bewölkungsaufzug, aber meist niederschlagsfrei.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bundesregierung kündigt neues Gesetz über Volkszählung an

Positive Reaktionen auf Karlsruher Urteil / Kritik nur vom Städtetag

DW. Karlsruhe

Die Bonner Regierungskoalition wird voraussichtlich im nächsten Jahr einen neuen Entwurf für ein Volkszählungsgesetz vorlegen. Dies hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, in Karlsruhe unmittelbar nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das alte Gesetz angekündigt. Waffenschmidt wies vor allem darauf hin, daß die Richter ausdrücklich festgestellt hätten, daß der Staat für seine Aufgaben als sozialer Rechtsstaat Daten erheben könne. Die Forderungen zum Verfahren müßten bei dem neuen Volkszählungsgesetz „eindeutig beachtet werden", denn das Gericht habe seine Rechtssprechung zum Persönlichkeitsschutz mit dem neuen Urteil fortentwickelt. Waffenschmidt sprach von der Hoffnung, „daß nach diesem Urteil alle Beteiligten in sachlicher Atmosphäre die nächste Volkszählung vorbereiten werden".

Sowohl Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch der Bonner SPD-Opposition begrüßten ebenso wie die Datenschutz-Beauftragten von Bund und Ländern das Karlsruher Urteil. So betonte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, daß die Entscheidung in doppelter Hinsicht den Vorstellungen seiner Partei entspreche: In der Notwendigkeit einer Volkszählung für die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und in der Berücksichtigung des Grundrechts auf Schutz des Einzelnen vor unbegrenzter Speicherung. Er halte Auswirkungen des Urteils auf das Bundesdatenschutzgesetz für wahrscheinlich.

Der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Karl Miltner sagte zu, daß die Auflagen der Verfassungsrichter in vollem Umfange beachtet würden. Die öffentliche Kampagne gegen das Gesetz habe viel Schaden angerichtet.

Nach Ansicht des Justizministers Hans Engelhard (FDP) wird nach der nun geschaffenen Rechtsklarheit von der Bevölkerung eine neue Volkszählung akzeptiert werden. Zugleich habe das Gericht eine deutliche Mahnung an den Gesetzgeber ausgesprochen, in dem sensiblen Bereich des Persönlichkeitsschutzes mit besonderer Behutsamkeit vorzugehen.

Kritik an der Karlsruher Entscheidung kam vor allem vom Deutschen Städtetag, der das Urteil als sehr problematisch für die Gemeinden bewertet. Denn nun könnten die Unterlagen einer Volkszählung den Gemeinden zu eigenen statistischen Auswertungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Damit seien die Nutzungsmöglichkeiten der Volkszählungsergebnisse stark eingeschränkt, obwohl gerade die Gemeinden dringend neue Daten benötigten.

So entschied das Verfassungsgericht

BRUNO WALTERT, Karlsruhe

In einem richtungweisenden Urteil zur Problematik der modernen Datenerfassung hatte das Bundesverfassungsgericht gestern vormittag das eigentliche Kernstück des Volkszählungsgesetzes von 1982, die wesentlichen Bestimmungen über die Weitergabe von Daten, für verfassungswidrig und damit nichtig erklärt. Außerdem stellen die Richter fest, die getroffenen Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation der Datenerhebung erfüllten die verfassungsrechtlichen Anforderungen „nur zum Teil"; das Gericht machte dem Gesetzgeber hierzu Auflagen.

Nach dem Inhalt des Urteils, das einstimmig erging, steht nun fest, daß eine Volkszählung zwar stattfinden kann, aber nicht auf der Grundlage des Volkszählungsgesetzes von 1982, das damals einstimmig verabschiedet worden war.

Die Verfassungswidrigkeit der Absätze 1, 2 und 3 des besonders umstrittenen Paragraphen 9 des Volkszählungsgesetzes von 1982, in dem die Datenweitergabe geregelt war, begründete das Verfassungsgericht damit, daß die Kombination der Volkszählung für statistische Zwecke mit dem Melderegisterabgleich verfassungsrechtlich nicht zulässig sei. Sie verletze das Recht auf „informationelle Selbstbestimmung", das sich aus den Artikeln 1 und 2 des Grundgesetzes (GG) ergibt. Dies sei der Fall, weil sie „tendenziell Unvereinbares miteinander verbindet, deshalb zur Erreichung der angestrebten Zwecke ungeeignet, in ihrem Inhalt unklar und daher in ihrer Tragweite für den Bürger unverständlich ist".

Die Karlsruher Entscheidung bedeutet, daß bei einem neu zu beschließenden Volkszählungsgesetz eine derartige Kombination nicht mehr zulässig sein wird. Das Volkszählungsgesetz von 1982 war gerade darauf abgestellt gewesen, Daten nicht nur für die Statistik zu erbringen, sondern zugleich der staatlichen Verwaltung die Möglichkeit zu geben, einen Teil der gemachten Angaben zur Aktualisierung ihrer Unterlagen zu verwenden.

SEITE 4:
Informationelle Selbstbestimmung

In der Urteilsbegründung heißt es insbesondere, es würde in unzulässiger Weise in das jedermann zustehende „Recht auf informationelle Selbstbestimmung" eingreifen, wenn „personenbezogene, nicht anonymisierte Daten, die zu statistischen Zwecken erhoben wurden und nach der gesetzlichen Regelung dafür bestimmt sind", für Zwecke des Verwaltungsvollzugs weitergegeben würden. Während für die Statistik „Identifikationsmerkmale (etwa Name und Anschrift) nur als Hilfsmittel dienen, sind sie in aller Regel für die Erhebung zu Verwaltungsvollzugszwecken wesentlicher Bestandteil".

Das vom Gesetzgeber ausgesprochene „Nachteilsverbot" (es bestimmt, daß Betroffene aus Erkenntnissen der Verwaltungsbehörden, die sich aus den Volkszählungs-Angaben ergeben hätten, kein Nachteil entstehen dürfe, mache die an sich verfassungswidrige Kombination zwischen Statistik und Melderegisterabgleich nicht zulässig.

Die Absätze 2 und 3 des Paragraphen 9, in denen es ebenfalls um die Weitergabe von Daten geht, wurden unter anderem wegen „fehlender Normenklarheit" für verfassungswidrig erklärt. Absatz 4, (Übermittlung für wissenschaftliche Zwecke) blieb unbeanstandet.

„EG-Agrarpolitik ist größtes Übel"

Mit massiven Warnungen wollen die USA europäischen Importrestriktionen vorbeugen

HORST-A. SIEBERT, Washington

Hohe Beamte der Reagan-Administration nehmen kein Blatt mehr vor den Mund, wenn über die Agrarpolitik der EG gesprochen wird. Sie wird als das größte Übel angesehen, weil sie riesige Überschüsse produziert, die wiederum subventioniert zu Lasten der amerikanischen Landwirtschaft auf Drittmärkte gekippt werden. „Wir haben nichts gegen Einkommenshilfen, lehnen aber jede Preisstützung strikt ab. Sie führt zu unkontrollierbaren Verzerrungen", heißt es am Potomac.

Für die massierten Warnungen, die in Washington die langsam einsetzende vorweihnachtliche Ruhe stört, gibt es zwei Erklärungen: Einmal soll die Brüsseler Kommission schon in den Startlöchern gestoppt werden, falls sie ernsthaft an eine Verwirklichung einfuhrbremsender Maßnahmen gegenüber amerikanischen Sojabohnen, Maiskleber und Zitrusabfällen denkt. Zum anderen ist die Administration durch die düsterste Handelsprognose seit Jahren aufgeschreckt worden.

Nach einer Kalkulation des US-Handelsministeriums werden die Vereinigten Staaten zum erstenmal seit 1972 wieder ein Defizit im Warenverkehr mit der EG erwirtschaften. Es soll in diesem Jahr mehr als eine Milliarde Dollar betragen, verglichen mit Aktivsalden von 3,5 und 8,7 Milliarden Dollar 1982 und 1981. Hinzu kommt, daß die amerikanischen Agrarlieferungen, die nahezu ein Viertel der Exporte in die EG ausmachen, in den ersten neun Monaten im Jahresvergleich von 8,9 auf 7,6 Milliarden Dollar gesunken sind. Von EG-Restriktionen betroffen wären landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von rund fünf Milliarden Dollar.

Die Sorgen, die in Washington umgehen, sind zweifellos in erster Linie

SEITE 8:
Parlament billigte EG-Haushalt

handelspolitischer Natur: Nach dem gescheiterten Teilembargo gegenüber der Sowjetunion will man keine weiteren Märkte verlieren, vor allem nicht in einem Wahljahr. Der teure Dollar ist schon Barriere genug. In der Agrarpolitik selbst unterscheiden sich die USA von der EG nur in der Art, in der die Hebel angesetzt sind.

Im Haushaltsjahr 1984, das am 1. Oktober begonnen hat, wenden die amerikanischen Steuerzahler direkt oder indirekt 32,6 Milliarden Dollar (rund 90 Milliarden Mark) für die Farmer auf. Es gibt kein anderes Land, das seinen Bauern so kräftig unter die Arme greift. Sie profitieren von dem engen Netz der Beratungsdienste und der Forschung, die sich Washington allein über 750 Millionen Dollar – kooperative Programme mit den Bundesstaaten eingeschlossen – kosten läßt. Hier ist auch die Ursache für die Ertragsexplosionen in den letzten 30 Jahren zu suchen. Über die ausländische Lebensmittelhilfe – P. L. 480, „Food for Peace" – stellt die US-Entwicklungsbehörde AID noch einmal zusätzlich 872 Millionen Dollar für 3,7 Millionen Tonnen Agrarprodukte bereit.

Auch die USA sitzen auf riesigen Getreide-, Butter-, Baumwoll- oder Tabakbergen. Washington geht jedoch verstärkt, wie jetzt bei Milch, dazu über, die Farmer für den Verzicht auf Erzeugung zu bezahlen. Wenn auch sehr teuer, wird das Brachland-Programm zur Drosselung der Getreideproduktion mit dem Namen „Payment in Kind" als ein großer Erfolg angesehen. In der letzten Saison schrumpften die Ernten, je nach Getreideart, immerhin um 20 bis 60 Prozent. Für jeweils 47 Liter Milch, die nicht vermarktet werden, erhält der US-Farmer in Zukunft zehn Dollar.

Diese Politik, die über eine gebremste Produktion zu höheren Preisen führt und Einkommenshilfen überflüssig macht, empfiehlt die Reagan-Administration auch Brüssel.

Blüm kritisiert hohe Pharma-Preise

Minister eröffnet konzertierte Aktion zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

PETER JENTSCH, Bonn

Mit heftiger Kritik an der deutschen pharmazeutischen Industrie hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestern die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen eröffnet. Die Arzneimittelpreise seien 1983 gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent gestiegen, erklärte Blüm. „Damit werden sie zu einer Hauptgefährdung des Konsolidierungskurses im Gesundheitswesen."

Der Pharmabranche warf Blüm insbesondere vor, eine Preispolitik ohne Vernunft zu betreiben. „Unsere Arzneimittelpreise liegen um bis zu 150 Prozent über denen des Auslands", dafür gebe es keine stichhaltige Begründung. In diesem Zusammenhang kritisierte Blüm auch die Verordnungstätigkeit [illegible] sei zu fragen, „ob [illegible] sinnvoll ist, daß Rentnern in der gesetzlichen Krankenversicherung dreimal so viel Arzneimittel verordnet werden wie anderen Versicherten". Legitim sei weiter die Frage, „warum bei uns unter den verordneten Arzneimitteln oft besonders teure Präparate gewählt werden, obwohl qualitativ gleichwertige, aber preisgünstigere Arzneimittel vorhanden sind, und warum Arzneimittel verordnet werden, deren therapeutische Wirksamkeit bezweifelt wird".

Für die Pharmaindustrie erklärte sich Professor Rudolf Kopf bereit, die Problematik der Kostensteigerung auf Dauer zu lösen und mit den Krankenkassen gemeinsam mögliche vertragsähnliche Beziehungen zu erörtern. Der Arbeitsminister hob weiter hervor, daß die Konsolidierung der Krankenversicherung in weiten Teilen gelungen sei. So hätten inzwischen mehr als 500 Krankenkassen ihre Beiträge gesenkt, der durchschnittliche Beitragssatz sei von 12 Prozent Anfang 1983 auf etwa 11,5 Prozent gesunken. Das bedeute für Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Entlastung von insgesamt drei Milliarden Mark.

Da aber Kostendämpfung allein keine Gesundheitspolitik sei und die Ausgaben der Kassen kein Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Medizinbetriebs, seien für die Bundesregierung künftig von besonderer Bedeutung: der Ausbau ambulanter Versorgungsangebote vor allem für Pflegebedürftige, die Entwicklung neuer Initiativen im Bereich der Gesundheitsvorsorge sowie Verbesserungen im Bereich psychisch Kranker.

DER KOMMENTAR

Zählen mit Auflagen

BRUNO WALTERT

Die gestrige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat nicht überrascht. Denn nach der spektakulären einstweiligen Anordnung, die das Karlsruher Gericht Mitte April – wenige Tage vor dem Zählungstermin – erlassen hatte, war eine Entscheidung wie die gestern ergangene zu erwarten: Immerhin hatten schon damals alle acht Richter an dem umstrittenen Paragraphen 9 des Volkszählungsgesetzes (Weitergabe von Daten) Anstoß genommen.

Dieser Paragraph ist nun in drei von vier Absätzen als verfassungswidrig aufgehoben worden. Damit wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Bestimmung für nichtig erklärt, die (im Frühjahr 1982) vom Bundestag und vom Bundesrat einstimmig beschlossen worden war. Damals war Helmut Schmidt Bundeskanzler und Gerhart Baum von der FDP, der sich immer so lautstark als Bewahrer persönlicher Freiheiten zu profilieren sucht, Bundesinnenminister. Insbesondere für ihn, den damals zuständigen Ressortchef, ist die gestrige Karlsruher Entscheidung eine schallende Ohrfeige.

Allerdings: Auch die Regierung Kohl ist von dem Urteil nicht ganz unbetroffen: Sie hatte – trotz eindringlicher Warnungen auch aus den eigenen Reihen – darauf bestanden, die Volkszählung mit dem problematischen Gesetz aus der Schmidt/Baum-Zeit zu vollziehen.

Nun geht alles noch einmal von vorne los: Die Bundesregierung muß ein neues Gesetz ausarbeiten und vorlegen, Bundesrat und Bundestag müssen ein neues Volkszählungsgesetz beschließen. Nach allem, was in den vergangenen Monaten in dieser Frage hochgekocht ist, läßt sich absehen, daß es dabei zu einstimmigen Beschlüssen im Bundestag – und wohl auch im Bundesrat – nicht mehr kommen wird. Hier kündigt sich heiße innenpolitische Konfliktmasse an.

Der Gesetzgeber wird bei der Neufassung eines Volkszählungsgesetzes auch die Auflagen berücksichtigen müssen, die das Verfassungsgericht für die Organisation der Zählung gemacht hat. Sie sind einschneidend. Wenn dann das, was schließlich herauskommt, ebenfalls Volkszählungsgesetz heißen wird, so wird es, gemessen am alten Gesetz, weitgehend veränderte Qualität haben. Denn der für nichtig erklärte Paragraph 9 des bisherigen Gesetzes war, im Effekt jedenfalls, das Kernstück des alten Volkszählungsgesetzes.

Im Mai unter zwei Millionen Arbeitslose?

dpa, Nürnberg

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik könnte im Mai und Juni 1984 erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Grenze rutschen. Diese Hoffnung äußerte gestern der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl. Im Durchschnitt werde die Arbeitslosigkeit im neuen Jahr aber nicht niedriger sein als 1983. Damit werde 1984 das zweite Jahr mit durchschnittlich über zwei Millionen Arbeitslosen.

Stingl verwies darauf, daß der steile Anstieg der Arbeitslosigkeit im Spätsommer nach dreieinhalb Jahren zum Stillstand gekommen ist. Im Oktober und November habe die Arbeitslosigkeit – ohne Berücksichtigung der Saisoneinflüsse – sogar abgenommen.

Außerdem hofft Stingl, daß die Unternehmen, anstatt Kräfte zu entlassen, noch mehr die Kurzarbeit nutzen. Denn aus der hohen Inanspruchnahme der Kurzangebotes der Arbeitsämter habe sich eine starke Entlastung ergeben. Bei den Ausbildungsstellen werde es 1984 allerdings noch schwieriger als 1983 werden: Man müsse mit über 700 000 Jugendlichen rechnen, die eine Stelle suchen.

Für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Kurzarbeit werde 1983 fast ebensoviel aufgewendet, wie die Bundesanstalt an Beiträgen einnimmt: rund 28 Milliarden Mark. Doch benötigt die Bundesanstalt die Bundeszuschüsse nicht in voller Höhe. Geschätzt wird ein Minderbedarf von etwa zwei Milliarden Mark, die aber größtenteils für Arbeitslosenhilfe ausgegeben werden.

Fester Termin für Reise Kohls nach Israel

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird vom 24. bis 29. Januar zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Israel fahren. Er holt damit eine Reise nach, die im August wegen des Rücktritts des damaligen Ministerpräsidenten Begin kurzfristig abgesagt worden war. Gegenwärtig werden die Einzelheiten des Programms zwischen Bonn und Jerusalem abgestimmt.

Fest steht, daß der Bundeskanzler mindestens einmal zu einem politischen Gespräch mit Begins Nachfolger Shamir zusammentrifft. Außerdem ist eine Begegnung mit Staatspräsident Herzog vorgesehen. Wie gestern aus diplomatischen Kreisen verlautete, wird Kohl bei seinen Unterredungen die „ausgewogene Nahostpolitik" der Bundesregierung verdeutlichen und darauf hinweisen, daß Bonn die lebenswichtigen Interessen Israels nicht aus den Augen verliert. Andererseits will der Kanzler unter anderem die israelische Einschätzung des Libanon-Konflikts und des Golf-Kriegs erfahren. Wie es heißt, soll für die deutsche Seite die Frage von Waffenlieferungen kein Thema sein.

Der Ablauf der Reise wird voraussichtlich im wesentlichen dem Programm entsprechen, das für den gescheiterten Besuch vorgesehen war. Danach wird Kohl auch Oppositionsführer Peres sprechen, die Knesseth besuchen und mit Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sowie deutschen Emigranten zusammentreffen. Im privaten Teil will er die heiligen Stätten besichtigen.

Unbehagen über geplantes Pressegesetz in Frankreich

Mißtrauensantrag der Opposition zurückgewiesen

DW. Paris

Die französische Regierung hat mit ihrem umstrittenen Entwurf für ein neues Pressegesetz eine harte Frontstellung in der bürgerlichen Opposition und tiefes Unbehagen in der eigenen Mehrheit bewirkt. Die Debatte in der Nationalversammlung begann am Mittwochabend mit einem Mißtrauensantrag der Opposition, der jedoch erwartungsgemäß mit 333 zu 158 Stimmen zurückgewiesen wurde.

Die „Lex Hersant" – so genannt nach dem Zeitungsmagnaten Robert Hersant – beschränkt die Anzahl der Tageszeitungen, die unter gemeinsamer Leitung zusammengefaßt werden dürfen, und verbietet den gleichzeitigen Besitz überregionaler und lokaler Tageszeitungen.

Die Regierung verteidigt das Gesetz als notwendig, um der Pressekonzentration entgegenzuwirken und die Besitzverhältnisse in der Publizistik-Branche für die Leser durchsichtiger zu machen. Vertreter der Opposition vertraten demgegenüber die Ansicht, das Gesetz trage den Keim von „Totalitarismus und Autoritarismus" in sich und sei in Wirklichkeit gegen den konservativen Verleger Hersant gerichtet, der ein Zeitungs-Imperium mit drei überregionalen Blättern und 16 Lokalzeitungen besitzt.

Das Gesetz hat auch bei Mitgliedern der linken Regierungskoalition Unbehagen ausgelöst, weil sie es als schlecht vorbereitet ansehen. Die Kommunistische Partei, die eine Landeszeitung und vier Provinzblätter herausgibt, hat bereits ihr Votum gegen die Vorlage angekündigt, falls die Parteipresse nicht von dem Gesetz ausgenommen wird. Premierminister Mauroy betonte jedoch, das Gesetz solle nicht auf politische Parteien angewandt werden können.

Für diesen Fall wäre das Gesetz jedoch praktisch gegenstandslos, weil ein Verleger wie Hersant nicht daran gehindert werden könnte, es durch Umwandlung seiner Blätter in Parteizeitungen zu umgehen. Im Widerspruch zu dem Wunsch der Regierung, die Vorlage schnellstmöglich zu verabschieden, wollen die Sozialisten Zeit für eine tiefgreifende Änderung gewinnen und haben die Einberufung einer Sondersitzung des Parlaments für Januar durchgesetzt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Körbe

Von Herbert Kremp

Auf den ersten Blick ist es für den Konsumenten des Westdeutschen Rundfunks nicht verständlich, warum bekannte Journalisten dem bekannten Sender für bekannt einflußverheißende Angebote Absagen erteilen. Nach dem Chefredakteur der „Rheinischen Post", der für den Sessel des Fernsehdirektors interessiert werden konnte, hat nun auch Günther Müggenburg darauf verzichtet, in die Rolle des Fernseh-Chefredakteurs befördert zu werden. Zwei Körbe hintereinander – was schreckt von den öffentlich-rechtlichen Positionen eigentlich ab?

Die Gründe, aus denen die beiden Journalisten – sie gehören in jeder Hinsicht zur ersten Wahl – dankend verneinten, gleichen sich aufs Haar. Wer heute in die höheren Ränge einer Rundfunkanstalt aufsteigt, gerät zum einen unweigerlich ins Schollentreiben des Parteien-Proporzes und zum anderen in das Mitbestimmungsgerede von Redakteursversammlungen. Beides ist in den gegebenen Fällen geschehen, und beides war nicht nach dem Geschmack der Kandidaten. Sie sind es nicht gewohnt, in Backformen gepreßt zu werden, deren Konstruktion mit der Berufsverantwortung des Publizisten bestenfalls entfernt zu tun hat.

Eine besondere Note erhält die Absage Müggenburgs durch die Entscheidung, der öffentlich-rechtlichen Institution, die sich beziehungsreich Anstalt nennt, überhaupt den Rücken zu kehren und ein Angebot aus dem wachstumsträchtigen privaten Medienfeld anzunehmen. Er wolle sich von Parteien und Interessengruppen nicht mehr die Beine zusammenbinden lassen, sondern freiweg losmarschieren können, ließ der verdiente Fernseh-Mann vernehmen. In reinem Deutsch: Unternehmerischer Sinn sucht unternehmerische Aufgaben – und diese stellen sich im privaten, von Räten verschiedener Art noch unbedrohten Bereich.

Mit diesem Thema beschäftigt sich im übrigen auch der Brief, den Henri Nannen dem hauseigenen Redaktionsbeirat des „Stern" auf den Mitbestimmungstisch pfefferte. „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen", zitiert Nannen den deutschen Dichter. Daß es sich dabei nicht um Lessing handelte, wie Nannen lehrt, sondern um Schiller („Demetrius"), ändert an der zeitlosen Wahrheit des Wortes nichts.

Wer viel fragt

Von Enno v. Loewenstern

Eben noch haben unsere Friedensbewegten gegen die Volkszählung gezetert, weil der Datenschutz nicht gewahrt werde. Nun wollen sie selber eine Volkszählung ganz eigener Art veranstalten. Ihr Koordinierungsausschuß kündigt eine „Volksbefragung" über die Nachrüstung vor allen Wahllokalen bei der Europawahl am 17. Juni an. Wer nicht volksantworten will, könnte im Zweifel sein, ob er – die Wahllokale liegen ja nahe der Wohnung – nicht nachbarschaftlich erfaßt und für gewaltfreie Mahnwachen vorgemerkt wird. Das könnte der Tendenz zur Briefwahl Auftrieb geben, wenn der Unfug nicht rechtzeitig abgestellt wird.

Was man um so eher tun kann, als die „Befragung" sich erübrigt; die Antwort steht nämlich schon fest. Die „Friedensbewegung" müsse sichtbar werden lassen, teilte der Koordinierungsausschuß mit, daß eine Mehrheit des Volkes gegen diese neuen Raketen sei. Das wird auch gelingen; man muß nur richtig zählen. Aber damit es nicht zu kraß wird, muß man auch die „Aussage" richtig stellen: so gerissen, daß auch einige Gutwillige darauf hereinfallen könnten.

Die Aussage lautet demgemäß: „Ich lehne die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stopp der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen. Damit sollen auch der Stopp (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Rüstungsschritte in Ost und West – insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten atomaren Mittel- und Kurzstreckenwaffen – eingeleitet werden."

Also, wofür soll ein „Ja" zu diesem Text gelten: Nur für einseitigen Nachrüstungsverzicht, oder für beiderseitigen Abbau, Reagans Null-Lösung? Klug sind sie ja wie die Schlangen, diese sanften Tauben. Sie wissen genau, was herausgekommen wäre, wenn sie ehrlich um ein Ja oder Nein nur zu der Aussage gebeten hätten, um die es ihnen in Wahrheit geht: „Ich lehne die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles ab. Punktum." Und da ihre „Volksbefragung" nichts gilt, kann man gegen diese Roßtäuscherei nicht einmal beim Bundesverfassungsgericht klagen.

Galileis Student

Von Günter Zehm

Nicht Galileo Galilei habe den Umlauf der Erde um die Sonne bewiesen, sondern ein Student namens Benedetto Castelli, den der Meister also regelrecht bestohlen habe. Mit dieser Nachricht schreckte der Wissenschaftsredakteur der „New York Times" seine Leser, doch die Astronomen werden darob sehr gelassen bleiben. Die Wissenschaftsgeschichte muß nicht umgeschrieben werden.

Fest steht jetzt nur, daß Galilei und Castelli miteinander im Briefwechsel darüber gestanden haben, ob man „den Kopernikus induktiv belegen" könne. In einem Brief Castellis wird auf variierende Mondphasen der Venus hingewiesen, und Galilei will diese Phasen kurz darauf in seinem Superfernrohr auch tatsächlich beobachtet haben. Viele Gelehrte bezweifeln aber schon lange, daß der Mann aus Padua überhaupt etwas je hinreichend exakt beobachtet habe. Sie sehen in Galilei nicht so sehr den großen Experimentator als vielmehr den geschicktesten Propagandisten des neuen, heliozentrischen Paradigmas. Er mag ein voreiliger Marktschreier und nach stengsten Begriffen vielleicht sogar ein Scharlatan gewesen sein, ein Dieb war er jedenfalls nicht.

Was heißt überhaupt Diebstahl in der Wissenschaft? Kriminell einzustufende Wegnahme kommt so gut wie gar nicht vor. Das Problem, um das es jeweils geht, ist in der „scientific community" meist allseits bekannt, so daß es „nur" noch darum geht, die treffende Versuchsanordnung zu finden und über die technischen Mittel zu verfügen, um sie auch aufbauen zu können. Studenten und Assistenten, die einen kreativen Einfall gehabt haben, werden möglichen Ruhm fast in jedem Fall mit ihrem Professor, dem Herrn über das Laboratorium, teilen müssen.

Heutzutage sind die Professoren in der Regel immerhin so fair, daß sie sich bei Veröffentlichung des Forschungsergebnisses in einem Vorspruch bei ihren kreativen Studenten oder Assistenten bedanken. Zur Zeit Galileis war das völlig unüblich. Herr Castelli hätte, um selber zu Ruhm zu kommen, ein wenig mehr von sich hermachen müssen. Man hat aber nie wieder etwas von ihm gehört.



„So – zählen Sie, ehe er kahl ist!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Len Murrays Weg zum Frieden

Von Fritz Wirth

Sie kamen, um sich mit einem Waffenschein und mit Verbündeten zur entscheidenden Konfrontation mit der Regierung Thatcher und ihren Gewerkschaftsgesetzen ausrüsten zu lassen. Sie gingen mit der Klage, daß ihnen außer Mitleid und einer Tasse Tee nicht viel angeboten worden sei. So endete am Mittwoch nach sechsstündiger Diskussion ein Kriegsrat des britischen Gewerkschaftsvorstandes, der auf erstaunliche Weise zu einem Friedensrat wurde. Er versprach, künftig die Gesetze des Landes zu achten.

Was anderswo selbstverständlich klingt – für Großbritannien ist es ein Ereignis. So klar hat man in diesem Lande von den höchsten Herren der Gewerkschaftsbewegung noch kein Bekenntnis zum Prinzip des Rechtsstaates vernommen. Die am Klassenkampf orientierten und auf Konfrontation programmierten Kräfte der „Trade Unions" gingen seit Jahrzehnten davon aus, daß Arbeitsbeziehungen keine Sache für den Richter seien, daß die Gewerkschaften über den Gesetzen stünden. Und Parlamente wie Regierungen von Harold Wilson über Edward Heath bis zu James Callaghan fanden sich ohnmächtig damit ab.

Die Regierung Thatcher hat diesen selbstherrlichen Gewerkschaftsanspruch mit ihren Reformgesetzen beendet. Diese Gesetze erhielten jetzt durch den Vorstand des britischen Gewerkschaftsbundes praktisch ihr Gütesiegel. Es ist ein großes Ereignis in der bisher so chaotischen britischen Gewerkschaftsgeschichte.

Wie bedeutsam es ist, zeigen die Reaktionen der Überstimmten dieser Friedenskonferenz. Sie sprachen von einer „Katastrophe für die gesamte Gewerkschaftsbewegung", von einem „Ausverkauf der Arbeiterinteressen" und von einem „Schlag gegen die Freiheit der Gewerkschaften". Die Wahrheit ist wohl: Diese Gewerkschaften besaßen ein höheres Maß an Macht und strafrechtlicher Immunität als jede andere Arbeitnehmerorganisation in Westeuropa. Ihr Fehler war: Sie haben diese Macht mißbraucht und ihre Freiheit zu einer Willkür entarten lassen, die nicht nur die britischen Arbeitgeber, sondern auch die Bürger zu oft hilflosen Ausgelieferten der Gewerkschaftsfreiheit machten, die jene meinten.

Dieser Willkür ist ein Stoppsignal entgegengesetzt worden. Nicht nur durch die Regierung Thatcher, sondern durch den britischen Wähler, der dieser Regierung ein Mandat zur Gewerkschaftsreform gab, und schließlich gestern auch durch die besonnenen Männer um den britischen Gewerkschaftschef Len Murray.

Die militanten Gewerkschaftskräfte haben ihre Macht nicht nur zum Wohl des britischen Arbeitnehmers genutzt, sondern zu politischen Zwecken mißbraucht. Ein Mann wie der Bergarbeiterchef Arthur Scargill hat sich niemals bemüht, seine wahren Kampfziele zu verheimlichen. Er will mit schierer Gewerkschaftsmacht die politischen Strukturen dieses Landes ändern und diese gewählte Regierung auf außerparlamentarischem Weg zu Fall bringen. Er hat es öffentlich zum ersten Mal nur wenige Stunden nach der letzten Wahlniederlage Labours am 9. Juni so verkündet und seither Dutzende Male wiederholt.

Die Druckergewerkschaft NGA war in diesem Pokerspiel um die Macht schon lange eine Randfigur geworden. Hier war die große Konfrontation gegen die Regierung geplant. Die Hasardeure der Gewerkschaftsmacht hielten den Zeitpunkt für günstig, weil sie die Regierung Thatcher nach einer Serie von politischen Fehlurteilen und Fehlschlägen für angeschlagen hielten. Es war eine Fehlkalkulation. Diese Regierung mag in den letzten Monaten in einige Fallgruben geraten sein, ihre politische Orientierung aber hat sie kaum verloren.



Ende der Gesetzlosigkeit: Streikende britische Gewerkschaftler FOTO: DPA

Außerdem schickten die radikalen Kräfte zu diesem „High Noon" mit der Regierung die falschen Leute an die Front. Der Arbeitskampf der Drucker vermochte in der britischen Öffentlichkeit keine Gefühle zu wecken, schon gar nicht Mitgefühl. Der Grund: Es fehlte diesem Konflikt jede soziale Dimension. Hier gingen Männer mit einem Monatsgehalt von 8000 Mark auf die Barrikaden, um Pfründe zu verteidigen, die nicht mehr in diese Zeit passen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben deutlich gezeigt: Die legendäre Militanz britischer Gewerkschaften ist in Wahrheit die Militanz einer radikalen Kaste ihrer Gewerkschaftsfunktionäre. Es ist das große Verdienst des Gewerkschaftschefs Len Murray, diese radikalen Funktionäre isoliert und der Mehrheit der gemäßigten und vernünftigen Kräfte in seiner Bewegung zum ersten Mal eine Stimme und Führung gegeben zu haben.

Ein historisches Ereignis also? Es gibt Grund, die Dinge etwas nüchterner zu beurteilen. Man darf nicht übersehen: Die Gewerkschaften haben gestern eine Waffenruhe beschlossen. Die Sieger dieses vorübergehenden Friedens und besonders die Regierung tun gut daran, den Beschluß nicht als eine Kapitulation der Gewerkschaften zu begreifen. Die Männer um Len Murray haben lediglich beschlossen, mit den politischen Realitäten zu leben. Sie haben die neuen Gewerkschaftsgesetze zur Kenntnis genommen, sie haben sie jedoch keinesfalls anerkannt.

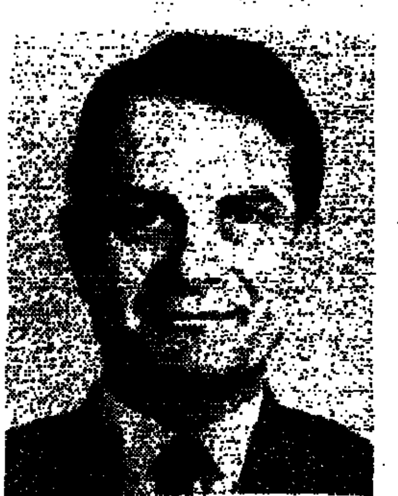
Langfristig sind sie entschlossen, diese Gesetze wieder aufzuheben. Sie warten lediglich auf die Rückkehr der Labour Party zur Macht, und diese Partei ist bereits fest im Wort, ihnen den Wunsch zu erfüllen. Sie kann nicht anders, denn sie lebt vom Geld dieser Gewerkschaften. Das sind die Realitäten des „Hü" und des „Hott" und des ewigen und wohl unausrottbaren Widerspruchs der britischen Politik, der aus möglichen historischen so schnell flüchtige und am Ende tragische Ereignisse werden läßt. Aber immerhin ist viel gewonnen, wenn, wer Gesetze ändern will, sie bis dahin respektiert.

IM GESPRÄCH Werner Stumpfe

Keine 35 Stunden für ihn

Von Wilm Herlyn

Nennen wir keine Namen. Sagen wir nur, daß einige Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite mit ihren Damen zusammensaßen. Die Damen erwähnten, daß ihre Männer während der Tarifverhandlungsrunden kaum zum Schlafen kämen. Da sprach einer dieser Männer: „Das ist noch gar nichts. Das letzte Mal fand ich eine Notiz meiner Frau auf dem Kopfkissen: ‚Ich koche nicht mehr für Sie!'."



Drei harte Monate vor sich: Metall-Verhandler Stumpfe FOTO: DIE WELT

Der das berichtete, war nicht Werner Stumpfe, der neue Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber. Stumpfe ist nur bereit, zuzugeben, daß er dieses Jahr auf den geliebten Skiurlaub bis in den März hinein verzichten muß.

Wenn er am heutigen Freitag um zehn Uhr morgens im traditionellen Verhandlungsort, dem „Krefelder Hof" in der Seidenweberstadt, mit seinem Partner die Verhandlungen eröffnet, treffen zwei Landsleute aufeinander. Auch Karlheinz Bräuer von der IG Metall kommt aus Schlesien. Sonst allerdings gibt es nicht viele Gemeinsamkeiten. Die Gewerkschaft hat mit der 35-Stunden-Woche ein Prestigethema; die Arbeitgeber, die sich „mit Absicht nicht auf eine strikte Nein-Position" (Stumpfe) zurückgezogen haben, legen Gegenvorschläge vor: Teilzeitarbeit und/oder Vorruhestandsregelung.

Stumpfe, Jahrgang 1937, ist Jurist. Er blieb – auch wegen seiner schweizerischen Frau – lange Zeit in Zürich, kam 1965 nach Deutschland zurück, arbeitete bei der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und im Walzstahl-Kontor West GmbH, wurde dann Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl und ist seit 1981 Vorstandsmitglied für Personal- und Sozialwesen der Mannesmann Demag AG in Duisburg. Als die IG Metall 1978/79 mit ihrem Verhandlungsführer Kurt Herb den Einstieg in die 35-Stunden-Woche im Stahlbereich einzuläuten suchte, stand Stumpfe an der Seite des damaligen Verhandlungsführers Franz Josef Weisweiler.

Für ihn wie für Bräuer geht es vor allem wieder um die Frage, ob die 35-Stunden-Woche mehr Arbeitsplätze schafft. Nach Einschätzung der Metallarbeitgeber hätte ein Eingehen auf die Gewerkschaftsforderung Auswirkungen wie ein zusätzlich bezahlter Sechs-Wochen-Urlaub. Die Kostenbelastung schaffe nicht Arbeitsplätze, sondern vernichte sie. Stumpfe fragt auch, weshalb Gewerkschaft und Arbeitgeber dafür sorgten, die Ausbildungszeit der Lehrlinge auf drei bis dreieinhalb Jahre zu erhöhen: Die 35-Stunden-Woche verkürze diese Ausbildungszeit wieder um fünfeinhalb Monate. Eine 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich wiederum bedeute eine Kürzung von Lohn und Gehalt um 12,5 Prozent, und „das ist auch sozialpolitisch nicht vertretbar", meint Stumpfe – auch wegen des Nachfrageausfalls.

Nach Rechnung von Gesamtmetall dagegen könnte die Teilzeitarbeit bundesweit 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen; die Vorruhestandsregelung immerhin noch 75 000 dazu, verteilt auf fünf Jahre. Kann die IG Metall überhaupt noch auf diese Überlegungen eingehen, oder hat sie sich schon zu sehr festgelegt? Stumpfe kennt Bräuer aus anderen Tarifrunden und schätzt dessen Fairneß, die sich auch in Situationen beweise, in denen „die Nerven zum Zerreißen gespannt sind". Aber das Tarifgeschäft macht Bräuer nicht allein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALENPOST

Zur Bevölkerungspolitik meint das Hagener Blatt:

Die Chinesen verbieten, mehr als zwei Kinder in die Welt zu setzen, die deutschen Probleme liegen umgekehrt: Nicht die Übervölkerung, sondern die Dezimierung droht. In 16 Jahren wird die niedrige Geburtenrate unsere Bewohnerzahl um 4,5 Millionen verringert haben, 30 Jahre später wird noch ein Rumpfvolk von 23,8 Millionen übrig sein. Mehr Gräber als Wiegen. Die Möglichkeit, mit überschäumenden Prämien einen Babyboom zu entfesseln, liegt nahe. Dennoch wäre es nur ein materielles Herumdoktern an Problemen, die viel tiefer liegen und in Denkweisen zu suchen sind, die unter dem Prinzip der Selbstverwirklichung alte Grundwerte über den Haufen geworfen haben. Vor dem Beginn der Vergoldung der kinderreichen Familien, die nun wahrscheinlich zur nationalen Aufgabe wird, muß ein Umdenken einsetzen. Wie das zu bewerkstelligen ist, sagt kein Statistiker.

Westfälische Nachrichten

Zur Terrorszene meint die in Münster erscheinende Zeitung:

Der „Fahndungsdruck" läßt den Terroristen kaum Zeit, Luft zu holen. Die Sicherheitsorgane haben den größten Teil der Terrorszene fest im Griff. Trotz dieses beruhigenden Resümees tat Rebmann gut daran, davor zu warnen, jetzt locker zu lassen. Nicht nur, daß der gewonnene Boden sehr schnell wieder verlorengehen könnte, auch die „Isolation" und „Frustration" der linken Extremisten bergen Gefahren in sich.

LIBERATION

Die Pariser Linkszeitung geht scharf mit dem vor allem gegen den Großverleger Hersant gerichteten Entwurf für ein französisches Pressegesetz ins Gericht:

Die Art und Weise, in der das Gesetz über die Presse vorbereitet, angekündigt und verteidigt wurde, und jetzt die Ankündigung einer Sondersitzung des Parlaments im Januar, um es schnellstmöglich zu verabschieden, zeigt eine ganz und gar außergewöhnliche Versessenheit auf Ungeschicklichkeiten ... Diese Anhäufung von Ungeschick, kurzsichtigen Erwägungen und einseitigen Obsessionen ist vor allem für eine sozialistische Regierung in einem so sensiblen Bereich wie der Informationspresse überraschend ... Der Gesetzentwurf, der von Leuten ausgearbeitet wurde, die von der Tagespresse keine Ahnung haben, verfolgt die einzige Sorge, das nationale Netz der Zeitungen zu entflechten, welches der Besitzer des „Figaro" (Robert Hersant) aufgebaut hat, übrigens ohne – und das ist schließlich der Gipfel – dieses Ziel zu erreichen ... Ein Gesetz zur Befreiung der Tagespresse von den sie erstickenden Monopolen und Archaismen ist nötig. Es ist erforderlich, weil die französische Gesellschaft darunter leidet, eine im informativen Bereich so unterentwickelte und letztlich so dezentralisierte Presse zu haben. Ein Gesetz ist notwendig, aber nicht dieses.

Der Bonner Optimismus und die Erstarrung im Hradschin

Unsichere CSSR-Führung in einem bewegten Ostblock / Von Carl Gustaf Ströhm

Die Beziehungen zwischen Prag und Bonn würden nach dem Nachrüstungsbeschluß „schwieriger" werden. Das hat der tschechoslowakische Ministerpräsident Lubomir Strougal vor einigen Tagen erklärt. Inzwischen hat Bonn das erste unfreundliche Signal vom Hradschin erhalten: Ein bereits eingeplanter Besuch des CSSR-Außenministers Bohuslav Chnoupek in Bonn wurde kurzfristig abgesagt.

Damit bestätigt sich, daß die tschechoslowakische Führung in außenpolitischen und ideologischen Fragen – und die Raketen sind ja gerade für die Kommunisten beinahe ein „Glaubensproblem" – mindestens ebenso sowjetisch wie die Sowjets reagiert, manchmal sogar noch schärfer. Bereits der Jahrestag des Normalisierungsvertrags zwischen Bonn und Prag – er wurde am 11. Dezember 1973 abgeschlossen – ist von tschechoslowakischer Seite äußerst kühl begangen worden. Bezeichnend ist auch, daß zu diesem Jahrestag von Radio Prag zwar der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, nicht aber etwa der heutige Bundeskanzler interviewt wurde.

Brandt ebenso wie der als Außenminister der alten und neuen Koalition sehr stark in der Kontinuität stehende Hans-Dietrich Genscher gaben – der eine über die tschechischen, der andere über die deutschen Medien – relativ freundliche und optimistische Erklärungen zu diesem Jubiläum ab. Lauscht man diesen Tönen, so könnte man meinen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien so gut und so in Ordnung, wie sie es nur zwischen zwei Staaten „verschiedener Gesellschaftsordnung" und unterschiedlicher Blockzugehörigkeit sein können. Trotz solcher subjektiver und ministerieller Einschätzungen sind allerdings gerade anläßlich eines solchen Jubiläums einige kritische Fragen angebracht.

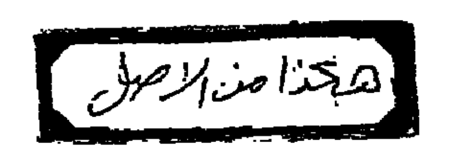
Es soll hier nicht bezweifelt werden, daß sich die deutsch-tschechoslowakischen Handelsbeziehungen entwickelt haben, daß es Familienzusammenführungen gegeben hat und daß es zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei – wenn auch in bereits weitaus bescheidenerem Maße – zu kulturellen Kontakten gekommen ist. Solche Tatsachen aber als „großen Erfolg" zu feiern, heißt, Banalitäten in welthistorische Ereignisse zu verwandeln. Schließlich sind Deutsche und Tschechen sowie Slowaken seit fast einem Jahrtausend Nachbarn im guten wie im bösen. Der böhmisch-mährische Raum war über Jahrhunderte ein Schauplatz gemeinsamer Geschichte, gemeinsamer Kultur, auch gemeinsamen Unglücks und gemeinsamer Schuld.

Gäbe es heute zwischen beiden Ländern eine „normale" Grenze, wie etwa zwischen der Bundesrepublik und Österreich oder der Schweiz und den Niederlanden, so würde das Bild der Beziehungen ganz anders aussehen. So aber hat es die Bundesrepublik mit Prag als einem besonders diffizilen Partner zu tun. Das hat seine Gründe nicht nur in der Ideologie. Auch Ungarn ist ein kommunistisches Land und Mitglied des Warschauer Pakts – aber die ungarische Haltung gegenüber Bonn ist weniger verkrampft, so daß sich sogar eine Art Vertrauensverhältnis entwickeln konnte.

Warum ist dies im Falle der Tschechoslowakei bis heute nicht gelungen? Warum klingen alle schönen Worte des Bonner Außenministers Genscher eher hohl, wenn er auf das Thema unserer Beziehungen mit Prag zu sprechen kommt? Es ist nicht nur das Münchner Abkommen oder der Zweite Weltkrieg, der von der gegenwärtigen tschechischen Führung gerne als Erklärung bemüht wird. Denn auch mit anderen Kriegsgegnern und Opfern des Dritten Reiches – auch im östlichen Europa – gibt es inzwischen recht gute Beziehungen.

Des Rätsels Lösung liegt anderswo: Die CSSR – oder genauer gesagt, die Kommunisten der Prager Führung – hat im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten ihre Rolle im europäischen Staatenkonzert irgendwie bis heute nicht finden können. Ungarn, Rumänien, Bulgarien, ja sogar die „DDR" – sie alle spielen in der gegenwärtigen Ostwest-Diskussion einen bestimmten Part. Manche dieser Staaten reagieren selbständiger, andere halten sich enger an die Moskauer Vorgabe. Aber sie alle haben eine profilierte Politik gepflegt. Die Prager Führung jedoch leidet offenkundig unter Berührungsängsten und tut sich schwer im Umgang mit der westlichen Welt, obwohl man gerade von Tschechen und Slowaken eigentlich etwas ganz anderes erwarten sollte.

Will man die Ursachen analysieren, so kommt man bald auf 1968 und die Folgen zu sprechen, vielleicht auch auf interne Schwierigkeiten innerhalb der CSSR-Führungsgarnitur. So kann der Chronist nur resümieren: Es ist schade, daß in Mitteleuropa trotz aller schönen Verträge und Ministerreden nur herzlich wenig Bewegung zustande kommt.



Das Fernsehduell der beiden Kandidaten endete unentschieden

Ein Fernsehduell zwischen Parteifreunden ist – nicht nur in Berlin – etwas Ungewöhnliches. Doch beim Streit um den Posten des Regierenden Bürgermeisters gab es auch dieses: 48 Stunden vor der Entscheidung der Partei stellten sich Hanna-Renate Laurien und Eberhard Diepgen dem Fernsehpublikum.

Von H.-R. KARUTZ

Nee, Kennedy gegen Nixon, das war's nun nicht", befanden die Berliner gestern über eine Berlin-Premiere von besonderer Delikatesse: Zum erstenmal wetteiferten zwei Repräsentanten derselben Partei, der CDU, vor rund 1,5 Millionen Zuschauern in West und Ost um die Siegespalme.

Hanna-Renate Laurien und CDU-Fraktionschef und -Landeschef Eberhard Diepgen saßen sich im Studio der „Abendschau" des Senders Freies Berlin „en profil" gegenüber. Den politischen Neuigkeitswert steuerte zu Beginn der bisweilen temperamentvollen, dann wieder gemütlichen Befragungs-Spiele der junge Moderator Werner Thies bei. Er zog einen Zettel aus der Tasche und verlas das Ergebnis einer im Auftrag von „Bild" vorgenommenen Blitz-Telefonbefragung von 849 repräsentativen Berlinern: 33 Prozent möchten Frau Laurien auf dem Sessel von Ernst Reuter sehen, 27 Prozent Diepgen. Wären mitten in dieser erheblichen Unsicherheitsphase der Berliner CDU Wahlen, gewänne sie SPD-Kandidat Harry Ristock, falls Diepgen der CDU-Herausforderer wäre. Frau Laurien indes hätte, so die Umfrage, mit 38:36 Prozent die Nase gegen Ristock vorn.

Das Rhetorik-Duell der beiden Wettstreiter auf dem Paukboden des SFB-Studios förderte an Einschätzung und Schätzenswertem keine neue Goldader zutage. Aber an der CDU-Basis kribbelte es: „Wir kommen nur zur Weihnachtsfeier, wenn ihr einen Fernseher aufstellt", gab das Parteivolk seinen Oberen für Mittwochabend Order. Bei Lebkuchen, Lametta und Leckereien delektierten sich die jeweiligen Parteigänger an ihren Favoriten. Hanna-Renate Laurien strahlte hinter ihren großen Brillengläsern über die „glückliche Berlin-Erfahrung" einer Zustimmungs- und Vertrauenswelle aus der Bevölkerung. Und sie sprach die schlichte Überlegung aus: „Die Gremien der Partei müssen prüfen, welcher Kandidat ihnen die Mehrheiten sicherer vermitteln kann." Wobei die Delegierten ihrem Gewissen und nichts anderem folgen sollten.

Mit Mutterwitz und zungenflinker Fechtkunst forderte sie vom Moderator Chancengleichheit in der Zeitbemessung: „Nein, Moment, nein, da bleibe ich dabei, Sie haben Herrn Diepgen auch nicht unterbrochen, mein Lieber, soviel Gleichheit verlange ich!" Im übrigen sei es ja, seufzte sie, „typisch, wenn Frauen drei Minuten reden, empfindet man das als zu lange, wenn Männer vier Minuten reden, sagt kein Mensch etwas ..."

Auch Eberhard Diepgen erfüllte die Erwartungen seiner Anhänger, die Frau Lauriens Führungsanspruch ohnedies als ungehörigen Verstoß wider den Ablauf längst vorgeplanter Machtverteilungs-Rituale betrachten.

Er antwortete kühl, gelassen, mit dem typischen leicht gequälten Gesichtsausdruck dessen, der es für ziemlich überflüssig hält, stets von neuem zu betonen, in den Kulissen längst das Sagen gehabt zu haben. „Aber als Fraktionsvorsitzender drängt man sich nicht vor." Konkreten Fragen des Moderators über CDU-Stimmen, die da meinen, Diepgen habe doch noch „so viel Zeit" und weshalb er denn nun jetzt schon unbedingt ins Ziel dränge, wich Diepgen aus: „Also, mir geht es um politische Inhalte."

Bisweilen erhellten Versprecher auch vieles, was sonst ungesagt bliebe: „Ich möchte, wenn ich Regierender Bürgermeister wäre ... werde ...", leitete Diepgen einen Satz über die vielen Wahlen ein, „die ich hier noch für die Union gewinnen will". In der Aufregung geriet ihm der Begriff Zwangsumtausch zum „Mindestaustausch", und sein Visavis Frau Laurien verhaspelte sich mit der Vokabel „DDR-Politik". Sie meinte wohl Deutschland-Politik.

Während Diepgen sogar ein bißchen Franklin D. Roosevelt mit seinem „New Deal" spielte und soziales Engagement „gerade für die Bürger der Stadt in den unteren Einkommensgruppen" erklärte, plazierte Frau Laurien einige griffige Formulierungen am Studiotisch: „Na, ist doch klar – Vater geht, Mutter bleibt", so sei die Stimmung der Berliner in einem Satz einzufangen. Als Diepgen begann, eine „vorgezogene Regierungserklärung" (Moderator Thies) abzugeben, machte Diepgens Konkurrentin kurzen Prozeß: „Das sind doch keine Sachpunkte, die uns unterscheiden. Wenn ich jetzt sozusagen nachkleckere, dann ist das im Grunde Pippifax, entschuldigen Sie ..."

Nur Hanna-„Granate", wie Frau Laurien scherzhaft genannt wird, wagte einmal, das Wort „Herz" zu gebrauchen und damit auch das Gemüt der Zuschauer zu speisen. Sie und Diepgen hatten sich mit der Kondition wahrer Profis auf die Runde aus der Braunschen Röhre vorbereitet. Beide ließen sich tagsüber im Rathaus Schöneberg von Bonner Journalisten ausfragen. Frau Laurien fuhr direkt aus dem Rathaus ins Studio. „Sie mag knallvolle Terminkalender und hat dann gleich den nötigen Pfiff drauf", sagt ihr Referent Joachim Dannert. Diepgen ließ sich als CDU-Chef vorab im Landesverband beschenken – beim Julklapp der Geschäftsstelle, wo Stunden zuvor 4500 Pro-Laurien-Unterschriften in handlichen Postsäcken von Bürgern abgegeben worden waren.



Getrennt durch den Moderator Werner Thies, aber gemeinsam vor die Kamera: Hanna-Renate Laurien und Eberhard Diepgen FOTO: STARK-OTTO

Nach der 20-Minuten-Sendung senkte sich die Pulsfrequenz beider Kandidaten rapide. Der jeweilige Troß war's zufrieden – Siegesgefühle pflanzten sich in die so gar nicht weihnachtlich gestimmten Gemüter beider Heerlager. Von 17 Uhr an wogt am Freitagnachmittag dann das Für und Wider der 101 CDU-Delegierten. Sie müssen wägen, was zumindest die Tendenz der Allensbach-Umfrage von „Bild" lehrt: Ein vorhandener tiefer Vertrauenseinbruch der Berliner gegenüber der Union bis merklich unter die 40-Prozent-Marke mit einem gleichbleibenden Plafonds von 35 bis 38 Prozent für die SPD, den offenbar eine Landesmutter eher vibrieren lassen kann.

Henri Nannen: Liebe „Stern"-Kollegen, was ist eigentlich in Euch gefahren?

Henri Nannen ist mit dem „Stern" unzufrieden. Über die Qualität der Illustrierten, die auf dem Markt zurückweicht, verfaßte er an den Redaktionsbeirat einen zornigen Brief. Die WELT dokumentiert:

Mit Sätzen, die krepierenden Handgranaten gleichen, setzte sich „Stern"-Herausgeber Henri Nannen in einem Brief an den Redaktionsbeirat der Illustrierten mit der gegenwärtigen Qualität des Produkts und dem Entwurf eines neuen Redaktionsstatuts auseinander. Der Brief, der unter dem 6. November datiert ist, wurde unter anderem offenbar durch das Titel-Bild der vorletzten Magazin-Nummer (Heft Nr. 49) inspiriert, das zweiundzwanzig nackte Brüste zeigte. Der Titel hatte in der Fachbranche, aber auch beim lesenden Publikum verständnisloses Kopfschütteln hervorgerufen.

Nannen nimmt in seiner Frontal-Kritik in der ihm eigenen Sprache darauf Bezug. Wörtlich schreibt er: „Was ist in Euch gefahren, daß der ‚Stern' seit Monaten nicht mehr beißt? Hat Euch die Hitler-Scheiße so verschreckt, daß Ihr jetzt zu anonymen Titten und anderen Leckereien Zuflucht nehmt, um am Ende doch keine Auflage zu machen? Hängt Euch die Zunge nur noch zwischen den Beinen steriler Puppen?"

Nannen wirft einen Blick im Zorn zurück auf die Zeit, da er als Chefredakteur die Aufmerksamkeit auf das Blatt gezogen hatte: „Wir haben Feuer unter Ministersesseln angezündet, wenn die Ärsche allzu selbstsicher darauf saßen, und wir haben der öffentlichen Hand auf die Finger gehauen, wenn diese Finger lediglich mit der Selbstbefriedigung von Amtsträgern befaßt waren. Wir haben die Dinge beim Namen genannt, Korruption Korruption, Heuchelei Heuchelei und einen Lumpen einen Lumpen."

Der Herausgeber fragt den Redaktionsbeirat, wogegen das Blatt eigentlich heute kämpfe. „Hat Euch der Verlag oder der Vorstand gehindert, das Thema ‚Neue Heimat' aufzureißen. Bleibt Ihr in der Affäre Flick zweiter Sieger (gegenüber dem ‚Spiegel', d. Red.), weil etwa Bucerius mit Brauchitsch oder Schulte-Hillen (Vorstandsvorsitzender von Gruner + Jahr, d. Red.) mit Lambsdorff gekungelt hatten?

Wo bleibt die Volksbefragung zur Nachrüstung im ‚Stern'? Ein Streitgespräch zwischen Wörner und Bahr und dann eine breit angelegte Umfrage, deren Ergebnis in der Woche vor der Bundestagsabstimmung im ‚Stern' gestanden hätte.

Demagogie wäre da freilich nicht gefragt gewesen, sondern objektive Information von beiden Seiten und dann – beherzt vorgetragen – die subjektive Meinung eines kompetenten ‚Stern'-Redakteurs.

Ein Streitgespräch zwischen Bahr und Wörner hätte der ‚Stern' nicht zuwege gebracht, höre ich. Aber früher haben Brandt und Strauß im ‚Stern' geschrieben und Schmidt und Barzel. Ach je, Hitler. Nun, Statut drüber.

Aber ‚Stern'-Redakteure lesen ja nicht einmal den Bericht des Bundesrechnungshofes, den Stoff, aus dem die Träume sind, wenn man's journalistisch richtig anfaßt.

Statt dessen treibt Ihr Nabelbeschau, faßt Resolutionen und verarbeitet Euer gestörtes Selbstbewußtsein zu Statutenpapier. Und zwischen die Seiten des ‚Stern' laßt Ihr den Sand der Langeweile und der verpaßten Gelegenheiten rinnen.

Liest man Euren Statutsentwurf, da kann einem Praktiker (ich weiß, Ihr nennt sowas einen Pragmatiker) schon grausen. Wer ist für das Thema, wer dagegen, Hand hoch! Und wer hat eine neue Idee? Augen schließen, Köpfchen senken und an den Ressortchef denken. Wofür hat man denn schließlich mitbestimmt?

Gelte der von Ihnen erarbeitete Statutsentwurf, dann wären wir vom VEB (Volkseigener Betrieb der „DDR", d. Red.) ‚Stern' nicht mehr weit entfernt. Aber das würde so wenig funktionieren wie alle VEBs. Und kein F. J. Strauß in Sicht, der einen Milliardenkredit mit Ideen einbrächte.

Statt dessen Chefredakteure und Ressortleiter, die geliebt werden wollen von der Mehrheit der Redaktion, von der sie abhängig wären. Doch ‚Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen' – das stammt zwar nicht von Henri Nannen, sondern von Gotthold Ephraim Lessing, ist aber trotzdem richtig.

Als ein Banker im Aufsichtsrat von G+J (Gruner + Jahr, d. Red.) einmal meinte, eine Redaktion sei ebenso zu führen wie ein Bankunternehmen, fiel mir der Unterkiefer herunter. Soll er mir wieder heraufklappen, wenn Journalisten ihre Abeit nach dem Betriebsverfassungsgesetz organisieren möchten? Von niemand anderem als von Karl Marx stammt der Satz, daß ‚in Redaktionsstuben keine Demokratie, sondern Diktatur zu herrschen' habe. Ich bin kein Marxist, aber ohne abschließendes Dictum läßt sich eine Redaktion so wenig führen wie ein Theater ohne das letzte Wort des Regisseurs.

Redaktion, das habe ich dem Banker damals gesagt, ist keine quantifizierbare Sache, kein Betrieb mit Dienstanweisung und Regeln, die die Kreativität ersetzen könnten. Redaktion ist Humus, in dem es gärt und brodelt. Ideen lassen sich nicht befehlen, sie steigen auf wie Blasen aus dem Humus, mehr oder weniger schillernd, und was soll's, wenn gelegentlich eine dieser Blasen stinkend platzt.

Nun wollt Ihr das alles regeln und statuieren. Und möglichst risikolos, unkündbar, Revolution mit Bahnsteigkarte, Freifahrschein mit Rückfahrtgarantie, rosarote Zeiten.

Und wenn das Statut einmal steht, dann steht es für immer, denn selbst gekündigt bleibt es wie Börner geschäftsführend im Amt, bis ein neues ausgehandelt ist, und das läßt sich ja leicht verhindern ...

Ein Verlag ist ein Wirtschaftsunternehmen. Sollten die Unternehmer allein das Risiko tragen, während ‚mitbestimmende' weil (mitarbeitende) Redakteure sich mit einer Abfindung davon machen könnten ...

Nein, meine lieben Kollegen, was Ihr da zu Statutspapier gebracht habt, ist der vorprogrammierte Klassenkampf zwischen Redaktion und Verlag. Und weil ich als Redakteur aus mehr als dreißigjähriger Erfahrung weiß, daß dabei immer die Redaktion unterliegt, warne ich davor."

An anderer Stelle kommt Henri Nannen in seinem Brief auf die Fälschung der Hitler-Tagebücher zurück, die das Magazin in die Krise gebracht hat. Im Zusammenhang mit seiner scharfen Kritik an der gegenwärtigen Qualität des „Stern" sagt Nannen: „Und wie verhält sich das zu Eurer eigenen Arroganz, zur verbalen Aufgeblasenheit eines Statutsentwurfs, der demokratische Tugenden predigt, während Ihr in Wirklichkeit darauf aus seid, es denen da oben mal gehörig zu zeigen. Denn bei denen verblieb ja die Schuld an der Katastrophe, nachdem sich die Redaktion der famosen ‚Selbstreinigung' durch den Klug-Ausschuß (er hatte die Fälschungsaffäre zu untersuchen, d. Red.) unterzogen hatte. Nie wieder soll Hitler von redaktionellem Boden ausgehen – und dazu braucht man wohl ein Statut gegen den Verlag, oder?

Was denn, daß alle Räder stillstehen, wenn der starke Arm der Redaktion es wollte? Mag ja sein, daß Ihr es dahin bringen könntet, wenn der Mumm in Euren Armen ausreichte. Wäre ich Reinhard Mohn oder Gerd Bucerius oder John Jahr, ich könnte gut dabei schlafen, denn für die meisten und die Lautesten unter Euch ist ja nicht der Streik die Ultima ratio, sondern die Gefahr, daß dann auch die Räder der EDV (Elektronische Datenverarbeitung, d. Red.) in der Gehaltsbuchhaltung plötzlich stillstünden, und da sei Gott vor!" (DW.)

Ex-Chefredakteur und Herausgeber: Henri Nannen FOTO: DPA



Chefredakteur und Herausgeber: Rolf Gillhausen FOTO: THOMAS GRIMM

Chefredakteur und Herausgeber: Peter Scholl-Latour FOTO: DPA



Seit September patrouilliert das US-Schlachtschiff „New Jersey" vor der libanesischen Küste FOTO AP

Wie eine Schildkröte vertraut die „New Jersey" auf ihren Panzer

Die „New Jersey" ist mehr als ein normales Schlachtschiff, sie ist ein Koloß aus einer fast schon vergessenen Zeit. Aber der Schein trügt: die Mannschaft ist gut geschult und die Bewaffnung modernisiert. Jetzt beschoß es zum erstenmal syrische Raketenstellungen im Libanon.

Von PETER M. RANKE

Unser Hubschrauber setzt auf dem Achterdeck der „New Jersey" auf, das 33 Meter breit ist. Die früher hier stehenden Luftabwehr-Geschütze hat man entfernt. Wir setzen die Helme ab, die den Krach der Rotoren erträglich machen, und rennen über die Ladeluke des Hubschraubers an Bord. Laufschritt ist bei der US-Marine bei Landungen und Starts offenbar Vorschrift.

Das Schlachtschiff mit seinen 56 000 Tonnen wiegt sich leicht in der Dünung des Mittelmeers vor der libanesischen Küste. Beirut mit seinen Hochhäusern ist im Dunst gut zu erkennen, auch die Berge dahinter. Dort irgendwo sind die Stellungen der syrischen Truppen und der Drusen-Miliz mit modernen sowjetischen Flugabwehrraketen, die die Aufklärer der 6. Flotte immer wieder beschießen.

Alltagsbetrieb an Bord. Auf der Back üben Marinesoldaten eine Flaggenzeremonie mit Gewehrgriffen und Paradeschritt. Neben ihnen putzen Matrosen das Messinggestänge der Reling, wobei sie sich sicher nicht überanstrengen. Über ihnen ragen sechs Geschützrohre der beiden vorderen Türme. Die Rohrkappen sind abgenommen, ein Turm ist immer auf die Küste gerichtet.

Die „New Jersey" läuft eine Schleichfahrt von sechs Knoten, fünf bis zehn Meilen (eine Meile = 1852 Meter) von der Küste entfernt (Höchstfahrt 30 Knoten). Ein langweiliger Törn zwischen Saida im Süden und Jounieh im Norden Beiruts. Und das nun schon seit Mitte September, als das vor einem Jahr wieder in Dienst gestellte Schlachtschiff aus dem Pazifik zur 6. Flotte ins Mittelmeer beordert wurde. Seitdem gab es für die 1400 Mann und 73 Offiziere an Bord keinen Landgang. Also nicht einmal ein Glas Bier oder Whisky, denn auf allen Schiffen der US-Marine darf kein Alkohol ausgeschenkt werden.

Neben uns laufen als Schutz ein Kreuzer und ein Raketenzerstörer, in der Nähe liegt ein alter Hubschrauber-Träger für die U-Boot-Abwehr. Der Träger „Independence" manövriert weitab, südlich von Zypern. Kommandant Richard D. Milligan, natürlich aus New Jersey, sieht sein Schiff aber nicht gefährdet, obwohl der Stahlkoloß mit seinen zwei Schornsteinen und den hohen Brükken-Aufbauten auf jedem Radarschirm gut zu erkennen ist.

Wie eine riesige Schildkröte vertraut das Schiff auf seinen Panzer, der bis zu 40 Zentimeter dick ist. An Deck gibt es nur Luken, keine Bullaugen. Die Brücke ist durch Panzerglas geschützt. Denn als das Schiff 1942 gebaut und ein Jahr später in Dienst gestellt wurde, sollte es den stärksten japanischen Schlachtschiffen widerstehen können. Heute dagegen sind es die Fliegerbomben und Flugkörper wie die „Exocet" oder die Raketen SS 21, gegen die es sich zu wehren gilt. SS 21 stehen im Libanon-Gebirge.

„Raketen schütteln wir ab wie Fliegendreck", meint Commander Azzolina in der geräumigen Offiziers-Messe. Er bezweifelt, daß Flugzeuge oder Raketen unbemerkt den Sicherheitsring um die „New Jersey" durchbrechen könnten, für Kreuzer und Zerstörer sei das aber anders. Der beste Schutz des für 326 Millionen Dollar modernisierten Schlachtschiffes sind die Trägerflugzeuge und die eigenen vier Vulcan-Phalanx, die radargesteuert sind und einem anfliegenden Feind 3000 2-cm-Geschosse pro Minute entgegenfeuern können.

Die „New Jersey" ist zwar vierzig Jahre alt, war aber nur insgesamt 14 Jahre im aktiven Dienst. Nach dem Krieg gegen Japan wurde sie 1948 „eingemottet", dann für Korea und Vietnam jeweils aktiviert. Jetzt ist das Schlachtschiff vor allem ein Artillerie- und Raketen-Träger gegen Landziele. Zu den drei Türmen, jeder zweitausend Tonnen schwer, mit je drei 40,6-cm-Geschützen, den größten der Welt, kommen acht Starter für 32 Cruise Missiles und 16 Harpoon-Raketen gegen Schiffsziele. Die mittelschwere Artillerie ist bis auf drei Zwillingstürme abgebaut worden.

Ein Leutnant von der Informationsabteilung, die an Bord ein eigenes Fernsehen betreibt und eine Zeitung herausgibt, betont, daß alle Soldaten auf der „New Jersey" Freiwillige seien. Sie verbrauchen am Tag soviel Lebensmittel wie eine vierköpfige amerikanische Familie im Jahr. Und zu Weihnachten gibt es natürlich „turkey" aus einer der drei oder vier Bordküchen.

Bei der Kletterei in den Drillingstürmen stößt man sich Knie und Ellenbogen. Alles ist automatisch, nichts geht – auch im Notfall – mit der Hand zu bewegen. Die 40,6-cm-Granaten sind mannshoch und schwer wie ein Volkswagen: Reichweite bis zu 40 Kilometer. Sie können neun Meter Beton durchschlagen; eine Salve vernichtet eine ganze Stellung oder Batterie. Der gesamte Libanon bis zur Bekaa-Hochebene kann von der „New Jersey" mit der Artillerie erreicht werden, die Cruise Missiles können noch über Syrien hinausfliegen.

Ob auch Atom-Sprengköpfe an Bord sind, will niemand sagen. Es ist unwahrscheinlich, da die Sicherheitsvorkehrungen einen größeren Umbau erfordert hätten. Schon heute werden die Granaten für die 40,6-cm-Geschütze nicht mehr hergestellt, die Marine greift auf 46 000 Reserve-Granaten aus dem Korea-Krieg zurück. Sie müssen auch für die beiden Schwesterschiffe „Missouri" und „Iowa" reichen, die jetzt „entmottet" und modernisiert werden und im nächsten Jahr zur Flotte stoßen.

Die Feuerkraft dieser Stahlriesen ist gewaltig, alle dreißig Sekunden können ihre Türme eine Salve feuern, und zwar äußerst zielgenau. Aber letzthin wird erst der Einsatz vor der Libanon-Küste oder woanders darüber entscheiden, welchen militärischen (und politischen) Wert diese Schlachtrösser aus einer ganz anderen Zeit haben. Das östliche Mittelmeer gilt eher als ideales Gewässer für eine Küstenmarine mit Flugkörper-Schnellbooten, wie die Israelis erfolgreich 1973 und im letzten Sommer bewiesen haben. (SAD)

Seite 8: Israelis retten Christen

Auf Galilei fallen Schatten

Angeklagt von der römischen Inquisition versprach er, das neue Weltsystem weder zu lehren, noch zu verteidigen. Jetzt, wo die Kirche über eine Rehabilitation nachdenkt, ist um Galileo Galiles Erbe unter Historikern ein Streit entbrannt: Hat der Italiener von einem seiner ehemaligen Schüler schlichtweg abgekupfert?

Von DIETER THIERBACH

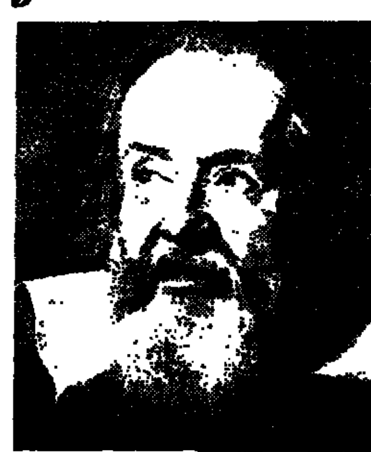
Galileo Galilei, das lernen heute schon die Jüngsten in der Schule, war derjenige, der als erster mit Hilfe eines neu entwickelten Fernrohrs die kühne Schlußfolgerung wagte, daß die Planeten, also auch unser Raumschiff Erde, ihre Bahnen um den Energiespender Sonne ziehen („Und sie bewegt sich doch").

Gerade jetzt, da ein päpstliches Komitee die Köpfe zusammensteckt, um das Urteil über Galilei zu revidieren, wird der Naturforscher von Wissenschaftshistoriker Richard S. Westfall angeklagt, seinen sensationellen Beweis einem Studenten schlichtweg geklaut und für seine Zwecke mißbraucht zu haben. Die „New York Times" berichtete jetzt von dem jüngst entbrannten wissenschaftlichen Disput.

Westfall stößt damit in das gleiche Horn, in das andere Gelehrte bereits seit Jahrzehnten kräftig blasen: Sie glauben nämlich, das Image von Galilei als Vater der experimentellen Wissenschaften müsse mit gemäßigtem Respekt betrachtet werden.

1564 in Pisa geboren, lehrte Galilei um die Jahrhundertwende als armer Professor an der Universität zu Padua. Er brauchte nötig Geld, um die Schulden seines Vaters bezahlen zu können und seinen Experimenten nachzugehen.

Wie Westfall nun berichtet, fand Galilei bald einen Weg, seinen Gönnern zu schmeicheln. Im Sommer des Jahres 1609 begann er, das weite Firmament mit einem selbstgebauten Riesenteleskop abzusuchen, das leistungsfähigste Fernrohr, das bis zu diesem Zeitpunkt konstruiert worden war.



Galileo Galilei (1564–1624) FOTO: TELBUNK

Den großen Clou startete er dann – so Westfall – im September 1610: Galilei war soeben in Staatsdienste übernommen worden und wirkte als Hofphilosoph und Mathematiker. Benedetto Castelli, ein früherer Student, schrieb seinem Meister im Dezember des Jahres 1610, daß Beobachtungen des Planeten Venus eine weitreichende Kontroverse über die Beschaffenheit des Universums auslösen könnten.

Bekanntlich ging der Wissensstand zu damaligen Zeiten auf Ptolemäus zurück, jenen Astronomen des zweiten Jahrhunderts, dessen göttliches System die Mutter Erde als Zentrum aller Himmelsmächte ansah. Mit seiner revolutionären Bemerkung, daß die Sonne statt dessen im Zentrum liegen könnte, entfachte Nikolaus Kopernikus im Jahre 1543 einen Sturm der Entrüstung.

Castellis Brief schlug nun die Durchführung eines Experimentes vor: Falls sich die Venus wirklich um die Sonne bewegen sollte, würde sie mondgleiche Phasen durchlaufen: von einer dünnen Sichel bis hin zur voll erleuchteten Kugel.

Sechs Tage, nachdem Castelli diesen Brief verfaßt hatte, behauptete Galilei in einem Schreiben an die Medici, daß die Venus Phasen zeige, „die – als Resultat – die wichtigsten astronomischen Probleme überhaupt betreffen".

In nachfolgenden Briefen sagte er, detaillierte Venusbeobachtungen im Verlauf von drei Monaten durchgeführt zu haben, um die kopernikanische Ansicht des Universums zu beweisen.

Mal von Galileis Aussagen abgesehen, so Westfall, gibt es keine Spur eines Beweises von solchen Beobachtungen seinerseits. „Vor Eintreffen von Castellis Brief legte Galilei keinerlei Absichten an den Tag, ein ernsthaftes Programm auf die Beine zu stellen, um sich mit eigenem Instrumentarium der kopernikanischen Fragestellung zu widmen. Genau das Gegenteil war der Fall."

Ernsthafte Plagiatsanschuldigungen dieser Art stammen bereits aus dem Jahr 1953, als Alexander Koyré von der Pariser Sorbonne meinte, Galilei habe seine Ergebnisse unter Verwendung der von ihm beschriebenen Ausrüstung gar nicht zu Papier bringen können.

Galilei hat aber auch weiter Verteidiger: Der von Dr. Westfall eingeläutete neuerliche Rundumschlag sei ein sehr umständlicher Weg, sich der Lächerlichkeit preiszugeben. „Das, was eine astronomische Entdeckung ausmacht, ist ja gerade das Zusammentragen von Beobachtungen", konstatiert der Historiker Drake. „Was Castelli schrieb, war jedem Astronomen seiner Zeit bekannt, aber ohne Fernrohr konnte man keine Beobachtungen machen. Die Entdeckung kommt eindeutig Galilei zu. Ich habe gute Gründe, zu glauben, daß Galilei schon drei Monate an der Sache war."

Seite 2: Galileis Student

Die Probleme des WDR mit der Besetzung von Spitzenpositionen

Müggenburg verläßt den Sender / Pleitgen als neuer Fernseh-Chefredakteur im Gespräch

WILM HERLYN, Köln

Der größte ARD-Sender, der Westdeutsche Rundfunk in Köln, scheint nicht mehr in der Lage, seine Spitzenpositionen besetzen zu können. Einen Tag, bevor heute der Verwaltungsrat formell mit dem Düsseldorfer Studioleiter Günter Müggenburg die Nachfolge von Theo M. Loch als Fernsehchefredakteur regeln wollte, sagte Müggenburg ab. Er verläßt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und wird Generalbevollmächtigter für neue Medien des Essener WAZ-Konzerns. Beobachter deuten die Verpflichtung Müggenburgs als deutlichen Schritt des Medienriesen in Richtung privates Fernsehen.

Müggenburg galt als „Fachlösung" nach monatelanger vergeblicher Suche des Intendanten Friedrich Freiherr von Sell (SPD). Unter anderem hatten Friedrich Nowottny (Studio Bonn) und Dieter Kronzucker (ZDF, Washington) abgesagt. Müggenburg sagte gegenüber der WELT: „Das Medienumfeld ist in Bewegung geraten." Da der WAZ-Konzern sich entschlossen habe, sich an den neuen Medien zu beteiligen, „suchten die einen Fachmann". Es hätten schon länger Kontakte bestanden. Der Vertrag sei aber über Nacht fertig geworden. Müggenburg: „Die Parteienzänkereien machen mir diesen Schritt aus dem öffentlich-rechtlichen System leicht. Ich möchte endlich ein kreatives Programm machen, ohne Rücksicht auf Parteien und Gruppeninteressen, die einem sogar die Beine zubinden."

Tags zuvor hatte schon der Chefredakteur der Düsseldorfer „Rheinischen Post", Joachim Sobotta, wissen lassen, daß er für weitere Erörterungen um die Nachfolge von Heinz Werner Hübner als Fernsehdirektor des WDR nicht mehr zur Verfügung stehe. Sobotta will offensichtlich nicht in die politischen Auseinandersetzungen geraten, die sich jetzt anbahnen. Friedrich von Sell wird, so ist aus dem WDR zu hören, als Überraschungscoup heute nun dem Verwaltungsrat den Washingtoner ARD-Korrespondenten Fritz Pleitgen präsentieren. Pleitgen hat vorher in Ost-Berlin und Moskau gearbeitet.

Die Personalquerelen im Westdeutschen Rundfunk haben inzwischen auch in der Düsseldorfer Staatskanzlei Unmut ausgelöst. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erklärte am späten Mittwochabend: „Ich habe den Eindruck, daß dort eine Indiskretionitis ausgebrochen ist." Dieser Vorwurf zielt auch in Richtung seines Amtsvorgängers Heinz Kühn, der stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Senders ist. Kühn hatte als erster in die Öffentlichkeit lanciert, daß der Chefredakteur der Düsseldorfer „Rheinischen Post", Joachim Sobotta, als Nachfolger von Fernsehdirektor Heinz Werner Hübner „durchaus akzeptabel" sei. Hübners Vertrag läuft Ende 1985 aus. Kühn signalisierte auch, daß die übrigen Gremiumsmitglieder mit dieser Lösung einverstanden seien.

Eine Redakteursversammlung von etwa 100 Redakteuren faßte jetzt einstimmig eine Resolution, in der dem Verwaltungsrat insgesamt vorgeworfen wurde, er verstoße mit „seinen personalpolitischen Aktivitäten" bei der Neubesetzung von Spitzenpositionen im Sender gegen das WDR-Gesetz. Damit werde der öffentlich-rechtliche Rundfunk „zum Spielfeld der politischen Parteien". Die Redakteure betonten, die festgelegte „Gewaltenteilung zwischen den Organen des WDR gestehe ausschließlich dem Intendanten das Initiativrecht in Personalfragen zu".

Der Protest der Redakteure war zwar laut, geht aber an der Sache völlig vorbei. Intendant Friedrich Freiherr von Sell versucht wohl in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, er habe von allem gar nichts gewußt, oder sei erst später informiert worden. In der Tat aber war er von Anfang an mit eingeweiht und hatte auch mit Sobotta selbst gesprochen. Er nahm dennoch die Äußerungen Kühns zum Anlaß seiner Kündigung, er werde 1986 nicht für eine weitere Amtsperiode kandidieren.

Auch der Verwaltungsratsvorsitzende Theodor Schwefer ist sich keiner Schuld bewußt. Er sagte: „Es gibt keinerlei Grund, die Arbeit des Verwaltungsrates zu kritisieren." Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, daß Chefpositionen „durch den Intendanten und die Aufsichtsgremien des Senders entschieden werden".

Seite 2: Zwei Körbe

Das Land Hessen will nicht zahlen

Mit der „DDR" vereinbarte Entsalzung von Werra und Weser droht zu scheitern

BERND HUMMEL, Eschwege

Die zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik vereinbarte Entsalzung von Werra und Weser droht an Finanzierungsproblemen auf westdeutscher Seite zu scheitern. Der Grund: Die hessische Staatskanzlei Wiesbaden hat angekündigt, sie werde einen finanziellen Beitrag zu den auf die Bundesrepublik entfallenden Kosten in Höhe von 200 Millionen Mark nicht leisten. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Holger Börner (SPD) beruft sich dabei auf das Verursacherprinzip, nachdem die „DDR" als Einleiter der Kalilaugen auch die Kosten für die Entsalzung zu tragen habe.

Im Bonner Kanzleramt hat das Ausscheren Börners Irritation und Verärgerung bewirkt. Denn die Rückkehr zum sogenannten Verursacherprinzip wird dort als politische Finte gewertet, weil diese Verhandlungsposition gegenüber der „DDR" längst aufgegeben wurde. Ein Jahrzehnt nämlich hatte man in Bonn an dem Grundsatz festgehalten, die „DDR" als Verunreiniger der Werra müsse die Entsalzung des Flusses finanzieren. Und aus Ost-Berlin war mit gleicher Ausdauer gekontert worden, Bonn habe die Kosten zu tragen, weil die Bundesrepublik den Nutzen eines sauberen Flusses habe. Nach 19 Verhandlungsrunden einer deutsch-deutschen Expertenkommission hatte man sich nach fast zweijährigen Gesprächen auf gemeinsame technische Lösungsmöglichkeiten und auf eine finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik verständigt. Seither galt auch die Kostenteilung zwischen Bund und Anrainerländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Bremen als beschlossen.

Staatssekretär Bartholomäi, Chef der Wiesbadener Staatskanzlei, ließ jetzt jedoch wissen, wenn sich die Bundesrepublik hinsichtlich des Verursacherprinzips auf eine Sonderregelung mit der „DDR" einlasse, dann werde ihre Verhandlungsposition in Umweltschutzverhandlungen mit anderen Ländern geschwächt. Im Kanzleramt hält man die Haltung des hessischen Ministerpräsidenten für politisch absurd. Kommentar aus der Umgebung von Kanzleramtsminister Jenninger: „Börner läuft grün angemalt herum, für den Umweltschutz macht er jedoch nichts." Eine finanzielle Sonderlösung werde es für Hessen nicht geben. Das werde Bundeskanzler Helmut Kohl dem Wiesbadener Regierungschef morgen in einem Gespräch „knallhart deutlich machen". Im Kanzleramt gibt es keinen Zweifel: „Wenn Hessen nicht zahlt, stirbt das Projekt!"

Die Werra aber ist schon längst tot. Die „DDR"-Kaliwerke jenseits der innerdeutschen Grenze leiten jährlich 30 Millionen Kubikmeter Abwässer in den Fluß. Das entspricht einer Salzmenge von maximal elf Millionen Tonnen pro Jahr. Da diese Laugen von der Werra in die Weser fließen, mußte Bremen angesichts der starken Versalzung bereits eigene Wassergewinnungsanlagen schließen. Durch die nun getroffene Vereinbarung zur Entsalzung der Flotation könnte aber die Salzmenge der thüringischen Kaliabwässer um 80 Prozent reduziert werden.

Vogel befürchtet ein „Jahr großer Sozialkonflikte"

rtr, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hat die Auffassung vertreten, die Bundesregierung und „bestimmte Kreise" in der Bundesrepublik strebten in der Auseinandersetzung über die 35-Stunden-Woche eine Machtprobe mit den Gewerkschaften an. Angesichts der „starren Haltung" der Metall-Arbeitgeber befürchte er 1984 ein Jahr großer sozialer Konflikte, sagte Vogel gestern gegenüber der Kölner Zeitung „Express". Noch nie habe eine Bundesregierung so stark für die Arbeitgeber Partei ergriffen wie die gegenwärtige. Vogel plädierte für die 35-Stunden-Woche, allerdings nicht bei vollem Lohnausgleich, sondern mit einem geringeren Lohnanstieg.

Signal-Urteil zu Warnstreiks?

AP, Hamburg

Ein wichtiges Zeichen für die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche sieht der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Hamburg-Schleswig-Holstein in einem Entscheid des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein, in dem die Warnstreiks der IG Metall bei den Tarifauseinandersetzungen 1981 für rechtswidrig erklärt wurden.

Die Metallarbeitgeber sehen sich durch das Urteil in ihrer Auffassung bestätigt, daß die von der Gewerkschaft propagierte „Neue Beweglichkeit" rechtswidriger „Erzwingungsstreik" sei. Unter der Parole „Neue Beweglichkeit" werden kurze Warnstreiks von einer halben bis zu zwei Stunden verstanden, oft verbunden mit Kundgebungen, Aufmärschen und Flugblattaktionen.

Eine Stellungnahme der Bezirksleitung der IG Metall in Hamburg zu dem Urteil war zunächst nicht zu erhalten. Erst zu Beginn des Jahres hatte auch das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg derartige Warnstreiks für unzulässig erklärt.

Zwei Millionen Polenpakete 1983

dl. Hannover

In der zentralen Umschlagstelle der Bundespost für Geschenkpakete nach Polen in Hannover ist am Mittwoch das zweimillionste Geschenkpaket dieses Jahr aus der Bundesrepublik nach Polen abgefertigt worden. Im vorigen Jahr waren insgesamt 8,6 Millionen Pakete nach Polen befördert worden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Informationelle Selbstbestimmung und die rechtlichen Schranken

Die Kernaussagen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz

BRUNO WALTERT, Karlsruhe

Aus dem gestern veröffentlichten 76seitigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz sind vor allem jene Passagen interessant, die sich mit den grundsätzlichen Problemen staatlich angeordneter Datenerfassung und mit deren Voraussetzungen befassen. In der Entscheidung finden sich dazu vor allem folgende Kernaussagen:

1. Angaben über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft

Dazu heißt es in dem Urteil: „Zur Bekenntnisfreiheit gehört nicht nur das Recht, seine religiöse Überzeugung zu bekennen, sondern auch zu schweigen." Das Gericht verweist dann aber darauf, daß diese „negative Bekenntnisfreiheit" nicht uneingeschränkt ist. Behörden dürften nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft fragen, „wenn davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert. Eine solche zulässige Ausnahme liegt hier vor . . .".

2. Auskunftspflicht

Hierzu heißt es: Die im Volkszählungsgesetz niedergelegten Verpflichtungen zur Auskunft verstoßen nicht gegen das Grundrecht auf Meinungsäußerungsfreiheit (Artikel 5 GG). Das gelte auch für die sich aus diesem Grundrecht ergebende „negative Meinungsäußerungsfreiheit": „Die Mitteilung einer Tatsache ist im strengen Sinne keine Äußerung einer Meinung", als solche zählten nur „das Element der Stellungnahme, des Dafürhaltens, des Meinens im Rahmen einer geistigen Auseinandersetzung".

3. Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

Zu dieser Frage finden sich in der Urteilsbegründung sehr ausführliche Passagen. So heißt es unter anderem: „Im Mittelpunkt der grundgesetzlichen Ordnung stehen Wert und Würde der Person, die in freier Selbstbestimmnung als Glied einer freien Gesellschaft wirkt." Ihrem Schutz diene insbesondere das in den Artikeln 1 und 2 GG gewährleistete allgemeine Persönlichkeitsrecht, „das gerade auch im Blick auf moderne Entwicklungen und die mit ihnen verbundenen neuen Gefährdungen der menschlichen Persönlichkeit" Bedeutung gewinnen könne. Die Befugnisse des einzelnen, „grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden", bedürfe „unter den heutigen und künftigen Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung in besonderem Maße des Schutzes".

Sie sei, so heißt es in der Entscheidung weiter, vor allem deshalb gefährdet, „weil bei Entscheidungsprozessen nicht mehr wie früher auf manuell zusammengetragene Karteien und Akten zurückgegriffen werden muß, vielmehr heute mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren Person (personenbezogene Daten) technisch gesehen unbegrenzt speicherbar und jederzeit ohne Rücksicht auf Entfernungen in Sekundenschnelle abrufbar sind. Sie können darüber hinaus – vor allem beim Aufbau integrierter Informationssysteme – mit anderen Datensammlungen zu einem teilweise oder weitgehend vollständigen Persönlichkeitsbild zusammengefügt werden, ohne daß der Betroffene dann Richtigkeit und Verwendung zureichend kontrollieren kann".

Individuelle Selbstbestimmung setze aber voraus, „daß dem einzelnen Entscheidungsfreiheit über vorzunehmende oder zu unterlassende Handlungen einschließlich der Möglichkeit gegeben ist, sich auch entsprechend dieser Entscheidung tatsächlich zu verhalten".

Das Allgemeininteresse

Das Recht auf „informationelle Selbstbestimmung" sei allerdings, so das Gericht, nicht schrankenlos: „Der Einzelne hat nicht ein Recht im Sinne einer absoluten, uneinschränkbaren Herrschaft über ‚seine' Daten; er ist vielmehr eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit". Grundsätzlich müsse daher der Einzelne „Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen".

Sie bedürften aber in jedem Fall verfassungsmäßiger gesetzlicher Grundlage, wobei der Gesetzgeber immer auch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten habe. Weiter müsse er „mehr als früher auch organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen" treffen, „welche der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken".

Bezogen auf das beanstandete Volkszählungsgesetz kommt das Verfassungsgericht dann zu dem Ergebnis, daß zwar – abgesehen von Paragraph 9 – die angegriffenen Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes nicht für nichtig erklärt werden müßten; einzelne Bestimmungen seien allerdings mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht nur „mit der Maßgabe vereinbar, daß der Gesetzgeber ergänzend für bisher fehlende grundrechtssichernde Organisations- und Verfahrensregelungen sorgt und damit die an eine Totalerhebung nach Art der Volkszählung 1983 zu stellenden verfassungsrechtlichen Anforderungen gewährleistet".

In dem beanstandeten Volkszählungsgesetz seien zwar die Gebote der Normenklarheit und der Verhältnismäßigkeit grundsätzlich beachtet; es sei „derzeit" auch nicht zu beanstanden, wenn davon ausgegangen werde, daß Stichproben oder die Kombination von Voll- und Stichprobenerhebung eine Totalerhebung nicht ersetzen könnten.

Das Gericht stellt dann aber fest, daß unter dem Aspekt des Schutzes der informationellen Selbstbestimmung ein „gegenüber dem bisher vorgesehenen Volkszählungsverfahren milderes Mittel" darin bestehe, daß die Zähler die Fragebogen lediglich austeilen. Die Auskunftspflichtigen hätten dann die ausgefüllten Bögen in verschlossenem Umschlag dem Zähler zu übergeben, bei der Zähldienststelle abzugeben oder an diese zurückzusenden, was kosten- und portofrei möglich sein müsse.

Zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung seien außerdem noch weitere verfahrensrechtliche Vorkehrungen für Durchführung und Organisation der Datenerhebung zu treffen, da das Volkszählungsgesetz insoweit die verfassungsrechtlichen Anforderungen „nur zum Teil" erfülle.

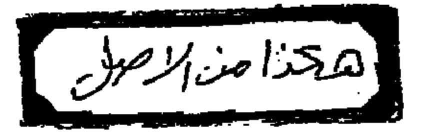
Das Gericht stellt dann fest, es beständen „Aufklärungs- und Belehrungspflichten"; die Richter schreiben vor, der Gesetzgeber habe sicherzustellen, „daß die Bürger über diese Rechte schriftlich belehrt werden. Auch ist deutlich kenntlich zu machen, soweit bestimmte Angaben (wie etwa die Telefonummer) lediglich auf freiwilliger Basis erhoben werden." Weiter wird zur Auflage gemacht, daß die zur Identifizierung dienenden Merkmale wie Name, Anschriften, Kenn-Nummern und Zählerlistennummern „zum frühest möglichen Zeitpunkt zu löschen und bis dahin von den übrigen Angaben getrennt unter Verschluß zu halten" sind.

Weiter heißt es in dem Urteil, zur Vermeidung von Interessenkollisionen müsse auf Zähler verzichtet werden, „bei denen im Hinblick auf ihre dienstliche Tätigkeit Interessenkonflikte nicht auszuschließen sind". Auch dürften Zähler nicht in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung eingesetzt werden.

Das Gericht legt schließlich fest, der Gesetzgeber habe dafür Sorge zu tragen, „daß der Inhalt des Fragebogens mit dem Gesetz übereinstimmt". Insbesondere dürfe der Inhalt der einzelnen Fragen im Fragebogen nicht weitergehen, als der Gesetzestext es zuläßt.

Dies muß als massive Kritik am Gesetzgeber des Jahres 1982 verstanden werden.

Über die Gründe, die das Verfassungsgericht veranlaßten, den Paragraphen 9 des Volkszählungsgesetzes für verfassungswidrig zu erklären, wurde auf Seite 1 berichtet.



Bayern macht Umweltschutz zum Verfassungsgebot

rtr, München

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß will die Verpflichtung zum Umweltschutz in die Landesverfassung aufnehmen, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes abgelehnt hat. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, teilte gestern mit, Strauß habe mit Kohl bei ihrem Spitzengespräch am Dienstag abend darüber gesprochen. Dieser habe geantwortet, eine solche Ergänzung sei „in absehbarer Zeit nicht zu erwarten".

Nun solle die Bedeutung des Umweltschutzes in der bayerischen Verfassung stärker verankert werden, sagte Stoiber. Bayern habe sich „schon immer der Anliegen des Natur- und Umweltschutzes mit besonderem Nachdruck angenommen" und nehme damit in der Bundesrepublik eine „absolut führende Stellung" ein. Bayern habe schon 1970 ein eigenes Umweltministerium geschaffen, das fortschrittlichste Naturschutzgesetz erlassen und das Problem der Waldschäden „frühzeitig erkannt und aufgegriffen".

Privatisierung von VW und Lufthansa?

AP, Hannover

Für einen weiteren Verkauf von Aktien im Bundesbesitz als ersten Schritt zu einer umfassenden Privatisierung haben sich in der „Neuen Presse" (Hannover) die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU und der FDP ausgesprochen. Hingegen lehnte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Roth dies in derselben Ausgabe der Zeitung entschieden ab.

Der FDP-Abgeordnete Helmut Haussmann forderte „bedeutende Fortschritte" bei der Privatisierung und präzisierte: „Für die nächsten zwei Jahre denke ich dabei an den Verkauf von VW- und Lufthansa-Aktien sowie an eine noch sehr viel geringere Beteiligung des Bundes an dem Energiekonzern VEBA." Matthias Wissmann (CDU) nannte eine Teilprivatisierung der Lufthansa bereits im nächsten Jahr ein „wichtiges Signal zur weiteren Privatisierung". Dabei sei ein Verkauf bis zu einer Sperrminorität von etwas mehr als 25 Prozent Bundesbeteiligung denkbar.

Seite 9: Privatisierung

Neue Akzente bei der Entwicklungshilfe

Warnke zur WELT: Ideologische Scheuklappen ablegen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die „Ent-Ideologisierung" der Entwicklungshilfepolitik hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), als einen wichtigen Akzent seiner politischen Konzeption bezeichnet. Hierin liege auch ein deutlicher Unterschied zur Politik der früheren Bundesregierung, sagte Warnke in einem WELT-Gespräch. Am auffälligsten werde das Bemühen, ohne „ideologische Scheuklappen" vorzugehen, am Verhalten gegenüber Ländern wie El Salvador und Nicaragua oder Zimbabwe.

In früheren Jahren, so sagte Warnke, sei in der Bonner Entwicklungshilfepolitik außerdem „viel Krampf" gemacht worden. So habe es als „unfein" gegolten, „wirtschaftliche Gesichtspunkte einfließen zu lassen". Er vertrete die Auffassung, daß die Entwicklungshilfe in erster Linie der Entwicklung des Partnerlandes dienen sollte, aber auch bei uns „beschäftigungswirksam" sein müsse. Diese Bundesregierung habe in ihrer Entwicklungshilfe auch „keine Berührungsängste" mit der Privatwirtschaft. Im Gegenteil. Er ermutige zu privatem Engagement, das unter anderem durch zinsgünstige Darlehen im Rahmen eines Förderungsprogramms für Niederlassungen unterstützt werde, sagte Warnke. Es mache auch keinen Sinn, die Entwicklungshilfe aus „schlechtem Gewissen" heraus zu betreiben, wie dies in früheren Jahren der Fall gewesen sei. Bonn könne seine Leistungen auf diesem Sektor vorzeigen, und es sei sich durchaus der Verantwortung bewußt. „Aber wir sind nicht für alle Mängel verantwortlich, die es auf dieser Welt gibt", betonte der Minister.

„Keine Besitzstände"

Aus den Zusagen früherer Bundesregierungen müßten in den kommenden Jahren insgesamt 27 Milliarden Mark zur Durchführung von Vorhaben der Entwicklungshilfe eingesetzt werden. An eigentlicher „Manövriermasse" verblieben immerhin noch 6,4 Milliarden Mark. Angesichts der knappen Haushaltsführung könne es aus der Sicht der Empfängerländer „keine Besitzstände" oder bedeutende Wachstumsraten geben. Ein Schwerpunkt der Entwicklungshilfe aber werde im kommenden Jahr Zentralamerika sein.

Das Tableau der Entwicklungshilfe betreffe im kommenden Jahr 124 Länder. El Salvador erhalte Entwicklungshilfe in Höhe von 25 Millionen Mark. Ein Zeichen sei bereits durch den Beschluß der Bundesregierung gesetzt worden, wiederum einen Botschafter in dieses Land zu entsenden. Davon unberührt bleibe die Forderung auf dem Tisch, daß in El Salvador die Menschenrechtsverletzungen aufhören müßten, gleich von welchen Gruppierungen sie ausgehen, sagte Warnke. Das Bemühen, zu einer „Ent-Ideologisierung" zu kommen, werde auch am Beispiel Nicaragua deutlich. Hier habe sich Bonn entschlossen, den Botschafter nicht abzuziehen, obwohl es auch dort „schlimme Vorgänge" gebe. Laufende Entwicklungshilfeprojekte in Nicaragua würden fortgesetzt, aber vorerst keine neuen begonnen, was praktisch einer „Sperre" gleichkomme, sagte Warnke. Er habe sich für dieses Vorgehen entschieden, weil er auf die Bemühungen der Contadora-Gruppe setze, die um ein „Mindestmaß an Pluralismus" in Nicaragua bemüht sei.

Die Rolle der „DDR"

Warnke vertrat die Auffassung, Bonn solle in der Entwicklungshilfepolitik „nicht strafend" oder mit der Meinung auftreten, „am deutschen Wesen soll die Welt genesen". Ein solches Verhalten hätte keinen Erfolg. Nicaragua aber habe am Beispiel von Grenada gesehen, daß „man nicht ungestraft seine Souveränität mißbrauchen kann". In diesem Zusammenhang rechtfertigte Warnke die amerikanische Intervention auf Grenada. Sie sei notwendig gewesen, um ein Vordringen des Kommunismus in dieser Region, vor der Haustür der USA, zu verhindern. Auf Differenzen in der Koalition angesprochen, die es in der Bewertung der Grenada-Frage gegeben habe, antwortete Warnke: „Ich habe den Eindruck, daß jetzt bei den drei Koalitionsparteien eine Homogenität in der Bewertung besteht." Nach dem Engagement der „DDR" in der Entwicklungshilfe befragt, antwortete Minister Warnke: „Wir treffen sie als Waffenlieferant, als Geheimdienstexperte und als Exporteur von Ideologie."

Kritik an „Diktatur in Chile"

AFP, Santiago

Die „schwerwiegende Situation" in Chile, wo die „Diktatur mit Unterdrückungsmethoden in schwerer Weise die Menschenrechte verletzt und die Freiheiten im kulturellen, politischen und gewerkschaftlichen Bereich einschränkt", hat die christdemokratische Weltunion auf einer Vorstandssitzung in Santiago in Chile kritisiert. An der vom Präsidenten der Organisation, dem Chilenen Andres Zaldivar, geleiteten dreitägigen Konferenz nahmen Vertreter aus Europa, Amerika und Afrika teil. In ihrer Schlußerklärung würdigten die Konferenzteilnehmer das Streben nach „Freiheit und Demokratie" trotz des Weiterbestehens von Diktaturen auf dem lateinamerikanischen Kontinent und den „Kampfwillen" in diesen Ländern.

In Anspielung auf die Lage in Chile und Uruguay sprachen sich die Christdemokraten für ein „möglichst großes Einvernehmen aller demokratischen Kräfte" aus und schlugen der Liberalen und der Sozialistischen Internationale „konzentrierte Aktionen zur Unterstützung des Strebens der Völker nach Demokratie" vor.

Arbeitslager für Oppositionelle

G. KONDER, Kiel

Nach einer zwölfmonatigen Verfolgungswelle, die sich gegen Christen, junge Nationalisten und andere Oppositionelle in Lettland richtete, sind am Mittwoch die letzten Urteile gefällt worden. Im vierten Prozeß der seit dem Sommer andauernden Verhandlungsserie wurden der 51jährige Rundfunkingenieur Gunnars Astra zu sieben Jahren Arbeitslager „sehr strengen Regimes", verbunden mit fünf Jahren Verbannung, und der 56jährige Dichter Gunnars Freimanis zu vier Jahren Arbeitslager „strengen Regimes" und fünf Jahren Verbannung verurteilt. Anklagepunkte waren unter anderem die Verbreitung des Romans „1984" von Orwell, von Gedichten, die sich mit der rücksichtslosen Industrialisierung und der sich daraus ergebenden Zerstörung der Umwelt in Lettland beschäftigen, sowie die Übersetzungsarbeiten an dem „baltischen Memorandum" von 1979, in dem die Aufhebung des Hitler-Stalin-Paktes gefordert wird.

Berlinguers Ostmission bisher ein Mißerfolg

Honecker zeigt sich unbeweglich / Nächste Etappe Belgrad

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit fast leeren Händen und „ziemlich pessimistisch" ist Italiens KP-Sekretär Enrico Berlinguer von der ersten Doppeletappe einer diplomatischen Ostmission zurückgekehrt. Ziel seiner Ostreise ist es, die erstarrten Fronten der Ostwest-Konfrontation in der Raketenrüstung aufzulokkern. Bukarest und Ost-Berlin waren die beiden Anfangsstationen seiner selbstgewählten Vermittlungsaktion. Belgrad folgt am 21. Dezember und Moskau ist für Anfang Januar ins Auge gefaßt. Zwischendurch sollen „Botschafter" der KPI nach Paris, Bonn und London entsandt werden.

Berlinguers Vorschlag, daß der Westen seine Raketennachrüstung sofort einstellen und der Osten auf die angedrohte Zusatzrüstung verzichten und darüber hinaus mit dem Abbau einiger der bereits installierten SS-20-Raketen beginnen sollte, fand zwar die Zustimmung des rumänischen Partei- und Staatschefs Nicolae Ceausescu, vermochte Erich Honecker jedoch in einer mehr als sechsstündigen Diskussion keinerlei positiven Kommentar zu entlocken. Der SED-Chef versprach lediglich, darüber nachzudenken.

Da jede Entscheidung von Moskau abhängt und dort die Stimme Ceausescus kaum Gewicht haben dürfte, kam es Berlinguer vor allem darauf an, Honecker für die italienisch-kommunistische Entspannungsinitiative zu gewinnen. Das ist offensichtlich nicht gelungen, obwohl Honecker für ihn ein alter Bekannter ist, mit dem er schon Anfang der fünfziger Jahre in der Leitung der kommunistischen Weltjugendorganisation zusammenarbeitete.

Nicht mehr erwartet

Die Position seiner Partei in der Raketenfrage umriß Berlinguer wie folgt: „In Europa dürfen keine neuen Nuklearwaffen installiert werden. Die Zahl der bereits vorhandenen muß stark reduziert werden." Honecker hatte dem nur ein starres Bekenntnis zu den Erklärungen Andropows entgegenzusetzen.

Nach seiner Rückkehr versuchte Berlinguer, den Mißerfolg mit der Bemerkung zu beschönigen: „Wir wußten von vornherein, daß die Machthaber der DDR viel enger (als die Runmänen) an diejenigen der Warschauer Paktstaaten gebunden sind. Sie haben versprochen, über unsere Vorschläge nachzudenken. Mehr konnten wir nicht erwarten und haben wir nicht erwartet." Ihm sei wichtig, so hatte er gesagt, daß er in Ost-Berlin „sehr aufmerksame Ohren" finde.

Und er hatte hinzugefügt, schließlich dürfe man nicht vergessen, daß die „DDR" zusammen mit der Tschechoslowakei eines der beiden sozialistischen Länder sei, die neue Sowjetraketen vom Typ SS 21 und SS 22 aufnehmen müßten. Ost-Berlin sei deshalb besonders sensibel für jede Initiative zur Abbremsung der Eskalation. Außerdem stelle sich für die „DDR" eines ihrer Zentralprobleme: Die Verhinderung der Verschlechterung oder gar des Abbruchs der innerdeutschen Beziehungen.

Berlinguer hält den Zeitpunkt für eine Abrüstungsinitiative heute für günstiger als noch vor einem Monat – trotz der inzwischen angelaufenen westlichen Nachrüstung und östlichen „Gegenmaßnahmen". Er begründet dies damit, daß die beiden Supermächte jetzt vor aller Welt Entschlossenheit demonstriert hätten.

Hoffnungen auf Stockholm

Der KPI-Sekretär setzt deshalb auch einige Hoffnung auf die Mitte Januar beginnende Stockholmer Abrüstungskonferenz, die er ähnlich institutionalisiert sehen möchte wie die KSZE. Wichtig sei freilich, so betonte er, daß beide Seiten noch vor Beginn dieser Konferenz „Signale" aussendeten. Allgemein gehaltene Appelle seien sinnlos. Man könne im Ernst nicht erwarten, daß Moskau auf einen allgemein gehaltenen Appell der westlichen Regierungen zur Wiederaufnahme der Raketenverhandlungen eingehe – ebensowenig wie man erwarten könne, daß sich die Amerikaner durch Drohungen Moskaus dazu bewegen lassen könnten, dem Warschauer Pakt das letzte Wort in einer strategisch-politischen Entscheidung des Westens zuzugestehen.

Als mögliche unilaterale „Signale" zur Vorbereitung der Stockholmer Konferenz nannte Berlinguer bei seiner Rückkehr nach Rom die Unterbrechung der Raketenstationierung im Westen und die Blockierung der Vorbereitung zur Dislozierung neuer sowjetischer Waffen im Osten.

Finanzminister ging: Streit mit Regierungschefin

dpa, Belgrad

Zwei Tage nach dem überraschenden Rücktritt des jugoslawischen Finanzministers Joze Florijancic ist in Belgrad durchgesickert, daß der Minister im Streit mit der Regierungschefin Milka Planinc „freiwillig gehen mußte", weil er mit den anderen Ressorts der Regierung nicht genügend zusammenarbeiten wollte. Außerdem sei Florijancic für eine dezentralisierte Finanzpolitik mit weitgehenden Kompetenzen der Republiken eingetreten, während Frau Planinc auf diesem Gebiet eher zentralistische Ansichten habe. Jugoslawien ist im Westen mit rund 20 Milliarden Dollar verschuldet.

Zunächst hatte es in der jugoslawischen Hauptstadt ein Rätselraten über die Gründe dieses seit 1946 einmaligen Rücktritts eines Finanzministers gegeben. Die Regierung gab in ihrer ersten Mitteilung dazu keine Begründung. Die Reporter der Zeitung „Politika Ekspres" wurden bei ihren Recherchen vom Büro der Regierungschefin an den Informationsminister und dann ergebnislos an subalterne Stellen verwiesen.

US-Botschaft in Kuwait war gewarnt

AP, Washington

Der amerikanische Geheimdienst CIA hatte die US-Botschaft in Kuwait rechtzeitig vor einem möglichen Terroranschlag gewarnt, verlautete in Washington. Eine entsprechende Warnung sei der Botschaft bereits Ende Oktober zugegangen, sagte ein CIA-Gewährsmann, der nicht genannt werden wollte. Ein anderer Informant teilte mit, außer der Botschaft in Kuwait seien auch die diplomatischen Vertretungen der USA in Ägypten und Saudi-Arabien auf die Gefahr eines Anschlags hingewiesen worden.

Die US-Botschaft in Kuwait war nur eines von insgesamt sechs Gebäuden, vor denen am Montag von Terroristen gelegte Bomben explodierten. Einer der CIA-Gewährsleute sagte, es gebe Hinweise darauf, daß Iran hinter den Anschlägen stehe, doch sei unklar, ob die Befehle zu den Attentaten von der iranischen Regierung ausgegangen seien. Ein anderer Informant ließ Kritik daran durchblicken, daß die US-Behörden den Warnungen der CIA nicht genug Beachtung geschenkt hätten.

Tanaka-Affäre und Steuern liefern Japans Opposition Wahl-Munition

Harte Konkurrenz auch innerhalb der Regierungspartei LDP / Einbußen befürchtet

FRED de LA TROBE, **Tokio**

In der Endrunde vor den Parlamentswahlen in Japan geht von den Propaganda-Wagen der Parteien ein wahres Trommelfeuer der Stimmenwerbung hernieder. Die Wahlmanager haben sich allerlei einfallen lassen. Einige setzen sprechende und winkende Roboter ein, andere werben mit Gruppen leichtgeschürzter Go-Go-Girls.

Ministerpräsident Nakasone und die Vorsitzenden der Oppositionsparteien führen den Wahlkampf über die eigenen Bezirke hinaus in wichtigen und hart umkämpften Kreisen. Die Umfrageergebnisse über den Wahlausgang klaffen diesmal ungewöhnlich weit auseinander. Nahezu Übereinstimmung herrscht nur hinsichtlich der Erwartung, daß die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) am Sonntag einige Federn lassen und die kleineren Mittelparteien, die buddhistisch orientierte Komeito und die Rechtssozialisten, kräftig zulegen werden. Die Mehrheit der Voraussagen geht davon aus, daß die LDP weniger als ihre bisherigen 285 Sitze aber mehr als die absolute Mehrheit von 256 Sitzen bekommen wird.

Hautnahe Fragen

„Im Falle einer entscheidenden Niederlage der Liberaldemokraten bei den Wahlen wird Japan das Vertrauen der Welt verlieren", verkündet Nakasone in seinen Reden. Zweifelsohne wäre mit einem Börsenkrach, einem Zusammenbruch des Yen-Kurses und Kapitalflucht aus Japan zu rechnen. Selbst vorsichtige Kapitalanleger haben aber eine solche Schlappe der LDP bisher kaum in Betracht gezogen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung könnte die Liberaldemokraten allerdings Stimmen kosten. Gerade gegen Jahresende sind viele konservative Wähler mit Geschäftsabschlüssen, Inventur oder Festtagspost sehr in Zeitnot. Laut den Umfrageergebnissen hat sich auch etwa ein Viertel der Wahlberechtigten noch für keine Partei entschieden. Das Thema der politischen Korruption könnte sich unter dieser Gruppe zuungunsten der LDP auswirken.

Andererseits hat sich in den letzten Monaten die Wirtschaftslage deutlich verbessert, und das ist ein Pluspunkt für die Liberaldemokraten. Die *Hauptthemen im Wahlkampf* sind so hautnahe Fragen wie die Konjunkturlage und eine mögliche Steuererhöhung, aber auch der Bestechungsskandal um den früheren Ministerpräsidenten Tanaka.

Tanaka wurde im Oktober zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er von der Firma Lockheed fünf Millionen Mark angenommen hatte. Der Ex-Premier hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und ist gegen Kaution auf freiem Fuß. Er kandidiert erneut als Unabhängiger um einen Unterhaussitz.

Hauptmunition für die Oppositionsparteien liefern die Tanaka-Affäre und die erwartete Erhöhung der Einkommenssteuer. Sogar Ryosaku Sasaki, der Vorsitzende der gemäßigten Rechtssozialisten, der schon gelegentlich als möglicher Partner in einer Koalition mit den Liberaldemokraten im Gespräch war, grollt auf Kundgebungen seiner Partei: „In diesem Wahlkampf streiten alle Oppositionsparteien vereint gegen die korrupte und plutokratische Liberaldemokratische Partei."

Nakasone bemüht sich, seine außenpolitischen Erfolge und das Verteidigungsthema in den Vordergrund zu stellen. Japan ist während seiner einjährigen Amtsperiode enger an seine westlichen Partner herangerückt. Die vom Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Masashi Ishibashi, befürwortete Politik der unbewaffneten Neutralität bezeichnete der Regierungschef als „nichts anderes als eine Kapitulation vor den Sowjets".

Frisches Image

Ishibashi, der sein Amt als Parteichef erst vor kurzem antrat, versucht seine Partei mit einem frischen Image vorzustellen. Am Festhalten der Sozialisten an überholten marxistischen Doktrinen und an innerparteilichen Fraktionskämpfen hat sich aber kaum etwas geändert. Die einzigen Lichtblicke sind mehrere Wahlbündnisse mit der Komeito und den Rechtssozialisten in hartumkämpften Kreisen, die zu einigen Sitzgewinnen führen könnten. Insgesamt ergaben aber die meisten Umfragen, daß die Sozialisten ihre Stärke nur gerade halten werden.

Auch den Liberaldemokraten *macht der innerparteiliche Hader* zu schaffen. In einigen Wahlkreisen liefern sich LDP-Kandidaten, die verschiedenen Fraktionen angehören, *scharfe Gefechte. Bewerber von Anti*-Tanaka-Gruppen stellen heraus, daß sie mit dem Ex-Premier nichts zu tun haben. Besonders brisant ist die Kampagne im Kreis Gumma nördlich von Tokio, in dem sowohl Ministerpräsident Nakasone wie auch der ehemalige Regierungschef Fukuda kandidieren. (SAD)

USA verteidigen Konsens mit Israel

Washington will sich Freiraum für die Politik mit der arabischen Welt verschaffen

TH. KIELINGER, **Washington**

Die arabische Welt, traditionell zerstritten, scheint einen neuen Sammelpunkt gefunden zu haben: Das amerikanisch-israelische Kooperationsabkommen, das Washington und Jerusalem vor gut zwei Wochen aus Anlaß des Besuchs des israelischen Premiers Shamir in der amerikanischen Hauptstadt vereinbarten. Dieses neue Verhältnis zwischen den beiden seit langem befreundeten Staaten hat zwischen Rabat und Bagdad eine einheitlich kritische Resonanz hervorgerufen.

Daß dies in den offen als radikal auftretenden Staaten, etwa Syrien oder Libyen, der Fall sein würde, hatten amerikanische Politiker vorausgesetzt. Daß auch moderate Regierungen wie Jordanien, Ägypten, Tunesien und Marokko in den Chor der ablehnenden Kritik einstimmen würden, verursacht in Washington teils nachdenkliche, teils verärgerte Reaktionen.

*Die nachdenklichen unter den Be*obachtern wollen es schon immer gewußt haben: Wir haben euch gewarnt, sagten sie in Richtung Administration, es kann nicht gut sein, *eine ohnehin bestehende enge Bezie*hung wie die zu Israel noch weiter hervorzuheben, indem man ihr institutionalisierten Rang einräumt. Das *muß die arabischen Freunde gerade*zu herausfordern und ihnen suggerieren, daß Washington seine Vermittlerrolle aufgegeben hat zugunsten einseitiger Parteinahme für die Belange und politischen Ziele Israels.

Die verärgerten Kenner weisen mit Unmut auf die unendlich zögernde Haltung der arabischen Freunde der USA hin – etwa Saudi-Arabiens oder König Husseins –, deren angeblich mäßigender Einfluß auf Syrien zum Beispiel bisher doch ziemlich fruchtlos geblieben sei.

Es ist ein Mißverständnis, so beharrt ihrerseits die Administration, in dem gefestigten Verhältnis zu Israel eine antiarabische Fronde sehen zu wollen. Im Gegenteil: Die Reagan-*Administration* hat sich mit dem Angebot zu enger Zusammenarbeit mit Israel geradezu den Handlungsspielraum freihalten wollen für weitere, ebenfalls enge Beziehungen zu befreundeten arabischen Staaten. Und zwar Beziehungen, die nicht mehr – so hofft man in Washington – durch beständige israelische Kritik und Gegenpropaganda erschwert werden.

Der strategische Schulterschluß mit Israel von vor zwei Wochen entpuppt sich somit als eine Maßnahme *zum Schutz der künftigen Politik* Washingtons gegenüber der arabischen Welt. In diese Politik kommen beispielsweise viele Militärlieferabkommen vor – immer ein besonderer Stein des Anstoßes in israelischen Augen.

Denn die Administration hat aus früheren Auseinandersetzungen mit Israel (siehe Awacs-Lieferung an Saudi-Arabien) den Schluß gezogen, daß man Israel grundsätzlich einer engen, strategischen Partnerschaft mit Washintgon versichern muß, ehe man ihm zumuten kann, die amerikanische Politik gegenüber der arabischen Welt zu akzeptieren.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Selektive Gerechtigkeit

Es ist schon eine rechte Gemein*heit! Da stimmen doch tatsächlich* böse Buben ein garstiges politisches Lied auf die juristischen Verse der nordrhein-westfälischen Justizmini*sterin Donnepp an.* Dabei hat der Casus der Staatsanwaltschaft Bonn gegen den amtierenden Bundeswirtschaftsminister nun wirklich nichts mit Politik zu tun. Es wird ja nur ein Spitzenpolitiker der Bestechlichkeit beschuldigt, er soll Spenden für die Kasse einer politischen Partei angenommen haben. Und daß diese Spenden im Zusammenhang mit einer politischen Entscheidung geflossen sein sollen und diese Entscheidung beeinflußt haben sollen – was ist denn daran politisch?

Rein unter juristischen Gesichtspunkten muß man wohl auch sehen, daß die derzeitige Opposition diese Entscheidung (nämlich die Steuerbefreiung der Flick-Millionen aus dem Verkauf von Daimler-Aktien) damals mitgetragen hat. Und daß ein Finanzminister der gleichen Partei den Bescheid unterschrieb. Doch das wollen wir lieber schnell vergessen, es paßt nicht ins juristische Konzept.

Heute beurteilt die Opposition diese Entscheidung als falsch. Und an diesem Haken will man den Partner von damals aufhängen – denn sonst bestünde ja kein Grund für den Vorwurf der Bestechlichkeit!

Bleibt zu hoffen, daß die Bonner Richter das Ansinnen ablehnen, eine damals für richtig befundene politische Entscheidung nachträglich neu zu bewerten. Auch wenn Frau Don*nepp* diesen Weg für geeignet hält, ihr politisches Mütchen auf solche juristische Weise zu kühlen.

St. Rath,
Bonn 1

*

Sehr geehrte Herren,

im „Stern" finden sich mehrere Seiten „Auszüge aus den Ermittlungsakten der Bonner Staatsanwaltschaft in der Flick– Affäre".

In der WELT las ich in einem Artikel, daß genau dieses, nämlich die Veröffentlichung von Unterlagen im Zusammenhang mit Anklageschriften und Ermittlungsverfahren nach Paragraph 353 d des Strafgesetzbuches, unter Strafe stehe.

Für den juristischen Laien ergeben sich hier Widersprüche und Fragen, so z. B.: Wenn die Veröffentlichung von Ermittlungsakten strafbar ist, so *doch wohl auch deren Herausgabe* an Unbeteiligte. Ist das nicht zugleich auch so etwas wie Diebstahl?

Was ist bisher denn strafrechtlich gegen solche und ähnliche immer wieder zu lesenden Veröffentlichungen geschehen?

Was ist geschehen, um die Weitergabe von Gerichtsakten zu verhindern? Macht sich die betreffende Justizbehörde nicht selbst strafbar, die solches fortlaufend zuläßt? Gleichgültig, ob sie zur Verhinderung bzw. Aufklärung nicht willens oder nicht fähig ist.

Produziert ein Staat oder eine Regierung nicht Unglaubwürdigkeit und Autoritätsverlust, wenn sie laut Gesetz unter Strafe stehende Handlungen oder Unterlassungen mehr oder weniger reaktionslos geschehen läßt?

Hat es Sinn nach Verschärfung von Gesetzen zu rufen, solange sie schon in der bisherigen Form nicht durchgesetzt werden können?

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. G. v. Pannewitz,
Bielefeld 1

*

Der Fall von Otto Graf Lamsdorff ist durch Vorverurteilung bekanntlich nicht der erste. Die Politik greift ins Recht. Keineswegs das erste Mal in der Geschichte. Wiederholt ist eine Gruppe von Staatsbürgern in Versuchung geraten, das Recht zu gängeln. Parlament, Exekutive und Recht, die drei Säulen unserer Verfassung, sind in der Gefahr, ins Spiel zu geraten.

Livius berichtet, daß Scipio Africanus, der Besieger Hannibals, sich über die Anklage eines Staatsverbrechens hinweggesetzt hat, indem er vor Gericht zwar erschien, jedoch die emotionale Anklage nicht achtend vorbrachte, heute begehe er den Jahrestag seines Sieges über Hannibal und gehe nun, den Göttern zu danken. Das Volk Roms folgte ihm (Liv. XXXVIII,50).

Sein Bruder Lucius Scipio, wegen Bestechung durch Antiochius von Antiochia angeklagt, wurde verur*teilt. Livius' Kommentator* bemerkt: „eine kleinliche Rache, da man an den Großen nicht herankommt" (Eisenhut, Die Lat. Sprache, 1970, S. 280). Exempla docent?

Dr. Arndt Müller,
Köln

Nichts erreicht

In seinem Leserbrief „Bock zum Gärtner gemacht" (WELT vom 29. November) weist Herr Pfeifer darauf hin, daß die DDR in Schul- und Lehrbüchern eine unerhörte Haßpropaganda gegen die Bundesrepublik betreibt. Haben Herr Strauß und die Regierung Kohl bei der Gewährung *des Milliardenkredits, durch den sie* so gut wie nichts erreicht haben, denn gar nicht bedacht, daß die allererste Forderung an die DDR auf einen Verzicht *auf diese Haß*propaganda lauten mußte? Hierzu mögen sich beide einmal äußern.

Wie steht es überhaupt mit den früher so sehr betonten gleichwertigen Gegenleistungen, die man für eigene Leistungen fordern wollte? Diesen Grundsatz hat die Regierung anscheinend völlig aufgegeben, wie aus den Mitteilungen über neue Stahlkredite hervorgeht, was sie für *den Wähler künftig unglaubwürdig* machen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hellmann,
Celle

Die Dummen?

Frage: Sind die Eltern die Dummen in der Bundesrepublik?

Eltern mit 4, 5 oder 6 Kindern sind 25 bis 30 Jahre lang bis zum Berufsabschluß ihrer Kinder finanziell, zeitlich und nervlich außerordentlich belastet. In dieser Zeit kann es in den meisten Fällen nicht zur eigenen Eigentumsbildung kommen; oft reicht es nicht einmal zu notwendigen *Rücklagen. Wenn die Kinder auf* eigenen Beinen stehen, sind die Eltern 50 bis 60 Jahre alt geworden.

Nun ergibt sich erstmalig die Gelegenheit, geldliche Rücklagen zu bilden. Wird aber eines der Kinder Arbeitslosenhilfe- oder Sozialhilfefall, dann tritt der Staat erneut an die Eltern heran, finanziell für das Kind einzutreten.

Frage: 25 bis 30 Jahre lang wurden alle Mittel für die Kinder eingesetzt. Mit welchem Recht tritt der Staat erneut an die alten Eltern heran? Er tut es mit der schlichten Erklärung: Die soziale Verpflichtung stehe vor jeder Eigentumsbildung, auch der von Rücklagen.

Jeder Bürger braucht sich nur ein kinderloses, doppelverdienendes Ehepaar vorzustellen, das

1. überhaupt keine Belastungen durch Kinder hatte und das
2. niemals damit rechnen muß, im Alter von einem Arbeits- oder Sozialamt wegen eines Kindes auf finanzielle Hilfe angeschrieben zu werden.

Dieser Zusammenhang zeigt: Die Eltern sind die Dummen; den kinderlosen Paaren geht es fein in unserer so sozialen Bundesrepublik. Das kinderlose Ehepaar kann unbeschränkt Eigentum bilden, dem kinderreichen Paar ist praktisch jede Möglichkeit dazu versperrt. Ein Rechtsstaat? Ein Sozialstaat? Jeder bilde sich selbst seine Meinung.

Reinhard Höhn,
Hamburg 70

Wort des Tages

„Wenn wir in unsere Zukunft sehen, so werden es nie die großen Ereignisse der Sichtbarkeit sein, die unser letztes Schicksal besiegeln. Das letzte, das eigentlich Keimende, entsteht nicht aus Kriegen, das entsteht nicht aus Siegen, das entsteht nicht aus Katastrophen, das entsteht nicht aus Papieren, das entsteht nur aus dem Geist und geht in den Geist."

Walther Rathenau, dt. Politiker (1867–1922)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNGEN

Zum zweiten Mal seit seiner Stiftung sind 37 Persönlichkeiten mit dem einstufigen Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet worden. Zu den Prominenten unter den Geehrten gehören Bundeskanzler **Helmut Kohl**, von 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, der luxemburgische Ministerpräsident **Pierre Werner**, der Erzbischof von München und Freising und frühere Speyerer Bischof Prof. Dr. **Friedrich Wetter**, der Oberbürgermeister von Straßburg, ***Pierre Pflimlin*** *und die Opern*sängerin **Erika Köth**, die ihre Laufbahn in Kaiserslautern begonnen hat.

*Unter den weiteren Ausgezeichne*ten befinden sich neben vielen Bürgern, die sich in vielfältiger Weise für ihre Mitmenschen vor allem auf caritativem *Gebiet betätigen und die* außerhalb eines begrenzten Kreises kaum bekannt sind, auch der dänische Journalist **Henrik Bonde-Henriksen**, *der Bonner Journalist* **Klaus Hofmann** und der Pressereferent der US-Streitkräfte, **Curt W. Felten**, sowie der amerikanischen Staatsbürger *Dr.* **Delbert Gratz**.

Laut Stiftungsurkunde ist der Orden für Frauen und Männer bestimmt, die „Außergewöhnliches und *Überdurchschnittliches für* Rheinland-Pfalz geleistet haben, deren Namen dazu beigetragen hat, daß der Name des Landes außerhalb *des Landes einen guten Klang hat*". Weiter heißt es in der Stiftungsurkunde: „Aber er soll genauso auch den Stillen im Lande gelten, denn viele der hervorragenden Leistungen werden nicht in der Öffentlichkeit, sondern im stillen erbracht."

Weil diese ursprüngliche Absicht „durch die Verleihung an Kohl verfälscht" worden sei, blieb die Führung der SPD-Landtagsfraktion in Mainz der Feierstunde anläßlich der Verleihung demonstrativ fern.

Bundespräsident **Karl Carstens** hat durch den deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl, **Walter Gehlhoff**, fünf in Rom tätige, deutsche Ordensangehörige ausgezeichnet: Das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhielten die beiden an der Päpstlichen Gregoriana-Universität tätigen Professoren P. Dr. ***Gustav Wetter*** *und P. Dr.* **Joseph Fuchs**, beide Angehörige des Jesuitenordens, sowie der Redemptoristenpater Prof. Dr. **Bernhard Haering**. Mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse wurden der Abtprimas der konföderierten Benediktiner, P. Dr. **Viktor Dammertz**, und der Jesuit P. Prof. Dr. **Eduard Huber**, Lehrer am Orientalischen Institut der Päpstlichen Gregoriana-Universität, ausgezeichnet.

Zum 25. „Geburtstag" der Volksaktie verlieh die Hermann-Lindrath-Gesellschaft den gleichnamigen, aus einem Fonds von 10 000 Mark gespeisten Preis an Dr. **Ulrich Fritsch**, Geschäftsführer des Arbeitskreises Aktie e. V., Düsseldorf, Dr. **Hermann Adam**, Lektor im Bund-Verlag, Köln, und Diplom-Volkswirt Dr. **Hans-Günter Guski**, Referent beim Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.

Kambodschaner bitten in Peking um mehr Waffen

AFP, **Peking**

Die drei Führer der antivietnamesischen Guerrilla-Allianz in Kambodscha bereiten sich gegenwärtig mit China, ihrem hauptsächlichen Waffenlieferanten, auf die für den Beginn der Trockenzeit im Januar erwartete neue Offensive der etwa 170 000 in Kambodscha stationierten Soldaten Hanois vor. Zu diesem Zweck wurden gestern der ehemalige kambodschanische Staatschef Prinz Norodom Sihanouk, der Führer der prochinesischen Roten Khmer, Khieu Samphan, und der antikommunistische Politiker Son Sann vom chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian empfangen.

Der *Prinz schwächte Meldungen* ab, wonach das Treffen zu einer politischen und militärischen Bestandsaufnahme der antivietnamesischen Ko*alition dienen* solle, die seit Beginn ihrer „Vernunftehe" am 22. Juni 1982 wegen ihrer ideologischen Differenzen nur mühsam ihre Einheit wahrt. *Eine solche Bilanz, erklärte Sihanouk,* wollten die drei Koalitionspartner erst „im Januar auf kambodschanischem Boden" ziehen. Ihr Besuch in Peking *solle* hauptsächlich „*unsere Einheit* und unsere Verehrung für China.

Dem Vernehmen nach wollen die kambodschanischen Politiker China um eine Verstärkung seiner Waffenhilfe ersuchen. Dabei dürften Sihanouk und Son Sann auf eine bessere Verteilung der Rüstungsgüter drängen. *Sie hatten sich in der Vergangen*heit darüber beklagt, daß die chinesischen Waffen hauptsächlich an die 30 000 Kämpfer der Roten Khmer gingen. Son Sann befehligt rund 10 000 Anhänger, Sihanouk verfügt lediglich über etwa 5000 Kämpfer. Die Widerstandsführer wollen bei ihrem bis morgen dauernden Peking-Aufenthalt auch noch mit dem „starken Mann" der Volksrepublik China, Deng Xiaoping, mit Parteichef Hu Yaobang sowie mit Deng Yingchao, der Witwe des früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai, zusammentreffen.



هكذا من الأصل

EBD

Für alle, denen das Beste gerade gut genug ist.

HARVEYS

FULL PALE
SHERRY
BRISTOL CRE

BOTTLED & SHIPPED BY
JOHN HARVEY & SONS (ESPAÑA) LIMITED, JEREZ

PRODUCE OF SPAIN

Sherry Christmas.

USA erwägen Austritt aus der Unesco

AP, New York

Die Regierung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan erwägt nach einer Meldung der „New York Times" den Austritt der USA aus der UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco). Nach diesem Bericht bestehen in Washington Bedenken hinsichtlich der Haushaltspolitik der Organisation und wegen der Tendenz einer zunehmenden „Politisierung". Gregory Newell, Leiter der Abteilung für internationale Organisation im US-Außenministerium, erklärte dazu, sein Büro habe die Politik von 90 Organisationen geprüft und gefunden, daß in diesen ein zunehmender Hang zur Politisierung bestehe. So werde in immer stärkerem Maße über Südafrika, Israel und Abrüstung diskutiert – Fragen, die über den spezifischen Aufgabenbereich dieser Organisationen weit hinausgingen. Sein Büro werde bald darüber entscheiden, ob es der Regierung die Aufkündigung der Mitgliedschaft in der Unesco empfehlen solle. Diesem Schritt müßten sowohl Reagan als auch Außenminister George Shultz zustimmen.

Forderung nach Zentralabitur

dpa, Bonn

Die Hochschulen sollten in Numerus-clausus-Fächern ihre Studienanfänger selbst auswählen können. Diesen Vorschlag, der sich der Regelung für Mediziner stark annähert, unterbreitete der Bund Freiheit der Wissenschaft gestern in Bonn. Dabei sollte es den Hochschulen selbst überlassen bleiben, Kriterien für die Leistungsanforderungen festzulegen. Bei der derzeitigen Diskussion um eine Neuordnung des Hochschulzuganges müßten sowohl die Interessen des Gymnasiums wie auch der Universität Berücksichtigung finden. An dem bisherigen Charakter des Abiturs sollte deshalb festgehalten werden, fordert der konservative Wissenschaftsverband. Gleichzeitig sei es aber nicht länger hinnehmbar, daß viele Studienanfänger ihr eigentliches Studium erst nach „Nachholkursen" an den Universitäten beginnen könnten und sich dadurch die Studienzeit über Gebühr verlängere. Anzustreben sei deshalb ein „Zentralabitur", bei dem die Anforderungen landeseinheitlich festzulegen seien.

FDP stimmt in Hessen gemeinsam mit SPD ab

„Rot-grünes" Bündnis noch keineswegs beschlossene Sache

dg. Wiesbaden

In Hessen haben in einer zweitägigen Plenardebatte des Landtages die Parteien durch ein überraschendes Abstimmungsverhalten Spekulationen neuen Auftrieb gegeben, daß das von SPD und Grünen angestrebte rot-grüne Bündnis noch keineswegs beschlossene Sache ist. Dies wurde von Abgeordneten dieser beiden Parteien auch mehrfach ausdrücklich unterstrichen.

Gleichzeitig versicherten Mitglieder der CDU-Fraktion, ihre Partei sei nach wie vor zu Verhandlungen über eine große Koalition mit der SPD bereit. Deshalb – so Generalsekretär Manfred Kanther – dürfe bei aller Härte der Auseinandersetzung im Parlament „nicht mehr Gras von der gemeinsamen Wiese abgefressen werden als unbedingt nötig".

Bei den Abstimmungen über dringliche Gesetzentwürfe der SPD und der FDP zur Verabschiedung eines weiteren Teilhaushalts für das ablaufende Jahr 1983, für das das Land auf Grund der „hessischen Verhältnisse" noch immer keinen vom Parlament verabschiedeten Gesamthaushalt besitzt, gab es „Gegengeschäfte" zwischen den Fraktionen der SPD und der FDP.

Der Gesetzentwurf der SPD „für ein Gesetz zur Sicherung von kommunalen Investitionen und sonstigen Leistungen" wurde mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU, jedoch bei Stimmenthaltung der FDP nach zweiter Lesung an die Ausschüsse überwiesen, der Gesetzentwurf der FDP „für ein Gesetz zur Sicherung der Investitionstätigkeit im Lande Hessen" mit den Stimmen von SPD und FDP gegen die Stimmen der CDU und der Grünen. Damit bleiben beide Gesetzentwürfe bis zu ihrer dritten Lesung in einer Sondersitzung des Landtages am 21. Dezember „im Rennen". Dabei ist bedeutsam, daß der FDP-Gesetzentwurf im Unterschied zu dem mit den Grünen abgestimmten Gesetzentwurf der Sozialdemokraten Etatposten für ein umfangreiches Investitionsprogramm unter anderem im Straßenbau enthält.

Auf die Brisanz dieses „Alternativprogramms" zur gegenwärtigen SPD-Strategie in Hessen verwies der FDP-Fraktionschef Otto Wilke: Die SPD habe dem FDP-Gesetz im Haushaltsausschuß nur deshalb die Zustimmung verweigert, „damit die Verhandlungen mit den Grünen nicht gestört würden".

Erst bei der Debatte und Abstimmung über einen „dringlichen Antrag der CDU-Fraktion betreffend Bedrohung des Rechtsstaats durch rot-grüne Bündnisverhandlungen" stellen sich die alten Fronten wieder her. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

KP-Spaltung verhindert

Richtungskämpfe in Spanien gehen weiter

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der 11. Kongreß der Kommunistischen Partei Spaniens wird die offene Spaltung der Partei verhindern, aber die Richtungskämpfe nicht beenden. Diesen Eindruck vermitteln die ersten Abstimmungen des am Mittwoch in Madrid begonnenen Parteitages mit verhältnismäßig knappen Mehrheiten für den offiziellen Kurs unter dem derzeitigen Generalsekretär Gerardo Iglesias. Während der Schrumpfungsprozeß der Partei, die in den letzten Jahren die Hälfte ihrer Mitglieder verlor, anhält, bauen sich im Hintergrund neue Führungskräfte auf: der derzeitige Bürgermeister von Cordoba, Julio Anguita und Nicolas Sartorius. Beide gehören zu den Intellektuellen im Stile des italienischen Parteichefs Berlinguer.

Die Kontrahenten des Madrider Parteitages sind Santiago Carrillo, der vor zwei Jahren abgewählte Ex-Generalsekretär, und sein Nachfolger Gerardo Iglesias. Carrillo fordert mehr Parteidisziplin, mehr Abstand zur regierenden sozialistischen Partei – „weniger Pragmatismus und mehr kommunistische Doktrin", auch im Rahmen des Eurokommunismus. Iglesias will jedoch über „mehr Pluralismus" die „Einheit der Linken zur Isolierung der Rechten" in Spanien erreichen. (SAD)

„DDR" schleust Akademiker als Agenten nach Westen ein

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die westdeutschen Sicherheitsorgane registrieren seit Ende der 70er Jahre ein Ansteigen von Übersiedlern aus der „DDR", denen die Ostberliner Behörden eine legale Ausreise erlaubt haben. Nach ihren Angaben befinden sich unter den mehr als 15 000 ehemaligen „DDR"-Bewohnern, die pro Jahr kommen, erstaunlich viel gut ausgebildete Arbeitnehmer und Akademiker im Alter zwischen 20 und 45 Jahren. Nach den Erkenntnissen versucht Ost-Berlin auf diese Art auch, nur schwer festzustellende Agenten in die Bundesrepublik einzuschleusen. Der „DDR"-Staatssicherheitsdienst (MfS), der jeden Ausreiseantrag prüft, setzt die Angeworbenen meist erst nach Jahren ein. Das haben frühere „DDR"-Bewohner mitgeteilt, die sich offenbart haben.

Nach wie vor, so heißt es, hat für Ost-Berlin die politische vor der militärischen Spionage die größere Bedeutung. Es folgen die Industrie- und Rüstungs- sowie die Wirtschaftsspionage.

Das Bundesinnenministerium will jetzt die Vorschriften für die Sicherheitsüberprüfungen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst und geheimschutzbedürftige Bereiche verschärfen. Das bisherige zweistufige Verfahren soll um eine weitere Stufe ergänzt werden. So soll künftig im Normalfall lediglich eine Datenanfrage im „Nadis"-System erfolgen. Bei der Stufe „geheim" soll zusätzlich die Polizei nach Erkenntnissen befragt werden. Bei der Stufe „streng geheim" sollen darüber hinaus Informationen im Umfeld des Bewerbers eingeholt werden.

Vor dem Hintergrund des „Massenproblems" der legalen „DDR"-Übersiedler sollen diese bei einer Überprüfung eine Stufe höher eingruppiert werden, um mögliche Agenten so besser enttarnen zu können. Dagegen hat aber bereits der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch, Protest eingelegt. Er wies darauf hin, daß damit ein Zwei-Klassen-System geschaffen würde, das Grundgesetz aber für alle Deutschen gelte. Neu in die Vorschriften soll auch aufgenommen werden, daß nicht nur Ehefrauen, sondern auch Lebensgefährten mit überprüft werden.

Europaparlament billigte EG-Haushalt für 1984

Aber Beitragsrückerstattung an Großbritannien blockiert

ULRICH LÜKE, Straßburg

Das Europäische Parlament hat gestern mit großer Mehrheit den Haushalt der EG für 1984 gebilligt. Er hat ein Volumen von 57 Milliarden DM. Die Mehrheit der Abgeordneten wies Anträge auf eine globale Ablehnung des Etats zurück. Sie dokumentierte damit einen grundlegenden Meinungswandel im Vergleich zur ersten Etatberatung im Oktober. Damals hatten die Abgeordneten die Ablehnung des Etats für den Fall angedroht, daß die Gemeinschaft auf ihrem Athener Gipfeltreffen nicht zu einer Reform der Agrarpolitik und der Finanzverfassung finden würde. Da der Gipfel scheiterte, war allgemein mit der Ablehnung des Etats gerechnet worden. Den Meinungswandel begründete der deutsche Christdemokrat und Haushaltsexperte Horst Lange: „Wir wollten nicht auch noch zerstören und nichts tun."

Die Abgeordneten konnten im Vergleich zur ersten Lesung nur einen Teil ihrer Forderungen im Etat durchsetzen. So scheiterte der Versuch, 5 Prozent der 37 Milliarden DM, die für die Agrarpolitik vorgesehen sind, zu blockieren, am Widerstand des Ministerrates. Dagegen stellten die Abgeordneten die geplante Beitragsrückerstattung in Großbritannien in Höhe von 1,7 Milliarden DM mit großer Mehrheit in die Reserve und blockierten sie somit. Damit will das Parlament Druck auf den Ministerrat ausüben, doch noch im ersten Vierteljahr 1984 zu einer grundsätzlichen Finanzreform zu kommen.

Beobachter erwarten, daß auch die britische Premierministerin ihren Druck auf Brüssel jetzt verstärken wird. Sie braucht die EG-Mittel spätestens zum 1. April, dem Beginn des britischen Haushaltsjahres.

Weitere wichtige Änderungen des Etats betreffen die Kapitel über Forschung, Energie und Entwicklungshilfe. Sie wurden im Vergleich zum Ansatz des Ministerrates erheblich erhöht. Außerdem setzten die Abgeordneten 1,35 Milliarden DM für ein Mehrjahresprogramm zur industriellen Entwicklung ein, die allerdings erst dann ausgegeben werden dürfen, wenn die EG-Eigeneinnahmen erhöht worden sind.

Sowohl die britischen Abgeordneten als auch die deutschen Sozialdemokraten scheiterten mit Versuchen, den Haushalt global abzulehnen. Die Briten lehnten die Blockierung ihrer Beitragsrückerstattung ab; die Deutschen meinten, eine globale Ablehnung mache das Parlament glaubwürdiger, da die Etatzahlen für 1984 ohnehin falsch seien. Diese Argumentation wurde indirekt von der EG-Kommission bestätigt. Nach deren Ankündigung muß bereits in den nächsten Wochen ein Berichtigungshaushalt vorgelegt werden.

MBFR-Gespräche ausgesetzt

In Wien wurde der letzte Abrüstungsdialog unterbrochen

AP, Wien

Mit dem vorläufigen Scheitern der Wiener Truppenabbaugespräche MBFR ist gestern auch der letzte Dialog zwischen Ost und West über Abrüstungsfragen unterbrochen worden. Zuvor waren bereits die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und Interkontinentalraketen (START und INF) abgebrochen beziehungsweise ausgesetzt worden. Östliche Kreise machen die NATO-Nachrüstung für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich.

Der niederländische MBFR-Botschafter de Vos bedauerte als Sprecher der beteiligten NATO-Länder die ablehnende Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten. Sie hätten weder einen Gegenvorschlag zu dem Terminvorschlag des Westens für den 26. Januar nächsten Jahres unterbreitet noch Gründe für die Aussetzung genannt. Der Leiter der „DDR"-Delegation, Botschafter André Wieland, erklärte in der Abschlußrunde der Gespräche, die am 30. Oktober ihr zehnjähriges Jubiläum hatten, ein Termin für eine etwaige Wiederaufnahme müsse auf „diplomatischem Weg" vereinbart werden. Auch in der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass hieß es anschließend, daß ein neuer Zeitpunkt für die Wiederaufnahme „später über diplomatische Kanäle" vereinbart werde.

Regierung in Bolivien zurückgetreten

dpa/AFP, La Paz

Die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Boliviens ist zurückgetreten, um einem Sturz durch den Kongreß zuvorzukommen. Der Rücktritt des Kabinetts des seit 14 Monaten regierenden Staatspräsidenten Hernan Siles Zuazo erfolgte nach einem zweitägigen Generalstreik, der das Wirtschaftsleben des ärmsten Landes Südamerikas lahmgelegt hatte. Der Gewerkschaftsbund COB hatte den Streik aus Protest gegen den Beschluß der Regierung ausgerufen, die Landeswährung um 150 Prozent abzuwerten, die Preise für Benzin um 200 Prozent und für Grundnahrungsmittel um rund 70 Prozent zu erhöhen.

Für eine Übergangszeit solle der Präsident des Obersten Gerichts, Remberto Prado, die Regierungsgewalt übernehmen und „in angemessener Zeit" Neuwahlen ausschreiben, schlug die oppositionelle Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR) vor. Die MNR unter Ex-Präsident Paz Estenssoro und die rechtsorientierte Nationaldemokratische Aktion (ADN) unter General Banzer kontrollieren die Parlamentsmehrheit.

32 Tote nach Angriff in Iran

AP, Nikosia

Die Zahl der bei irakischen Luft- und Raketenangriffen auf Städte in der iranischen Provinz Khusistan getöteten und verletzten Menschen ist nach einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur „Irna" weiter gestiegen. Insgesamt seien am Mittwoch 32 Pmersonen ums Leben gekommen und mehr als 300 verwundet worden. Für die gesamte südiranische Provinz ist eine dreitägige öffentliche Trauer angeordnet worden.

Die irakische Regierung in Bagdad hatte einen Angriff auf „ausgewählte" Ziele in fünf iranischen Städten bekanntgegeben und ihn ausdrücklich als Vergeltungsschlag für die Bombenanschläge in Kuwait am Montag bezeichnet. Der Irak macht die iranische Regierung für diese Anschläge verantwortlich.

„Irna" berichtete, die Raketen seien in den Städten eingeschlagen, als deren Einwohner sich zu den Abendgebeten versammelt hatten. Die Rettungsmannschaften versuchen unterdessen weiter, Verschüttete aus den Trümmern von Häusern und Geschäften zu bergen.

Ringen um zwei Kanäle des TV-Satelliten

GISELA REINERS, Bonn

Wenn die elf Ministerpräsidenten heute morgen beim Kanzler erscheinen, werden sie vermutlich viele Stunden Beratung am Vorabend hinter sich haben. Es geht um die Vergabe von zwei Kanälen eines Fernseh-Satelliten (ECS), die von der Bundespost gemietet worden sind und über die von Juli bzw. September 1984 an verfügt werden kann.

Die Frage ist, wer darf wann und in welchem Umfang wohin senden. Als Bewerber treten neben ARD und ZDF mehrere private Bewerber auf. Die Verteilung von Sendezeit und Senderecht ist jedoch ausschließlich Ländersache und so ist es möglicherweise der einzige gemeinsame Nenner, daß man sich vom Bund oder vom Postminister Schwarz-Schilling (CDU) nicht hineinreden lassen will. Das Treffen mit dem Kanzler hat also nur protokollarischen Charakter.

Wenn sich die Herren auch beim 22-Augen-Kamingespräch in der Bonner Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz nicht zusammenraufen können, so liegt das daran, daß es selbst innerhalb ihrer Gruppen – SPD- oder CDU/CSU-regiert – keine einheitlichen Auffassungen gibt. Da sieht einerseits Lothar Späth (Baden-Württemberg) keinen Grund zur Eile – anders als seine Kollegen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Albrecht und Barschel. Und andererseits gibt sich Dohnanyi (Hamburg) flexibler als Börner (Hessen).

Bei zwei Kanälen sollte es Möglichkeit zum Kompromiß durch Teilung geben, doch ist der eine der Kanäle unattraktiv für deutsche Programme, weil die zwar auch in der Bundesrepublik zu sehen sind, der Schwerpunkt jedoch in Osteuropa liegt. Der andere läßt Sendung (und Werbung) für Westeuropa zu und ist deshalb begehrter. Ausweichmöglichkeit wäre ein dritter Kanal, der eventuell von Belgien abgetreten werden könnte. Wenn es bis zum Ende der 80er Jahre an die 20 Kanäle geben wird, muß geklärt sein, ob sie überhaupt alle belegt werden können.

Appell für Dissidenten

AFP, Moskau

Die Frau des seit zwei Jahren inhaftierten sowjetischen Regimekritikers German Obuchow hat an die Moskauer Führung appelliert, ihren Mann freizulassen. In einem Schreiben, das der westlichen Presse zugespielt wurde, betont sie, ihr Mann sei unschuldig. Ein Leningrader Gericht hatte Obuchow zu vier Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt, weil er in einem Buch Kritik an der politischen Situation in der Sowjetunion geübt hatte.

Israelis retten Christen in Libanon vor Drusen

Athen schickt Schiffe nach Tripoli / 2 Franzosen getötet

DW. Beirut/Athen

Unter dem Schutz einer israelischen Militärkolonne hat gestern die Evakuierung mehrerer tausend christlicher Zivilisten und von etwa 2000 christlichen Milizionären aus der von Drusen eingeschlossenen libanesischen Ortschaft Deir el Kamar im Schuf-Gebirge begonnen. Diese Christen hatten sich bei den Kämpfen mit drusischen Milizen in den Ort geflüchtet. Die Evakuierung steht unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes.

Zu der Aktion traf gestern morgen ein Konvoi israelischer Panzer und gepanzerter Fahrzeuge in der seit drei Monaten belagerten Ortschaft ein. Es war das erste Mal, daß isreaelische Kampfverbände nach ihrem Rückzug auf eine weiter südlich gelegene Linie in größerem Umfang wieder in diese Region der Schuf-Berge vorrückten. Nach Angaben des Roten Kreuzes wollen von mehr als 10 000 eingeschlossenen Flüchtlingen etwa 4500 den Ort verlassen. Die andere hofften bei einem Abkommen mit den Drusen bald in ihre umliegenden Heimatdörfer zurückkehren zu können.

In Beirut kam es gestern morgen erneut zu Schießereien zwischen drusischen Milizen und der libanesischen Armee. Zwei französische Soldaten der Internationalen Friedenstruppe wurden am späten Mittwoch und frühen Donnerstag in ihren Stellungen getötet. Von dem 2000 Mann starken französischen Kontingent sind damit seit September 1982 bereits 81 gefallen.

Die griechische Regierung verfügt jetzt über die von ihr geforderten Sicherheitsgarantien für die Evakuierung des PLO-Chefs Arafat und seiner 4000 Gefolgsleute aus der umzingelten nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli nach Algerien und Nord-Jemen. Ein Regierungssprecher teilte gestern in Athen ferner mit, fünf griechische Fährschiffe würden heute in See stechen und voraussichtlich morgen in Tripoli eintreffen. Die Evakuierung solle unter griechischer Flagge und nicht unter der Flagge der UNO erfolgen. Die PLO-Kämpfer dürften ihre persönlichen Waffen mit an Bord nehmen. Der Sprecher fügte hinzu, er wisse aber nicht, ob auch schwere Waffen verladen würden.

In Paris weigerte sich ein Sprecher des Außenministeriums, Meldungen aus Libanon zu bestätigen, wonach Außenminister Cheysson dem PLO-Chef Arafat „vollen französischen Schutz" für die Evakuierung zugesichert habe. Israel sei zwar gegen die Evakuierung, werde aber nichts dagegen unternehmen, so daß jetzt eine Eskorte für die Schiffe möglich sei, verlautete in Paris.

Seite 3: Wie eine Schildkröte

Sehnsucht nach Arbeitsethos

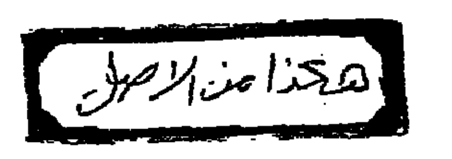
epd, Frankfurt

Die protestantische Minderheit in Polen und der polnische ökumenische Rat, der etwa 600 000 nicht-römisch-katholische Christen repräsentiert, haben sich bisher gegenüber der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität verhältnismäßig reserviert verhalten. Dies trug ihnen zum einen lobende Worte des Staates ein, zum anderen Kritik von katholischer Seite und aus dem westlichen Ausland. In einem epd-Interview erläuterte der Präsident des polnischen ökumenischen Rates, der evangelisch-lutherische Bischof Janusz Narzynski, die Haltung seiner Kirche, der heute etwa 70 000 Gläubige angehören.

Zur Diskussion um eine nationale Erneuerung in Polen erklärte Narzynski: „Es besteht bei uns die große Sehnsucht nach einem Arbeitsethos, wie er in den protestantischen Ländern üblich ist." Die polnische Krise sieht der Bischof hauptsächlich als eine ethische Krise an.

Zu dem von der katholischen Kirche verwendeten Begriff der gesellschaftlichen Versöhnung erklärte Narzynski, daß man auf der gleichen Position stehe. Er betonte aber zugleich, daß die nicht-katholische Minderheit in Polen sich anders artikuliere. Dies würde aber auch mit dem Anspruch der katholischen Kirche zusammenhängen, die eine politische Macht sei. „Die katholische Kirche", so betont der Bischof, „sagt uns, am besten werdet ihr euch im Schatten der katholischen Kirche fühlen. Wir sind hingegen der Meinung, wenn man schon einen Schatten suchen soll, dann einen guten. Für uns ist der beste Schatten der des Herrn."

Die Frage, ob man sich wohler im Schatten des Staates als in dem der katholischen Kirche fühle, verneint Narzynski. Der Bischof wies darauf hin, daß die katholische Kirche im heutigen Polen noch nie so viel Privilegien besessen habe, und wenn jemand von der Krise in Polen profitiert habe, dann sei dies die katholische Kirche gewesen. „Ein Machtzuwachs in einem moralischen und politischen Sinne, aber auch im materiellen Sinne", wie der Bischof meinte.



Ungewohnter Erfolg

Ha. (Brüssel) – Die Beilegung des Heringsstreits in der EG muß alle Beteiligten froh stimmen. Wenigstens in einem Bereich hat die Gemeinschaft den Willen zum Kompromiß bekundet. Geholfen hat, daß es um die Verteilung von Fangmengen ging, die in den kommenden Jahren voraussichtlich anwachsen werden. Das sechsjährige Fangverbot für Nordseeheringe hat nämlich dafür gesorgt, daß sich die Bestände zunehmend regenerieren.

Anders als den Bauernverbänden konnten die Regierungen ihrer Fischereilobby in Aussicht stellen, daß ihr Beitrag zur Solidarität vorübergehend ist, das nationale Opfer also in den kommenden Jahren geringer wird. Parallelen zur Landwirtschaftspolitik bieten sich trotzdem an. Auch der gemeinsame Milchmarkt kann schließlich nur überleben, wenn alle Betroffenen zu Einsparungen bereit sind. Die Überproduktion gefährdet ebenso wie der Raubbau an den Meeresressourcen den politischen Zusammenhalt der Gemeinschaft.

Bleibt zu hoffen, daß die jetzt geschlossene Lücke in der europäischen Fischereipolitik den Bedarf an immer neuen „Fischerei-Marathons" verringern wird. Einiges spricht dafür; denn der Schlüssel für die Aufteilung der Fangquoten wird sich nur noch mit äußerster Mühe wieder ändern lassen.

Vielleicht ermöglicht dies, daß die fälligen Entscheidungen künftig wenigstens halbwegs rechtzeitig getroffen werden können. Bisher ist das Beschlußverfahren derart schwerfällig, daß Dispositionen der Fischereiwirtschaft kaum noch möglich sind. Jetzt, wo die Geburtswehen vorbei sind, muß das „blaue Europa" berechenbar werden. Andernfalls hätte sich der Aufwand kaum gelohnt.

Dünne Luft

cd. – Je höher der Dollarkurs steigt, um so dünner wird die Luft, in der er sich bewegt. Er wird anfälliger für Schwankungen – nach oben wie nach unten. Daß der Dollar gestern nach einem kontinuierlichen Anstieg um mehr als sieben Pfennig seit Monatsbeginn erstmals wieder etwas nachgab, sollte man daher nicht überbewerten, zumal da auch Dollarabgaben der Bundesbank die Tendenz mitbeeinflußt haben. Immerhin ist als erfreuliche Tatsache zu registrieren, daß die Prophezeiung weiter steigender US-Zinsen durch den amerikanischen „Zinspapst Henry Kaufman den Höhenflug des Dollars gegenüber der D-Mark nicht weiter beflügelt hat. Zuletzt waren ja schon Befürchtungen laut geworden, der Dollar marschiere auf drei Mark zu. Notenbankinterventionen könnten diesen Marsch freilich auch nicht aufhalten; sie können aber zeigen, daß der Markt keine Einbahnstraße ist, daß es Risiken gibt. Und das ist von Zeit zu Zeit ganz gut.

PRIVATISIERUNG / Selbständige Unternehmen legen „Fahrplan" vor

Bonn soll sich von 28 Unternehmen im Wert von drei Milliarden trennen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) fordert von der Bundesregierung ein Konzept für die Privatisierung von Bundesunternehmen und einen Zeitplan, an dem sich alle Beteiligten orientieren können. Als „Anregung" hat die ASU gestern in Bonn einen „Privatisierungs-Fahrplan" vorgestellt. Darin sind die Bundesunternehmen aufgelistet, die in den nächsten drei Jahren privatisiert werden sollten. Dabei geht es um ein Volumen von rund drei Milliarden Mark pro Jahr.

Nach Ansicht des ASU-Vorsitzenden Martin Leicht kommt das Thema nur zäh voran. Aus den bisherigen amtlichen Äußerungen zieht er den Schluß, daß prinzipiell alle Bundesbeteiligungen in Frage zu stellen seien. Wenn im Einzelfall nicht privatisiert werde, so müsse es dazu besondere und gewichtige Begründungen geben.

In ihrer Analyse ist die ASU davon ausgegangen, daß diejenigen Unternehmen privatisierbar sind, die in ihrer jeweiligen Branche im Wettbewerb mit privaten Firmen stehen oder bei denen eine Ausrichtung auf die Gewinnerziehung vorherrscht. Aufgrund dieses Rasters stuft die ASU 33 Unternehmen mit einem anteiligen Nennkapital in Bundesbesitz von 5,226 Milliarden Mark als privatisierungsfähig ein. In absehbarer Zeit privatisierbar erscheinen der ASU davon 28 Unternehmen mit einem Anteil am Nennkapital in Bundesbesitz von 3,580 Milliarden Mark.

Die Überführung in Privatbesitz über den Kapitalmarkt erfordere, daß die Unternehmen für eine Börseneinführung vorbereitet werden. Neben den bereits vier börsennotierten Aktiengesellschaften gibt es weitere acht Unternehmen, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft firmieren. Für eine Reihe von Gesellschaften, die in der Regel als GmbH geführt werden, sei zunächst eine Umwandlung auf eine Aktiengesellschaft erforderlich.

Das Plazierungsvolumen der Bundesbeteiligungen veranschlagt die ASU auf zehn Milliarden Mark, verteilt auf die drei Jahre 1984 bis 1986, also auf durchschnittlich gut drei Milliarden Mark. In den letzten Jahren wurden durchschnittlich am deutschen Aktienmarkt Kapitalerhöhungen inländischer Unternehmen mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Mark plaziert.

Nach Ansicht der ASU muß jedoch auch der Rentenmarkt in die Betrachtung einbezogen werden. 1982 seien immerhin 74 Milliarden Mark inländischer Schuldverschreibungen an den Markt gebracht worden. Durch geeignete Maßnahmen sollte die Ergiebigkeit des Aktienmarktes zu Lasten des Rentenmarktes gesteigert werden. Hierzu bedürfe es nicht unbedingt eines „Sozialrabatts" früherer Jahre oder der Einbeziehung der Privatisierungsaktion in die Vermögensbildung.

Bei ihrem Fahrplan geht die ASU nicht davon aus, daß ein Unternehmen unbedingt in einem Jahr auf einen Schlag privatisiert werden sollte. Und so sieht der Fahrplan aus (der jeweils zu privatisierende Bundesanteil steht in Klammern):

- 1984: Veba AG (13,75), Volkswagen (10), Lufthansa (26,91), Bayerischer Lloyd (26,22), Berliner Industriebank (68), Treuarbeit (45), Vereinigte Industrie-Unternehmen AG (46,99).
- 1985: Veba (15), Volkswagen (10), Lufthansa (25), Vereinigte Industrie-Unternehmungen (40), Deutsche Industrieanlagen GmbH (50), Industrieverwaltungsgesellschaft (50), Prakla-Seismos (55), Deutsche Pfandbrief-Anstalt (79,76), Deutsches Reisebüro (50,1), Amtliches Bayerisches Reisebüro (55), Reisebüro Rominger (90), Schenker (100), Deutsche Touring (50,1).
- 1986: Veba (15), Lufthansa (25), Deutsche Industrie-Anlagen GmbH (50), Industrieverwaltungsgesellschaft (50), Prakla-Seismos (40), Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (99), Deutsche Verkehrs-Kreditbank (100), Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen (100) sowie die Beteiligungen des Bundes an den Flughäfen, an den Duisburg-Ruhrorter Häfen AG, der Rhein-Main-Donau AG und der Neckar AG.

FISCHEREIPOLITIK

EG-Partner einig über die Fangquoten für Heringe

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Partner haben sich über die Aufteilung der zulässigen Heringsfänge in der Nordsee verständigt. Damit ist es gelungen, die im Januar 1983 vereinbarte gemeinsame Fischereipolitik wieder flott zu machen und ein Chaos in der gemeinsam bewirtschafteten 200-Meilen-Zone zu verhindern.

Mit der Einigung, die nach sechs vergeblichen Ratssitzungen erzielt wurde, ist zugleich der Weg frei für eine Reihe von Drittlandsvereinbarungen. Dies gilt vor allem für das Abkommen mit Kanada, das der deutschen Hochseeflotte 13 300 Tonnen Kabeljau im Jahr sichert. Ottawa hatte die Fanglizenzen für 1984 von besseren Absatzbedingungen für seine Fischereierzeugnisse abhängig gemacht. Auch hierüber wurde im Brüsseler Verhandlungspaket mit entschieden.

Heringe waren als einzige Speisefische von den Quotenregelungen ausgenommen worden, als sich die EG-Regierungen nach jahrelangem Hin und Her auf die Aufteilung der zulässigen Fangmengen für das Jahr 1982 geeinigt hatten. Grund dafür war, daß damals ein allgemeines Fangverbot für Nordsee-Heringe bestand. Inzwischen haben sich jedoch die Bestände deutlich regeneriert. In den kommenden Jahren ist wieder mit steigenden Fangmöglichkeiten zu rechnen.

Die Aussichten auf „fettere Jahre" haben schließlich auch einen Kompromiß in der EG gefördert, nachdem sich die Hauptinteressenten Dänemark, Holland und Großbritannien monatelang kompromißunwillig gezeigt hatten. Der vorgesehene Verteilungsschlüssel geht von verschiedenen Höchstmengen für die gesamten Heringsfänge aus. Das letzte Wort darüber sprechen die Meeresbiologen.

Vereinbart wurde, daß von den für 1984 freigegebene 155 000 Tonnen die Niederlande 27,6 Prozent, Großbritannien 24,15 und Dänemark 21,15 Prozent erhalten. Auf die Bundesrepublik werden 13,3 und auf Frankreich 13,8 Prozent entfallen, während Belgien, das bisher kaum Heringe gefangen hat, mit einer „Miniquote" von 7100 Tonnen abgefunden wird.

Bei Fangmengen zwischen 155 000 und 251 000 Tonnen soll der Anteil der Bundesrepublik an den Gesamtfängen auf 15,5 und bei darüber hinausgehenden Mengen auf 17,5 Prozent steigen. Ebenso die Anteile Dänemarks (bis zu 35 Prozent) und Belgiens, während die Ansprüche der anderen EG-Länder prozentual zurückgehen werden.

Der Heringskompromiß ermöglichte erwartungsgemäß auch eine Einigung über die für 1983 zulässigen Gesamtfangmengen und Quoten für die übrigen Fischarten (Kabeljau, Schellfisch, Seelachs, Wittling, Scholle, Rotbarsch und Makrele). Dieser Kompromiß gestattet wiederum, über eine „Roll-over-Regelung" provisorische Quoten für die ersten Wochen des kommenden Jahres festzulegen. Für die '84er-Mengen will der Ministerrat dann Ende Januar beraten. Experten hoffen, daß die Quotendiskussion dann leichter wird.

Das Rumasa-Urteil

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Ein politischer Erfolg der sozialistischen Regierung, die Rettung des Finanz- und Wirtschaftsministers Migel Boyer, der bittere, noch einmal vorübergegangene Kelch eines Nachtragshaushaltes, den diese Regierung während ihrer Legislaturperiode kaum verkraftet hätte – das alles bedeutet die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichts im Falle Rumasa. Das oberste Gericht erklärte die Enteignung der Rumasa-Holding durch Regierungsbeschluß (decreto ley) als „nicht verfassungswidrig".

Auf der Strecke blieb allerdings die Geborgenheit des Rechtsstaates, die die junge Demokratie eigentlich dem Bürger vermitteln wollte. Das jedenfalls ist die Ansicht nicht nur der Opposition, die die Verfassungsklage gegen das Regierungsdekret eingereicht hatte, sondern einer ganzen Reihe namhafter Rechtswissenschaftler, die ihre Meinung auch offen zum Ausdruck brachten.

Wenn die Entscheidung innerhalb der eigentlich vorgeschriebenen Zeit gefallen wäre, hätte das Ergebnis anders ausgesehen, meinten die Verfassungsrechtler, die offenbar hinter die Kulissen geguckt hatten. Das regierungsnahe Blatt „El Pais" jedenfalls hatte bereits eine Niederlage einkalkuliert. Oppositionschef Fraga Iribarne erklärte öffentlich, daß die Regierung das Gericht beeinflußt habe. Ein starker Vorwurf, den Ministerpräsident Felipe Gonzalez auch prompt zurückwies.

Wie auch immer, das rettende Urteil beruht auf einer knappen, eigentlich fiktiven Mehrheit unter den zwölf Verfassungsrichtern. Sechs der Richter wiesen die Verfassungsklage der Opposition zurück. In Not- und Ausnahmefällen – das allerdings wird im Urteil stark betont – könne die Regierung ohne Anrufung des Parlaments eine Enteignung per decreto vornehmen. Unter den sechs Richtern, die diese Ansicht vertraten, war auch der Präsident des Verfassungsgerichtes; und da seine Stimme qualitativ höher bewertet werden kann, blieben die anderen sechs Richter überstimmt.

Die „Dissidenten" verurteilten die Enteignung auf dem Wege eines Regierungsdekretes als „verfassungswidrig". Ihre Meinung wurde zusammen mit dem Urteil veröffentlicht und begründet. Danach könne nur ein vom Parlament beschlossenes Gesetz das in der Verfassung fest verankerte Eigentumsrecht aufheben. Die Verfassungsklage der Opposition richtete sich deshalb auch nur gegen das Regierungsdrekret und nicht gegen einen Parlamentsbeschluß, der Monate nach der Enteignung das Dekret durch Mehrheitsbeschluß bekräftigte.

Nun, die Staatsraison siegte, und so bleibt die Frage, was nun passieren soll. Die mindestens vierhundert Unternehmen der Rumasa-Holding hatten ihre Verluste während der Zeit der zwangsweisen Verstaatlichung nur geringfügig auf nicht ganz 1,5 Milliarden Mark erhöht. Insofern hat sich also wenig verändert, seit Finanzminister Migel Boyer am 23. Februar dieses Jahres zuschlug.

Die Regierung erkannte längst, daß sie mit dieser breitgefächerten „Erbmasse" ihre eigene Holding, das staatliche Instituto Nacional de Industria, INI, nicht noch zusätzlich belasten kann. Das INI leidet schließlich selbst an Übergröße und permanenten Verlusten.

Um die staatliche Mammutholding von den roten Zahlen, die sich von Haushalt zu Haushalt vermehren, herunterzuholen, entschloß man sich schließlich zu dem teuren und politisch riskanten Plan zur Sanierung der Industrie. 35 000 Arbeitsplätze werden durch diesen Plan gestrichen. So redet denn auch niemand mehr von den 50 000 Arbeitsplätzen der Rumasa, die es zu schützen gelte und von denen vielleicht 10 000 wirklich gefährdet waren.

Die gesunden Unternehmen der Rumasa-Holding, allen voran die Sherry-Firmen, dürften bald ihren Käufer gefunden haben. Da diese jedoch wissen, daß die Regierung in Zeit- und Geldnot gerät, wenn sie nicht bald verkauft, werden schon hier Verluste sichtbar. Am schwersten dürfte die Reprivatisierung der Banken werden, wenn man von der gesunden Banco Atlantico, der größten Rumasa-Bank, absieht. So darf es nicht verwundern, wenn der Verdacht geäußert wird, hier könne den politischen Richtungsgewerkschaften der Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten mit Hilfe der Regierung eigene Geldinstitute zugewiesen werden. Sie hatten schließlich im Bürgerkrieg ihr in der Republik und vorher erworbenes Eigentum verloren.

AUF EIN WORT

„Die notwendigen Entscheidungen über ein mittelfristiges Programm zum Subventionsabbau und zur Adjustierung des Sozialpakets sowie die Einleitung einer umfassenden Steuerreform fehlen noch immer. Ohne diese Maßnahmen wird es keinen dauerhaften Aufschwung geben."

Jörg Stegmann, Vorstandsvorsitzender der Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG, Osnabrück.

FOTO: STEGMANN

OECD: Preise leicht gestiegen

rtr, Paris

Der Preisauftrieb hat sich in den Industrieländern der OECD wieder etwas beschleunigt. Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mitteilte, nahm die Jahres-Inflationsrate im Oktober auf 5,2 Prozent von 5,1 Prozent im September zu. Im Vergleich zum Vormonat erhöhten sich die Verbraucherpreise im Oktober um 0,6 Prozent, verglichen mit 0,7 Prozent im September. Darin kommt der OECD zufolge ein – durch die neuerliche Schwäche auf den internationalen Ölmärkten bedingtes – leichtes Nachgeben der Energie-Endverbraucherpreise zum Ausdruck. Die geringste Jahres-Inflationsrate innerhalb der OECD wurde im Oktober in Japan und in der Schweiz mit jeweils 1,4 Prozent verzeichnet.

ZENTRALBANKRAT

Geldmengenziel 1984 soll kräftiges Wachstum sichern

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesbank hält eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um vier bis sechs Prozent vom vierten Quartal dieses Jahres bis zum vierten Quartal nächsten Jahres für angemessen. Mit diesem Geldmengenwachstum will die Bundesbank ein kräftiges Wirtschaftswachstum von der monetären Seite her ermöglichen, ohne daß das stabilitätspolitische Ziel gefährdet wird.

Bei der Formulierung seines Geldmengenziels ließ sich der Zentralbankrat davon leiten, daß die weitere konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik gesichert erscheint und daß für deren Finanzierung der monetäre Mantel der Wirtschaft aufgrund der kräftigen Ausdehnung in diesem Jahr und unter Berücksichtigung der für 1984 in Aussicht genommenen Erweiterung der Geldmenge ausreichend ist.

Das gestern vom Zentralbankrat in Anwesenheit von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und seines Staatssekretärs Otto Schlecht sowie Finanzstaatssekretärs Häfele beschlossene Geldmengenziel entspricht den Erwartungen. Es bedeutet keine Veränderung der Geldpolitik gegenüber der aktuellen Linie. Denn seit den Sommermonaten ist die Geldmenge – auf Jahresrate hochgerechnet – um rund fünf Prozent gestiegen. Der Zentralbankrat betont jedoch in seiner Begründung des Geldmengenziels ausdrücklich, daß im zweiten Jahr einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung der Aufrechterhaltung stabiler Preise besondere Beachtung geschenkt werden müsse.

Darauf weist auch der Sparkassenverband in einer Stellungnahme hin. Er fordert gleichzeitig eine elastische Geldpolitik, die den Außenwert der D-Mark und die noch immer labile Konjunktur berücksichtige.

WELTWIRTSCHAFT

Kieler Institut sagt Wachstum von fast drei Prozent voraus

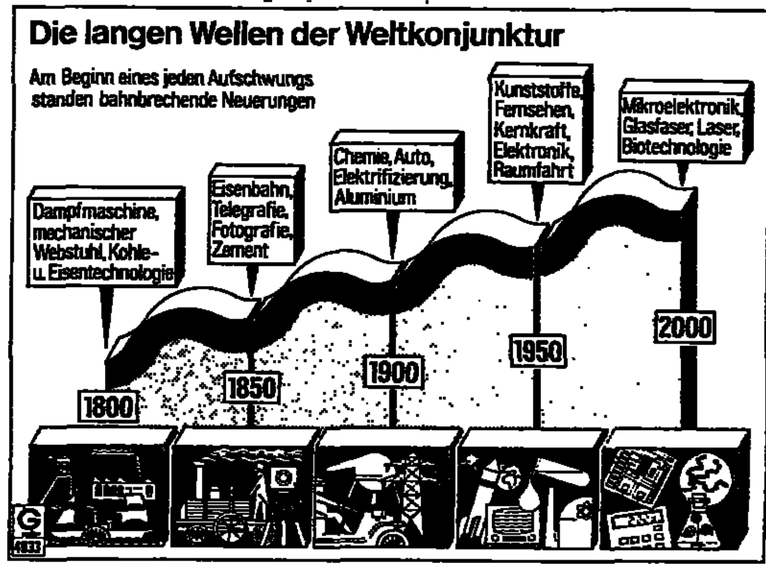
HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Erholung der Weltwirtschaft setzt sich weiter fort. Für 1984 sagt das Kieler Institut für Weltwirtschaft den Industriestaaten eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von rund drei Prozent voraus. Dabei wird nach der jetzt vorgelegten Analyse das Sozialprodukt in den Vereinigten Staaten und in Japan mit jeweils rund vier Prozent wesentlich stärker zunehmen als in den westeuropäischen Ländern, für die ein Plus von 1,5 Prozent für wahrscheinlich gehalten wird. Unter diesen Ländern nimmt die Bundesrepublik nach der Kieler Prognose mit einer Wachstumsrate von 2,5 Prozent die Spitzenstellung ein.

Der Preisanstieg dürfte international gedämpft bleiben. Eine etwas höhere Inflationsrate als 1983 erwartet das Institut unter den großen Industrieländern lediglich für die Vereinigten Staaten (Zunahme von 3,5 auf 5,5 Prozent) und für Großbritannien (von 4,5 auf sechs Prozent). Dagegen würden in einigen westeuropäischen Ländern die Restriktionsmaßnahmen greifen und den starken Preisauftrieb vermindern. In bezug auf das Stabilisierungsziel wird die Bundesrepublik, für die ein Preisanstieg von 2,5 Prozent vorausgesagt wird, nach dieser Prognose lediglich von Japan, den Niederlanden und der Schweiz mit jeweils zwei Prozent übertroffen.

Das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer sei im ersten Halbjahr 1983 mit einer Jahresrate von 2,5 Prozent gestiegen, die sich im zweiten Halbjahr etwa verdoppelt haben dürfte. Die Industrieproduktion der westlichen Länder habe im Herbst 1983 das Rezessionstief von Ende 1982 um nahezu acht Prozent übertroffen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In den 20er Jahren stellte der russische Wirtschaftswissenschaftler Kondratieff fest, daß die Weltkonjunktur seit Beginn der Industrialisierung in langen Wellen verläuft. Ein Aufschwung fällt dabei stets mit der Einführung grundlegender neuer Techniken zusammen. Wenn Kondratieffs Theorie stimmt, müßten wir eigentlich am Beginn eines lang anhaltenden Aufschwungs stehen. Mikroelektronik, Biotechnologie und neue Kommunikationstechniken könnten dazu den Anstoß geben. QUELLE: GLOBUS

Bund erhöht Zinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Konditionen für Finanzierungsschätze und Bundesobligationen werden mit Wirkung vom 16. Dezember neu festgesetzt. Beide bieten künftig höhere Renditen. Die neue Serie der Bundesobligationen (Serie 44) mit fünfjähriger Laufzeit wird mit einem Nominalzins von 8,25 (acht) Prozent ausgestattet. Der Ausgabekurs wird auf 100 (99,80) festgesetzt. Die Rendite erhöht sich damit auf 8,25 (8,05) Prozent. Für die Finanzierungsschätze des Bundes gelten folgende neue Konditionen: Bei Laufzeit ein Jahr wird der Verkaufszinssatz auf 5,85 (5,70) Prozent erhöht, die Rendite steigt auf 6,21 (6,04) Prozent. Bei zwei Jahren Laufzeit gilt ein Verkaufszinssatz von 6,75 (6,60) Prozent. Die Rendite steigt auf 7,52 (7,33) Prozent.

Clausen appelliert an USA

Washington (Sbt.) – Der Chef der Weltbank, A. W. Clausen, hat an die USA appelliert, in den Verhandlungen über die siebte Wiederauffüllung der Kasse der International Development Association (IDA) „Führerschaft zu demonstrieren und sicherzustellen, daß das wirksamste Instrument zur Bekämpfung der Armut in den ärmsten Ländern auf unserem Planeten erhalten bleibt". Die Gespräche der 33 Geberstaaten in der vergangenen Woche in Paris waren gescheitert, nachdem Präsident Ronald Reagan persönlich entschieden hatte, den jährlichen amerikanischen Anteil auf 750 Millionen Dollar zu beschränken. Rechnerisch verringern die USA ihren Anteil an den IDA-Geldern von 27 auf 25 Prozent, so daß für die siebte Wiederauffüllung nur neun (bisher zwölf) Milliarden Dollar zur Verfügung stehen, da alle anderen Geberländer die gleiche Formel benutzen würden.

Unveränderter Kohlepfennig

Bonn (rtr) – Der „Kohlepfennig", den die Verbraucher als Zuschlag auf die Stromrechnung zahlen müssen, bleibt nach Angaben des Bundeswirtschaftsministerium im nächsten Jahr im Durchschnitt unverändert. Wie es weiter hieß, werden – regional unterschiedlich – auch 1984 auf die Stromrechnung im Schnitt 3,5 Prozent als Ausgleichsabgabe aufgeschlagen. Das ergebe eine Gesamtsumme von knapp zwei Milliarden Mark, mit der der Einsatz von Steinkohle bei der Stromherstellung sowie der Neubau von Kohlekraftwerken gefördert wird. Um, wie das Ministerium weiter erklärte, eine „möglichst gerechte Belastung der Verbraucher sicherzustellen" ist die Ausgleichsabgabe, die durch Rechtsverordnung des Wirtschaftsministeriums jährlich neu festgesetzt wird, regional differenziert.

Höhere Großhandelspreise

Wiesbaden (rtr) – Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik Deutschland sind im November dieses Jahres nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 0,8 Prozent gestiegen, nachdem sie im Vormonat um 0,1 Prozent gesunken waren.

Erstmals Dividende

Frankfurt (rtr) – Die Frankfurter Flughafen AG (FAG) wird im laufenden Jahr einen Gewinn erwirtschaften, der erstmals in ihrer Geschichte seit 1924 die Ausschüttung einer Dividende an die Eigentümer, den Bund, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt, ermöglicht. Nach Angaben der FAG wird sich die Dividende auf rund zwei Prozent auf das Grundkapital von 600 Millionen Mark belaufen.

Keine höheren Steuern

Washington (Sbt.) – In einer Mini-Pressekonferenz im Weißen Haus hat Präsident Reagan allen amerikanischen Politikern und Nationalökonomen, die für rasche Steuererhöhungen zum Abbau der Rekordhaushaltsdefizite eintreten, eine Abfuhr erteilt. „1984 gibt es keine neuen Steuern", sagte er in schroffem Ton. Vorrang hat deutlich, und daran ließ Reagan keinen Zweifel, der Wahlkampf. Er ließ sogar offen, ob der Budgetentwurf für das Finanzjahr 1985 eine „Notsteuer" enthalten wird. Die Administration macht neue Einnahmequellen von gleich hohen Ausgabenkürzungen abhängig, zu denen sich wiederum der Kongreß nicht entschließen kann.

Hilfe für Stahl

Osnabrück (rtr) – Die niedersächsische Landesregierung will in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen Mark zur Sicherung von Stahl-Arbeitsplätzen in den Städten Peine (Salzgitter), Osnabrück und Georgsmarienhütte (Klöckner) zur Verfügung stellen. Das kündigte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) nach dem Besuch des Osnabrücker Stahlwerkes der Klöckner AG vor Journalisten an.

BAULANDBERICHT

Grundstücks-Nachfrage wird auch weiter anhalten

GISELA REINERS, Bonn

Nicht die mangelnde Ausweisung, sondern die fehlende Verfügbarkeit von Bauland ist laut Baulandbericht des Bundeswohnungsbauministeriums in Bonn das Problem. Der Bericht zeige, so Bauminister Oscar Schneider (CDU), daß die Besteuerung der Gewinne aus dem Verkauf von Betriebsgrundstücken ein wesentlicher Grund für die Zurückhaltung von Bauland sei. Deshalb prüfe die Bundesregierung, ob derjenige steuerlich entlastet werden könne, der seine Erlöse aus der Veräußerung von Betriebsgrundstücken in den Wohnungsbau investiere.

Diese Pläne verfolgt der Bauminister schon für den Verkauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen am Rande von Ballungsräumen. Einstweilen hat sich Finanzminister Stoltenberg jedoch noch nicht zustimmend geäußert.

Der Baulandbericht kommt zu dem Ergebnis, daß die Nachfrage nach Bauland anhalten werde. Hauptgrund sei die zu erwartende Ausweitung der Wohnfläche pro Person als Folge der steigenden Zahl von Klein-Haushalten. Die schrumpfende Bevölkerungszahl ist dabei nicht berücksichtigt. Künftig komme es jedoch darauf an, die „Innenentwicklung" der Städte und Gemeinden mit Vorrang zu fördern; bisher sei es meist die „Außenentwicklung" gewesen, die durch eine Ausweitung der Siedlungsfläche enormen Landschaftsverbrauch gehabt habe.

Hauptsächlich durch „ideenreiches und unbürokratisches" Vorgehen bei der Baulandbereitstellung könnten die Gemeinden dafür sorgen, daß junge und kinderreiche Familien, Beschäftigte ortsansässiger Betriebe und Einkommensschwache Bauland zu tragbaren Preisen erhielten.

NACHRICHTENAGENTUR REUTERS / Börseneinführung – Spekulationen beendet

Kritiker befürchten Qualitätseinbußen

WILHELM FURLER, London

Reuters, die internationale Presseagentur, die sich zunehmend und mit großem Erfolg dem Bereich Informationsdienste für Wirtschaft und Finanz widmet, geht an die Börse. Damit sind alle Spekulationen der letzten Wochen und Monate, ob sich die 132 Jahre alte Agentur tatsächlich zur Börsen-Floatierung durchringen würde, beendet worden. Doch das bedeutet nicht, daß die Opposition gegen diesen Schritt nun verstummt wäre. Denn es gibt etliche einflußreiche Politiker und Interessenten, die befürchten, daß Qualität und Integrität des weltbekannten Nachrichtendienstes auf der Strecke bleiben könnten.

Solche Bedenken dürften die Hauptteilhaber von Reuters, die britischen Zeitungsverlage, allerdings kaum haben. Denn sie rechnen zu Recht mit einem mächtigen Geldsegen: Auf zwischen eine und 1,5 Milliarden Pfund (3,9 bis 5,9 Milliarden Mark) schätzen Experten den Börsenwert des Unternehmens, seit dessen Erfolgskurve mit dem Betrieb hochmoderner elektronischer Informationsdienste steil nach oben weist.

Die überregionalen Fleetstreet-Zeitungen halten derzeit etwa zwei Fünftel der Reuters-Anteile. Der größte verbleibende Teil liegt bei der Press Association, die ihrerseits den regionalen und lokalen britischen Zeitungen gehört, sowie der Press Association of Australia and New Zealand. Kein Wunder also, daß die Aktienkurse der Zeitungsunternehmen während dieses Jahres im Schnitt um 50 Prozent gestiegen sind, weil auf die Börsen-Floatierung von Reuters spekuliert wurde. Und nicht nur das: In der Londoner City wird damit gerechnet, daß der Reuters-Gewinn für dieses Geschäftsjahr bei 50 Millionen Pfund (knapp 200 Millionen Mark) liegen und innerhalb der nächsten vier Jahre auf 100 Millionen Pfund klettern dürfte.

Vorerst hat die Geschäftsführung von Reuters keinerlei Angaben über die Details der Börsennotierung gemacht. Allerdings wird davon ausgegangen, daß die Floatierung im kommenden Frühjahr über die Börsen-Bühnen von London und New York gehen dürfte. Doch zuvor muß noch das Kuratorium diesem Plan zustimmen. Den Reuters-Satzungen zufolge trägt es die Verantwortung dafür, daß die Agentur nicht in die Hände eines einzelnen oder einer einzelnen Interessengruppe übergeht.

Den Aktionären, also den britischen Zeitungsverlegern, scheint diese Frage vorerst von untergeordneter Bedeutung zu sein. Ohnehin sieht es so aus, als könnten sie aufgrund der Rechtslage die treuhandähnliche Kuratoriums-Konstruktion mit einer einstimmigen Entscheidung auflösen.

EG-STAHL

Annäherung der Standpunkte

Ha. Brüssel

Ein gutes Stück weitergekommen sind die Bemühungen um den Ausbau des Krisenmechanismus auf dem europäischen Stahlmarkt. Trotzdem werden die Wirtschaftsminister der EG zwei Tage vor Weihnachten noch einmal in Brüssel zusammentreffen, um bei einigen strittigen Fragen den Weg für politische Kompromisse zu öffnen.

Die Aussprache am Mittwoch zeigte, daß es über das von der Kommission vorgesehene Mindestpreissystem für Flachstahlerzeugnisse keine Meinungsverschiedenheiten mehr gibt. Auch die zur Einhaltung der Preise vorgesehene Kaution stößt nicht mehr auf Widerstand. Allerdings hat der juristische Dienst der EG die Höhe des Beitrages inzwischen für unverhältnismäßig erklärt. Die Kaution soll daher nur noch 15 statt bisher 45 Ecu je Tonne (1 Ecu = 2,26 D-Mark) betragen und wegen rechtlicher Probleme in einigen Mitgliedsländern nicht von den Regierungen, sondern von der Kommission erhoben werden. Offene Punkte gibt es vor allem bei der Ausgestaltung des geplanten Warenbegleitpapiers, das eine möglichst lückenlose Transparenz der Warenbewegungen erlauben soll. So legt die Bundesregierung Wert darauf, daß die Warenkontrolle vom einführenden und nicht vom ausführenden Land vorgenommen wird. Nur in diesem Fall kann nach ihrer Meinung rechtzeitig die Alarmglocke gezogen werden.

Bonn bemüht sich mit Unterstützung der anderen „großen" EG-Länder um Sicherheitsvorkehrungen dafür, daß der EG-Binnenhandel mit Stahlerzeugnissen im Rahmen der traditionellen Handelsströme gehalten wird. „Überschüssige" Mengen sollen künftig besser kontrolliert und von der Kommission durch Abschläge bei den Produktionsquoten „bestraft" werden. Für diese Mengenregelung möchte die Bundesregierung nach Möglichkeit die Unternehmen mit in die Verantwortung nehmen.

CDU-Initiative zur Eigenkapitalbildung

Mk. Bonn

Die Förderung von Risikokapital ist für die Regierungsparteien das Gebot der Stunde. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, Matthias Wissmann, kündigte eine parlamentarische Initiative seiner Partei für Januar an. Gleichzeitig veröffentlichte die Regierung einen Bericht über die Risikokapitalausstattung der deutschen Wirtschaft, in dem daraufhingewiesen wird, daß die Eigenkapitalquote der Unternehmen in der Bundesrepublik seit Mitte der 60er Jahre um etwa ein Drittel gesunken sei. Es gebe zwar keinen generellen Mangel an risikobereitem Kapital in der Bundesrepublik, doch sei dies überwiegend in Abschreibungsbranchen und Geldvermögen angelegt.

Die CDU-Vorstellungen zur Förderung von Risikokapital sind in wichtigen Punkten jedoch noch nicht dekkungsgleich mit dem, was jetzt die zuständige FDP-Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Eigenkapitalzufuhr vorgeschlagen hat.

Nach Ansicht Wissmanns müssen die Zugangsvoraussetzungen für kleine und mittlere Unternehmen zum Kapitalmarkt erleichtert werden. In diesem Zusammenhang griff er die Vorschläge der Börsensachverständigenkommission für die Einführung eines gesetzlichen zweiten Börsenmarkts auf. Dagegen betonte der FDP-Abgeordnete Hermann Otto Solms, daß die von ihm geleitete Arbeitsgruppe die Schaffung eines Parallelmarkts nicht für notwendig hält. Es sei unklar, wie dieser Markt gegen die amtliche Notierung und den geregelten Freiverkehr abgegrenzt werden könnte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: W. u. M. Wohnmöbel-Handels-GmbH; **Düsseldorf:** Globtours Reisebüro GmbH; **Hannover:** Carina Blumenimport GmbH; **Wittlich:** Nachl. d. Josef Hölzgen, Zilsdorf.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Fa. Vogt-Ripphahn GmbH.

DAIMLER-BENZ / Träger des Wachstums sind Personenkraftwagen – Licht und Schatten im Nutzfahrzeuggeschäft

Die breite Risikostreuung hat sich ausgezahlt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Daimler-Benz will seinen Weg der Kontinuität und Stetigkeit weitergehen. Diese Feststellung traf Werner Breitschwerdt, der neue Vorstandsvorsitzende des Automobilunternehmens, vor Journalisten in Stuttgart. Vorrangiges Ziel sollte dabei nicht der Gewinn von Marktanteilen, sondern die Erhöhung der Produktion sein mit der Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus. Daß Daimler-Benz bis jetzt insgesamt relativ gut über die schwere Zeit, namentlich im Nutzfahrzeug-Geschäft, gekommen sei, führt Breitschwerdt auf die breite Risikostreuung zurück, die dem Unternehmen nunmehr zugute kommt.

Mit der Markteinführung der Pkw-Kompaktklasse 190 sei ein großer Schritt nach vorn und ein beträchtliches Wachstumspotential – das „Eroberungspotential" wird mit 50 Prozent veranschlagt – gewonnen worden. Wie in einem ersten Jahresüberblick dargestellt wird, dürfte sich der Umsatz der Daimler-Benz AG im ablaufenden Jahr 1983 um rund 0,7 Mrd. DM (das sind plus 2,3 Prozent) auf voraussichtlich 31,8 Mrd. DM erhöhen. Träger des Wachstums ist der Pkw-Sektor mit einem Zuwachs von 13 Prozent. Trotz sinkenden Nutzfahrzeuggeschäfts werde auch der Konzernumsatz um etwa 1 Prozent auf 39,3 (Vorjahr: 38,9) Mrd. DM ansteigen.

Bei voller Auslastung der Kapazitäten erhöhten sich im Pkw-Sektor die Inlandszulassungen von Daimler-Benz in den ersten zehn Monaten dieses Jahres um 6,5 Prozent. Im Gegensatz zur Branche wird das Unternehmen in diesem Jahr auch seine Pkw-Exporte weiter steigern. Allein nach USA werden in diesem Jahr 72 000 Pkw (plus 9 Prozent) verkauft.

Die Produktion wird weiter um 3,7 Prozent auf 475 000 Wagen hochgefahren, wovon allein über 114 000 (104 000) Wagen auf die S-Klasse sowie auf SL- und SEC-Modelle der Sonderklasse entfallen. Die für dieses Jahr geplanten 109 000 Wagen der Baureihe 190 werden im Sindelfinger Werk (bis zum vollen Start der Bremer Fertigung) größtenteils zu Lasten der Mittelklasse gebaut. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden im Inland fast 60 000 190er neu zugelassen. Auch im Ausland stoße die Kompaktklasse auf gute Aufnahme.

Licht und Schatten kennzeichnen das Nutzfahrzeug-Geschäft. Im Inland erzielte das Unternehmen in den ersten zehn Monaten einen Verkaufszuwachs von 14 Prozent. Dieser reichte freilich nicht aus, um den Rückgang im Export auszugleichen. Dabei wird Daimler-Benz in seinen inländischen Werken mit 173 000 Nutzfahrzeugen 7 Prozent weniger als 1982 produzieren. Bei der Omnibus-Produktion wird man mit 8000 Einheiten auf das Vorjahresniveau kommen. In den Auslandswerken geht die Produktion auf 48 000 (56 500) Lkw und Omnibusse zurück, eine Folge der mißlichen Lage in Brasilien. Positive Ansätze zeigen sich in Argentinien. Bei der US-Tochter Freightliner steigen Produktion und Marktanteil kräftig an.

Mit Genugtuung wird hervorgehoben, daß die Daimler-Benz AG, wenn auch mit unterschiedlicher Entwicklung in Sparten und Standorten, ihre Belegschaft von rund 150 000 Mitarbeitern auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten habe. Bei ständiger Erweiterung des Lehrstellenangebots beläuft sich die Gesamtzahl der Auszubildenden derzeit auf rund 8300. Konzernweit werden in diesem Jahr wieder über 3 Mrd. DM in Sachanlagen investiert. Zum Ergebnis heißt es, daß trotz einiger Erschwernisse und des Wegfalls im Vorjahr noch wirksame Sondereinflüsse auch für 1983 mit einem „insgesamt befriedigenden Ergebnis" zu rechnen sei.

Im Zusammenhang mit der kommenden neuen Abgasgesetzgebung und der Einführung der Katalysatortechnologie im Automobilsektor fordert Breitschwerdt die Bereitstellung bleifreien Superbenzins durch die Mineralölindustrie. Allein jener hochoktanige Kraftstoff biete die Gewähr für geringere Abgasemission ohne gleichzeitige starke Zunahme des Kraftstoffverbrauchs.

Zur angelaufenen Tarifrunde und der gewerkschaftlichen Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche merkte Breitschwerdt an, hier drohe mehr Konfrontation als jedem lieb sein könne. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit stehe auf dem Spiel. Wegen des Wünschbaren dürfe man sich nicht unvernünftige Mittel aufdrängen lassen, sondern man solle das Machbare suchen. Das Angebot von Arbeitgeberseite in Richtung Teilzeitarbeit und Vorruhestandsregelung sei zu begrüßen. Man solle nunmehr aufeinander zugehen, um die beste Lösung zu finden.

NORDDEUTSCHE LANDESBANK / Betriebsergebnis hat sich deutlich verbessert

Dividende noch kein aktuelles Thema

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessertes Betriebsergebnis zeichnet sich bei der Norddeutschen Landesbank Girozentrale, Hannover/Braunschweig, für 1983 ab. Bernd Thiemann, Vorstandsvorsitzender der Bank, sieht die Ursachen für diese Entwicklung im wesentlichen in der auf 1,11 (i. V. knapp 1) Prozent gestiegenen Zinsspanne; hier habe sich die „stringente Margendisziplin" bezahlt gemacht. Gleichzeitig seien die Personalkosten auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert worden.

Nach den ersten neun Monaten weist die Nord/LB ein Betriebsergebnis von 193,5 Mill. DM aus; das entspricht einem Plus von 33,8 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit (144,6 Mill. DM). Für das gesamte Jahr rechnet Thiemann mit einem Betriebsergebnis von 270 (193) Mill. DM bei einem Zinsüberschuß von 550 (460) Mill. DM. Weitere 70 Mill. DM dürfte das Handelsgeschäft zum Ergebnis beitragen. Einen „sehr positiven Beitrag" erhofft sich Thiemann von der Landes-Bausparkasse.

Die Tochter in Luxemburg weist Thiemann zufolge nicht nur ein kräftiges Wachstum im Bilanzvolumen aus; mit 55 (42) Mill. DM liege auch das Ergebnis über den Erwartungen. Diese Erträge bleiben allerdings bei der Nord-Lux, um mögliche Risiken abzudecken. Insgesamt rechnet die Nord-LB mit einem Wertberichtigungsbedarf in Vorjahreshöhe. Einige „kritische Positionen" seien durch das Geschäft mit Südamerika entstanden. Im Inland hätten sich die Ausfälle in engem Rahmen gehalten.

Neben der Risikoabschirmung, die durch das Betriebsergebnis gesichert sei, will die Bank vor allem die Rücklagen stärken und Reserven bilden. An die Ausschüttung einer Dividende denke man zwar; vor 1985 sei dieses Thema aber nicht aktuell. Die Bonuszahlungen auf frühere Kapitalerhöhungen der Gewährsträger – das Land Niedersachsen und der Sparkassen- und Giroverband – werden gut 12 (11,2) Mill. DM ausmachen.

Die Bilanzsumme der Nord/LB erhöhte sich bis Ende September um 3 Prozent auf 56,6 (54,9) Mrd. DM. Das Kreditvolumen wurde bei differenziertem Verlauf in den einzelnen Sparten um 2,3 Prozent auf 40,9 (40) Mrd. DM ausgeweitet. Mit einem Bestandszuwachs um 617 Mill. DM auf 14,9 Mrd. DM lag das Schwergewicht im Geschäft mit öffentlichen Haushalten. Die Auszahlungen an die Unternehmenskundschaft gingen leicht zurück. Thiemann weist darauf hin, daß im Vergleich zu anderen Girozentralen das Wachstum im Kreditgeschäft zufriedenstellend sei.

Auf der Passivseite erscheinen die begebenen Schuldverschreibungen mit 28,6 (27,5) Mrd. DM. Gegenüber Ende 1982 bedeutet das einen Zuwachs von 4 Prozent. Die Spareinlagen erhöhten sich gleichzeitig um 4,2 Prozent auf 3 (2,9) Mrd. DM.

Als abgeschlossen gilt nach dem Verkauf der Adca-Beteiligung an die niederländische Rabobank die Bereinigung des Beteiligungs-Engagements im Privatbankenbereich. Lediglich an dem Hamburger Bankhaus Berenberg, Goßler & Co. hält die Nord/LB jetzt noch eine Beteiligung, die nach den Worten Thiemanns auch künftig Bestand haben soll. Aus dem gewerblichen Bereich hatte sich die Bank bereits in früheren Jahren zurückgezogen (Rollei, Dasag). Die Entwicklung der fusionierten Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg beurteilt Thiemann zuversichtlich. An dem Institut ist die Nord/LB mit 75 Prozent beteiligt. Mit der Berufung Gebhard Dirkens zum Vorstandsvorsitzenden des Instituts sei die notwendige Abstimmung gewährleistet.

TALBOT / Im Werk Poissy bei Paris streiken fast 16 000 Beschäftigte

Protest gegen geplante Entlassungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Seit fast einer Woche streiken die 15 900 Arbeitnehmer des Talbot-Werks von Poissy bei Paris. Die Automobilherstellung – 1200 Pkw pro Tag – ist dort inzwischen völlig zum Erliegen gekommen. Auch die Zulieferungen für die Peugeot-Werke sind unterbrochen. Talbot und Peugeot gehören zusammen mit Citroën zur PSA (Peugeot SA), dem größten privaten Industrieunternehmen Frankreichs, das insgesamt 81 000 Personen beschäftigt. Zu dem Streik in Poissy aufgerufen hat zunächst die kommunistische CGT und dann die linkssozialistische CFDT, die beiden größten französischen Gewerkschaften. Sie wollen damit gegen die Entlassungspläne der PSA-Verwaltung protestieren. Die gemäßigte sozialistische Force Ouvriere und die betriebsinterne CSL stehen der Aktion zurückhaltend gegenüber. Trotzdem hat jetzt auch das von diesen zwei Gewerkschaften beeinflußte Büropersonal die Arbeit niedergelegt.

Bereits Mitte dieses Jahres kündigte die PSA-Verwaltung an, daß sie zur Überwindung der Konzernverluste von 5,7 Milliarden Franc in den letzten drei Jahren rund 10 000 Arbeitsplätze aufgeben müßte. Davon sollten etwa 8000 bei Talbot und Peugeot beseitigt werden. Bisher genehmigte die Regierung 4635 Frühpensionierungen. Über den Antrag auf 2905 Entlassungen in dem Talbot-Werk von Poissy soll noch vor dem 20. Dezember entschieden werden.

Wie die CFDT behauptet, sei mit einem positiven Entscheid zu rechnen. Tatsächlich hat der von der Regierung mit der Prüfung beauftragte Experte Jean Prada die Notwendigkeit des Stellenabbaus anerkannt. Er ist dabei der von der PSA-Verwaltung vertretenen Auffassung gefolgt, daß die Schwierigkeiten des Peugeot-Konzerns konjunkturelle und nicht – wie die Gewerkschaften behaupten – strukturelle Ursachen haben. Damit liegen die arbeitsrechtlichen Voraussetzungen für Massenentlassungen vor.

Allerdings können die Behörden Auflagen machen, wie z. B. die Zahlung von Abfindungsprämien oder die teilweise Finanzierung von Ersatzarbeitsplätzen in anderen Unternehmen. Peugeot-Talbot hat sich bisher nur mit der Einrichtung eines Stellenvermittlungsbüros in Poissy begnügt und Empfehlungsschreiben an benachbarte Unternehmen verschickt. Dies reicht den Gewerkschaften bei weitem nicht aus.

Auch die Zusage der Konzernverwaltung, in den nächsten Jahren 1,20 Milliarden Franc zur Modernisierung des Werks von Poissy zu investieren, nützt dem auf der Entlassungsliste stehenden Personal nichts. Denn nach Durchführung des Rationalisierungsplans soll die Werksbelegschaft nur noch 12 000 Personen betragen, also fast 4000 weniger als im Augenblick. Für den Peugeot-Konzern ist der Stellenabbau gerade bei Talbot eine Überlebensfrage. Die vom amerikanischen Chrysler-Konzern übernommene Gesellschaft ist wegen ihrer personellen Überbesetzung und ihrer schlechten Absatzerfolge ein Sorgenkind geblieben.

KWS / Südzucker stockt Beteiligung auf – Position im Inland gestärkt

Vorjahresergebnisse noch übertroffen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die KWS Kleinwanzlebener Saatzucht AG, Einbeck, hat im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) die ohnehin guten Vorjahresergebnisse noch übertroffen. Bei der Vorlage des Geschäftsberichts wies Finanzvorstand Kurt Quensell darauf hin, daß dies nicht nur für den Umsatz, sondern auch für die Ertragsentwicklung gelte. Das Betriebsergebnis habe sich um gut ein Drittel verbessert. Gleichzeitig stieg die Umsatzrendite von 3,9 auf 4,4 Prozent.

Erneut zugenommen, und zwar um 4,4 (8) Prozent auf 127 (122) Mill. DM, hat im Berichtsjahr der Umsatz der AG, obwohl der wichtigste Bereich, das Zuckerrübensaatgut, nicht ganz den Vorjahresumsatz erreichte. Vorstandsmitglied Andreas Büchting zeigt sich dennoch mit dem Zuckerrübengeschäft zufrieden. In den angestammten Märkten, vor allem im Inland – hier hält KWS einen Marktanteil von rund 50 Prozent –, sei die Position gestärkt worden. Das Minus bei Zuckerrüben wurde deutlich überkompensiert durch das um 23 Prozent gestiegene Maisgeschäft. Nach den Worten Büchtings ist der Mais für KWS inzwischen zu einem „soliden zweiten Standbein" geworden; er trage rund ein Drittel zum Gesamtumsatz bei. Diese Tendenz dürfte sich im laufenden Jahr noch verstärken. Ähnliches gelte für Zukkerrübensaaten.

Der Jahresüberschuß der AG erhöhte sich auf 5,6 (5,1) Mill. DM. Daraus werden 1,6 (1,2) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. Der Hauptversammlung am 31. Januar wird vorgeschlagen, eine unveränderte Dividende von 12 Prozent auszuschütten. „Zumindest" dieser Dividendensatz, so Büchting, sei aus heutiger Sicht auch für das laufende Jahr gesichert. Die im Zuge des im letzten Jahr veräußerten Südzucker-Pakets (5,4 Prozent) erlösten Gewinne (gut 23 Mill. DM) stehen als 6b-Rücklage noch mit 14 Mill. DM zu Buche. Diese Mittel sollen zukunftsorientiert in bestehende Aktivitäten investiert werden.

Der Fremdumsatz der Inlandsgruppe verringerte sich geringfügig auf 171 (173) Mill. DM. Der konsolidierte Weltumsatz wird mit 226 (228) Mill. DM ausgewiesen. Die Verlustsituation der US-Tochter Coyer's Pedigreed konnte im Berichtsjahr nicht wie vorgesehen bereinigt werden. Bei einem um 8,2 Prozent auf rund 12 Mill. Dollar gestiegenen Umsatz weist das Unternehmen wieder 1,1 Mill. Dollar Verluste aus. Mit der Umstellung des Saatenprogramms sei aber gesichert, daß Coker im laufenden Jahr aus der Verlustzone herauskommt.

Unverändert solide sind die Bilanzrelationen der KWS. Das Anlagevermögen wird zu 123,4 (117,6) Prozent durch Eigenkapital gedeckt. Der Anstieg der Lagervorräte um rund 8 Mill. DM bereite keine Sorgen. Die Eigenkapitalrendite verbesserte sich auf 7,94 (7,46) Prozent.

Nach Angaben der Süddeutschen Zucker-AG, Mannheim, die bislang 15 Prozent des KWS-Kapitals von 33 Mill. DM hielt, ist gemeinsam mit der Deutschen Bank und DG-Bank eine „Agrar-Industrie-Holding GmbH" gegründet worden. Diese Gesellschaft halte jetzt 10 Prozent des KWS-Kapitals. Südzucker selbst habe weitere 10 Prozent. Das bedeutet, daß aus dem KWS-Familienbesitz 5 Prozent abgegeben wurden.

Daus-Bank wird arabisch

cd. Frankfurt

Das Frankfurter Privatbankhaus Richard Daus & Co., an dem die Arab Banking Corporation, Bahrein (ABC-Bank), mit 90 Prozent beteiligt ist, wird aus einer Kommanditgesellschaft in eine GmbH unter der Firma „Arab Banking Corporation – Daus & Co. GmbH" umgewandelt. Diese Änderungen, welche die Identität der Bankiers mit Stützpunkten in Monaco und Cayman Islands (Geschäftsvolumen knapp 700 Mill. DM) mit dem arabischen Mehrheitsgesellschafter herausstellen, unterstreichen die neuen Geschäftsschwerpunkte: die Finanzierung des deutsch-arabischen Handels im internationalen Niederlassungs- und Beteiligungsnetz der ABC-Bank, die dafür die Mittel bereitstellt. Die bisherigen vier persönlich haftenden Gesellschafter werden an der neuen Firma mit vier statt bisher fünf Mill. DM beteiligt sein; Richard Daus, der aus der Geschäftsführung austritt und einem zu bildenden Aufsichtsrat angehören wird, hat rund eine Mill. DM an die ABC-Bank abgeben. Die drei anderen Gesellschafter übernehmen die Geschäftsführung.

Allianz: Entscheidung kommende Woche?

rtr, München

Die Allianz Versicherungs-AG wird ihre Entscheidung über das weitere Vorgehen in der Übernahmeschlacht um die britische Eagle-Star-Versicherung „wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche" bekanntgeben. Man halte sich „im Moment alle Möglichkeiten offen", sagte ein Allianz-Sprecher in München. Die Annahme, daß die Allianz „um jeden Preis" weiter mitbieten würde, sei aber „absolut töricht". Der britische Tabak-Konzern BAT Industries hatte am Mittwoch die auf 665 (650) Pence je Eagle-Star-Aktie aufgestockte Allianz-Offerte erneut sofort um zehn Pence überboten. Das Eagle-Star-Management empfahl daraufhin den Aktionären die Annahme der BAT-Offerte.

In unterrichteten Kreisen hieß es, die Allianz werde sich wahrscheinlich entweder zu einem „massiven Ja", das heißt zu einer deutlich höheren Offerte, oder aber zu einem „klaren Nein", das heißt zur Aufgabe, entschließen. Das in den vergangenen Wochen erlebte Wechselspiel zwischen Gebot und Gegengebot sei dagegen „nicht mehr beliebig wiederholbar".

NAMEN

Dr. Hans H. Friedl (51), zuletzt Generalbevollmächtigter der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München, ist zum Vorstandsmitglied der Westfalenbank AG, Bochum, bestellt worden.

Dr. Rüdiger Freiherr von Rosen übernimmt am 1. Februar die Leitung der Hauptabteilung Presse und Information der Deutschen Bundesbank von **Peter Wilhelm Itzhoff**, der als Leiter der Hauptabteilung Hauptkasse Nachfolger des in Ruhestand gehenden **Kurt Wiegand** wird.

Hans-Jürgen Junghans, im Vorstand der Salzgitter AG zuständig für Forschung und Entwicklung, scheidet auf eigenen Wunsch Ende Januar 1984 aus dem Bundesunternehmen aus.

Klaus-Peter Kienitz (49), Generalbevollmächtigter der Ruhrkohle AG, wird Vorstandsmitglied der Tochtergesellschaft Bergbau AG Niederrhein. Er löst am 1. Januar das Kaufmännische Vorstandsmitglied **Dr. Gerhard Gärtner** (62) ab, der in den Ruhestand tritt.

Alwin Münchmeyer hat sein Aufsichtsratsmandat bei der Vereins- und Westbank niedergelegt. Zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden wurde der Vorstandssprecher der Bayerischen Vereinsbank, **Maximilian Hackl**, gewählt. **Günter Nawrath**, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Otto-Versands, Hamburg, wurde stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bank.

WELTBÖRSEN / Japan vor den Wahlen

Abwartende Haltung in Tokio

Paris (J. Sch.) – Die französischen Aktien sind in den letzten Tagen deutlich schwächer geworden. Allein am Mittwoch fiel der Kursindex um 0,8 Prozent. Einen solchen Einbruch hatte es schon seit langem nicht mehr gegeben. Er überrascht deshalb, weil so kurz vor Jahresende aus steuerlichen Gründen verstärkt in Aktien gespart wird. So fragt man sich jetzt, ob der vorangegangene Kursanstieg nicht nur technisch bedingt gewesen war. Die schlechte französische Wirtschaftslage und die pessimistischen Konjunkturprognosen rechtfertigten die bisherige feste Tendenz jedenfalls nicht – ausgenommen für die Exportwerte, die von der Dollar-Hausse profitieren.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche, in der Freitagsausgabe, einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen.

London (fu) – Nachdem die Aktienkurse an der Londoner Wertpapierbörse in den vergangenen zwei Wochen kontinuierlich gestiegen sind und am Donnerstag letzter Woche einen Rekordstand erreichten, als der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte auf 760,2 Punkte stieg, kam es zum Ende vergangener und zu Beginn dieser Woche zu Kurseinbußen. Sie gingen vor allem auf die Schwäche des Pfundkurses, auf eine schlechte Kursentwicklung bei Goldminenwerten und generell auf Gewinnmitnahmen zurück. Dennoch hielten sich die Kurse noch erstaunlich gut. Bereits am Mittwoch nachmittag und am gestrigen Donnerstag kam es wieder zu einer spürbaren Nachfragebelebung. Bis zum frühen gestrigen Nachmittag stand der Financial-Times-Index bei 751,1 Punkten.

Tokio (dlt) – Vor den Wahlen am 18. Dezember verhielten sich die Anleger an der Börse von Tokio abwartend. Der Dow-Jones-Index stieg im Wochenvergleich geringfügig um 1,4 Punkte auf 9462,4. Die Tagesumsätze schwankten zwischen 270 und 369 Millionen Aktien. Zwar kamen einige Impulse von der allmählichen Konjunkturbesserung und befriedigenden Gewinnlage der Unternehmen, doch wirkte der wieder etwas schwächere Yen-Kurs gegenüber dem Dollar dämpfend. Im Falle eines günstigen Wahlausgangs für die regierende Liberaldemokratische Partei rechnen Börsenkreise mit einer neuen Hausse zum Jahresende.

New York (VWD) – An der New Yorker Effektenbörse gaben die Kurse am Mittwoch auf breiter Front nach. Dabei ermäßigte sich der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte um 9,24 auf 1246,65 Punkte (Vorwoche: 1273,78). Damit hat der Index seit dem Rekordstand von 1287,20 Punkten am 29. November dieses Jahres insgesamt 40,55 Punkte eingebüßt. Hauptursache für die Schwäche war die Verunsicherung der Anleger über den Anstieg der kurzfristigen Zinsen. Aus diesem Grund und auch angesichts der bevorstehenden Jahreswende schritten sie zu umfangreichen Gewinnmitnahmen. Der Anstieg der Tagesgeldsätze auf bis zu 9 11/16 Prozent verstärkte bei den Anlegern die Vermutung, daß es in absehbarer Zeit keine Chancen für einen Zinsrückgang geben wird.

FRANKREICH / Enttäuschende Preisentwicklung

Neue Franc-Spekulation

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Lebenshaltungskostenindex hat sich im November nach vorläufigen Angaben um 0,4 bis 0,5 Prozent erhöht. Dies bedeutet zwar gegenüber dem Vormonat, in welchem er um 0,7 Prozent gestiegen war, eine gewisse Verbesserung. Jedoch muß jetzt erwartet werden, daß die diesjährige Inflationsrate die des Vorjahres von 9,7 Prozent kaum noch unterschreitet, obwohl sie die Regierung auf acht Prozent reduzieren wollte.

Bereits in den ersten elf Monaten sind die Konsumentenpreise um 8,9 bis neun Prozent gestiegen. Im Dezember dürfte sich wegen des Weihnachtsgeschäftes der Preisauftrieb eher noch verstärken. Demgegenüber weist die Regierung darauf hin, daß die November-Teuerung die niedrigste seit 1978 gewesen ist und daß sich tendenziell der Preisauftrieb von der ersten zur zweiten Jahreshälfte fühlbar abgeschwächt hat.

Die französische Inflationsdifferenz gegenüber der Bundesrepublik vergrößerte sich auf eine Jahresrate von nicht weniger als 7,5 Prozentpunkte. Ende 1979 hatte sie fünf Punkte betragen. Unter diesen Umständen wird schon wieder von der Unvermeidbarkeit einer neuen Franc-Abwertung gesprochen.

Jedenfalls geriet in den letzten Tagen der Franc gegenüber der D-Mark (sowie gegenüber dem Yen und dem Schweizer Franken) wieder unter Druck, obwohl wegen der neuen Dollar-Hausse die Mark international schwächer wurde. Zu einer gewissen Abwertungsspekulation mag auch das gespannte soziale Klima in Frankreich beigetragen haben. Wenn die Regierung deshalb den Lohnanstieg nicht energisch genug bekämpfen kann und die Gewerkschaften keine Kaufkraftopfer akzeptieren, dann bekommt sie die Inflation wohl kaum in den Griff.

Der für Frankreich besonders teuer gewordene Dollar (zuletzt 8,48 Franc) bedeutet eine verstärkte importierte Inflation, zumal ein größerer Anteil der Importe als dies bei anderen Ländern der Fall ist, in Dollar statt in nationaler Währung bezahlt werden muß. Andererseits exportiert Frankreich in die Dollarzone weniger als etwa die Bundesrepublik und kann deshalb aus der Dollar-Hausse relativ geringen Nutzen ziehen.

Wenn sich auch wegen des schwachen Franc gegenüber den europäischen und japanischen Konkurrenten ein relativer Vorteil für Frankreich ergeben kann, so steht sich dieses Land per saldo doch schlechter und zwar nicht zuletzt in der Inflationsbekämpfung und damit in der Verbesserung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

LEONHARD MONHEIM / Ertragsstarke Auslandstöchter

Hitze ließ Umsätze schmelzen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach einem extrem heißen Sommer, der das Schokoladengeschäft naturgemäß beeinträchtigt, ist die Aachener Monheim-Gruppe mit ihrem inländischen Markenartikelgeschäft des Jahres 1983 nicht zufrieden. Die mit den Marken Trumpf, Novesia, van Houten und Lindt (Lizenz) am Markt operierende Gruppe bezeichnet den Markt auch angesichts der sich zuspitzenden Konkurrenz von Herstellern und Handel als „extrem hart". Während der Mengenumsatz der Gruppe noch das Vorjahresniveau erreicht habe, mußten laut Erläuterungen zum Geschäftsbericht bei einigen Produktgruppen Preiszugeständnisse gemacht werden, die letztlich die Erträge drückten. Auch beim Verbraucher haben die niedrigen Preisklassen besser abgeschnitten als höherwertige Artikel.

Vor diesem Hintergrund werden die Auslandsmärkte für Monheim immer wichtiger. Inzwischen haben diese Aktivitäten fast die Hälfte des Umsatzes erreicht. Insbesondere die belgische General Chocolate N.V. und die kanadische Comet Confectionery mit einer neuen Produktionsstätte in den USA sind außerordentlich ertragsstark.

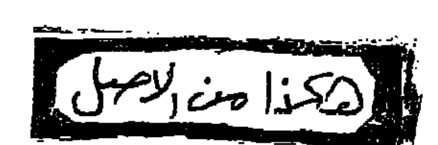
Für das Jahr 1984 ist der Vorstand der Familien-AG zuversichtlich, zumal dort, wo man verstärkt auf Produktinnovationen setzt. Für das kommende Jahr ist jedoch eine Kakaopreis-Hausse in Sicht, die zu etwa 50prozentiger Verteuerung beim Rohkakao gegenüber den kalkulierten Werten von 1983 führe. So müsse das Unternehmen ab Januar 1984 versuchen, einer solchen Verteuerung mit Preiserhöhungen zu begegnen.

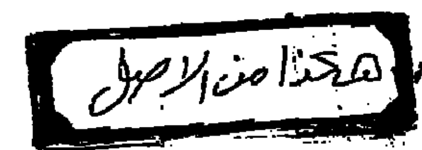
Das Geschäftsjahr 1982 (Konzern) und 1982/83 (30. 6.) der als Holding der 24 in- und 13 ausländischen Gesellschaften fungierenden Leonard Monheim AG, weist im Gegensatz zum Vorjahr im Weltumsatz geringere Zuwachsraten aus als in der Inlandsgruppe (siehe Tabelle). Dabei hat sich zusätzlich negativ ausgewirkt, daß Umsätze verschiedener ausländischer Konzerngesellschaften durch Währungsverluste erhebliche wertmäßige Einbußen hatten.

Die gegenüber den Vorjahren gestiegenen Jahresüberschüsse von AG und Inlandskonzern enthalten nicht den jetzt ausgewiesenen Jahresüberschuß von 7,2 Mill. DM der nicht konsolidierten Beteiligungsgesellschaft Trumpf, Berlin. Die Monheim AG zahlt für 1982/83 wieder eine Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 52,3 Mill. DM, das voll bei 23 Familienangehörigen liegt. Das wird, so Aufsichtsratsvorsitzender Prof. Peter Ludwig, so bleiben, wenngleich eine Schachtel künftig von der gemeinnützigen Stiftung Ludwig für Kunst und internationale Verständigung GmbH gehalten wird. Eine massive Kapitalerhöhung um 45 Mill. DM zum Kurs von 110 Prozent (49,5 Mill. DM) soll in einem großen Sprung Monheim die notwendige solide Basis für die Zukunftsaktivitäten schaffen. Die Eigenmittel machen damit 79 (48) Prozent der AG-Bilanzsumme und 20 Prozent der Konzern-Bilanzsumme aus. Investiert wurden 1982 gut 61 Mill. DM in Sachanlagen, 1983 werden es etwa 25 Mill. DM sein.

Monheim-Konzern	1982	± %
Weltumsatz (Mill. DM)	1656	+ 1,2
dav. Inlandsgruppe[1]	1429	+ 3,8
Auslandsumsatz (%)	46,6	(43,5)
Mitarbeiter (Inland)	6073	– 7,0
Personalaufwand	215	– 0,6
Sachinvestitionen	43	+48,1
in % v. Umsatz	3,0	(2,1)
Sachabschreibungen	15	+28,7
Jahresüberschuß (Konzern)	4,9	+19,5
Jahresüberschuß (AG)	5,2	+ 8,3
Ausschüttung	4,9	+ 6,5

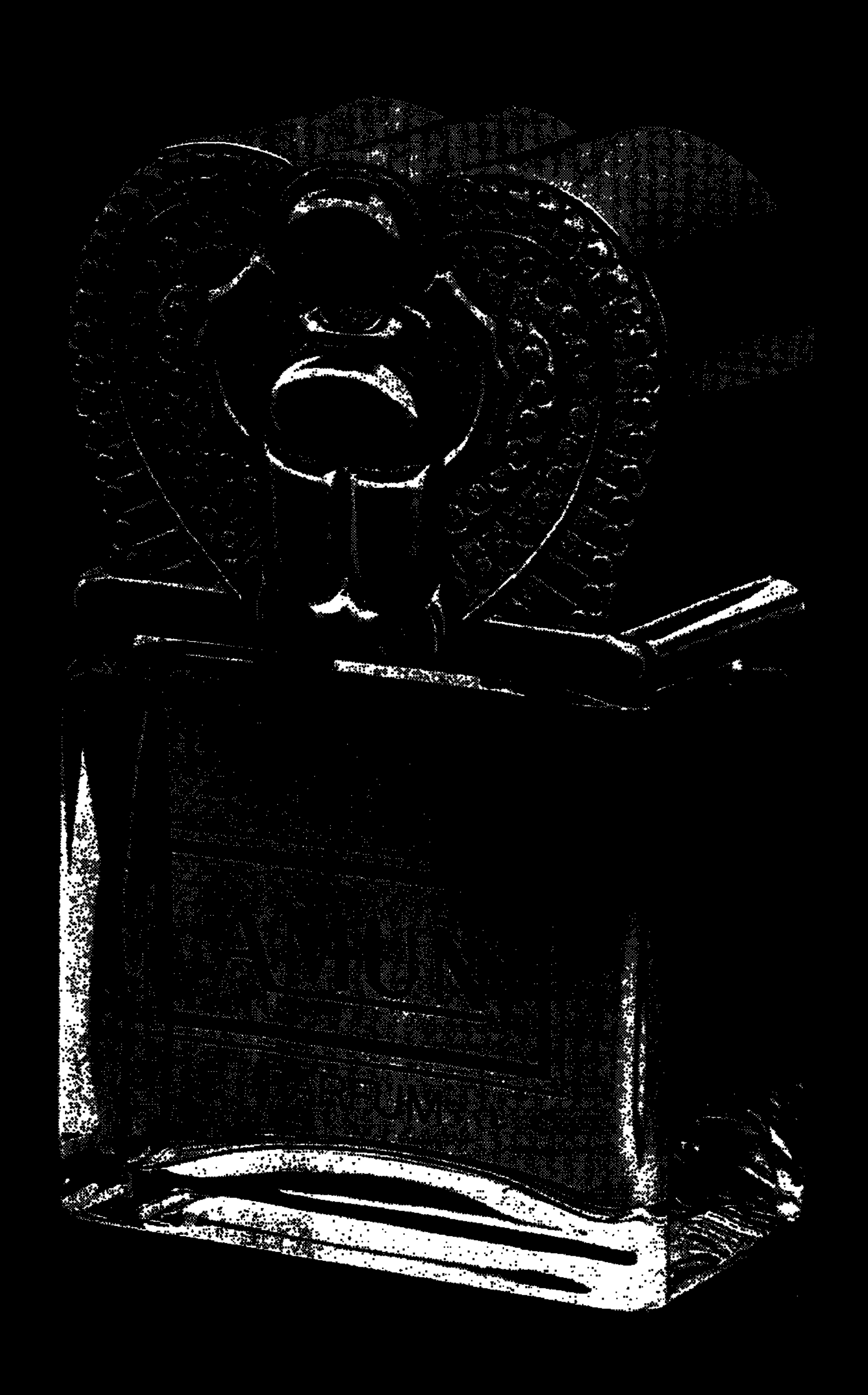
[1] alle Angaben bezogen auf die 14 inländischen Konzerngesellschaften.





Parfum AMŬN

Der Duft, der Ihr Geheimnis bleibt.





KABELFERNSEHEN UND ELEKTROHANDWERK

Seit 60 Jahren ermöglicht das Handwerk Empfang

Von H.-W. SCHULT

Jeder kennt das Bild: der schöne Blick vom Aussichtsturm oder auch vom Hochhaus auf die Dächer einer Stadt. Was stört, ist eigentlich nur der „Wald von Antennen". Den mag keiner, aber kaum einer verzichtet auf den dadurch ermöglichten Empfang von Rundfunk- und Fernsehprogrammen.

Mit Einführung des Kabelfernsehens soll zunehmend dieser Antennenwald verschwinden. Oder einfach ausgedrückt: Was bislang an Signalen durch die Luft kam, soll zukünftig durch Kabel herangeführt werden, die in der Erde liegen. Das eröffnet qualitativ und quantitativ neue Möglichkeiten. Damit werden die „Straßen" gebaut, auf denen die neuen Medien gefahren werden können.

Oktober 1923, Foxhaus Berlin

In welchem Zusammenhang steht diese Technik mit dem Radio- und Fernsehtechnikerbetrieb oder auch mit dem Betrieb des Elektroinstallateurs gleich um die Ecke? Man muß sich zunächst bewußt werden, daß der leidige Antennenwald aufgepflanzt wurde durch eben diese elektrohandwerklichen Betriebe, und das beileibe nicht erst seit heute.

Gleich als es losging mit den „neuen Medien", als sie also noch wirklich neu und revolutionär waren, und das war bereits im Oktober 1923, als vom Foxhaus in Berlin das Unterhaltungsrundfunkprogramm Deutschland begann, waren sie dabei. Damit steht seit 60 Jahren der Elektrohandwerker bereit, um dem Bürger Rundfunk oder Fernsehen zu ermöglichen. Über 20 Millionen Haushalte sind es heute, die so durch das Handwerk versorgt werden.

So nimmt es auch nicht wunder, daß der Antennenbau sich zu einem festen Bestandteil in den Berufsbildern des Radio- und Fernsehtechnikers und des Elektroinstallateurs entwickelte, daß viele Generationen von Lehrlingen an diese Technik herangeführt wurden, als Geselle ihr Wissen vertieften, um schließlich als Meister ein Expertentum zu entwickeln.

Dabei gehört es zu ihrem Selbstverständnis, sich der technischen Entwicklung in diesem hochtechnischen Handwerk ständig anzupassen. Insofern stellen auch die angeblich so neuen Kabel für die Elektrohandwerke gar nichts so sensationell Neues dar.

Infolge der technologischen Entwicklung wird neben der Einzelantenne seit etwa einem Jahrzehnt die Gemeinschaftsantennenanlage durch das Handwerk installiert bis hin zur Großgemeinschaftsantennenanlage, an der 1000 und mehr Wohneinheiten angeschlossen sind. Wohlgemerkt, alles Anlagen, die durch Elektrohandwerker errichtet, gewartet und dem Kunden per Mietpreis pro Antennensteckdose zur Verfügung gestellt werden.

Erstaunlicherweise sind heute Entwicklungen zu beobachten, die darauf hinauslaufen können, daß das Verkabelungsthema zukünftig nicht mehr durch die vielen tausend elektrohandwerklichen Betriebe bewerkstelligt werden soll, sondern daß Europas größtes Unternehmen mit über 520 000 Beschäftigten sich anschickt, dieses Thema zu seinem Aufgabenbereich zu machen.

Gemeint ist die deutsche Bundespost, die in einer verständlichen Sorge angesichts gesättigter Märkte auf dem Telefonmarkt für die eigenen Beschäftigten neue Arbeitsgebiete zu erschließen sucht. Daß dabei aber eine große Zahl der insgesamt ca. 40 000 Elektrohandwerksbetriebe mit ca. 265 000 Beschäftigten, darunter ca. 76 000 Lehrlinge, auf der Strecke bleiben könnte, sollte jeder einsehen, der zum einen den Klein- und Mittelbetrieb als unverzichtbar in unserem volkswirtschaftlichen Gefüge ansieht, und der zum anderen staatsmonopolistischen Verwaltungen eine natürliche Abneigung entgegenbringt.

Im Juni dieses Jahres konnte es gewissermaßen in letzter Sekunde gelingen, eine Änderung der Fernmeldeordnung zu verhindern, um in der Folge zur sogenannten „gemeinsamen Erklärung" zu kommen, die sicherstellt, daß nicht die Post, sondern der gewerbliche Betrieb und damit der Elektrohandwerksbetrieb zuständig ist für die Verkabelung ab Grundstücksgrenze bis zur Antennensteckdose.

Post bis zur Ortsebene

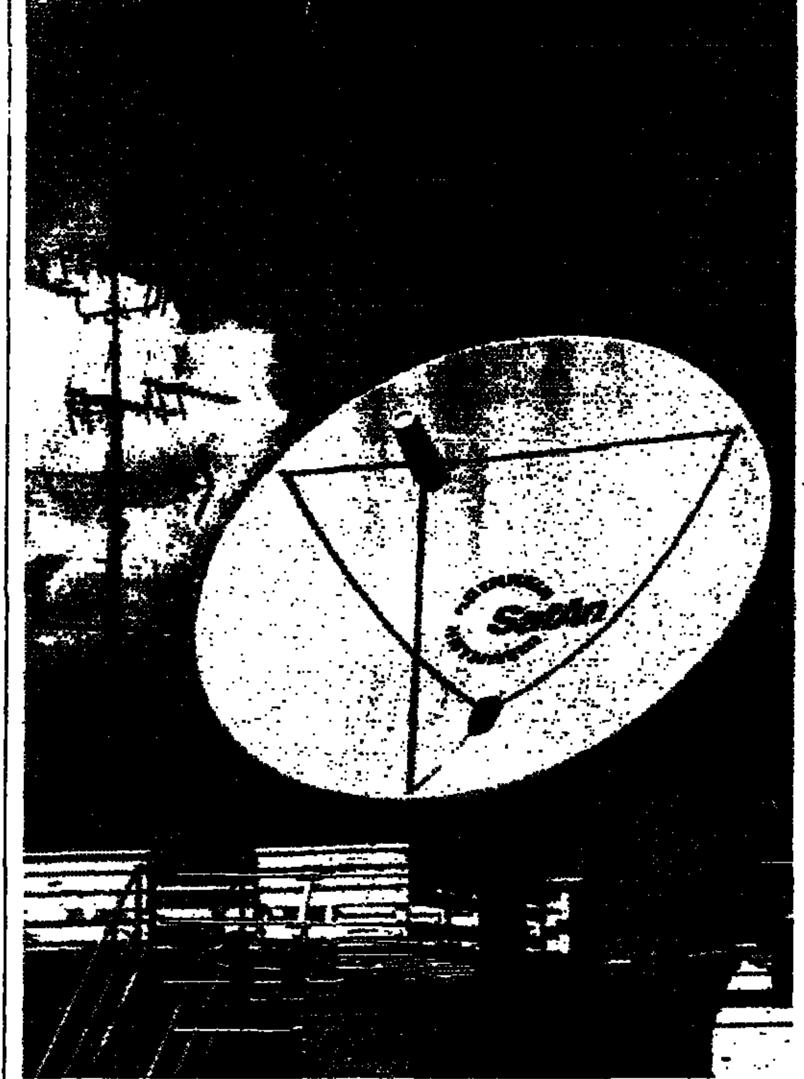
Neben der Installation im Haus ist aber von entscheidender betriebswirtschaftlicher Bedeutung aus Sicht des installierenden Handwerksbetriebes die ortsteilbezogene Verkabelung. Um auch auf diesem Gebiet privat tätig werden zu können, bietet die Post sogenannte Kooperationsmodelle A und B an. Beide Modelle weisen noch entscheidende Schwachpunkte auf.

Ideal für alle Betroffenen, also für Hersteller, Antennenbauer, die Post selber und vor allem für den Kunden, wäre es, wenn die Post sich ausschließlich darauf konzentrieren würde, alles zu tun, damit eine attraktive Programmvielfalt an die Ortsebene herangeführt werden kann.

H. W. Schult ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsche Elektrohandwerke

EMPFANGS-ANTENNEN

Wie in einem Prisma stellen sich im Wirtschaftsbereich Empfangsantennen Nöte und Chancen der deutschen Industrie und des Handwerks dar. Da gibt es Unsicherheiten über die Entwicklung, die so weit gehen, daß einige schon von einer Strukturkrise der Branche reden. Sicherlich kommen mit den neuen Medien und der sie begleitenden Technik ungeheure Anforderungen auf die Antennenbauer zu. Aber mit der Umstellung auf Kabel und Parabolantennen können sie ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen und so ihren Platz behaupten. Ho.



Ein Vertreter der neuen Generation, die Parabolantenne, hier eine moderne Empfangsstation. FOTO: DIE WELT

PARABOLANTENNE / Den Satelliten im Visier

Eine Orbitposition für alle

Unter dem seit längerer Zeit bekannten Schlagwort „Satelliten-Fernsehen" war zunächst der Empfang von Programmen über die zukünftigen „direktsendenden Fernseh-Rundfunksatelliten" (kurz: TV-Satelliten) zu verstehen. Diese Satelliten werden mit hoher Leistung und einer genau auf ihr jeweiliges Land (Versorgungsgebiet) ausgerichteten Sendeantenne ausgerüstet sein. Dadurch wird jeder Rundfunkteilnehmer mit einer entsprechenden Empfangsanlage TV- (und Ton-) Programme in sehr guter Qualität direkt vom Satelliten empfangen können.

Die markanteste Neuerung bei den dafür notwendigen Empfangsanlagen ist die sogenannte Parabolantenne, die genau auf den zu empfangenden Satelliten ausgerichtet sein muß. Diese Parabolantenne ist an sich eine vom technischen und finanziellen Aufwand her nicht besonders bedeutende Komponente (nicht teurer als eine sehr gute Fernsehantenne der heutigen Zeit), ganz im Gegensatz zu der an der Antenne angebrachten und der im Haus zu installierenden (bzw. in zukünftigen Fernsehgeräten enthaltenen) Zusatzelektronik. Hauptsächlich dieser aufwendigen, neuartigen Elektronik ist es zuzuschreiben, daß solche Satellitenempfangsanlagen etwa soviel kosten werden wie ein Farbfernsehgerät.

Nach den heute bekannten offiziellen Zeitplänen werden 1985-86 die TV-Satelliten TV-SAT, TDF-1 und L-SAT gestartet werden, die alle aus der gleichen Orbitposition (19 Grad westl. Länge) senden, so daß in Deutschland bessere Anlagen neben deutschen auch noch italienische und französische Programme empfangen können.

Im Gegensatz zur Zukunftsmusik des Direktempfangs ist Satellitenempfang über Fernmeldesatelliten auch heute schon aktuell: durch die Symbiose „Kabelnetz + Satellit" ist es heute möglich, mit etwas aufwendigeren Satelliten-Empfangsstationen an den Kopfstellen der Kabelnetze Fernsehprogramme einzuspeisen, die über den kürzlich in Betrieb genommenen European Communications Satellite ECS 1 europaweit ausgestrahlt werden. Dieser ECS 1 wurde nach ausfürlichen Tests dem Betreiber Eutelsat übergeben und wird als EUTELSAT 1 ab Januar 1984 verschiedenen Fernmeldebehörden in Europa zur Verfügung stehen.

EUTELSAT 1 wird bald mehrere Fernsehprogramme europaweit verteilen. Von den an Bord des Satelliten zur Verfügung stehenden 12 Umsetzern (Sendefrequenzen 10,95 bis 11,70 Gigahertz, Röhrenausgangsleistung je 20 Watt) sind acht auf die Sendeantenne des „West Spot Beam" geschaltet. Diese acht Kanäle sind bereits vor dem Start einer Reihe von Ländern (Frankreich, Deutschland, Schweiz, England, Italien, Holland, Belgien) zugeteilt worden.

Das Satellitenfernsehen über solche Empfangstationen ist in Europa schon seit längerer Zeit keine Zukunftsmusik mehr. So konnte beispielsweise mit der ersten deutschen mobilen Empfangsstation (Kathrein) bereits seit eineinhalb Jahren an verschiedenen Orten in Europa der Empfang des englischen Abendprogramms „Satellite TV" vorgeführt werden; vor kurzem wurde mit der gleichen Station die allererste Sendung über den neuen EUTELSAT 1 öffentlich vorgeführt (Stuttgarter Messegelände). Dieses englische Unterhaltungsprogramm darf inzwischen von ca. 450 000 Fernsehteilnehmern in Europa gesehen werden, in manchen Ländern (so auch in Deutschland) aber bisher noch nicht.

Den Grund dafür hatte bereits 1980 der Generalintendant des österreichischen Fernsehens, Gerd Bacher, genannt: „Der Satellit ist am wenigsten ein technisches Problem . . ., er ist in Europa zuvorderst ein medienpolitisches wie ein völkerrechtliches Problem."

Wer sich nicht für eine bessere Auswahlmöglichkeit zwischen Fernsehprogrammen interessieren sollte, der kann sich darauf freuen, daß ein Kanal des zukünftigen TV-SAT ihm 16 High-Fidelity-Stereoprogramme ins Haus liefern wird. Für deren Empfang genügt eine wirklich unauffällige 50 cm große Parabolantenne.

Und die Kosten? Es soll Lautsprecher geben, die teurer sind, als die ganze Satellitenempfangsapparatur.

B. LISSENKÖTTER

TERRESTRISCHE DIENSTE / Aus Tradition Neues

Alte Hörfunk- und Sendenetze sind noch nicht passé

Betrachtet man die derzeitigen Schlagworte auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik wie Direkt-Empfangssatellit, Kommunikations-Satellit, Breitband-Kommunikationstechnik, Kabel-Pilotprojekte, BIGFON-Versuchsnetze . . ., so könnte man zu der Ansicht kommen, daß die in jahrzehntelanger Aufbauzeit geschaffenen terrestrischen Sendernetze für Hörfunk und Fernsehen bereits heute zum „alten Eisen" gehören.

Daß dem bei weitem nicht so ist, bewiesen die auf dem Gebiet der Empfangs-Antennenanlagen tätigen Firmen zuletzt auf der Internationalen Funkausstellung 1983 in Berlin, wo sie wiederum mit einer großen Vielzahl neuer oder stark verbesserter Produkte auch auf dem traditionellen Sektor an die Öffentlichkeit traten.

Ein weiterer Beweis für die Zukunft der terrestrischen Sendernetze ist in den immer noch wachsenden Zahlen von Groß- und Kleinsendern sowie Umsetzern für den Ton- und Fernsehrundfunk zu sehen.

So stieg beispielsweise die Anzahl der Fernsehsender und -umsetzer im vergangenen Jahr um über 100 auf die nun stattliche Anzahl von 5628 Einheiten. Damit können derzeit zwischen 98 und 99 Prozent aller Fernsehhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland mit drei deutschen Fernsehprogrammen versorgt werden.

Der Ausbau des Sendernetzes bringt aber nicht nur Vorteile für die Teilnehmer im entsprechenden Versorgungsbereich mit sich. In benachbarten Gebieten, oder auch in weit entfernten, aber besonders günstig gelegenen Empfangsstandorten, in denen bisher störungsfreier Fernsehempfang möglich war, können sich durch neu errichtete Sender oder Umsetzer Störungen ergeben, die aus einer Gleichkanalbelegung oder aus Belegungen der nächsten oder übernächsten Kanäle (Nachbarkanalbelegung) resultieren.

Wachsende Zahl von Sendern

Die gleichen Probleme treten beim Fernsehempfang starker Sender auf, wenn etwa ein wesentlich näher liegender Füllsender im gleichen oder benachbarten Kanal sendet.

Diese veränderte Situation beim Fernsehempfang hat in der jüngeren Vergangenheit dazu geführt, daß teilweise komplette neue Antennengenerationen für den VHF- und UHF-Bereich entwickelt wurden. Bei diesen neuen Serien wurde neben dem Antennengewinn vor allem der Richtwirkung und der Frequenzselektivität größte Bedeutung zugemessen.

Durch Höchstgewinnantennen, die gleichzeitig über eine gute Richtwirkung verfügen, kann heute auch in vielen privaten Empfangsanlagen ein Fernseh-Fernempfang realisiert werden. Damit können weitere Regionalprogramme von benachbarten Rundfunkanstalten oder ausländische Fernsehprogramme nicht nur in Grenznähe auf den heimischen Bildschirm geholt werden.

Soll in einer bestehenden Antennenanlage ein weiteres Fernsehprogramm empfangen und zum Teilnehmer übertragen werden, so stehen dafür in der Zwischenzeit eine ganze Reihe spezieller Weichen oder Verstärker zur Verfügung, die das „Einschleusen" dieses zusätzlichen Signals in die Summe der bereits vorhandenen Signale ermöglicht. Solche Geräte werden dann meistens in modularer Bauform zur beliebigen Kombination mit sonstigen Weichen und Breitbandverstärkern angeboten.

Ausweitung im UKW-Bereich

Anlaß für derartige Anlagenerweiterungen ist in diesen Tagen in weiten Teilen Westdeutschlands gegeben, wo ab 2. Januar 1984 das neue, deutschsprachige Fernsehprogramm von Radio Luxemburg (RTL) zu empfangen sein wird. Auch in Grenznähe zur DDR wird sich in Zukunft eine Anlagenerweiterung anbieten, da dort derzeit der Aufbau einer 3. Fernseh-Senderkette im Gange ist.

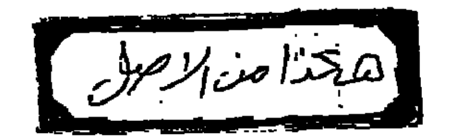
Der allgemeine Trend zur Rationalisierung hat auch im Bereich der Installation von Empfangs-Antennenanlagen Einzug gehalten. So bieten heute nahezu sämtliche Hersteller der Antennenbranche kombinierte Antennenverstärker an, die auf ganz spezielle Empfangsgebiete wie z. B. den Raum Frankfurt, auf München, auf Hamburg usw. zugeschnitten sind.

Auch auf dem Gebiet des Tonrundfunk-Empfangs ist, wenn auch in den größten Teilen Europas erst Mitte der neunziger Jahre, mit einer Ausweitung des UKW-Tonrundfunkangebots zu rechnen. Diese Erweiterung resultiert aus den Arbeiten der Regionalen UKW-Planungskonferenz, die sich seit 1982 mit der Neuordnung und Erweiterung des UKW-Frequenzbereiches befaßt. Im Kleinen konnte eine Erweiterung des Hörfunkangebots durch eine zeitlich befristete Regionalisierung oder Lokalisierung der UKW-Senderketten erreicht werden.

Obwohl auch beim Hörfunk durch verbesserte Antennen und hochwertige Elektronikbaugruppen ein Empfang über größere Distanzen möglich ist, führt gerade dieser Bereich in einem großen Teil der Empfangs-Antennenanlagen ein Schattendasein. Dies erscheint um so weniger gerechtfertigt, als gerade in der jüngeren Vergangenheit der Hörfunk nach einer deutlichen Dominanz des Fernsehens wieder einen namhaften Aufschwung nimmt.

So wird das terrestrische Sendernetz für Hörfunk und Fernsehen auch in Zukunft seine Bedeutung als dezentrales Versorgungsnetz behaupten, das vor allem auch für den mobilen Empfang benötigt wird.

EBERHARD GAUGER



GLASFASER / Heute auf den Fernstrecken, morgen bis ins eigene Haus

Ideales Übertragungsmittel für die Zukunft

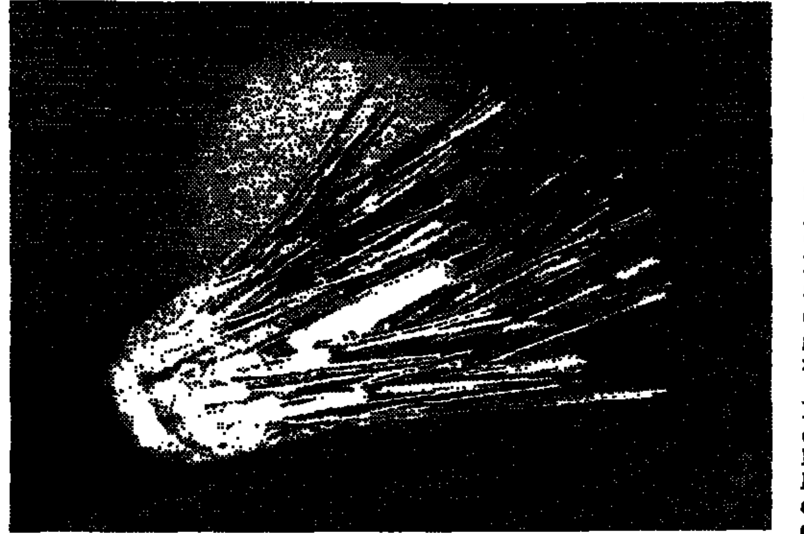
Seit es Anfang der 70er Jahre gelang, Licht über sehr lange, haarfeine Glasfasern zu übertragen, hat sich dieses Prinzip außerordentlich schnell zu einer sehr leistungsfähigen und bereits praktisch eingesetzten Technik für die Kommunikation entwickelt.

Die wichtigsten Vorteile gegenüber den traditionellen Kupferleitern sind hohe Übertragungsbandbreite, geringe Dämpfung pro Kilometer, wesentlich geringerer Durchmesser und geringeres Gewicht (etwa ⅒) als z. B. Kupferkoaxialkabel gleicher Übertragungsleistung sowie der nahezu unbegrenzt verfügbare Rohstoff Quarzsand. Auch die Unempfindlichkeit gegen magnetische und elektrische Beeinflussung sowie die weitgehende Abhörsicherheit sind wichtige Vorzüge.

Trotz dieser beeindruckenden technischen Überlegenheit der optischen Nachrichtentechnik ist zu beachten, für welchen Einsatzfall und ab wann sie jeweils auch wirtschaftlich dafür geeignet sein wird. Sowohl die Glasfaser selbst als auch die zugehörigen elektro-optischen Übertragungskomponenten befinden sich nämlich zur Zeit noch in einem mittleren Entwicklungsstand und werden erst allmählich den für Massenproduktion und breiten, wirtschaftlichen Einsatz erforderlichen Reifegrad erreichen.

Hohe Bandbreite in der Übertragung

Im Fernnetz werden die Vorteile der Glasfaser besonders zum Tragen kommen, insbesondere ihre hohe Übertragungsbandbreite und die niedrige Dämpfung. Künftige, weiterentwickelte Fasern und Übertragungskomponenten werden Regeneratorabstände in der Größenordnung von 100 km und mehr ermöglichen.



Ab 1986 wird die Deutsche Bundespost neue Fernkabel nur noch in Glasfasertechnik planen Foto: AP

Diese Vorteile machen die optische Nachrichtentechnik im Fernnetz jetzt allmählich wirtschaftlich. Die Deutsche Bundespost hat deshalb mit dem Einsatz von Glasfaserkabeln im Fernnetz bereits begonnen und plant neue Fernkabel ab 1986 nur noch in Glasfasertechnik.

Im Teilnehmeranschlußbereich des Fernsprechnetzes (und auch des Text- und Datennetzes) werden heute zweiadrige Kupferleitungen verwendet. Diese Leitungen ermöglichen das gewohnte Fernsprechen und später – wenn das Fernsprechnetz einmal digitalisiert sein wird – gleichzeitig die Übertragung von Text, Daten oder Faksimilebildern über dieselbe Anschlußleitung. Das Fernsprechnetz wird dann zum „Integrated Services Digital Network" (ISDN).

Zur vollständigen Kommunikation – wie bei einem Gespräch „Auge in Auge" – fehlt im ISDN lediglich die Bewegtbildübertragung. Hierfür ist die zweiadrige Kupferleitung nicht geeignet, wohl aber die Glasfaser. Sie ermöglicht neben allen vorher erwähnten Schmalband-Kommunikationsarten auch Breitbanddienste, nämlich Bildfernsprechen, Abruf von Videoinformationen, sehr schnelle Datenübertragung sowie den Transport von Hörfunk- und Fernsehprogrammen zum Teilnehmer.

Das Schmalband-ISDN wird dadurch zum Breitband-ISDN, einem Universalnetz für alle Kommunikationsarten. Dieses Breitband-ISDN ist wegen seiner Vielfalt an Kommunikationsdiensten und der für Nichtsprachdienste sehr hohen und kostengünstigen Transportleistung besonders für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft von großer Bedeutung.

Allerdings ist die Technik für das Breitband-ISDN noch nicht in endgültiger Form vorhanden. Ende 1983/Anfang 1984 wird zunächst der Betriebsversuch BIGFON (breitbandiges integriertes Glasfaser-Fernmeldeortsnetz) in den Technikvarianten verschiedener Firmen beginnen. Nach der Erprobung und Standardisierung sind dann neue, hochintegrierte Elekronikbausteine zu entwickeln, die für eine wirtschaftliche Einführung dieser Technik Voraussetzung sind. Mit dem Aufbaubeginn eines Breitband-ISDN ist daher erst gegen Ende der 80er Jahre zu rechnen.

Generell die Verbesserung der Massenkommunikation abzulehnen oder dieses Thema dem künftigen Breitband-ISDN allein zu überlassen, hieße jedoch, am Markt und an der entsprechenden Entwicklung in anderen Ländern vorbeizusehen. Es erscheint nach wie vor sinnvoll, Verteilernetze in der heute vorhandenen Technik und hauptsächlich in Wohngebieten einzurichten, während das Breitband-ISDN primär in Wirtschaftsgebieten installiert werden sollte, sobald diese Technik verfügbar ist.

Vorleistungen als Risiko

Darüber hinaus sind Übergangsmaßnahmen in Vorbereitung bzw. in Diskussion: So wird z. B. vorgeschlagen, beim Verlegen neuer Kabel grundsätzlich Leerrohre für künftige Glasfaserkabel mitzuverlegen sowie die ab 1986/87 einzurichtenden Schmalband-ISDN-Anschlüsse von vornherein mit Glasfaserkabeln auszurüsten. Solche Vorleistungen verringern das Investitionsrisiko einer „Doppelverkabelung" und tragen zu einer frühzeitigen Einführung des für die Wirtschaft so wichtigen Breitband-ISDN bei. Sie.

KABELFERNSEHEN / Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Belebung

Zusatznutzung erhöht Effizienz

Moderne Kabelfernsehanlagen können durchaus zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Belebung beitragen. Drei Faktoren spielen hier die wesentliche Rolle.

Die Zuschauer erhalten die Möglichkeit, sich einen höheren Freizeitwert zu schaffen – durch Entspannung, Information und Weiterbildung aufgrund der zusätzlich angebotenen Programme.

Das Freizeitangebot ist durch Aufwandsverringerung für Besorgungen und durch Einsparung von Wegzeiten erweiterbar, wenn Kabeldienste und Infomationsprogramme angeboten werden.

Die Effizienz im Geschäftsleben und im Verwaltungsablauf läßt sich durch elektronische Verbraucherinformation und Dienstebereitstellung erhöhten. Auch regionale Werbung und Verbraucheraufklärung kann diesem Ziel dienen.

Um die Möglichkeiten des Kabelfernsehens voll nutzen zu können, sind an die in diese Anlagen einzusetzende Technik Anforderungen zu stellen, die über die Technik reiner Verteileranlagen für öffentliche Rundfunkprogramme hinausgehen. In der deutschen Industrie sind alle Techniken für die volle Ausnutzung moderner großer Kabelfernsehanlagen vorhanden.

In modernen Kabelfernsehanlagen werden bis zu 20 und mehr Programme übertragen. Die Übertragungstechnik muß auch Sonderkanäle übertragen können. Moderne Fernsehgeräte haben je nach Fabrikat schon seit drei bis fünf Jahren einen durchstimmbaren Tuner, der den Empfang dieser Sonderkanäle ermöglicht. Für die Fernsehteilnehmer, deren Fernsehgerät diese Eigenschaft nicht besitzt, stellt die Firma Blaupunkt bisher als einziger Lieferant Teilnehmer-Konverter zur Verfügung, die den Empfang der Sonderkanäle ermöglichen.

In modernen Kabelfernsehanlagen wird es auch Programme geben, die man nur gegen eine besondere Gebühr empfangen kann (sogenanntes Pay-TV). Für den Empfang dieser Pay-TV-Programme gibt es entsprechende Teilnehmer-Konverter, die zwischen Teilnehmer-Steckdose und Fernsehgerät geschaltet werden.

Kabelfernsehanlagen können auch für Informations- und Wirkdienste



Hier können 20 und mehr Programme empfangen werden Foto Paul Glaser

benutzt werden. Ein Unternehmen der deutschen Unterhaltungselektronik hat für diesen Anwendungsfall ein System entwickelt, das alle denkbaren schmalbandigen Hausdienste sowie eine Reihe breitbandiger Dienste kombiniert über das Koaxialkabel der Gemeinschaftsantenne leitet:

- Haustürklingel, Haustürsprechanlage, Haustürenfernsehanlage
- Heizkostenüberwachung, Zählerkontrollen für Energie- und Wasserverbrauch
- Alarmsysteme gegen Einbruch-, Brand-, Gas- und Wasserschäden
- Altenüberwachung und Schnellhilfe

Das Haustelefon kann auch als Alarmrufgerät innerhalb des Hauses oder einer Siedlung verwendet werden. Bei Betätigung des Alarmknopfes ertönt beim zuständigen Hausmeister oder einer anderen dafür vorgesehenen Institution ein Alarmsignal. Auf Knopfdruck beim Hausmeister erscheint dann in seinem Haustelefon die Nummer des Alarmauslösers und die Kennziffer der Alarmart (Hilferuf, Wasserschaden, Feuer usw.).

Die Zusatznutzung von Gemeinschaftsantennen und Kabelfernsehanlagen erhöht natürlich auch die Effizienz in Geschäftsleben und Verwaltungsablauf. Durch Fernmeß- und Fernwirkdienste können aktuelle Ablesungen einfach und fehlerfrei erfolgen. E. S.

EMPFANGSANTENNEN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg
ISSN 0722 – 1452

Aktien unter wachsendem Druck

Auch Autowerte jetzt im Abwärtstrend

DW. – Die von Tag zu Tag wachsende Käuferzurückhaltung sowie der anhaltende Zinsanstieg führten am Aktienmarkt zu verbreitet nachgebenden Kursen. Zu Glattstellungen kam es bei den Maschinenbauaktien. Auf der ermäßigten Basis tauchten diesmal nicht – wie in den vorangegangenen Wochen – interessierte Anleger auf. Damit sei erst, wie Börsianer vermuten, unmittelbar vor Jahresschluß zu rechnen, wenn die Käufe bereits auf Rechnung des kommenden Jahres gehen würden.

Allianz-Aktien, die am Vortag im Zusammenhang mit dem Kampf um Eagle-Star um 20 DM zurückgenommen worden waren, erholten sich um 8 DM auf 800 DM. Im Chemiebereich lagen die Titel der Großchemie nur knapp behauptet. Um 4 DM auf 355 DM abgeschwächt waren Schering. Der Hapag-Lloyd-Kurs fiel um 2,50 DM auf 67,50 DM zurück. Der Markt wurde irritiert durch den beabsichtigten Verkauf von elf Schiffen, obwohl die Buchgewinne daraus möglicherweise ausreichen könnten, um den für 1984 zu erwartenden Neuverlust auszugleichen.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten um 5 DM und Conc. Chemie um 10 DM. Edelst. Witten stockten um 4 DM und Keramag um 3 DM auf. Leffers verbesserten sich um 7 DM auf 387 DM. Nachgeben mußten Dyckerhoff St. um 6 DM auf 225 DM, Stinnes verloren 10 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet., Allianz Leben und Allianz Vers. jeweils 15 DM.

Frankfurt: Von Versicherungen setzte Dt. Conti-Rück-Inhaber ihre Aufwärtsbewegung fort und notierten 1850 DM (plus 50 DM). Münchner-Rück-Inhaber wurden um 40 DM auf 1050 DM zurückgenommen. Buderus waren 452 DM (plus 7 DM), Allweiler-Vorzüge 245 DM (plus 8 DM), Seitz-Enzinger 176 DM (plus 5 DM). Von Versorgungswerten blieben Mainkraft 580 DM (plus 10 DM).

Hamburg: HEW verkehrten zu 97 DM und NWK-Vz. zu 175,30 DM. Phoenix Gummi lagen bei 148 DM. Triton wurden mit 132,50 DM gehandelt. Dagegen gingen Haller Meurer zu 210 DM aus dem Markt. Beiersdorf kamen auf 343 DM und Reichelt blieben unverändert. Von Banken lagen Vereins- und Westbank bei 308 DM und Hypothekenbank Hamburg waren bei 425 DM gesucht.

München: Agrob Vz. gaben um 5,50 DM auf 294,50 DM nach und Flachglas um 3,50 DM auf 280,50 DM. Dywidag stockten um 0,90 DM auf 171 DM und Ekatit Ried. um 1,80 DM auf 67 DM auf. Krauss-Maffei verbesserten sich um 30 DM auf 2000 DM und Patrizierbräu um 7 DM auf 250 DM.

Berlin: Rheinmetall lagen um 8 DM freundlicher. Concordia Chemie wurden um 10 DM höher taxiert. Dt. Hyp. Berlin wurden um 4 DM, Herlitz Stämme um 2,50 DM, Scheidemantel um 2 DM, Herlitz Vorzüge um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1,40 DM zurückgenommen. Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 15. 12.: 148,2 (148,8); WELT-Umsatzindex vom 15. 12.: 2595 (1689)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausland

New York

	14. 12.	13. 12.
Alcan Aluminium	38,25	38,875
Allied Chemical	52,125	51,75
Alcoa	44,125	44,25
AMR Corp.	35,875	36,875
Am. Cyanamid	49,25	50
Amax	25	25,375
Am. Express	29,625	28,25
Am. Motors	6,75	6,50
Am. Tel. & Telegr.	63,875	64,25
Asarco	31,25	31,375
Atlantic Richfield	42,25	42,875
Avon Products	23,75	24
Bally	20,75	21,25
Bk. of America	20,25	20,50
Bethlehem Steel	26,625	26,875
Black & Decker	25	25,25
Boeing	45,50	45,75
Brunswick	28,375	28,875
Burroughs	48,75	49,50
Caterpillar	47,50	48
Celanese	76,125	75,875
City Investing	37,75	38,75
Chase Manhattan	45	45,625
Chrysler	27,375	28,625
Citicorp	36	35,75
Clorox	25,375	25,875
Coca Cola	56,50	57
Colgate	21,375	21,375
Comm. Edison	27,50	27,75
Comm. Satellite	30,875	31,125
Continental Group	52,75	53,50
Control Data	44,125	44,75
CPC Int.	40,75	41
Curtiss Wright	47,875	47,875
Deere	39	39,25
Delta Airlines	41,75	42
Digital Equipm.	69,375	70,625
Dow Chemical	33,75	32,50
Du Pont	51,75	52
Eastern Gas-Fuel	23,375	23,625
Eastman Kodak	73,75	74,625
Exxon	37,875	38,375
Fabergé	23,50	22,50
Firestone	22,625	22,50
Fluor	18,25	18,375
Ford	41,125	41,25
Foster Wheeler	15,625	15,625
Fruehauf	44,125	44,125
GAF Corp.	16,375	16,50
General Dynamics	59,25	59,25
General Electric	56,75	57,75
General Foods	51,125	51,25
General Motors	73,375	74
Gen. T. & E.	42,375	42,625
Getty Oil	76,50	76,375
Goodyeartire	29,875	30,375
Goodrich	30,375	30,375
Grace	46,25	46,75
Gulf Oil	43,50	43,25
Halliburton	39	41
Hewlett Packard	39,875	40
Homestake	30	30,125
Honeywell	134,75	136
IBM	121	122
Int. Harvester	11,625	12,125
Int. Paper	56,625	57,625
Int. Tel. & Tel.	43,50	44,375
Int. North. Inc.	38,25	37,75
Jim Walter	38	38,25
J. P. Morgan	71,25	71,25
TV Corp.	17,50	17,25
Litton Industries	67,25	67,625
Lockheed Corp.	37,75	37,875
Loew's Corp.	172,50	173
Lone Star	28	28
Louisiana Land	24,50	24,25
Mc Dermott	23,375	23,75
Mc Donnell Doug.	55,875	56,125
Merck & Co.	91,375	91,875
Merrill Lynch	32,125	32,75
Mesa Petroleum	14,625	15
MGM (Film)	11,875	11,875
Minnesota M.	85	85,75
Mobil Oil	28,375	28,625
Monsanto	105,375	105,25
National Gypsum	34,75	35,125
Nat. Semiconductor	15,50	16,50
National Steel	31,125	31,50
NCR	127,50	129,875
Newmont	52,75	52,25
PanAm World	8,625	8,875
Pfizer	34,875	35,625
Phibro	30,50	31,50
Phillips Petroleum	33	32,625
Philip Morris	71,875	71,75
Pittston	14	14
Polaroid	34,25	34,25
Prime Computer	17	17,375
Procter & Gamble	56,50	56,75
RCA	34,625	35
Revlon	33,50	33,75
Reynolds Ind.	59,375	59,875
Rockwell Int.	33,375	33,625
Rorer Group	28,875	30
Schlumberger	47,75	47,75
Sears, Roebuck	37,125	38,875
Shell Oil	41	41,625

Optionshandel

Frankfurt: 15. 12.: 691 Optionen = 36 100 (31 450) Aktien, davon 123 Verkaufsoptionen = 6 550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-75/3, 1-80/1,7, 4-80/6,4 4-85/4,9, 4-90/2,9, 7-80/10, 7-90/6, BASF 1-150/16,5, 1-160/7, 1-170/2,25, 4-160/15,2, 4-170/8,2, 7-170/14,4, 7-180/9,4 Bayer 1-170/2,1, 4-160/16,6, 4-170/8,6, 4-180/4, 7-180/9,3, 7-190/6, BC 4-220/10, BMW 1-430/7,05, 7-450/34,5 Commerzbank 4-170/9,4 4-200/3,4, 7-160/20, 7-170/15,4 7-200/6, Conti 1-110/10, 1-120/3, 4-110/17,5, 4-120/10, 4-130/5, 7-130/10,9, Daimler 4-650/44, 4-690/21, 7-650/72, 7-700/32, 7-720/19,15, Dt. Babcock St. 4-180/14,7, 7-180/25, Dt. Babcock Vz. 4-190/11,8, Deutsche Bank 4-310/19,8, 4-370/4,4, 7-320/30, 7-370/7, Dresdner Bk. 4-170/9,9, 4-190/3, 4-210/2,5, 7-170/17, 7-190/9,6, GHH St. 7-140/17, Hoechst 1-160/11, 1-170/5,4, 4-160/19,3, 4-170/13,9, 4-190/6, 7-190/14,4, 7-190/9,4, Hoesch 1-90/4, 1-95/1,8, 4-95/7,8, 4-100/5,8, 7-95/10, 7-90/15, 7-110/5,5 Karstadt 4-300/7,1, KHD 4-250/24,2 Klöckner 7-35/7,2, 7-40/4,9, Lufthansa St. 4-140/10, 7-140/16, Mercedes 7-650/15,1 Metallges. 7-210/10, Mannesmann 4-140/6, 4-150/2,5, 7-130/17,4, 7-140/10, 7-150/6,6, Preussag 4-270/17, Siemens 1-390/2,6, 4-400/7, 7-400/18, Veba 1-170/4,4, 4-170/10, 4-190/3, 7-170/16, 7-190/6, VW 1-190/20, 1-200/7,5, 1-210/3, 1-220/1, 4-200/20,5, 4-220/10, 4-240/5,4, 7-200/29, 7-230/14, 7-250/7, IBM 7-340/30, Philips 7-40/4,45, Royal Dutch 7-120/13,4 Sony 4-40/5,5 Xerox 4-130/13,6, 7-130/17,4 **Verkaufsoptionen:** AEG 1-80/3, 1-85/8, 7-75/2, BASF 7-160/2,4, BMW 4-420/9,4, Bay. Vereinsbk. 1-330/22, Commerzbank 1-170/7,5, 4-160/3, 7-160/6,8, Conti 1-120/2, 7-120/5,6, Daimler 4-630/6,6, 7-650/22, Deutsche Bk. 4-320/10, Dresdner Bank 1-180/20, Hoechst 1-180/8, 4-180/8,5 Hoesch 4-90/3,6, 4-100/7,5, 7-95/5,6, Klöckner 4-40/4,2, 7-35/2,9, 7-40/5,95, Mannesmann 4-130/3,6, 7-130/5, Kali & Salz 1-210/9, Siemens 1-370/2,5 1-380/9, Veba 7-160/2,4, 7-170/4, VW 1-200/3,4, 4-200/4,5, 7-200/6,5, 7-210/12, 7-220/15,6, Chrysler 1-75/2, 4-75/5, 7-75/6, General Motors 4-200/9,9, IBM 4-330/8,5 Royal Dutch 7-120/4,8, Xerox 7-130/12,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¼–10⅝	6⅛–6⅜	4¾–5⅛
3 Monate	10⅛–10⅝	6⅛–6⅜	4½–4⅞
6 Monate	10½–10¾	6⅜–6⅝	4½–4⅞
12 Monate	10⅞–11⅛	6⅝–6⅞	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1772,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1200,00	1401,70
5 US-Dollar (Liberty)	466,00	584,22
1 £ Sovereign alt	251,00	308,94
1 £ Sovereign Elizabeth II	245,00	302,10
20 belgische Franken	193,00	247,38
10 Rubel Tscherwonez	258,00	321,48
2 südafrikanische Rand	245,00	300,96
Krüger Rand, neu	1092,00	1284,78
Maple Leaf	1092,00	1284,78
Platin Noble Man	1117,00	1313,28
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	266,00	261,06
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	266,76
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,06
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1008,00	1214,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	202,00	253,08
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	139,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	489,00	574,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,30

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,7565	2,7636	2,7321	2,74	2,80
London¹)	3,914	3,929	3,891	3,85	4,00
Dublin¹)	3,096	3,110	3,058	3,03	3,18
Montreal²)	2,2044	2,2124	2,1889	2,16	2,26
Amsterd.	88,025	88,245	89,135	87,75	89,75
Zürich	124,900	125,100	125,00	123,75	126,50
Brüssel	4,900	4,920	4,835	4,73	4,95
Paris	32,610	32,770	32,125	32,00	33,75
Kopenh.	27,560	27,680	27,33	26,50	28,50
Oslo	35,330	35,470	34,83	35,00	36,75
Stockh.**)	33,960	34,130	33,60	33,00	34,75
Mailand³) **)	1,644	1,654	1,603	1,61	1,71
Wien	14,185	14,205	14,185	14,00	14,32
Madrid**)	1,730	1,740	1,671	1,66	1,78
Lissabon**)	2,080	2,100	1,996	1,60	2,40
Tokio	1,1716	1,1780	–	1,13	1,19
Helsinki	46,800	47,000	45,84	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,753	2,807	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4645	2,4835	–	2,42	2,53
Johannesbg.*)	2,2575	2,2765	–	2,11	2,35

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

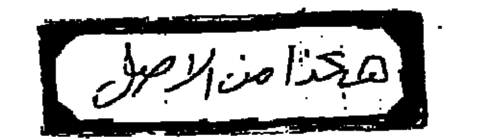
Devisen

Die gestrigen massiven Interventionen der Zentralbank am späten Nachmittag wirkten im Markt nach, so daß am 15. 12. eine Konsolidierungsphase zwischen 2,7530 und 2,7650 vorhanden war. Die Bundesbank verkaufte zur amtlichen Notiz von 2,7596 einen hohen Betrag von 63,1 Mill. Dollar. Neue Impulse waren ansonsten nicht zu erkennen. Der Japanische Yen steigerte seinen absoluten Höchstkurs auf 1,1775. Das Englische Pfund lag gut behauptet bei 3,921 in Reaktion auf die Ankündigungen unveränderter Ölpreise der British National Oil Corporation für das 1. Quartal 1984. Die D-Mark konnte sich gegenüber den EWS-Partnern verbessern. Lediglich der Gulden lag um 4,5 Pf höher. Dollar in: Amsterdam 3,0940; Brüssel 56,3375; Paris 8,4350; Mailand 1672,25; Wien 1945,30; Zürich 2,2077; Ir. FD/DM 3,103; Pfund/Dollar 1,4200.

Ostmarkkurs am 15. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze



Bundesanleihen

		15. 12.	14. 12.
4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,35G
5½ Bund 78 I	1/84	100	99,9
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 76 I	2/84	100,1	100,15
7 dgl. 77	3/84	100,05	100,05
7½ dgl. 76 II	4/84	100,2G	100,2
5 dgl. 78	5/84	99,35	99,4
6 dgl. 78 III	9/84	99,3	99,4
8½ dgl. 78	9/84	101G	101,05
6 dgl. 78 IV	12/84	99,1	99,3
6¾ dgl. 79	1/85	99,4	99,4
8¾ dgl. 73 I	3/85	101,85	101,8
7 dgl. 79	4/85	99,75	99,8
7½ dgl. 79 II	6/85	99,8	99,75
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,45	100,45
8 dgl. 76 IV	10/85	101	101
5½ dgl. 78 II	3/86	95,9	95,9
5¾ dgl. 78	5/86	95,35	95,4
7½ dgl. 76 I	12/86	98,35	98,3
6¾ dgl. 79	1/87	96,3	96,5G
7¼ dgl. 76 II	1/87	98,3	98,3
6¾ dgl. 77	4/87	96,6	96,5
6½ dgl. 77	7/87	95,8	96,1
6 dgl. 77	10/87	93	93,2
6 dgl. 78 I	1/88	93,45	93,7
6½ dgl. 78 I	9/88	94,3	94,7G
6½ dgl. 78 II	12/88	94,25	94,25
6¾ dgl. 79	1/89	94,45G	94,45
7¼ dgl. 79 I	4/89	95,75	95,75
10 dgl. 81	4/89	107,15	107,2G
7½ dgl. 79 I	6/89	96,95G	97,2
8 dgl. 79 I	7/89	98,8	98,85
8 dgl. 79 II	8/89	98,9	99
7½ dgl. 79 II	9/89	96,55	96,8
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,1	98,05
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,1	97,1
10 dgl. 80	4/90	107,85	107,85
5¾ dgl. 78	5/90	90,4	90,4
8¼ dgl. 80 I	7/90	99,1	99,3
8¼ dgl. 80 II	11/90	99,25	99,45
7¾ dgl. 82	11/90	98,8	98,9
9 dgl. 81	2/91	102,8	102,9
10½ dgl. 81	7/91	109,25	109,45
10¾ dgl. 81	9/91	112,3	112,4
10 dgl. 81 II	12/91	108,8	109
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,3	107,3
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,45G	107,45G
6 dgl. 78 II	3/93	87,85G	87,85
9,5 dgl. 82	4/92	105,95G	105,95
9 dgl. 82	5/92	102,9	102,95
8¾ dgl. 82	6/92	99,7	99,95
9 dgl. 82	8/92	102,55	102,9
8¾ dgl. 82	9/92	101,15	101,25
7¾ dgl. 82	12/92	95,6	95,8
7½ dgl. 83	1/93	93,75	93,8
7½ dgl. 83 II	3/93	93,7	93,7
7½ dgl. 83 III	5/93	94,9	95
8¼ dgl. 83	6/93	98,5	98,6
8 dgl. 83	7/93	96,4	96,5
8¼ dgl. 83 II	8/93	98,5	98,65
8¼ dgl. 83 III	10/93	98,55	98,6
8¼ dgl. 83 IV	11/93	98,75	99,25
8¼ dgl. 83 V	12/93	99,25	99,25
7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,85	100,85
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,9	100,9
8½ dgl. 80 S.3	2/85	101,15	101,15
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	102,15	102,15
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,6	101,6
8¾ dgl. 80 S.6	5/85	101,05	101,05G
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,7	100,7
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,1	100,1G
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101	101
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,1	102,1
9 dgl. 81 S.11	1/86	102	102
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,5	103,6G
10 dgl. 81 S.13	3/86	103,6	103,6
9¾ dgl. 81 S.14	4/86	103,15G	103,15G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,1	104,1
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,35G	105,35
11 dgl. 81 S.17	6/86	106,8G	106,8
10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,55	105,6
10 dgl. 81 S.19	10/86	104,4	104,5
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,4G	103,49
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,25G	105,25
10 dgl. 81 S.22	11/86	104,6	104,6G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,45	103,55
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,1	104,1
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,5	103,6
9¾ dgl. 82 S.26	4/87	102,9	102,9
9 dgl. 82 S.27	4/87	101,95G	101,95
8½ dgl. 82 S.28	5/87	100,7	100,8
9½ dgl. 82 S.29	7/87	103,6	103,6
9 dgl. 82 S.30	8/87	102	102
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	101,4	101,45
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	99,8	99,8
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,1	99,35
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	98	98
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,15	97,15
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	96,15bG	96,2
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	94,65	95,6
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,1	95,35
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96G	96,2
7½ dgl. 83 S.40	6/88	96,9	97,1
8 dgl. 83 S.41	8/88	98,4	98,45
8 dgl. 83 S.42	9/88	98,05	—

Bundesbahn

		15. 12.	14. 12.
4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,35G
7½ Bdbahn 72	2/84	100	100
8 dgl. 72	9/84	100,8	100,8
8¼ dgl. 76	9/84	101	101,05
6 dgl. 78 III	11/84	99,3	99,3G

		15. 12.	14. 12.
F 8½ dgl. 79	2/85	99,3	99,3
8½ dgl. 73	2/85	101,5	101,5G
7 dgl. 77	2/87	97	96,95
6 dgl. 77	9/87	93,1	93,55
6 dgl. 78 II	7/88	92,2	92,2
6½ dgl. 77	5/89	92,85G	92,85bG
8 dgl. 79 I	7/89	98,95	98,85G
8 dgl. 78 I	3/90	99,65	99,75
8 dgl. 80 II	7/90	97,7	98
9 dgl. 81	3/91	102,8	103,2G
10½ dgl. 81	9/91	110,5	110,7
10¾ dgl. 81	11/1	109,95	110,05
8 dgl. 80 I	2/92	97,35G	97,25
10 dgl. 82	2/92	108,7	108,8
9¾ dgl. 82	7/92	105	106
8 dgl. 82	11/92	96,95	97,25
7¾ dgl. 83	1/93	95,55	95,7
8¼ dgl. 83	10/93	98,5	98,7

Bundespost

		15. 12.	14. 12.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,35G
8½ Bdpost 68	8/88	98,4	98,35G
8 dgl. 72 I	9/87	100G	100
10 dgl. 81	3/89	107,4	107,6
10½ dgl. 81	8/89	107,85	107,85
8 dgl. 80	3/90	97,9	98,1
7¾ dgl. 80	9/90	96,8	97,15
8¾ dgl. 80	12/90	102,2G	102,3
10½ dgl. 81	10/91	111	111,7
9¾ dgl. 82	2/92	107,35	107,4
8¾ dgl. 82	8/92	101,2	101,5G
8½ dgl. 82	10/92	100	100,35
7¾ dgl. 83	2/93	95,75	95,9
8½ dgl. 83	8/93	100,4	100,4

Länder – Städte

		15. 12.	14. 12.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	95,8	95,8G
8¾ dgl. 82	92	98,7G	98,7G
M 7 Bayern 65	86	99,75G	99,75G
6½ dgl. 67	87	99,35	99,5
6 dgl. 68	85	98G	98G
7 dgl. 72	84	100	100G
7½ dgl. 76	84	100G	100
6 dgl. 78	88	92,25	92,25
8¾ dgl. 80	90	101G	101G
8¾ dgl. 82	90	101,15G	101,25G
7½ dgl. 83	93	93,25G	93,25
B 8½ Berlin 70	85	101,25G	101,25G
8 dgl. 72	85	100,25G	100,25G
7½ dgl. 76	84	100,1G	100,1
7 dgl. 77	85	99,7	99,65
8½ dgl. 78	88	98G	98G
8¾ dgl. 80	88	102,6	102,6
Br 7¾ Bremen 71	87	100,3G	100,3G
8 dgl. 72	87	100,4G	100,4
7½ dgl. 83	93	93,75	93,5G
H 8½ Hamburg 70	85	101,1	101,1G
8¼ dgl. 77	92	94bG	93,7G
8 dgl. 80	82	97,5	97,75G
9¾ dgl. 82	82	106,7G	107G
7½ dgl. 83	92	93,2G	93,6
F 8 Hessen 71	86	100,2	100,2G
6¾ dgl. 78	88	92	92,25
Hn6 Nieders. 69	84	99,9G	99,9G
8½ dgl. 70	85	101	101
7½ dgl. 72	87	98,9G	99,1G
8 dgl. 72	87	99,75	99,75G
7½ dgl. 79	87	97	97,5
7¾ dgl. 82	92	94,75G	95,5
8 dgl. 83	93	96,25G	96,25
D 7½ NRW 83	93	93,95G	93,5G
7¾ dgl. 83	93	94,75G	95
8½ dgl. 83	93	99,4	99,5G
8¾ dgl. 83	93	98	98,5
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,3G	99,3G
8 dgl. 71	86	100	100G
F 8½ Saar 70	85	100,25G	100,25G
7 dgl. 72	87	97,6	97,6G
6 dgl. 78	88	91,75	92,2
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,9G	99,7G
6 dgl. 64 II	84	99,5G	99,5G
7¼ dgl. 72	87	98,5G	98,5
8½ dgl. 73	85	100,75	100,75G
D 7 Essen 72	85	99,7	99,7G
M 6 München 64	84	99,8G	99,6G
S 7½ Stuttgart 71	86	—Zhg.	100G
7¾ dgl. 72	87	99,75bG	99,75
8 dgl. 83	93	96,5G	97bG

Bankschuldverschreib.

	15. 12.	14. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,55G	99,55G
9 dgl. Pf 106	101,8G	101,8G
10 dgl. Pf 108	108,4G	108,4G
7 dgl. KS 132	94,5G	94,5G
8 dgl. KS 155	97,4G	97,4G
9 dgl. KS 169	101,85G	101,85G

Renten weiter nachgebend

Am Rentenmarkt hielt der Kursverfall an. Im 10jährigen Laufzeitbereich waren bereits Renditen von 8,70 Prozent zu hören. Gleichwohl wurde die letzte 8¼prozentige Bundesanleihe weiterhin auf ihren Emissionskurs von 99,25 Prozent gehalten. Die davor herausgekommene Tranche wird aber schon zu 98,75 Prozent gehandelt. In den Handel eingeführt wurden die 8prozentigen Bundesobligationen Serie 42 zum Kurs von 98,05 Prozent. DM-Auslandsanleihen gaben bis zu 0,35 Prozentpunkte nach. Das beschlossene Volumen neuer Emissionen ist zwar nicht ganz so hoch wie befürchtet, stellt aber gleichwohl eine Belastung des Marktes dar.

	15. 12.	14. 12.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	89,75G	89,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 3	93bG	93bG
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	76bG	76bG
6 dgl. KO Pf 50	99,6G	99,6G
6½ dgl. Pf 10	80bG	80bG
8 dgl. KS 1	99,25G	99,25G
M 6 Ldw. Anst. IS 15	95,75G	95,75G
6 dgl. IS 16	94,35bG	95,5bG
6 dgl. IS 17	93,25bG	93bG
8½ dgl. KO 49	101G	101G
8½ dgl. KO 48	101G	101G
M 7½ Bay.Lbkzz. Pf 103	99G	99G
9½ dgl. Pf 105	101,25bG	101,25bG
10 dgl. KS 307	101,1G	101bG
9½ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Vereinsbk. Pf 11	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	88,5G	88,5G
6½ dgl. Pf 3	85,5G	85,5G
6½ dgl. Pf 12	85G	85G
7 dgl. Pf 20	94,6G	94,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 34	85,5G	85,5G
6½ dgl. Pf 37	98G	98G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	84,8G	84,8G
7½ dgl. Pf 87	89,9G	89,9G
6 dgl. KS 29	77,8G	77,8G
7 dgl. KS 30	96,3G	96,3G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119G	119G
5 dgl. Pf 54	115,5bG	115,5bG
6 dgl. Pf 109	77G	77G
6½ dgl. Pf 123	84G	84G
6½ dgl. Pf 141	84G	84G
7 dgl. Pf 143	90G	90G
8½ dgl. Pf 191	100G	100G
7 dgl. KO 113	99,5G	99,5G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	102G	102G
9½ dgl. KO 218	101,5G	101,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115,5G	115,5G
5½ dgl. Pf 50	72G	72G
6 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	102,4G	102,4G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,2G	100,2G
9 dgl. Pf 239	101,9G	101,9G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	97,75G	97,75G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	90,4G	90,4G
6 dgl. IS 71	99,15G	99,15G
6¾ dgl. IS 73	95,5G	95,5G
6¾ dgl. IS 80	99,75G	99,75G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO65-4	81G	81G
6 dgl. KO 46	76,5G	76,5G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	94,8G	94,8G
9 dgl. KO 129	101,7G	101,7G
10 dgl. KO 125	101G	101G
Hn6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	98,85G	98,85G
10 dgl. KS 134	102,45G	102,45G
8¾ dgl. KS 140	101,15G	101,15G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	89G	89G
5 dgl. Pf 67	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	78G	78G
6¾ dgl. KS 258	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	71G	71G
5½ dgl. Pf 58	78G	78G
6 dgl. Pf 182	78	78
B 9 Dt.Pf.WL Bd. 482	102,25T	102,25T
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 49	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	99,9G	99,9G
6½ dgl. Pf 65	98,4G	98,4G
6¾ dgl. Pf 60	94,2G	94,8G
6¾ dgl. Pf 74	97,75G	97,8G
6¾ dgl. Pf 76	95,7G	95,8
Br 6½ dgl. Pf 77	92,1G	93,15G
8 dgl. Pf 42	99,7G	99,7G
8½ dgl. Pf 47	101G	101G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	69G	69G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	77G	77G
6 dgl. Pf 130	90G	90G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G

	15. 12.	14. 12.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,75	88,75
6 dgl. 47	77G	77G
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	99,85G	99,85G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 86	78,75G	78,75G
6½ dgl. Pf 60	86G	86G
8 dgl. Pf. 248	100,4	100,4G
9 dgl. KO 125	102,1G	102,1G
8 dgl. KO 175	99,9G	99,9G
9 dgl. KO 259	101,4G	101,4G
9¾ dgl. KO 262	101,85G	101,85G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	113G	113G
5 dgl. Pf 12	89G	89G
7 dgl. Pf 25	92,25G	92,25G
10 dgl. Pf 40	102G	102,25
6 dgl. KO 30	99,85G	99,65G
6½ dgl. K 84	102G	102,25G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,3G	100,3G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	89,4G	89,4G
4½ dgl. KO 6	100,15G	100,15G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,2G	100,2G
8½ dgl. KO 81	97,6G	97,6G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	87G	87,5G
6 dgl. Pf 49	84G	84,5G
8 dgl. KS 1	—	—
8¼ dgl. KS 8	100,5G	99,25G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	93,5	93,5
7 dgl. Pf 97	89G	89G
10 dgl. Pf 32	100,8G	100,8G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ MBsch.Hypo.Pf 100	83bG	84G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100,5	100,5
8½ dgl. Pf 42	97,75G	97,75G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 53	102,25G	102,25G
7½ dgl. IS 6	98,8G	98,8G
10 dgl. IS 37	102,5G	102,5G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	118,5G	117T
6 dgl. Pf 58	82,3G	82,3G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	91,25G	92G
6¾ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	101,5G	102G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	67G	67G
7 dgl. Pf 125	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 128	87G	87G
8 dgl. Pf 177	103,75G	103,75G
9 dgl. Pf 167	100G	100G
6 dgl. KS 77	77G	77G
6½ dgl. KS 80/1	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	100G	100G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	114G	114G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	82,3G	83,45G
5½ dgl. Pf 43	81,7G	82,95G
6 dgl. Pf 58	79G	78
7 dgl. Pf 61	85,16G	86,25G
8 dgl. Pf 70	99,3G	99,8G
9 dgl. Pf 68	101,45G	101,75G
H 8 Schiffshyp. Pf 28	97,8G	97,8G
7½ dgl. Pf 45	100,4G	100,4G
M 6 Süddboden Pf 41	87,5TG	87,5G
5½ dgl. Pf 57	75G	75G
6½ dgl. Pf 149	92,5G	92,5G
7 dgl. Pf 87	92bG	92,5G
7½ dgl. Pf 104	98TG	98TG
7 dgl. KS 49	91,5G	91,5G
7½ dgl. KS 81	98,75G	98,75G
8 dgl. KS 133	97G	97G
8½ dgl. KS 132	101G	101bG
9 dgl. KS 185	101,5G	101,5G
9½ dgl. KS 171	103G	103G

	15. 12.	14. 12.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	76bG	76bG
7 dgl. Pf 180	98,6bG	98,6bG
D 8 WestLB Pf 350	99,95G	100,15G
6¾ dgl. Pf 483	85,8G	85,7G
9½ dgl. Pf 1007	103,95G	104,35G
8 dgl. Pf 1015	97,25G	97,55G
7 dgl. KO 556	99,1G	99,4G
6¼ dgl. KS 420	93,95G	94,05G
9¼ dgl. KO 1301	102,9G	103,65bG
8½ dgl. KS 1278	100,85G	101G
8 dgl. IS 1512	98,85G	99G
9¼ dgl. IS 1520	101,65bG	101,8G
8½ dgl. IS 679	92,3G	92,5G
7½ dgl. IS 1503	100,1G	100,2G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 6½ Westf.Hypo. Pf 550	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 564	102,3G	102,3G
9¾ dgl. KS 294	102,5G	102,5G
9½ dgl. KS 324	108,1G	108,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	76G	76G
7 dgl. KS 58	99,25G	99G
S 8½ Wür. KoLa Pf 1	87G	87G
7 dgl. Pf 5	99,3G	99,3G

Sonderinstitute

	15. 12.	14. 12.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79,5G	79,5G
7 dgl. Pf 63	88,5bG	88,5bG
5½ dgl. PF 98	92G	92G
8 dgl. Pf 184	98G	97G
8 dgl. Pf 185	98G	99,25G
5½ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	95,75G	95,75G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	94,25G	94,25G
8¾ dgl. RS 172	104G	104G
9 dgl. RS 186	102,5G	102,5G
10 dgl. RS 189	104bG	104G
11¼ dgl. RS 195	107,5bG	107,5bG
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,55G	100,55G
8 dgl. 70	101	101G
8 dgl. 76	100,1	100,1
7¼ dgl. 79	97,7	97,7
10 Kredit 81	108,5	108,8
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,05	100,05
F 6 Lwl.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	99,25	99,25
6 dgl. RS 15	95,85G	95,85G
6 dgl. RS 18	95,5	95,5
8 dgl. RS 19	96,25G	96,25G
6 dgl. RS 20	99,5	99,5
6 dgl. RS 21	98,75G	98,75G
8 dgl. RS 26	99,1	99,1
7½ dgl. RS 27	99,75G	99,75G
8½ dgl. RS 60	95,15G	95,15G
7 dgl. 94	94,5G	94,5G
7 dgl. 99	99,1G	99,1
8 dgl. 101	99T	99T
7½ dgl. 102	98,5	98,5
9½ dgl. 128	104G	104G
D 7¾ LAG TS 76	100,05G	100,1G
8 dgl. TS 76	101,1G	101,1G
6½ dgl. TS 77	95,7G	95,7G
5¾ dgl. 78	92,85G	92,8bG
7 dgl. 79	98,7G	98,9

Industrieanleihen

	15. 12.	14. 12.
F 6 Badenwerk 64	99,5	99,6
6 dgl. 78	94,25G	94,25G
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 58	98,25T	98T
F 8 Chem. Hüls 71	99,9T	99,9T
7¾ Cont. Gum. 71	98G	98bG
6 Dt. Texaco 64	99,4G	99,4G
6 Gelsenb. 64	100G	99,95G
5¾ HEW 62	98G	98G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
4½ Harpen 59	181G	181G
6 Hoechst 64	99,5G	99,5G
6 Hoesch 64	98,8G	98,8bG
7½ dgl. 71	—Zhg	—Zhg
7½ Karstadt 71	98,8T	98,8G
7½ Kaufhof 71	98,75	98,8T
7¾ dgl. 71	99,1	99,1T
7½ dgl. 76	98,5T	98,75G
7½ Klöckner W. 71	98,25T	98,25T
8 dgl. 72	98,5T	98,8T

	15. 12.	14. 12.
F 6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	99G	99G
5 Mannesmann 59	98,7	98,2
6 Mosel 63	100G	99,95G
6 NWK 61	99G	99G
6 dgl. 62	95,5G	95,5G
6 OstDon. Kraftw. 64	94G	94G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	100G	100G
F 6 Rh.Braun. 63	94,6T	94,6T
6 dgl. 65	94,5G	94,25G
5½ RWE 59	99,25G	99,25G
6 dgl. 63	95,25T	95,25T
6 dgl. 65	94	94,25
7¾ dgl. 71	99,5	99,6
7 dgl. 72	97,8	97,8bG
6 Rh.-M.-Don. 62	96G	96G
6½ dgl. 68	98G	98
6 Schleswag 71	99,9G	99,9G
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,25T	99,25bG
8 dgl. 72	99,8	100
7¼ dgl. 77	95,1	95,25
5 Veba 59	98,25T	98,25T
6 VEW 71	100	99,9bG
8¼ dgl. 77	95G	95G
7 VW 72	97,8	97,75

Optionsscheine

	15. 12.	14. 12.
F 11 BASF Over Zee 82	81,5	82,3
7¼ Bayer Fin. 79	84,2	84,9
10½ Bayer Fin. 82	73,5	74,3
7½ BHF Bk. Int. 83	96,5	97,2
6¾ Ciba-Geigy 75	1192	1207
3½ Commerzbk. 78	46,7	47
7 Combk. Int. Lux. 83	71	71,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	124	124,9
3½ Dt. Bk. Int. 83	106,7	107,2
8¾ Degussa 83	153	155,3
4 Dresdner Bk. Int. 83	59,8	60,5
10 Hoechst 75	345	346
6¾ dgl. 79	73,5	74,2
8 Hoechst 83	89,5	90,5
7¼ Jap.Syn.Rubber 82	1760	1745
5¾ Jusco 83	3000	2960
Minol 82	270,5	270
7¾ Siemens 83	173,4	175
6½ Wells F. 73	319	317

Optionsanleihen

	15. 12.	14. 12.
F 8½ BASF 74 m O	147,5	145,5
8½ BASF 74 oO	100,5	100,25
M 3½ Stumpf 88 mO	164G	164G
M 3½ Stumpf oO	82,5bG	82,5TB

Währungsanleihen

	15. 12.	14. 12.
F 8 Brasilien 72	97,75G	97,75G
8¾ Kopenhagen 72	98,25G	98,25G
9½ Norwegen 79	99G	99G

Optionsanleihen

	15. 12.	14. 12.
F 7¼ BHF Bk.Int.83 mO	108G	108
7¼ dgl. 83 oO	77,45	77,5G
3½ ConBk. Int. 78 mO DM	110,5G	110,5
F 3½ dgl. 78 oO DM	87,75G	87,75bG
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	125G	125
4½ dgl. 77 oO $	81,1	81
3¾ Dt. Bk. 83 mO	111,95	111,95
3¾ dgl. 83 oO	80,45	80,05
4 Dresd. Bk. 83 mO	106,25	106,75
4 dgl. oO	83G	83
7½ Jap. Synth. 82	187G	188,5G
7½ dgl. 82 oO	99G	99G
5¾ Jusco 83 mO	142	142G
5¾ dgl. 83 oO	92,6G	92,6
F 6½ Wells F. 73 mO DM	128G	128
6½ dgl. 73 oO DM	96,25G	96,75G

Optionsscheine

	15. 12.	14. 12.
F 8¼ BASF 74	73	73,5
Stumpf 78	74	70bB

Wandelanleihen

	15. 12.	14. 12.
F 5 Bayer 69	104,75	104,9
H 8 Beiersdorf 82	165G	158G
F 4½ Commerzbk. 78	99,9G	99,9
D 9 Girmes 74	332	332
6¼ KSB 83	128	128,5

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschuldverschreibungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	15. 12.	14. 12.
F 4¾ AKZO 69	87G	87G
F 3½ All Nippon 78	93,5	93,2
F 3½ Asahi Opt. 78	133,5G	132G
F 4¾ Canon Inc. 77	465	450bG
F 3½ Cas. Comp. 78	288T	280G
F 5¾ Daiei Inc. 80	124,5	124,5
F 4¾ Fujitsu Ltd. 78	560G	548G
F 5 dgl. 79	442G	432,25
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	107,5T	107,5T
F 3¼ Jusco Co. 78	104	104,25G
F 4 Kansai El. 79	100	100
F 6 Komatsu 76	176	174T
F 6 Konishiroku Pho 81	130	126,25
F 6¾ dgl. 82	122,5G	122bG
F 3½ Koralsen 78	93,75	94,25G
F 7½ Kraft Inc. 70	112,2G	112,2G
F 3½ Marudai F 78	99T	98,25T
F 6 Michelin Int. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	240G	241,25G
F 4 dgl. 79	184G	185G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	203G	203G
F 6,75 Mitsub. H 81	146,25G	148,25
F 6 dgl. 81	115	113,5
F 6 Michi Co Ltd 80	120G	120G
F 7 Nippon Sh. Gl. 82	178G	177G
F 3¾ Nippon Sh. 78	149G	149G
F 3½ Nissan Mot. 78	94,5	94,25T
F 4 Nisshin Steel 78	154G	155G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100
F 3½ Olympus 78	280G	275G
F 3¾ Omron Tat 79	422G	411G
F 4¾ Orient Fin 79	308G	305G
F 3½ Ricoh Comp 78	235G	227
F 6½ Rothm. Int. 72	95	94,75G
F 3¾ SankyoElec. 78	122G	122G
F 3½ Sanyo Elec 78	200T	200T
F 3¾ Seiyu Stores 78	96,75G	96,75T
F 6¼ Sekisui 76	134,5	136T
F 3½ Stanley 78	159G	158
F 6 Taiyo Yuden 82	139,5	138
F 5 Texaco Int. 65	95,65	95,65bG
F 3½ Tok. Elec. 78	—	470G
F 4 Tokyu Land 79	108T	108T
F 3½ Trio Kenw. 78	109,5	109G
F 6½ Uny Ltd 79	176G	178

Ausländische Aktien

	15. 12.	14. 12.
F L'Air Liquide	163G	—
D Akzo	77,5	77
F Alcan	104	106,1
F Alcoa	119	120,8
F Alg.Bk.Nedld.	322	320
F All Nippon Air	3,8G	3,8G
F Amax	67,5	69,3
F Am. Cyanamid	135G	138G
D American Expr.	82,5	79,9
D Am Motors	18,5	18,5
F Am. T & T	175	178,3
F Amro Bank	52	52,5
F Anglo Am. Corp.	44,7	45
M Anglo Am. Gold	292,5	295
F Arbed	56G	57
F Asahi Chem.	4,3T	4,3T
M Atl. Richfield	118,8	119,4
H Atlas Copco	37G	37G
M Avon	65,5	67
D Baker Int.	48,5bG	49,5
F Ball Canada	21bG	—
F Banco de Bilbao	22,4	22,5
F Banco Central	23,4	23bG
F Banco Hisp. Americ.	18,25	18,05
F Banco de Santander	18,3	17,6
F Banco de Vizcaya	27,5bG	27,1
F Barlow Rand	29G	29G
M Baxter Trav. Lab.	61,5	62
D Beatrice Foods	86T	88T
D Bell Canada	69,5T	—
F Black & Decker	88,9	89,4
F Boeing	125,5	125
M Bougainville Copper	8,4	8,6B
F Bowater	9,1	9,1
D BP	15,65	15,65
M Broken Hill	34	34,6G
F Bull	12,6T	13T
F Cdn. Pacific	115G	115
F Canon	17,8	17,2
F Casio Comp.	17,1	17,4
F Caterpillar	133	131,5
D Ch. Manhattan	124	125
F Chrysler	75	76,5
M Citicorp.	98,5	99,6
F City Investing	105	105G
F Coca-Cola	154	155
D Colgate	59	59
M Comm. Satellite	85,5	86,6
F Cons. Gold F.	20	20,1
D Cont. Group	143T	146T
F Control Data	123	125bG
F Courtaulds	4,7	—
M CRA	14,35	14,4
M CSR	9,5G	9,6B
F Daiei	7,3T	7,3T
F Dart & Kraft	180G	180
M De Beers Cons.	20,7	20,8G
F Deere Comp.	109	111
F Diam. Shamrock	55	55,8
M Digital Equipm.	191,1	195B
M Disney Prod.	137,9	141,7
F Distillers	—	—
M Dome Petroleum	9,65	9,75
D Dow Chemical	87,1	92
D Dresser	52,4	52,4
M Driefontein Cons.	83B	85,9
D DuPont	141	142G
F Dunlop	—	—
D Eastern Air Lines	19,2	20,9
F Eastman Kodak	204	207,5
F Elf Aquitaine	54	55
F Endesa	180bG	182
D Ericsson	143T	143T
D Esmark	114T	114T
D Exxon	103,5	104
D Fiat St.	5,1G	5bG
D dgl. Vz.	3,5G	3,5bG
F Fieldcrest	—	—
D Fisons	27G	27bG
M Fluor	50B	49G
D Ford	114	112G
F Fosaco Minsep	5,75	5,75T
F Fujitsu	15,8	15,45
F General Electric	157	160
F General Mining	62	64,9

	15. 12.	14. 12.
D General Motors	202B	202G
D Gen. Shopping	485G	475G
M Getty Oil	210	210,4
D Gevaert	146G	146
F Goodyear	82,8	82,6
H Grace	128	129
D GKN	6,55G	6,5bB
F Gulf	119,8	119G
D Halliburton	105,6bG	111
M Hewlett Packard	111exD	113,4
D Highveld Steel	—	—
D dgl. o.O.	—	—
F Hitachi	970	965
M Holiday Inns	138	138,8
F Homestake	82	82,9
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,4	2,45
D Hoogovens	34,1	35,5
D Hughes Tool	55	55,5G
F IBM	335bG	338
F ICI	25	25
M Impala Plat. Hold.	35,4	34,8
M Imperial Oil	81,5	82,2
F Inco	39,1	39,5
F Int. T & T	122	124
D Italiano Fin. Ind.	7,8G	7,6G
F Italcementi	53	53
F Izumiya	9,2T	9,2T
F Japan Line	1,75T	1,8T
D Jusco	9,3G	9,3G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	2,05	1,9T
M Kloof Gold Min.	123,1	124,3
F Komatsu	6	6
D KLM	166	169,5
F Konishiroku Photo	7,1T	7,1T
F Kubota	3,3G	3,3G
D Lafarge	90G	90G
D Litton Ind.	183,5	183,5
F Lone Star	76T	75,5G
D LTV	48	47,4
M M.I.M. Hold.	18,9	18,95
F Magneti Marelli	—	—
D Marubeni	2,95G	2,95G
F Marudai Food	7,5	7,5T
D Matsushita El.	22,7	22
M McDonald's	180bG	185bG
M Merrill Lynch	89	91,4
F McDonnell D.	151,5	154
M Minerals & Res.	27T	27,1
D Minnesota M.	232T	234T
D Minolta Camera	7,8G	7,6
F Mitsubishi Chem.	2,95T	2,95T
F Mitsubishi El.	4,75T	4,75T
F Mitsui Bk.	5,1G	5,2
F Mitsui & Co.	3,7G	3,8G
F Mitsui Engin.	1,8G	1,8G
F Mitsui O. S. K.	1,9T	1,90T
F Mitsumi El.	10,2	9,4
H Mobil Corp.	78,5	79
F Monsanto	280G	280G
F Montedison	0,34	0,34
F Murata	31,5	31T
M Nat. Semicond.	42,5	46,3
D Nat. Westminster	25G	25G
F NEC Corp.	18,9	16,65
F Nestlé	6005	5960
F Nestlé Tz.	609	600G
D Nikko Sec.	4,5G	4,5bG
F Nippon Kokan	1,7	1,7
F Nippon Shinpan	7,5T	7,6T
F Nippon Yusen	2,6G	2,6G
F Nissan Motor	8,3	8,6
F Nisshin Steel	1,8T	1,8T
F Nissho - Iwai	3,2G	3,2G
D NL Industries	48	43G
F Norsk Hydro	178	178
H Occ. Petroleum	67	65
D Océ v. d. Grint	204G	208G
F Olivetti St.	5,85	5,8
F Olivetti Vz.	5,2	5,15
F Olympus Optical	12,6T	12,5
H v. Ommeren	29	29G
F [illegible]	22	22

	15. 12.	14. 12.
F Pakhoed	46,4	48,5
F Pakhoed Z.	42	43,5G
M PanAm	23,7	24,1
D Parker Drilling	25,5	26,2
F Peko Wallsend	14,65	14,8
M Pepsi	101,6	102,8
F Pernod-Ricard	240T	240T
F Peugeot	65	65,1
F Philip Morris	200	198G
H Philips	36,7	37,1
D Phoenix Ass.	14,5G	14,5G
F Pirelli	2,35	2,3
M Polaroid	94	93,8
M Prime Computer	47G	47,3
F Procter & G.	154G	154
D Ramada Inns	29,5T	30
M Ranger Oil	30,6	31
F Rank Org.	7	6,9bG
F Ricoh	13,7	13,2T
F Rio Tinto NA-St	22,8	23
F Rio Tinto Kumm.	22T	22T
H Robeco	289	290
F Rockwell	91	91
H Rolinco	278	280
F Rorento	174,5	175G
F Rothmans Int.	4,2	4,25T
D Rowan Cos.	31,3	31
H Royal Dutch	120,5	120,5
M Rustenburg Plat. Hold	28,3	28,2
F Sanko Steamship	2,4T	2,4T
F Sanden Corp.	7,6G	7,8G
M Santos	18,4	18,6
F Sanyo Elec.	5,05	5,8
F Sanwa Bk.	5,5G	5,5G
M SASOL	9,4	9,4
F Schlumberger	132,5	133,2
F Schw. Alum.	1320	1325
F Schw. Bankverein PS	325	325,5
F Schw. Bankverein OR	7,65	7,7
M Sears, Roebuck	102,8	105
F Seiyu Stores	7,5T	7,5T
F Sekisui House	6,3G	6,3G
F Selected Risk	40G	40G
H Shell T & T	21,3G	21,3G
D Singer	77,2	80
F Snia Viscosa	1,85	1,88
D Solvay	180T	183
D Sony Corp.	40,1	40,1
D Sperry Corp.	124	126
F Squibb	127G	130G
F Stanley Elec.	9,9G	9,9T
F Steyr-Daimler-P	20,7	20,7
F Sumitomo	5,6G	5,6T
F Sumitomo Heavy	2,4T	2,47
D Sumitomo Metal	1,8G	1,8G
D Sun	119G	120B
M Sunshine Mining	32,7	32,6
F Swissair	121G	120G
F Taisei Kens.	2,45G	2,45G
M Tandy	117,2	118,6
F Tayo Yuden	15,5G	15,5G
F Tenneco	104	104,1
D Texaco	96,5	98,5
D Thomson-CSF	80T	82,5T
D Thorn Emi	24G	24G
F Tokyo El.	18,8T	17T
D Tokyo Pac	300G	300G
F Tokyo Sanyo El.	6,5T	6,5T
D Toray	4,5G	4,5G
D Toshiba	4,8bG	—
F TRIO Kenwood	7,8G	7,8G
F TRW	220G	223G
D UAL	98	102bG
H Unilever	219	221,5
F Union Carbide	170G	175
D Uniroyal	46	47,1
F United Techn.	198,9	198
F US Steel	81	80,5
M Vaal Reefs Expl.	292,5	298,7
D Volt-Stock	76G	76
D Volvo A	150G	155T
D dgl. Nam B	150T	155T
F Warner Commun.	62,5	63,5
F Warner Lambert	79,5	78
F Wells Fargo	108	107
M Western Deep L.	138,7	140
M Western Mining	10	10,1
M Westinghouse El.	149	151,4
F Westl.-Utrecht H.	98	91G
D Xerox Corp.	136,5	136

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Abschläge mußte auch Kaffee hinnehmen. Fester ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	14. 12.	13. 12.
Dez.	340,75	337,00
März	351,00	349,00
Mai	348,50	348,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	14. 12.	13. 12.
St. Lawrence 1 CW	243,55	243,30
Amber Durum	260,20	259,85
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	140,20	140,50
März	146,00	146,00
Mai	149,60	150,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	120,00	121,20
März	122,50	123,70
Mai	122,40	123,40
Hafer Chicago (c/bush)	14. 12.	13. 12.
Dez.	181,25	180,25
März	182,75	181,50
Mai	185,25	184,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	325,25	326,50
März	329,50	329,50
Mai	332,50	332,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	14. 12.	13. 12.
Dez.	125,80	126,20
März	131,50	132,10
Mai	133,00	133,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	14. 12.	13. 12.
Dez.	154,30	155,00
März	148,90	149,51
Mai	143,00	143,85

Kakao New York ($/t)	14. 12.	13. 12.
Dez.	2480	2410
März	2450	2410
Terminkontr. Mai	2445	2400
Umsatz	4270	5188
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	7,55	7,60
März	8,51	8,58
Mai	8,85	8,95
Juli	9,20	9,26
Sept.	9,40	9,58
Umsatz	12845	12765
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	14. 12. 7,82	13. 12. 8,03
Kaffee London (£/t) Robusta-	14. 12.	13. 12.
Kontrakt Jan.	2156–2157	2114–2115
März	2020–2021	2005–2006
Mai	1933–1934	1935–1936
Umsatz	6945	4816
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1810–1823	1830–1850
März	1810–1811	1814–1815
Mai	1801–1802	1807–1808
Umsatz	7011	7440
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	–
März	152,00–152,15	0–157,00
Mai	157,60–157,65	0–162,00
Umsatz	900	836
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	14. 12.	13. 12.
schw. Sarawak spez.	410,00	405,00
weißer Sarawak	637,50	632,50
weißer Muntok	645,00	640,00

Orangensaft New York (c/lb)	14. 12.	13. 12.
Jan.	123,40	123,80
März	122,50	123,25
Mai	122,40	123,00
Juli	122,60	123,00
Sept.	122,60	123,00
Umsatz	300	225

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	14. 12.	13. 12.
Südstaaten fob Werk	49,00	49,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	25,75	26,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	26,90	26,60
Jan.	27,00	26,70
März	27,55	27,20
Mai	27,95	27,70
Juli	28,10	27,80
Aug.	27,65	27,30
Sept.	26,60	26,30
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,50	28,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,25	17,60
Choise white hog 4% fr. F.	16,25	16,50
Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	46,95	46,45
Febr.	48,70	48,75
April	47,75	47,85
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	63,95	63,40
März	64,45	64,15
Mai	65,70	65,45

Häute Chicago (c/lb)	14. 12.	13. 12.
Ochsen unb. schwere River Northern	53,00	55,00
Kühe dick. schwere River Northern	56,00	56,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	774,00	771,00
März	792,00	787,00
Mai	803,50	798,00
Juli	808,00	804,50
Aug.	796,00	786,00
Sept.	735,00	727,00
Nov.	686,50	676,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	214,50	214,70
Jan.	215,50	215,70
März	217,30	218,00
Mai	217,30	218,00
Juli	217,00	217,50
Aug.	211,00	213,00
Sept.	205,00	204,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	14. 12.	13. 12.
Dez.	375,00	374,80
März	386,50	376,10
Mai	394,90	393,30
Kokosöl New York (c/lb)	14. 12.	13. 12.
Westküste fob Werk	44,50	44,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	15. 12.	14. 12.
jegl. Herk. cif	855,00	870,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	520,00	515,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	725,00	710,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
ab Niederl. fob Werk	194,00	189,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1012,50	1000,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	317,25	317,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	14. 12.	13. 12.
März	79,85	79,95
Mai	80,80	81,17
Juli	81,60	81,82
Okt.	76,15	78,15
Dez.	74,50	74,60
März	76,05	75,75
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1	58,50	58,90
Wolle Lond. (Austr. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	14. 12.	13. 12.
Dez.	407–410	403–410
Jan.	402–403	400–407
März	412–414	412–413
Umsatz	96	24
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	14. 12.	13. 12.
Dez.	unerhältl.	46,50
März	unerhältl.	46,70
Mai	unerhältl.	47,60
Juli	unerhältl.	47,70
Umsatz	–	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	14. 12.	13. 12.
Dez.	535,00–540,00	536,00–537,00
März	557,00–559,00	554,00–558,00
Mai	568,00–568,00	565,00–569,00
Umsatz	13	37
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14. 12.	13. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	14. 12.	13. 12.
Dez.	13 950	13 970
März	14 020	14 006
Kautschuk London (p/kg)	14. 12.	13. 12.
Nr. 1 RSS loco	86,00–87,25	86,50–88,50
Jan.	86,50–86,60	87,00–88,00
Febr.	86,00–87,00	87,00–87,50
Jan.-März	86,20–86,40	86,80–87,00
Tendenz: unsicher		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	14. 12.	13. 12.
Nr. 1 RSS loco	–	266,50–267,00
Dez.	266,00–266,25	270,50–271,25
Jan.	270,00–270,50	269,50–280,50
Nr. 2 RSS Dez.	259,00–260,00	256,00–257,00
Nr. 3 RSS Dez.	255,50–258,50	249,50–250,50
Nr. 4 RSS Dez.	249,00–250,00	248,50–249,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	14. 12.	13. 12.
BWC	485,00	495,00
BWD	485,00	495,00
BTC	495,00	495,00
BTD	485,00	485,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15. 12.	14. 12.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,22–108,41	109,62–109,81
drittfolg. Monat	112,14–112,34	113,55–113,75
Zink: Basis London		
laufend. Monat	229,40–229,79	232,81–233,21
drittfolg. Monat	235,48–235,88	239,11–239,30
Produz.-Preis	282,54	283,38
Reinzinn 99,9%	3777–3814	3751–3786

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15. 12.	14. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	389,26–391,62	395,15–397,51
Blei in Kabeln	116,00–117,00	117,00–118,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	15. 12.	14. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	364–374	368–378
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	411	414–415
MS 63	408–413	412–417

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	14. 12.	13. 12.
ab Werk prompt (Ring.Äq.)	29,20	29,25

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	15. 12.	14. 12.
Leg. 225	430–440	438–440
Leg. 226	440–442	440–442
Leg. 231	470–472	470–472
Leg. 233	480–482	480–482

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	15. 12.	14. 12.
Platin (DM je g)	37,85	37,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 800	35 150
Rücknahmepr.	34 150	34 400
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 860	35 170
Rücknahmepr.	33 830	34 110
verarbeitet	36 600	36 840
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 615	34 820
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	836,90	844,40
Rücknahmepr.	807,00	814,80
verarbeitet	874,00	881,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	15. 12.	14. 12.
10.30	388,60	390,00
15.00	388,75	389,00
Zürich mittags	388,25–388,75	387,50–388,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	105 050	106 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	652,85	660,45
3 Monate	667,40	675,30
6 Monate	683,80	691,85
12 Monate	716,80	724,85
Platin (£-Feinunze) London	14. 12.	13. 12.
fr. Markt	277,50	278,35
Palladium (£-Feinunze)		
London	115,30	–
f. Händlerpr.	116,30	117,30

New Yorker Preise	14. 12.	13. 12.
Gold H & H Ankauf	386,00	389,30
Silber H & H Ankauf	930,00	939,00
Platin fr. Händlerpr.	404,60	404,00
Produz.-Preis	475,00	475,30
Palladium		
fr. Händlerpr.	164,00–166,00	164,00–166,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	929,00	939,30
Jan.	935,00	941,00
Febr.	942,00	951,10
März	949,00	957,00
Mai	966,00	974,00
Juli	985,00	986,00
Sept.	1001,50	1013,50
Umsatz	20 000	22 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	14. 12.	13. 12.
Dez.	63,75	64,05
Jan.	64,05	64,35
Febr.	64,70	65,00
März	65,30	65,60
Mai	66,60	65,85
Juli	67,80	68,20
Sept.	69,25	69,65
Umsatz	10 000	12 000

Londoner Metallbörse

	15. 12.	14. 12.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1089,0–1089,5	1078,0–1079,0
3 Monate	1096,0–1096,5	1106,0–1106,5
Blei (£/t) Kasse	275,50–278,00	279,50–280,00
3 Monate	285,50–286,00	288,50–289,75
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	978,50–979,00	994,00–994,50
3 Monate	1004,5–1005,5	1021,0–1021,5
abends Kasse	–	
3 Monate	–	1020,0–1029,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	961,00–962,00	978,00–978,50
3 Monate	987,00–988,00	1002,0–1004,0
Zink (£/t) Kasse	584,00–585,00	590,50–591,50
3 Monate	599,50–600,00	606,00–606,25
Zinn (£/t) Kasse	8695–8700	8725–8735
3 Monate	8855–8858	8865–8880
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–320
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–74

FINANZANZEIGEN

STADT OSLO

(Königreich Norwegen)

9% Deutsche Mark-Anleihe von 1975/87
– WKN 461 091/100 –

Auslosung

Gemäß § 3 (4) der Anleihebedingungen wurden am 8. Dezember 1983 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 10 – WKN 461 100 –

mit den Stücknummern

63001–70000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von DM 6229000,– ausgelost.

Die Einlösung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen erfolgt vom 1. März 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel mit Zinsscheinen per 1. März 1985 uff.

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

Christiania Bank og Kreditkasse
Den norske Creditbank
Schweizerische Kreditanstalt
S. G. Warburg & Co. Ltd.
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
Banca Commerciale Italiana
Kredietbank S.A. Luxembourgeoise
Société Générale
Société Générale de Banque S.A.

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 29. Februar 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt.

Die am 1. März 1984 fälligen Jahreszinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Serien 2, 3, 4, 5 und 9 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Oslo, im Dezember 1983

STADT OSLO

M.A.N. MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG AKTIENGESELLSCHAFT AUGSBURG

Wertpapier-Kennummer für Stammaktien 506 300
Wertpapier-Kennummer für Vorzugsaktien ohne Stimmrecht 506 303

EINLADUNG

an die Stammaktionäre und Vorzugsaktionäre unserer Gesellschaft

zur ordentlichen Hauptversammlung

am Freitag, dem 3. Februar 1984, 10.30 Uhr, in Augsburg, Werkmuseum der M.A.N., Heinrich-von-Buz-Straße 28

Tagesordnung und Vorschläge zur Beschlußfassung

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes des Vorstandes sowie des Berichtes des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982/83.
   Erläuterung dieser Vorlagen durch Vorstand und Aufsichtsrat.
2. Entlastung des Vorstandes.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1982/83 zu beschließen.
3. Entlastung des Aufsichtsrates.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1982/83 zu beschließen.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983/84.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Süddeutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit dem Sitz in München, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983/84 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der Niederlassungen der nachstehend genannten Banken ihre Aktien spätestens am 26. Januar 1984 hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank – Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Dresdner Bank AG
Hamburgische Landesbank – Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Westfalenbank AG

Die genannten Banken sind berechtigt, die Ausweise für die Teilnahme an der Hauptversammlung auszustellen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die von diesen auszustellende Bescheinigung spätestens am 27. Januar 1984 bei der Gesellschaft einzureichen.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Augsburg, im Dezember 1983 — DER VORSTAND

EUROFIMA

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel
Société européene pour le financement de matériel ferroviaire, Bâle
Società europea par il finanziamento di materiale ferroviario, Basilea

5½% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1978/88
– WKN 462 161/65 –

Auslosung

Die Auslosung der zum 15. Februar 1984 fälligen Tilgungsrate ist am 8. Dezember 1983 in Anwesenheit eines Notars erfolgt.

Es wurde die Serie 5 – WKN 462 165 –
mit den Stücknummern 48001–60000 zu je DM 1000,–
und 63201–64000 zu je DM 10000,–
im Gesamtbetrag von DM 20000000,– ausgelost.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 15. Februar 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 15. Februar 1985 uff. bei den nachstehend genannten Banken und deren inländischen Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-Bank Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank – Girozentrale –

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 14. Februar 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt.

Die am 15. Februar 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Basel, im Dezember 1983

EUROFIMA
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

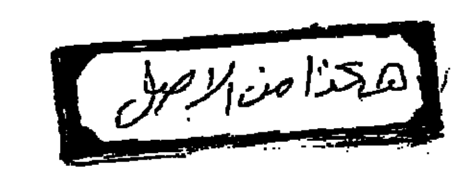
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild



Zu selten wagen Wirtschaftsmagazine im Fernsehen Unkonventionelles

Meistens mit erhobenem Zeigefinger

Vom 3. Januar 1984 an gibt es ein neues Fernseh-Magazin: Das bisherige 14tägliche ZDF-Wirtschaftsmagazin „Bilanz" wird durch das wöchentlich ausgestrahlte Magazin „Wirtschaft und Soziales", abgekürzt „WiSo", ersetzt, das jeweils dienstags von 21.15 bis 21.45 Uhr in neuer Form und Gestalt erscheinen soll. Verantwortlich zeichnen als Leiter Friedhelm Ost und als sein Stellvertreter Hans-Ulrich Spree, zwei erfahrene und kompetente Wirtschaftsjournalisten.

Das Konzept des neuen Magazins ist vielversprechend, es könnte als Regieanweisung auch für politische Magazine richtungweisend sein: Das Themen-Spektrum soll „bürgernah, d. h. verständlich für jedermann" behandelt und präsentiert werden. Transparent gemacht werden soll die großen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, wobei es darauf ankomme, den Bezug des einzelnen Menschen zu Entwicklungen, Entscheidungen und Ereignissen herzustellen. Aktuell und attraktiv sollen nicht nur die Inhalte, sondern auch ihre optische Präsentation sein. Diese Absichtserklärung liest sich wie eine verdeckte Kritik an der Machart herkömmlicher Fernseh-Magazine, eine Kritik, die wohl am Platze ist. Wer die Magazine der ARD und des ZDF kontinuierlich beobachtet und ihre Themen über längere Zeiträume hinweg analysiert, der kann nicht loben.

Von der Programm-Intention her sollen die Magazine wohl dem entsprechen, was in den „Grundsätzen für die Zusammenarbeit im ARD-Gemeinschaftsprogramm" so formuliert wird: „Das Gebot der Vielfalt gilt besonders für informierende und meinungsbildende Sendungen. Profilierte politische Aussagen und Analysen sind ebenso wesentliche Bestandteile des Programms wie die Information über bisher unbekannte Sachverhalte und Zusammenhänge."

Von diesem Postulat haben sich die Magazine im Laufe des letzten Jahres immer weiter entfernt. Unsere Diagnose: Sie leiden an Phantasiearmut in Präsentation und Themenwahl. Mit anderen Worten: Laufend abgenommen hat die journalistische Qualität dieser Sendungen. Dies gilt gleichermaßen für die politischen wie für die wirtschaftlichen Magazine. Fazit dieser subjektiv-summarischen Kritik: Magazine sind auf dem Weg, langweilig und damit entbehrlich zu werden.

Charakteristisch für die optische und dramaturgische Darbietung: Die Magazine bestehen meist aus Moderator und Film-Konserven – im Stu-

Plusminus – ARD, 22.00 Uhr

dio passiert nichts. Der jeweilige Chef ist auch Moderator, erscheint meist in Großaufnahme, stehend oder sitzend, und belehrt seine Zuschauer ex cathedra. Er bietet allzu selten eine Überraschung, kaum facettenreiche Problemanalysen, sondern vorgestanzte Meinungen und Ergebnisse. Und ebenso schlimm: Bei jedem Magazin weiß man schon vorher, welche Meinungen es geben wird, welche Resultate die „Recherchen" erbringen werden. Dies ist um so langweiliger, als die jeweiligen Rechercheure offenbar immer schon vor ihrer Recherche wissen „was ist". So bestehen die Magazine aus dem Zeigefinger des jeweiligen Moderators und aus Kurzbeiträgen, die meist nach dem gleichen Strickmuster gefertigt werden: Kurzinterviews und Statements von Prominenten wechseln ab mit bewegten Bildern, die Kurz-Leitartikel illustrieren.

Erstaunlich, daß das Beispiel eines Magazins nicht Schule gemacht hat, das schon seit fünf Jahren im dritten Programm der Südschiene (SW 3) ausgestrahlt wird: „Markt – ein Wirtschafts-Cocktail" (verantwortlich Manfred Trebess). In dieser Sendung ist alles anders: Da gibt es Bewegung im Studio, eingeladene Prominenz sitzt zum Gespräch an einer richtigen Theke vor einem Glas Bier, dort gibt es Pin-Wände, an denen gezeichnet wird, Publikum ist dabei, und es wird in kleinen Runden diskutiert. Das alles mag zwar nicht in toto übertragbar sein, schon aus Zeitmangel nicht, aber Elemente dieser Lebendigkeit und Frische wären nachahmenswert. In vorbildlicher Weise hat Manfred Trebess auch das leidige Moderatoren-Problem in seiner SWF-„Plusminus"-Ausgabe gelöst. Da gibt es nicht mehr den erhobenen Zeigefinger des alles(besser)wissenden Moderators, sondern eine rein informative Anmoderation zum Thema und danach einen als Kommentar gekennzeichneten kurzen Meinungsbeitrag.

Die personelle, formale und thematische Erstarrung der Magazine ließe sich auflockern, wenn sich ihre Redaktionen zu Unkonventionellem entschließen könnten, beispielsweise dazu, Kollegen von den Printmedien ins Studio zu holen und mit ihnen zu diskutieren. Ein interessantes Experiment wäre es auch, Zeitungsredakteure an der Produktion von Themen zu beteiligen.

Unkonventionelles, Überraschendes, Weiterführendes – unter diesen Gesichtspunkten sollten die Themen der Magazine verstärkt ausgewählt werden. Dazu wäre es jedoch notwendig, viel häufiger und intensiver die Analyse anzusteuern, statt um rasch vergessener Gags willen auf die tiefer schürfenden Problemdarstellungen zu verzichten.

PETER SWEERTS-SPORCK

STUDIO

Friedrich Nowottny, Chefkorrespondent der ARD in Bonn, hat sich in die anhaltende Diskussion um Qualität und Attraktivität der „**Tagesschau**" eingeschaltet. In einem gestern in München vorab veröffentlichten Interview des Magazins „Playboy" sagte Nowottny: „Ich warne davor, den Begriff Tagesschau als ‚Tages-Show' umzuinterpretieren." Die Tagesschau habe die strenge Form einer Nachrichtensendung. Dagegen könne in den Tagesthemen schon einmal anderes untergebracht werden. In seiner Sendung „Bericht aus Bonn" werde allerdings jeden Freitag „mit Lustgewinn genau das gemacht", was mit dem Begriff „Tages-Show" verbunden werden könnte.

KRITIK

Zu viele Tüten unterm Baum

Das Szenarium stimmte: die fröhliche Familie unterm Weihnachtsbaum beim Auspacken der Geschenke. Doch diesmal ging es nicht um die Inhalte, sondern um die Verpackung. In der Reihe „**Globus**" (ARD) sollte der Müll unterm Weihnachtsbaum kritisch beleuchtet werden. Jährlich, so sah es Alfred Thorwarth, werden in der Bundesrepublik zehn Millionen Tonnen Verpackungsmaterial doppelt bezahlt. Beim Kauf und über die Entsorgung – im letzteren Fall aber dann durch den Steuerzahler. Offensichtlich, so hieß es, genüge es nicht, eine Ware nur einmal einzupacken.

In diesem Punkt ist Thorwarth zuzustimmen. Deshalb jedoch gleich die gesamte Verpackung der Waren zu verdammen, wie von Hanjo Düring in einer gestellten Kaufhausszene vorgespielt, dürfte wohl doch zu einseitig sein. So war denn auch von rund 42 Milliarden Mark die Rede, die hierzulande jährlich für Verpackung der verschiedensten Materialien ausgegeben werden, nicht aber davon, daß gerade dieser Industriezweig in hohem Maße gebrauchte Materialien wiederaufbereitet. Da wurden Erdöl, Aluminium, Holz und andere Rohstoffe bemüht, aber der Kreislauf mit eben diesen Stoffen schlicht unterschlagen.

Schade, daß ein so interessantes Thema in Schwarzweiß-Manier abgehandelt wurde. Zu kurz und unvollständig leider auch die Themen „Schutz der Wildtiere" und „Streumittel im Winter". Beschränkung auf ein Thema und gründliche Beleuchtung desselben wären künftig wünschenswert. SIEGFRIED IHLE





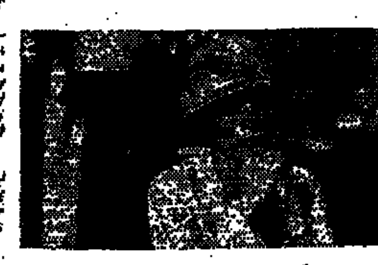
III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Der große Preis
11.45 Hundert Meisterwerke
11.55 Italienischer Opernabend
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.05 Ausländer raus?
Ein Ort in Deutschland
Reportage von Yoash Tatari
„Ich wollte gern hierbleiben. Aber jetzt hab ich Angst vor Leuten, die über uns schimpfen, meine Kinder schlagen" – dem türkischen Arbeiter fallen die Worte schwer. Seit zwölf Jahren arbeitet er in Deutschland, hat schließlich seine Familie nachgeholt. Jetzt will er mit seiner Frau und zwei Töchtern zurück in die Türkei – aus Angst.
17.05 American Folk Blues Festival '85
Aufzeichnungen aus der „Zeche" in Bochum
In memoriam Muddy Waters
Vor genau 20 Jahren war Muddy Waters mit dem American Folk Blues Festival selber zu Gast in Europa
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wiedersehen mit Brideshead
Siebenteiliger Film von John Mortimer nach dem Roman von Evelyn Waugh
4. Der verborgene Haken



Diana Quick als Julia Flyte aus „Brideshead" FOTO: KÖVESDI

22.00 Plusminus
Das ARD-Wirtschaftsmagazin
Mit den Themen: Warentest: Verteuert der Test die Produkte? Industrie und Verbraucher kritisieren übertriebene Anforderungen der Techniker / Wirtschaftskriminalität: Die Rezession läßt die Zahl der Delikte kräftig steigen / Der zweite Arbeitsmarkt: Sinnvolle öffentliche Beschäftigung statt Arbeitslose / Das Konjunktur-Barometer: Die Wirtschaftsprognose für die nächsten Monate
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Katz und Mäuse (Wh. v. 1981)
Mit Volker Brandt, Ulrich Faulhaber, Susanne Uhlen u. a.
00.40 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Die Schlümpfe
Ein Drache in Schlumpfhausen (2)
16.20 Schüler-Express
Ein Journal für Mädchen und Jungen
Der Turmspringer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Georgie Fame und der Trientiner Bergsteigerchor
17.50 Dick und Doof
Abenteuer im Spielzeugland
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Japan: Wahlen zwischen Moral und Zynismus / Sri Lanka: Der Frieden ist unsicher / Spanien: Die Reform des Strafrechts / Kenia: Hoffnung am Victoria-See
Moderation: Peter Berg
20.15 Der Alte
Explosion aus dem Dunkeln
21.15 Tegtmeier klärt auf
über Muntervideo
Mit Jürgen von Manger u. a.
22.00 heute-journal
22.20 Aspekte
Ballettfestival – Gala der Weltstars: Tourneehinweis auf eine „Hit-Parade" internationaler Ballettstars (u. a. Natalja Bessmertnova und Alexander Bogatirew vom Bolschoi-Theater Moskau / 1984 – Rauminstallation – Der Maler Michael Badura bezieht sich mit einer Rauminstallation auf den Roman „1984" von George Orwell / „Die Trojaner" in Frankfurt: Die Frankfurter Städtischen Bühnen führen ab 18. Dezember die Oper „Die Trojaner" von H. Berlioz auf. Das Werk ist in seiner kompletten Fassung von über fünf Stunden Dauer sehr selten gespielt worden und gilt schon daher als kompliziert / Peter W. Jansen stellt den Film „Die Glücksritter" von John Landis vor / Buchtip: „Die Erde dem Menschen untertan" beschäftigt sich mit dem Umweltgedanken in der Malerei.
Moderation: Hannes Keil
22.50 Sport am Freitag
23.20 Die Brüder
Dt. Spielfilm, 1976
Mit Klaus Löwitsch, Doris Kunstmann u. a.
Kurz nach dem Tode seiner ersten Frau hat der Landarzt Dr. Fachmin die junge Rachel geheiratet, die aber fortan gleichzeitig ein heimliches Liebesverhältnis mit ihrem erwachsenen Stiefsohn Frank Fachmin, einem erfolgreichen Anwalt, unterhält.
00.55 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Marco
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tele-Rat
21.45 Wie man sich nach oben spielt
22.15 Der Doktor und das liebe Vieh
23.00 Rockpalast
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Hallo Spencer
18.30 Natur – denk mal
19.00 Sehen statt Hören
19.30 Glaube – Hoffnung – Liebe
20.00 Tagesschau
20.15 Gespräche am Abend:
Willy Brandt
Lea Rosh unterhält sich mit dem Vorsitzenden der SPD – in Kürze wird er 70 Jahre alt – über ein Leben voll Kampf und Engagement
21.15 Die Phantasie an der Macht
22.00 Energiespartip
22.05 Talk op platt ut Lilienthal
00.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Hallo Spencer
18.30 Hier Studio Kassel
19.00 Avanti! Avanti! (13)
19.30 Da sind sie wieder (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Betteln
21.00 Drei aktuell
21.15 Die Biosphäre
22.00 Hessen Drei – dabei

SÜDWEST
18.00 Fauna Iberica
18.25 Ritter Prancelot und seine Abenteuer
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Beat-Club Waylon Jennings
20.15 Bundesrepublik Deutschland – Industrienation ohne Zukunft?
21.00 Tele-Tip
21.15 Wortwechsel
22.00 Der Prinzregent (4)
22.50 Café Größenwahn

BAYERN
18.15 Follow me (13)
18.30 Bonjour la France (13)
18.45 Rundschau
19.00 Zanskar – Ein Königreich auf dem Dach der Welt (2)
19.45 Bayern-Report
20.15 Schwarzes Wasser
20.45 Abschied von Gutenberg
21.45 Rundschau
22.00 Sport heute
22.15 Z.E.N.
22.20 Die Affäre Dominici
00.00 Rundschau
00.05 Actualités

EISKUNSTLAUF / Deutsche Meisterschaften in Unna – Unverhofftes Comeback eines früheren Talentes

Karin Riediger ist wieder dabei. Ohne Bitterkeit sagt sie: „Auf Erfolg kommt es mir nicht mehr an"

UWE PRIESER, Unna

Die Welt der Eiskunstläuferin Karin Riediger ist nie einfach und klar gewesen. Wäre es anders, vielleicht hätte die Karriere von Claudia Leistner erst nach den Olympischen Spielen von Sarajevo angefangen.

Als vor drei Jahren in Unna schon einmal deutsche Eiskunstlauf-Meisterschaften ausgetragen wurden, fiel im Schatten der glanzvollen Siegerin Riediger nur ein ganz kleines Licht auf eine begabte Nachwuchsläuferin namens Leistner. Das war der Schnittpunkt zweier Karrieren. Jetzt kreuzen sich ihre Wege in Unna ein weiteres Mal.

Die Welt der Eiskunstläuferin Claudia Leistner ist immer einfach und klar gewesen. Bestimmt von Eugen Romminger, einem mächtigen Funktionär, der, ihr Talent erkennend, bald schützend, bald drohend seine Hand über sie gehalten und ihre Karriere auf geradem und kürzestem Weg zum Erfolg gesteuert hat: ein Eislaufzentrum in Mannheim, wo er der Hausherr war; ein Spitzentrainer (Günter Zöller), dem er die Existenz sicherte; eine Familie Leistner, die ihm nicht reinzureden wagte.

Das alles war bei Karin Riediger ganz anders: „Ich bin immer nur herumgeschubst worden." „Sie war prädestiniert für ganz große Ziele, aber die Umwelt hat sie kaputtgemacht", sagt Romminger. „Sie war die Begabteste, die wir je hatten", sagt Sportdirektor Peter Krick. Karin Riediger ist jetzt 22 Jahre alt, fast zwei Jahre ist sie in der großen Eis-Arena nicht mehr gesehen worden. Sie schaut jetzt auf die Karriere von Claudia Leistner: „Den Weg hätte ich auch gehen können." Sie verschweigt, daß dieser Weg ihr immer noch offenstünde. „Erfolg", sagt sie, „es kommt mir eigentlich gar nicht mehr so darauf an." Karin Riediger hätte Grund zur Bitterkeit.

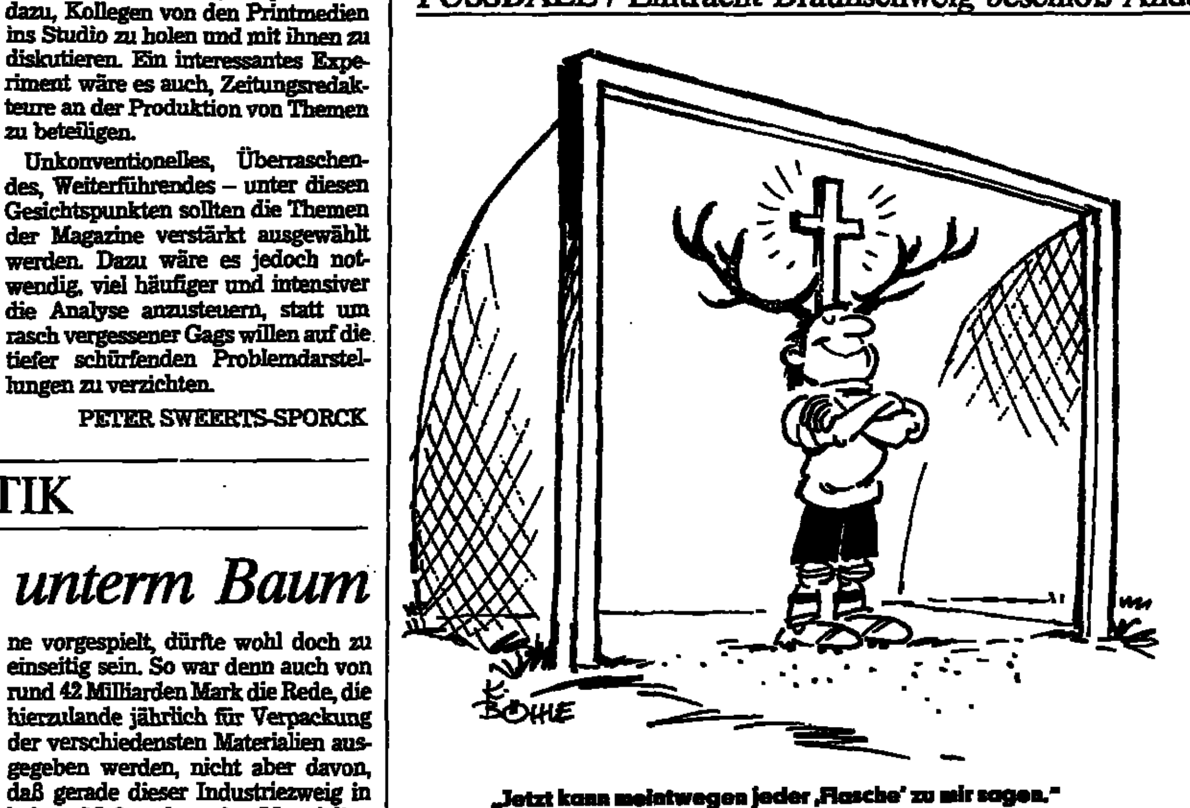
„Als Eiskunstläuferin wird man zur Unselbständigkeit erzogen", sagt sie. Und sie gibt zu, daß es früher schwierig gewesen sei, mit ihr zu sprechen. Sie hatte sich ja auch nie etwas zu sagen getraut. Auch 1979 nicht, als bei der Europameisterschaft in Zagreb aus Karin Riediger ein Star zu werden versprach. Da war sie gerade 16 und war Sechste geworden, und wenn man die zu erwartenden Rücktritte hochrechnete, so war die Duisburgerin auf dem Weg, Olympiasiegerin in Sarajevo zu werden.

Wenn da nicht eine Eislauf-Mutter Riediger gewesen wäre, die besser als alle zu wissen glaubte, in welchen Bahnen die Karriere ihrer Tochter zu laufen hatte. Wenn da nicht ein Trainer Georg Malarcius gewesen wäre, der mit dem Verband stritt. Wenn da nicht ein Vater des Eiskunstlauf-Trainers Malarcius gewesen wäre, der ebenfalls wußte, wie Karins Weg zu verlaufen hatte. Wenn da nicht der Verband gewesen wäre, der die Karriere Riediger am Ende durch massiven Druck in die von ihm gewünschten Bahnen zu lenken versuchte. Wenn da nicht Karin Riediger selbst gewesen wäre, die sich duckte, eingeschüchtert bald diesem, bald jenem gehorchte und nur einem nicht folgen konnte, weil sie nicht in der Lage war, es zu entwickeln: dem eigenen Urteil.

Karin Riediger quittierte den Kunstlauf und ging an die Kölner Trainerakademie. Von dort ist sie nun auf die Eisbahn zurückgekehrt. Ihre Ziele? „Es ist immer noch schön, wenn die Leute kommen und sagen, also laufen kannst du ja wirklich", sagt sie.

Nach der Pflicht liegt Karin Riediger in Unna auf Platz acht – Claudia Leistner ist hinter Cornelia Tesch, aber noch vor der Titelverteidigerin Manuela Ruben Zweite. Das erste Ziel von Claudia Leistner im Olympiawinter ist greifbar nahe: der erste deutsche Meistertitel.

FUSSBALL / Eintracht Braunschweig beschloß Änderung des Vereinsnamens



„Jetzt kann meintwegen jeder ‚Flasche' zu mir sagen." ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nur 8 gegen den Hirsch

Aus Eintracht Braunschweig wurde der „Sportverein Jägermeister Braunschweig": Diese Satzungsänderung beschloß die Mehrheit (acht Gegenstimmen, zwei Enthaltungen) der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Fußball-Bundesligaklubs. Die Vereinsfarbe wird künftig Orange sein, das Vereinswappen ziert ab sofort ein Hubertushirschkopf.

Der Beschluß ist jedoch noch nicht rechtswirksam, da der Deutsche Fußball-Bund (DFB) dem Klub durch eine „einstweilige Anordnung" untersagte, den neuen Namen ins Vereinsregister des Amtsgerichts Braunschweig einzutragen. Erst ein unabhängiges Schiedsgericht soll im Januar 1984 klären, ob die Namensänderung stattfinden kann. Präsident Günter Mast hat den Mitgliedern zugesichert, daß der Vertrag (jährlich eine Million Mark) auch dann in Kraft tritt, wenn die Eintragung sich über Jahre hinaus verzögern sollte. Die Werbewirksamkeit für sein Produkt hat Mast dennoch erreicht.

Kortschnoi: Nur remis

London (dpa) – Viktor Kortschnoi erreichte im Halbfinale des Schach-Kandidatenturniers wieder nur ein Remis gegen Garri Kasparow. Der Wettkampf steht jetzt 6:4 für Kasparow, dem nur noch ein Unentschieden zum Gesamtsieg fehlt.

Vertrag für Mang

Stuttgart (sid) – Anton Mang, viermaliger Motorrad-Weltmeister, wird in der nächsten Saison in der 250-ccm-Klasse an den Start gehen können. Gestern unterschrieb er einen Sponsorenvertrag mit einer Zigarettenfirma (HB), der ihn finanziell absichert.

Bykow freigesprochen

Stockholm (sid) – Der in einem Stockholmer Kaufhaus festgenommene Eishockey-Star Wjatscheslaw Bykow (23) aus der UdSSR wurde von einem örtlichen Gericht wieder auf freien Fuß gesetzt. Bykow hatte einen Tag nach dem Spiel des Weltmeisters in der schwedischen Hauptstadt gegen Schweden (8:3) versucht, das Warenhaus mit einer Tüte mit unbezahlten Kinder- und Damenkleidern im Wert von umgerechnet 300 Mark zu verlassen.

Schneller Winkelhock

Le Castellet (sid) – Manfred Winkelhock fuhr mit dem ATS bei Formel-1-Testfahrten auf der südfranzösischen Strecke von Le Castellet die zweitbeste Zeit (1:03,52) hinter dem Italiener Michele Alboreto auf einem Ferrari (1:02,82).

„Schuster der Lenker"

Barcelona (sid) – Der FC Barcelona unterlag beim Lokalrivalen Espagnol in der spanischen Fußball-Liga 0:1. Die Zeitung „El Mundo Deportivo" schrieb über Bernd Schuster, der nach seiner Verletzung das zweite Spiel bestritt: „Schuster war der große Lenker, aber es fehlte der Torjäger, der auf seine Ideen einging."

Strack wird operiert

Köln (dpa) – Fußball-Nationalspieler Gerd Strack (28) vom 1. FC Köln wurde gestern an der Leiste operiert. Ob er zu Beginn der Bundesliga-Rückrunde (21. Januar) eingesetzt werden kann, ist ungewiß.

Kröner will kämpfen

Nürnberg (dpa) – Rudi Kröner, vom Bundesliga-Klub 1. FC Nürnberg fristlos entlassener Trainer, will um eine Abfindung kämpfen. Beim Arbeitsgericht Nürnberg hat er eine Klage auf Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung eingereicht.

TISCHTENNIS

Ein Schritt zum Abstieg

sid, Banja Luka

Die Diagnose für den kranken Patienten ist leicht gestellt: akute Abstiegsgefahr! Die deutsche Tischtennis-Nationalmannschaft hat noch bis zum 7. März 1984 in den Spielen gegen Ungarn, England und in Schweden Zeit, sich zu erholen. Tut sie es nicht, folgt der dritte Sturz aus der Europaliga in die Zweitklassigkeit. Die Aussichten sind nach der 1:6-Niederlage in Banja Luka gegen Vorjahressieger Jugoslawien schlecht. Eberhard Schöler, Sportwart des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB), macht seinen Spielern dennoch Mut: „An den Abstieg denken wir im Moment überhaupt nicht!"

Im Gegenteil: Bundestrainer Charles Roesch gewann der einkalkulierten Niederlage sogar noch positive Züge ab. Zwangsweise, denn dem 61 Jahre alten Franzosen standen die Besten nicht zur Verfügung: Meister Georg Böhm (Saarbrücken) ist verletzt, Peter Stellwag (Reutlingen), Kirsten Krüger (Kiel) und Susanne Wenzel (Kronshagen) fehlten aus beruflichen Gründen. Übrig blieb der Düsseldorfer Ralf Wosik, ihm gelang mit 21:18, 21:19 gegen den bereits 37 Jahre alten Doppel-Weltmeister Dragutin Surbek der einzige Punkt.

War es Zweckoptimismus, daß Roesch seine Ersatzmannschaft dennoch lobte? Der Elsässer sah bei Josef Böhm nach dreijähriger internationaler Pause sehr gute Ansätze, „die für die Zukunft durchaus eine Alternative bieten".

STAND ● PUNKT

Magaths Drohungen

Zugegeben, in einer mäßigen Hamburger Mannschaft bekommt der Spielmacher Felix Magath immer noch die besten Kritiken. Nicht nur für seinen Trainer Ernst Happel sind die oft genialen Pässe von Magath ein Genuß. Er ist der Denker und Lenker der Mannschaft. Was aber manchmal im Kopf des Felix Magath vorgeht, ist oft schwer zu verstehen, oft sogar gefährlich.

Felix Magath droht plötzlich. Er werde kündigen, hat er gesagt, und einen Wechsel zu einem südeuropäischen Verein anstreben. Seine Begründung: „Ich will nicht im Bundesliga-Mittelfeld herumkrebsen. Für mich zählt nur die deutsche Meisterschaft."

Und als er gleich einmal in Fahrt gekommen war, gab's auch noch einen Tritt vors Schienbein für Dieter Schatzschneider und Wolfram Wuttke.

Wo käme aber die Bundesliga hin, wenn jeder, der nicht gleich Meister wird, die Brocken hinschmeißt? Es ehrt Magath ja, daß er seine Ansprüche selbst so hoch ansetzt. Doch zu einer Mannschaft gehören elf Spieler, und für Felix Magath kommt die Pflicht dazu, auch mit der Schwäche der Kollegen zu leben. Durch Drohungen oder Flucht sind selten Probleme gelöst worden.

Trainer Happel und Manager Günter Netzer stehen zu ihren Fehlern und versuchen, sie auszubügeln. Nicht durch Flucht, sondern durch Arbeit. ud

FUSSBALL

Muß Wales ausscheiden?

sid, Cardiff

Die britischen Hoffnungen, wenigstens eine Mannschaft zur Endrunde der Fußball-Europameisterschaft im Juni 1984 nach Frankreich zu schikken, erhielten einen Dämpfer. Das Tor für Jugoslawien zehn Minuten vor Ende des Qualifikationsspiels in Cardiff zerstörte für Wales die Hoffnung, aus eigener Kraft die Endrunde zu erreichen. So beurteilt die „Daily Mail" die Lage in der Gruppe vier: „Die letzte Chance Großbritanniens scheint dahin zu sein. Wales wird nach England, Schottland und Nordirland die Endrunde nicht erreichen."

„Das war Selbstmord", schrieb die Londoner Zeitung weiter, weil Wales nach dem Führungstor durch Robbie James (53. Minute) weiter ungestüm stürmte. Dabei hätte der 1:0-Erfolg ausgereicht.

Das Tor von Bazdarevic (Sarajevo) aber tat plötzlich für Jugoslawien nicht mehr erhoffte Möglichkeiten auf. Nur ein Punktverlust Jugoslawiens am nächsten Mittwoch in Split gegen Bulgarien kann Wales noch als siebten Endrunden-Teilnehmer nach Frankreich bringen. Selbst die Bulgaren haben neue Hoffnung geschöpft. Sie müßten in Jugoslawien mit zwei Toren Unterschied gewinnen, um Gruppensieger zu werden.

Mike England, Teammanager von Wales, zeigt sich sehr enttäuscht nach dem Spiel: „Ich werde nicht nach Split fahren. 90 Minuten auf der Tribüne zittern, das halte ich nicht aus."

TENNIS / 14 Jahre alte Andrea Vopat besiegte Nummer zwei der Setzliste

„Fahr hin und zieh keine Schau ab . . ."

sid, Mainz

„Ich habe hier so einen Zettel, da steht alles drauf", so unbekümmert eröffnete die 14 Jahre alte Andrea Vopat die erste Pressekonferenz ihres Lebens. Und dann plauderte die am 11. Mai 1969 in Hanau geborene Schülerin der neunten Klasse der Hohen Landesschule munter weiter: „Mein Vorbild ist Martina Navratilova, und ich möchte auch einmal ganz oben stehen."

Ähnlich ungezwungen hatte das junge Mädchen in den voraufgegangenen 67 Minuten ihre Gegnerin Petra Keppeler aus Augsburg besiegt und die Herzen der 6000 Zuschauer bei den 17. Deutschen Hallen-Meisterschaften in Mainz-Finthen erobert. Mit dem dritten Matchball warf sie die vier Jahre ältere Federation-Cup-Spielerin und Nummer zwei der Setzliste mit 6:4, 7:5 aus dem Rennen.

Beim TC Blau-Weiß Aschaffenburg spielt Andrea Vopat an Nummer vier, in der Hessen-Rangliste der Damen steht sie auf Platz elf, in der Deutschen nirgends. Mit dem knappen Satz am Montagmorgen „Ich soll hier spielen" verursachte sie bei Turnier-Direktor Peter Dinkels nur Ratslosigkeit. Die Lösung: Landestrainer Wolfgang Menge hatte von den Absagen einiger Qualifikantinnen gehört und zu seinem erst am Sonntagabend gegen 23 Uhr von einem Turnier in Neuss zurückkehrenden Schützling gesagt: „Fahr da ruhig mal hin, spiele ordentlich und ziehe vor allem keine Schau ab."

Die Tochter der in der CSSR geborenen Ludmila und Wenzel Vopat schaffte die Qualifikation und hat jetzt schon 600 Mark verdient. Als Vierjährige hat sie mit dem Tennis begonnen und mit sieben Jahren bereits das erste Turnier gespielt. Vor zwei Jahren war Andrea Vopat einmal die Nummer 19 im Alpinen Skisport, den sie jedoch im Vorjahr aufgab: „Ich habe so an die 60 Tage im Jahr bei Skirennen verbracht und konnte mich deshalb nicht mehr intensiv genug auf das Tennis konzentrieren."

Bei den Herren geht die Konkurrenz ohne den Titelverteidiger Hans-Dieter Beutel weiter. Beutel verlor in der ersten Runde gegen den Neusser Erich Jelen 6:3, 6:7, 3:6.

ZAHLEN

EISKUNSTLAUF

Deutsche Meisterschaften in Unna, Damen, Stand nach der Pflicht: 1. Tesch (Stuttgart) 0,6 Punkte, 2. Leistner (Mannheim) 1,2, 3. Ruben (Mannheim) 1,8, 4. Massanneck (Dortmund) 2,4, 5. Gobbers (Düsseldorf) 3,0, 6. Fajfr (Stuttgart) 3,6, 7. Neumann (Dortmund) 4,2, 8. Riediger (Duisburg) 4,8. – Eistanz, Stand nach den Pflichttänzen: 1. Born/Schönborr (Würzburg) 0,6 Punkte, 2. Becherer/Becherer (Konstanz) 1,2, 3. Rutzer/Heyenbrock (München) 1,8. – Herren, Stand nach der Pflicht: 1. Schramm (Oberstdorf) und Cerne (Wanne-Eickel) beide 0,6 Punkte, 3. Fischer (Stuttgart) 1,8, 4. Ekmann (Stuttgart) 2,4, 5. Azzola (Stuttgart) 3,0, 6. Wiesner (München) 3,6.

TISCHTENNIS

Europaliga, vierter Spieltag: Jugoslawien – Deutschland 6:1, Schweden – Polen 2:5, Frankreich – Ungarn 2:5, CSSR – England 4:3.

FUSSBALL

EM-Qualifikation, Gruppe 4: Wales – Jugoslawien 1:1. – Freundschaftsspiele: Neckargerach – Kaiserslautern 0:5, Malaysia – Hamburger SV 0:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen: Marburg – Leimen 65:55, Porz/Hennef – Agon Düsseldorf 66:94, Saturn Köln – TuS Leverkusen 65:61.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: USC Münster – VfL Oythe 3:1.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 1, 5, 15, 17, 18, 28, 31, Zusatzzahl: 3. – Spiel 77: 6 4 3 5 5 2 3.
(Ohne Gewähr)

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: Klasse 1: 679 317,00, 2: 35 753,50, 3: 6065,30, 4: 113,40, 5: 8,30.
(Ohne Gewähr)



★ 12 himmlische Gaben ★

12 Düfte, einer so himmlisch wie der andere – doch unterschiedlich, wie die Frauen, die sich in diese Düfte hüllen.



Für den Engel, der sanft ist…

ROCHAS

Parfum ab 7,5 ml DM 65,–
PdT-Spray ab 50 ml DM 51,–



Für den Sterntaler unter uns…



Parfum ab 7,5 ml DM 98,–
EdT-Spray ab 30 ml DM 39,–



Für die Venus…

OPIUM

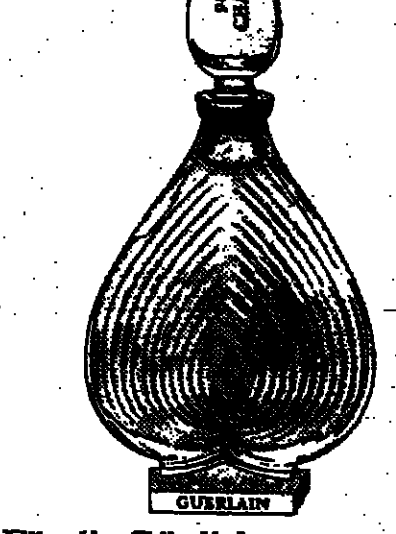
Parfum ab 7,5 ml DM 115,–
EdT-Spray ab 36 ml DM 69,–



Für die, die gern im siebten Himmel ist…

KL

Parfum ab 7,5 ml DM 105,–
EdT-Spray ab 50 ml DM 80,–



Für die Göttliche…

CHAMADE

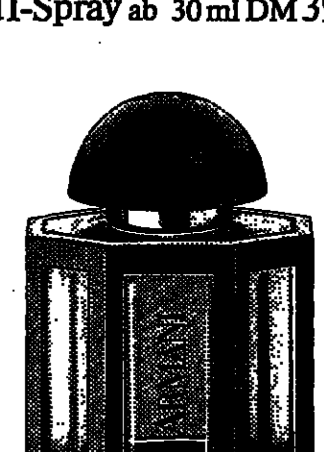
Parfum ab 7,5 ml DM 79,–
EdT-Spray ab 45 ml DM 54,–



Für die, die auch mal gern mit dem Teufel im Bunde steht…

Magie noire

Parfum ab 7 ml DM 68,–
EdT-Spray ab 50 ml DM 45,–



Für die, die verträumt auf einer Wolke sitzt…

ARMANI

Parfum ab 7,5 ml DM 80,–
EdT-Spray ab 50 ml DM 55,–



Für die Sternschnuppe, die erwacht…

Miss Dior

Parfum ab 7,5 ml DM 71,–
EdT-Spray ab 60 ml DM 44,50



Für die, die den Himmel auf Erden möchte…

HALSTON

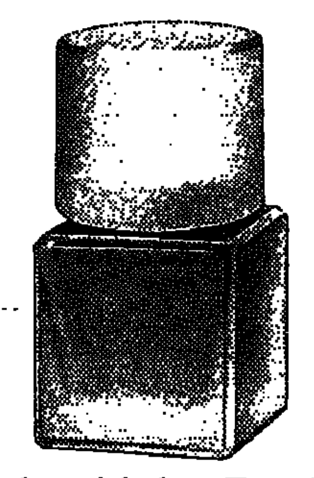
Parfum ab 7 ml DM 85,–
EdT-Spray ab 70 ml DM 57,–



Für die Schönste unterm Sternenhimmel…

CHANEL

Parfum ab 7 ml DM 79,–
EdT-Spray ab 50 ml DM 56,–



Für den eiskalten Engel…

JIL SANDER

Parfum ab 15 ml DM 125,–
EdT-Spray ab 60 ml DM 56,–



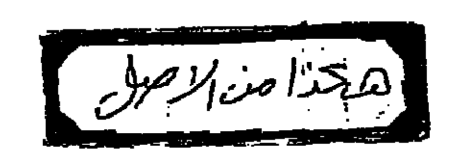
Für die Göttin der Nacht…

CINNABAR

Parfum ab 7 ml DM 75,–
EdT-Spray ab 50 ml DM 60,–

Sollten Sie im Zweifel sein, welcher Duft die wirklich himmlische Gabe sein wird, so beraten wir Sie gern. Und falls Sie auch dann noch etwas unentschieden sind, empfehlen wir Ihnen einen Geschenk-Gutschein von uns auf den Gabentisch zu legen. Für was auch immer Sie sich entscheiden, selbstverständlich verpacken wir Ihr Geschenk mit zarter Engelshand. Sie sehen, wir machen es Ihnen möglich, daß eine himmlische Gabe auf Erden gut ankommt… und das nicht nur zur Weihnachtszeit.

Parfümerie Douglas



Haie und kein Ende

S. H. – Morgens beim Rasieren wird man schon vom Werberundfunk gewarnt. Es plätschert im Lautsprecher, und ein Herr macht die paradox klingende Mitteilung, man glaube zwar im Kino zu sein, schwimme aber im Meer. Oder war es umgekehrt? „Die Panik überkommt dich", heißt es weiter, „du willst weglaufen, aber du kannst nicht." Da ist man zwar immer noch im Badezimmer, will nun aber doch den vielen Rätseln auf den Grund gehen. Also rein ins Kino, wo „Der weiße Hai 3-D" läuft, für den der Spot Reklame macht.

Recht hat er gehabt, der Herr aus dem Radio. Man weiß in der Tat nicht genau, wo man ist, was allerdings an der 3-D-Brille liegt, die Kopfsausen und Augenschmerzen verursacht. Und weglaufen möchte man auch schon, aber weniger aus Panik, denn aus Langeweile, und man tut es nicht, weil die Kinopreise ja mittlerweile auch schon recht gesalzen sind. Lieber den Magen verrenken, als dem Wirt was schenken. Also bleibt man und bedauert Steven Spielberg.

Dessen erster Weißer Hai, von 1975, kommt einem mittlerweile schon als Klassiker vor, jedenfalls angesichts der Versuche, den großen Kassenerfolg von damals zu wiederholen. Da war 1979 ein gewisser Jeannot Szwarc, ein Fernsehroutinier, aktiv, der ein nacktes und unverschämtes Remake des Spielberg-Films gemacht hat. Da ihm jegliche Einfälle fehlten, sah man einigermaßen ungerührt zu, wie der Hai Nr. 2 unter einer Schar ausgesprochen unsympathischer Teenager aufräumte, bis er mittels Stromstoß in die ewigen Fischgründe befördert wurde.

Und jetzt fühlen wir uns nicht besser. Es war nämlich keine gute Idee, daß Joe Alves, der seinerzeit für Spielberg den Trickfisch entworfen hat, sich nun in die Position des Regisseurs hievte, um das Vieh nochmals zu beleben. Auch ihm ist nichts Neues eingefallen: der Hai, diesmal in Florida, nutzt die Eröffnung eines Unterwasserparks, um in gewohnter Weise beißwütig für Unheil zu sorgen.

Merke: Ein Fisch beginnt am dritten Tag zu stinken. Ein Filmfisch bereits beim ersten Remake.

Michael Landmann 70

Die Kultur macht den Menschen

Was ist der Mensch?" Das ist nach Immanuel Kant eine der vier Grundfragen allen Philosophierens. Mit ihr befaßt sich ein eigener Zweig der Philosophie, die philosophische Anthropologie. Der führende Fachmann der Gegenwart auf diesem Gebiete ist Michael Landmann, der heute siebzig Jahre alt wird. Seine „Philosophische Anthropologie" erlebte seit 1955 zahlreiche Auflagen und wurde auch ins Englische, Niederländische und Japanische übersetzt. In seiner Problemgeschichte „De homine" dokumentiert er den Wandel des Menschenbildes im Laufe der Geschichte.

Von großem didaktischen Geschick zeugt seine kleine Einführung in die Philosophie, die unter dem Titel „Was ist Philosophie?" erschien. Hier wird nicht nur der systematische Ort der Philosophie und ihr Verhältnis zu Religion, Geschichte und Lebenspraxis diskutiert, es wird zugleich auch ein Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand der wichtigsten systematischen Zweige der Philosophie geboten.

Michael Landmann wurde am 16. 12. 1913 in Basel geboren und befaßte sich in seinen Studienjahren vor allem mit der Philosophie Nicolai Hartmanns und der Phänomenologie. 1949 habilitierte er sich in Mainz und kam zwei Jahre später an die Freie Universität Berlin. Seit seiner Emeritierung lehrt er an der Universität Haifa in Israel. Charakteristisch für seine Auffassung vom Menschen ist der Titel eines seiner Bücher: „Der Mensch als Schöpfer und Geschöpf der Kultur". Er sagt dazu:

„Vollständig erfaßt man den Menschen erst, wenn man zu seinen körperlichen und psychischen Eigenschaften seine Verwurzelung im objektiven Geist hinzunimmt, zu dem naturhaft von Geburt Bedingten das durch die Kultur Bedingte, zu dem, was ein ewiges und konstantes Erbteil seiner Gattung ist, dasjenige, das zwar ebenfalls unausweichlich zu seiner Gattung gehört, was jedoch inhaltlich von Volk zu Volk, von Zeitalter zu Zeitalter variiert. Jedes menschliche Individuum wird es selbst erst dadurch, daß es Anteil gewinnt am überindividuellen, über es selbst hinausgehenden und einer ganzen Gruppe gemeinsamen Medium der Kultur. Nur ihre Stütze hält es aufrecht, nur in ihrer umhüllenden Atmosphäre vermag es zu atmen. Die Kultur wäre nicht ohne den sie vollziehenden Menschen. Aber ebenso wäre er nichts ohne sie."

ALBERT MENNE

Biologisches Wunder in Australien: Magenbrüterfrosch und Evolution

Pepsin meidet Linkshänder

Daß der australische Kontinent viele zoologische Seltsamkeiten birgt, weiß man seit der Entdeckung des Schnabeltieres, eines eierlegenden Säugers mit einem Entenschnabel, wie es heute in jedem naturhistorischen Museum ausgestellt ist. Damals – Ende des 18. Jahrhunderts –, als die ersten Meldungen und Präparate dieses Tieres in Europa eintrafen, glaubte man zunächst nicht an seine Echtheit. Man hielt das merkwürdige Wesen für einen Schwindel, d. h. für ein fischotterartiges Tier, dem geschäftstüchtige Präparatoren einen Entenschnabel aufgesetzt hatten.

Ähnlichen Zweifeln begegneten jetzt die Berichte über die Entdekkung einer neuen Froschart in Queensland, deren Weibchen die befruchteten Eier fressen, um sie im Magen auszubrüten und nach einer Brutdauer von rund 40 Tagen als fertige Fröschlein durch den Mund auszuspucken. Ein erstes Manuskript, das von den Entdeckern dieser zoologischen Sensation der angesehenen englischen Fachzeitschrift „Nature" angeboten wurde, stieß wegen Unglaubwürdigkeit auf Ablehnung. Sie war nicht einmal bereit, eine kurze Zusammenfassung zu bringen. Dieser Umstand wird zweifellos in die Geschichte der Zoologie und wohl auch in die der Zeitschrift eingehen. Er zeigt gleichzeitig auch, um was für eine Unerhörtheit es sich hier handeln muß: ein Frosch, dessen Ei- und Larvenentwicklung sich im Magen seiner Mutter abspielt!

Man kennt zwar mehrere Froscharten, deren Kaulquappen sich nicht frei im Wasser entwickeln, sondern z. B. in Rückentaschen ihrer Mutter, wie etwa beim südamerikanischen Beutelfrosch (Gastrotheca), oder sogar in der Schallblase des Vaters, wie beim Darwin-Nasenfrosch (Rhinoderma darwini) – aber im Magen eines der Elterntiere? Da müßten doch die Jungen verdaut werden!

Inzwischen ist der 1973 in Queensland entdeckte Wunderfrosch (Rheobatrachus silus) von einem australischen Forscherteam genauer untersucht worden, und Michel J. Tyler hat 1983 als Herausgeber eine Monographie veröffentlicht unter dem Titel „The Gastric Brooding Frog" (Croom Helm, London und Canberra). Darin wird durch mehrere Spezialisten in allen Einzelheiten bestätigt, daß die Entwicklung der Larven von Rheobatrachus tatsächlich im Magen der Mutter stattfindet und daß das deshalb möglich ist, weil während dieser sonderbaren „Trächtigkeit" die Sekretion der verdauenden Magensäfte vollständig unterbunden wird.

Den aus dem Ei ausgeschlüpften Rheobatrachus-Kaulquappen steht eine bedeutende Dottermenge als Futter zur Verfügung und in gewissem Sinne auch der Schwanz, der im Laufe der Entwicklung völlig resorbiert wird. Bei den Kaulquappen erscheinen zuerst die Hinterbeine und dann der linke Arm. Er wird durch die asymmetrisch gelegene Atemöffnung, das Spiraculum, gestreckt, während der rechte Arm die Bildung einer besonderen Öffnung in der Körperwand abwarten muß. Die Froschlarven sind also – wie übrigens auch bei unseren einheimischen Arten – zunächst alle „Linkshänder". Die reifen Jungen werden von der Mutter unter Konvulsionen als schwanzlose Fröschlein erbrochen, rund zwei Dutzend aufs Mal.

Wie die Eier aufgenommen, also gefressen werden, das hat zur Zeit des Erscheinens der erwähnten Monographie noch niemand gesehen, da eine reguläre Zucht bisher noch nicht gelungen ist. Man kann sich das jedoch gut vorstellen, weil es viele maulbrütende Fische gibt. Je nach der Art stürzt sich entweder das Männchen oder das Weibchen auf die frisch abgelegten und sofort besamten Eier und nimmt sie in die Mundhöhle auf. Ähnlich verhält sich auch der von Darwin entdeckte, vorher erwähnte Nasenfrosch. Das sind altbekannte Tatsachen, aber daß der Magen als Brutraum dient, das hatte niemand erwartet.

Der Entdecker dieser ungewöhnlichen Froschart hatte zunächst natürlich keine Ahnung davon, was für einen außerordentlichen Fund er gemacht hatte. Er hatte die Genugtuung, nicht nur eine neue Spezies, sondern sogar ein neues Genus (Rheobatrachus) gefunden zu haben, vielleicht sogar den Vertreter einer neuen Unterfamilie. Das wird die Amphibiensystematiker noch längere Zeit beschäftigen.

Die viel größere Aufregung unter den Zoologen entstand erst später im Entdeckungsjahr 1973, im November, als zwei Fachkollegen von Brisbane einen dieser Wunderfrösche von einem Aquarium in ein anderes umsetzen wollten. Der schlüpfrige, etwa fünf Zentimeter große Frosch, entzog sich ihren zugreifenden Händen, schwamm an die Oberfläche und „erbrach" sechs Kaulquappen. Diese außerordentliche Überraschung wurde zunächst so gedeutet, daß es sich um ein Männchen handle, das seine Brut in der Schallblase behütet wie beim chilenischen Nasenfrosch. Man dachte daher an einen Fall von konvergenter Evolution.

Dann stellte sich aber heraus, daß es ein Weibchen und daß kein Kehlsack vorhanden war. Erst weitere Untersuchungen ergaben einwandfrei, daß die erbrochenen Jungfrösche aus dem Magen stammten, der vorübergehend sozusagen die Funktion einer Gebärmutter übernimmt. Die Sekretion der Verdauungssäfte wie Salzsäure, Pepsin usw. ist dann völlig abgestellt, kann aber kurz nach dem Entlassen der Jungen wieder eingeschaltet werden, wie Fütterungsversuche im Aquarium ergeben haben.

Dieser wahrhaft außerordentliche Befund stieß unmittelbar nach dem Bekanntwerden auf größtes Interesse bei Medizinern und Pharma-Firmen, die ganz neue Möglichkeiten der Ulcus-Behandlung beim Menschen witterten, zumal Prostaglandine bei dieser Regulierung eine entscheidende Rolle spielen. Vor allem aber sind durch diese Neuentdeckung auch die Biologen herausgefordert worden.

Wie läßt sich ein derartiger Fortpflanzungs- und Entwicklungsmodus anhand der heute allgemein geltenden Evolutionstheorien erklären? Selbstverständlich hat sich auch M. J. Tyler mit dieser heiklen Frage beschäftigt. Seiner Meinung nach ist es unvorstellbar, diesen Tatbestand auf langsame, kleine Entwicklungsschritte zurückzuführen, wie das sonst in der neodarwinistischen Evolutionstheorie üblich ist. In diesem Fall müßte ja eine schrittweise Reduktion der Verdauungsfunktion und eine schrittweise Verlegung des Brutraumes von der Mundhöhle in den Magen angenommen werden. Eine solche Annahme scheint dem Autor absurd. Hier – wie in zahllosen anderen Fällen – kann es keine allmählichen Übergänge geben. Entweder funktioniert der fertige Mechanismus oder er funktioniert nicht, wie z. B. beim Saugnapf des Schiffshalters, beim Schießen des Schützenfisches, beim Zungenköder der Alligatorschnappschildkröte usw.

Es geht hier um alles oder nichts, um vollkommen ausgebildete Organe samt dem zugehörigen Verhalten oder um ihr gänzliches Fehlen. Daraus schließt Tyler, daß die Evolution hier einen einzigen, mächtigen Quantensprung gemacht haben muß. Der Magenbrüterfrosch wird zweifellos Mediziner und Biologen noch lange und intensiv beschäftigen. Es ist zu hoffen, daß die heute ohnehin seltene Art nicht noch mehr gefährdet wird, denn bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den vollständigen Fortpflanzungszyklus des Frosches von der Eierablage an im Aquarium ablaufen zu lassen.

HEINI HEDIGER



Eleganz ist Trumpf: „Mädchen mit Tulpen" (1910) von Henri Matisse, aus der New Yorker Ausstellung FOTO: KATALOG

New York: Zeichnungen im Museum of Modern Art

Moma ohne Standpunkt

Die Ausstellung heißt etwas mißverständlich „The Modern Drawing: 100 Works on Paper from the Museum of Modern Art". Doch wer nun ins New Yorker Museum of Modern Art strebt, um dort eine Ausstellung moderner – im Sinne zeitgenössischer – Zeichnungen zu finden, der wird hier enttäuscht, denn in dieser Ausstellung gibt es ausschließlich „Klassiker" der Moderne.

Beginnend mit Seurat, dessen „Stone Breaker, Le Raincy", (1881) das früheste Bild in der Ausstellung ist, reicht die Übersicht bis zu Künstlern, die in den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts ihre Reifezeit erreichten: Jasper Johns, Claes Oldenburg, Richard Diebenkorn.

Man sollte die Ausstellung „die MOMA Drawing Show" nennen, schlug Kritiker John Russell von der „New York Times" vor, schließt sie doch sehr eng an das Konzept des ersten MOMA-Direktors, Alfred Barr, an, was denn nun eigentlich „modern" genannt werden könne. Ein Konzept, das in Cézanne den Begründer der Moderne sieht, die sich dann über Matisse, Picasso, Miró u. a. fortsetzt.

Was in dieser Ausstellung gezeigt wird – ausschließlich aus Beständen des Museum of Modern Art – ist erstklassig und z. T. zum ersten Mal zu sehen. So etwa das riesige „Selbstporträt" (1937/38) von Miró aus der Soby-Nachlassenschaft und eine Braque-Papiercollage „Clarinet" (1913), die, ebenso wie der 1938 entstandene Klee, „Heroic Strokes of the Bow", erst 1979 aus der Nelson B. Rockefeller-Sammlung dem Museum zugekommen war.

Alfred Barr war schon in den 20er Jahren in der Sowjetunion gewesen und hatte sich seitdem für die Anschaffung russischer Avantgarde-Werke eingesetzt: Zeichnungen von Alexander Vesnin, El Lissitzky und Alexandra Exter sind denn auch hier vertreten.

„Works on Paper" ist ein Begriff, den das Museum of Modern Art in dieser Ausstellung sehr großzügig interpretiert: Curator John Elderfield nimmt auch Papier-Substitute wie Plastik und, im Falle des Miró-Bleistift-Selbstporträts oder Braques „Clarinet", auch Bleistiftzeichnungen auf Leinwand mit auf. Großformatiges, wie Matisses riesige Arbeit „Memories of Oceania" (1953), wechselt mit kleinen, delikaten Formaten – wie Oldenburgs wunderschön verwitterte „Flag to Fold in the Pocket" (1960) – oder den Klee-Zeichnungen ab.

Interessant ist hier, wie bei vielen solchen Sammelausstellungen, das Nebeneinander, das Aufeinanderwirken der benachbarten oder diagonal placierten Arbeiten. „Untitled, ein Jackson Pollock von 1945, eine vibrierend-intensive Zeichnung voller unvermittelt stark nebeneinandergesetzter Farbkontraste, hängt neben einem Aquarell von Helen Frankenthaler, „Great Meadows" (1951), das der starken Nachbarschaft des Pollock in keiner Weise gewachsen ist und zu einer dünnen Komposition blasser, aneinandergereihter Farbflecken wird.

Man könnte endlos weiter aufzählen, was hier hängt – doch das ist es eben: Diese Ausstellung bleibt eine Anthologie, hat keinen Standpunkt, bietet eine recht umfassende Aufreihung einer Qualitäts-Sammlung. Für den heutigen Betrachter, etwas ermüdet von „bad painting" (und leider auch von allzuviel „bad drawing") der Gegenwartsgeneration unter den Malern, bietet sie dennoch ein Plus: Er darf sich hier erholen und beglückt seufzen: wie elegant, wie gekonnt das alles ist! Wie formal geschult und wie sicher diese Klees, Kandinskys und Lissitzkys alle waren!

(Bis 3. Jan.; Katalog: 16,50 Dollar, geb.: 37,50 Dollar)

VERA GRAAF

Zum Kindergarten reicht es nicht – Henrick Ibsens „Eyolf" in Frankfurt

Übermann & Überweib in Worpswede

Ein Rat an das Frankfurter Theater: Haltet euch an den Ibsen, der auf den Rat seines Propagandisten Brandes die Finger etwas weniger in Philosopheme und Mystizismus steckte und „Nora" und „Hedda Gabler" schrieb, und haltet euch an Brandes, der mit Klein Eyolf nichts Rechtes anzufangen wußte.

Aber wenn ihr „Klein Eyolf" spielt und ihn meinetwegen nur „Eyolf" nennt, weil in der Person der Asta der große Eyolf steckt, dann spielt es wenigstens etwas verhaltener, statt die ganze Equipe meist brüllend, gestikulierend oder ineinander verknäuelt agieren zu lassen, und streicht dem Allmers vieles von seinen papierenen Schwadroniererereien. Daß der Schluß vom Regisseur H.-Dieter Jendreyko und dem Bearbeiter Horst Laube verändert wurde, nämlich etwas weniger happy und ein bißchen offener, das genügt nicht zur Rettung des Gewusels.

Der Plot ist nämlich an zahlreichen Haaren herbeigezogen. Der neunjährige Eyolf hat einen Klumpfuß und braucht zum Gehen eine Krücke. Der Klumpfuß ist schon eine Tragödie. Wieso eigentlich? Der Junge ist sehr gescheit, was soll also das kleine Handicap? Ja, aber er ist als Baby vom Wickeltisch gefallen, weil Allmers und seine frischgefreite Rita damals in sinnlicher Raserei übereinander herfielen und das Baby auf dem Tisch vergaßen. Da liegt also die erforderliche Schuld. Warum die Mutter dann eine Abneigung gegen das Kind hat, mögen Freudianer erklären, ohne es plausibel zu machen.

Drittes Motiv: Der mittellose Allmers hat die reiche Rita aus Sinnenlust und aus Geldgier geheiratet; noch ein Schuldmotiv. Auf einer einsamen Reise ins Hochgebirge wird er sich über allerlei klar. Doch noch immer nicht genug. Das wilde sinnliche Weib Rita muß ihren Allmers nicht nur mit Eyolf teilen, sondern auch mit Allmers' Schwester Asta, die aufs innigste mit ihm verbunden ist und den Werbungen eines Ingenieurs, den sie eigentlich mag, ohne Begründung widersteht. Ha, wir wissen schon: Die Geschwisterliebe ist stärker, und Rita wird immer rasender. Am Ende stellt es sich sogar heraus, daß die beiden gar keine Geschwister sind, und wir erwarten jetzt, was nicht geschieht. Nicht: Na also, jetzt können wir mal, sondern: Gerade jetzt nimmt die vernünftige Asta den Ingenieur und flieht aus der Hölle.

Hölle? Ja. Dazu braucht Ibsen eine Ratten- und Menschenfängerin, die mit ihrem Mops und ihrer Mundharmonika Ratten, aber auch Menschen hinter sich her ins Wasser lockt. Und das tut sie mit Eyolf, den sie in den Tod ins Meer lockt, in die bedeutungsschwangere Tiefe.

Nun ist das Gewirr von magischen und realen Elementen beisammen, ein Gewirr von Lebensphilosophie, Lebensreform, Übermann, Überweib, Worpswede, Symbolismus, Schuldgefühlen, der ganze zeitgenössische Brei des Fin de siècle. Die beiden Eheleute lernen Entsagung; sie werden in Zukunft zwar nicht den von Ibsen vorgeschlagenen Kindergarten eröffnen, sondern den von den Frankfurtern vorgezogenen Blick in die bedeutungsvolle Höhe, „in die große Stille" üben.

Die Darsteller: Wolf Aniol (Alfred Allmers), Sonja Mustoff (Rita), Eyolf (Maurice Severa/Jan Wagner), Asta (Almut Zilcher), Eva-Maria Strien (Rattenmamsell), Andreas Schulz (Ingenieur). Das Publikum: anhaltend applaudierend. Vielleicht dachten manche an die große Stille Buddhas, andere vielleicht an gar nichts.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Seltener Verdi in Rom: „Die Schlacht von Legnano" zur Saisoneröffnung

Rot-weiß-grün für Arrigos Leichnam

La Battaglia di Legnano" ist Verdis vierzehnte Oper, damit die letzte in der Reihe jener Frühwerke, durch die er zur Leitfigur der patriotischen Einigungsbestrebungen Italiens wurde. „Lange lebe Italien, stark und geeinigt", der Jubel- und Schlachtruf der Mailänder Bevölkerung und der vereinten Truppen aus der Umgebung, die gegen Barbarossa ziehen, durchzieht leitmotivisch die vier Akte. Männerbündische Schwüre, todesbereite Liebe fürs Vaterland, Begriffe wie Ehre und Blut bestimmen diese Oper, in der unentwegt vom Tode auf dem Schlachtfeld gesprochen wird und die gestärkte Nation über allem steht.

Vor diesem schwerterrasselnden Hintergrund verblaßt die private Geschichte wie in kaum einer anderen Oper Verdis. Lida, die Frau des Mailänder Führers Rolando, erkennt in dem Veroneser Krieger Arrigo den einstigen Geliebten, dem sie Treue schwur. Doch nach seinem vermeintlichen Tod wurde sie zur Ehe mit Rolando gezwungen. Der Konflikt wird aber nur angedeutet, Arrigo sucht den Tod in der Schlacht, Lida bleibt rein und Rolando bezwingt alle Zweifel, denn wer für das Vaterland stirbt, kann kein schlechtes Herz gehabt haben.

In der Premiere, mit der die römische Oper jetzt ihre Saison eröffnete, polierte Gabriele Ferro bei seiner ersten Verdi-Einstudierung die Partitur durch Verve und präzise Tempi auf. Er versucht, das Drama in ein schärferes Licht zu rücken, ohne daß es ihm jedoch gelingt, eine spezifische Atmosphäre zu erzeugen oder dem schwächlichen Entwurf Wärme einzuhauchen. Vor allem Mara Zampieri wandelt unberührt durch das Werk. Als Lida, in einer Partie, der noch viel vom Geiste Donizettis innewohnt, fühlt sie sich merklich unwohl: Sie muß die Koloraturen forcieren, die Stimme bleibt ungelenk und scharf, und es klingt wie eine gläsere Glocke, deren Zerbersten man dauernd befürchtet. Nunzio Todisco vermag seinem Arrigo mehr und mehr im Laufe des Abends so etwas wie Leidenschaft und Feuer zu geben, und vor allem Lajos Miller machte in seinen Szenen, die zu den wenigen Glanzlichtern der Oper gehören, einen ausgezeichneten Eindruck.

Pier Luigi Pizzi verlegte die historische Begegnung zwischen den norditalienischen Truppen und Barbarossa bei Legnano aus dem Jahre 1176 in eine Backsteinarchitektur mit dem Ambiente des 19. Jahrhunderts. Historische Stätten wie Mailands Kirche San Ambrogio sind als Schemen im Hintergrund erkennbar. Ansonsten inszeniert Pizzi ein behäbiges Drama vor kriegerischem Hintergrund. Jubel verursachten vor allem zwei Ochsen, die ein Kruzifix auf die Bühne schleppten, und das Roß Barbarossas. Beifall auch für das Schlußtableau mit der rotweißgrünen Fahne über Arrigos Leiche. Die Römische Oper könnte kaum ein passenderes Bild zu ihrem Bühnenportal finden, das noch immer die Namen Vittorio Emanueles und Mussolinis trägt.

ROLF FATH

Mahler-Uraufführung in Berlin: „Totenfeier"

Blüten unter den Dornen

Uraufführungen wie diese hört man nicht alle Tage – und wahrscheinlich wird man nie wieder ein bis dato unbekanntes Orchesterwerk Gustav Mahlers von annähernd 25 Minuten Spieldauer hören. Seine symphonische Dichtung „Totenfeier", offenbar bis auf den heutigen Tag nie gespielt, Frühform des 1. Satzes der „Auferstehungs"-Sinfonie, wurde vom Radio-Symphonie-Orchester Berlin unter Jesus Lopez Cobos durch den Sender Freies Berlin uraufgeführt: Im Rahmen eines Workshop-Konzertes, das Rudolf Stephan, Ordinarius für Musikwissenschaft der Freien Universität, bezaubernd und erhellend kommentierte.

Dem RSO Berlin fiel dabei die ebenso fesselnde wie kniffelige Aufgabe zu, durch sein Spiel demonstrativ kompositorische oder instrumentatorische Vorgänge zu erhellen. Das gelang ihm unter Lopez Cobos' einsichtsvoller Leitung ausgezeichnet. Es spielte Beethovens „Coriolan"-Ouvertüre zunächst nach Beethovens Noten und alsdann nach denen Mahlers. Es benutzte dabei das Aufführungsmaterial Mahlers mit allen Retuschen, die dem Ausdruckswillen und dem Verdeutlichungsfanatismus Mahlers entsprangen.

Freilich – für die Durchlichtung des Beethovenschen Originalsatzes benötigte Mahler annähernd zwei Dutzend zusätzliche Spieler: eine Karajan-Besetzung sozusagen. Karajan und Mahler schüttelten sich denn auch über Lopez Cobos' gescheiten Kopf hinweg herzlich die Hände.

Im Gegensatz zu Karajan ließ Mahler allerdings die verdoppelten Bläser nie die musikalischen Phrasen durchgehend ausspielen. Er wies ihnen nur Akzentuierungen innerhalb gewisser Verläufe zu und verzichtete auf klangschwelgerische Kraftmeierei. Er knebelte danach stets die Zusatzmusiker nachdrücklich nieder.

In Schumanns „Manfred"-Ouvertüre gingen freilich die Retuschen Mahlers weiter, und viele von ihnen sind (wenn auch abgeschwächt) bis auf den heutigen Tag gebräuchlich geblieben. Etwas wie Geniertheit über Schumanns schwachbrüstige Instrumentierung führte Mahler dabei die Feder und verführte ihn gleichzeitig dazu, seine Fin-de-siècle-Nervositäten einzubringen in das instrumental eher stumpfe Stück, es im Detail zum künstlichen Paradies auszubauen.

Vorspiele aber waren beide Ouvertüren in diesem Konzert nur zu Mahlers „Totenfeier", einer sinfonischen Dichtung noch ohne das unverwechselbare Mahler-Charisma der späteren sinfonischen Sätze, eher bedächtig und programmatisch Bild an Bild reihend. Im Mittelteil der „Totenfeier" finden sich annähernd 30 später gestrichene Takte, die eine bezaubernde Pastoral-Stimmung aufreißen, durchatmet anfangs von Wunderhorn-Geist, die jedoch allzu schnell melodisch nicht weiterwissen. Sie wurden denn auch von Mahler zu Recht gestrichen.

Der Weg von der „Totenfeier" zur 2. Sinfonie war zweifellos dornig. Die Dornen bleiben dem frühen Entwurf, die ungeheure Blüte jedoch der Mahlerschen Sinfonik wuchs in die Auferstehungs-Sinfonie ein. Das machte Lopez Cobos auf eindringliche Art deutlich.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Berlin eröffnet sein Verkehrsmuseum

phg. Berlin

Von diesem Wochenende an ist das neue „Museum für Verkehr und Technik" am Berliner „Gleisdreieck" für die Öffentlichkeit zugänglich. Bis zur Jahrhundertwende soll dieses Insititut in mehreren Bauabschnitten zu einem der größten europäischen Technik-Museen ausgebaut werden. In dem ehemaligen Gebäude einer Eisstangenfabrik sind bereits jetzt in verschiedenen Abteilungen Objekte der Bereiche Luftfahrt, Schiffahrtsgeschichte, Druckwesen und Autobau zu sehen. Mit Ankäufen und durch umfangreiche Stiftungen wurden schon zahlreiche historisch wertvolle Stücke, Lokomotiven, Automobilsammlungen und Flugzeuge erworben, die erst später ausgestellt werden können. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Janowski wird Kölns neuer Orchesterchef

dpa. Köln

Zum neuen Chef des Kölner Gürzenich-Orchesters hat die Stadt Köln den deutsch-polnischen Dirigenten Mark Janowski berufen (siehe WELT vom 26. 11.). Der in Warschau geborene 44jährige, zuletzt Generalmusikdirektor in Dortmund, hat seine Ausbildung im Rheinland erhalten und ist seit Jahren als Gastdirigent an den internationalen Opernhäusern in Paris, Chicago, Buenos Aires, Dresden und Prag tätig gewesen. Janowski wird in einem Fünf-Jahres-Vertrag verpflichtet, dreieinhalb Monate im Jahr in der Domstadt zu arbeiten und alle zwei Jahre eine Premiere an der Kölner Oper zu dirigieren. Im Gegenzug wird der Chefdirigent des Opernhauses, Sir John Pritchard, der seinen Vertrag nunmehr von 1985 an erneut um fünf Jahre verlängerte, pro Spielzeit ein komplettes Programm mit dem Gürzenich-Orchester absolvieren.

Wiener Tanzfest soll Biennale werden

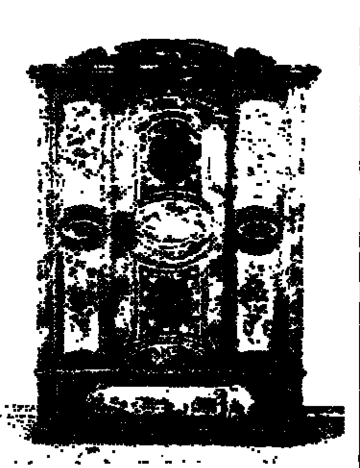
dap. Wien

Nach dem großen Erfolg des ersten Wiener Tanzfestivals „Tanz '82" soll diese internationale Veranstaltung im kommenden Frühjahr wiederholt werden. Bei neuerlichem Erfolg ist an eine ständige, im Zweijahresabstand wiederkehrende Einrichtung gedacht. Vom 2. März bis zum 13. April werden in Wien 82 Veranstaltungen angeboten. Diese sind so gestaffelt, daß es theoretisch möglich ist, mindestens 75 davon zu besuchen. Die Stadt Wien will mit „Tanz '84" wieder ein breites Publikum ansprechen und sich nicht nur an Spezialisten wenden. Auf dem Programm stehen u. a. das Leningrader Kirow-Ballett, das Stuttgarter Ballett mit Choreographien von John Neumeier, das Stockholmer Cullbergballett und das Tanzforum Köln.

Bemalte Bauernmöbel in Schloß Bruchsal

DW. Karlsruhe

Der Wohlstand eines Bauern spiegelte sich nicht zuletzt in dem Reichtum, mit dem das Hochzeitsgut seiner Töchter geschmückt war. Einen Eindruck von der Vielfalt dieses Ausstattungsgutes vermittelt die Ausstellung „Alte Bauernmöbel. Bemaltes Mobiliar in Baden." Sie wird vom Badischen Landesmuseum im Schloß Bruchsal gezeigt. Bis zum 29. Januar sind dort Möbel aus dem Süden und aus dem Norden Badens in chronologischer Anordnung zu sehen, ergänzt durch eine Abteilung über Restaurierungsprobleme und spezifische Dekorationsformen. Zur Ausstellung erschien eine Publikation (500 S., 191 Abb.) für 29 Mark.



Bemalter Bauernschrank
FOTO: BAD. LANDESMUSEUM KARLSRUHE

Informationskanäle

Wenn der VS sein schädliches Verhalten gegenüber den verfolgten polnischen Kollegen nicht ändere, werde er den VS verlassen, hatte Günter Grass beim deutsch-polnischen Schriftstellertreffen in Berlin erklärt. Die WELT berichtete darüber am Montag und Dienstag. Zwei Tage später war diese Äußerung von Grass auch der „Süddeutschen Zeitung" und der „Frankfurter Allgemeinen" eine Meldung wert. Quelle: dpa. Und die Quelle der Nachrichtenagentur: der „Vorwärts". Manche Informationen gehen eben seltsame Wege.

mar

Jet stürzte auf Industriegebiet: 53 Tote?

dpa/AP, **Medellin**

Beim Absturz einer kolumbianischen Frachtmaschine auf ein Industriegebiet der zweitgrößten Stadt des Landes, Medellin, sind am Mittwoch abend nach Informationen der Deutschen Presseagentur mindestens 53 Menschen ums Leben gekommen. Andere Agenturen meldeten allerdings weniger Opfer. Die Boeing 707 der kolumbianischen Fluggesellschaft „Tampa" soll unmittelbar nach dem Abheben ein Triebwerk verloren haben und in der Luft explodiert sein. Etwa 200 Meter vom Flughafen entfernt, stürzte die Maschine wie ein Feuerball auf eine Textilfabrik. Dabei fanden laut dpa die drei Besatzungsmitglieder sowie 25 Arbeiter den Tod. In zwei angrenzenden Fabriken wurden durch das Feuer insgesamt weitere 25 Menschen getötet. 19 Personen wurden mit schweren Verletzungen in Krankenhäuser gebracht und schweben noch in Lebensgefahr.

Der Leiter des Flughafensicherheitsdienstes erklärte, der Pilot des Frachtflugzeuges habe dreimal vergeblich einen Start versucht. Jedesmal seien die Triebwerke kurz vor dem Abheben jedoch wegen technischer Probleme abgeschaltet worden. Beim vierten Versuch sei die Maschine dann ohne Ladung zur Reparatur nach Miami gestartet. Sie habe zwar abgehoben, der Pilot habe jedoch unverzüglich um Erlaubnis für eine Notlandung ersucht. Das Flugzeug sei zurückgekommen und nur noch 50 Meter von der Piste entfernt gewesen, als es explodierte. Nur durch den raschen Einsatz der Feuerwehr sei ein noch schlimmeres Unglück verhindert worden. So hätten die Flammen etwa 200 Meter von einer Tankstelle entfernt gestoppt werden können.

Vor 400 Jahren kamen die Bayern noch mit Feuer und Schwert nach Bonn

Von E. NITSCHKE

Die große Politik kam nach Bonn, als die Bayern per Einstieg durch die Abortöffnung einer der Stadt vorgelagerten Burg die Kontrolle über das Land gewannen. Am 17. Dezember ist es Zeit, sich dieser anrüchigen Geschichte zu erinnern. Weil in 400 Jahren alle Wunden heilen, ist es ein Festakt, mit dem eine hochansehnliche Versammlung dieses „Ereignisses von weltgeschichtlicher Bedeutung", der Zerstörung der Godesburg, gedenkt.

Tatsächlich sähe Deutschland anders aus, wenn nicht der zum Erzbischof von Köln gewählte Gebhard Truchsess von Waldburg zu Weihnachten 1582 verkündet hätte, daß er zum neuen protestantischen Glauben überträte. So, wie die Gewaltenverteilung damals aussah, hätte das bedeutet, daß in dem siebenköpfigen Kurfürstenkollegium, zu dessen Obliegenheiten auch die Kaiserwahl gehörte, mit den Kurfürsten von Sachsen, Brandenburg und der Pfalz nun ein protestantisches Übergewicht entstanden wäre. Die aberwitzige Vorstellung eines aus päpstlicher Sicht abtrünnigen Kaisers brachte eine Koalition gegen Köln zustande, das mit der heute zum Stadtgebiet von Bonn gehörenden Godesburg über eine wehrhafte Festung verfügte. Diese auf einem Vulkankegel gelegene nördlichste Höhenburg hielt sogar einem Sprengversuch der unter bayerischem Oberbefehl stehenden Truppen stand. Ihr endgültiges Schicksal konnte nur auf dem Umweg über die einzige Öffnung zum damals so genannten „heimlichen Ort" besiegelt werden.

Was am 17. Dezember 1583 geschah, wurde damit aber eine für die ganze Region fatale Niederlage, die alles mögliche Gesindel marodierend ins Land brachte. Die Stadt Bonn stellte sich aber trotzdem die Frage, ob man nicht einfach froh über jeden Anlaß für Feierlichkeiten sein sollte, „da es sonst im Umfeld von Parlament und Regierung nur selten lustig zugeht".

Dem Unruhestifter Gebhardt Truchsess von Waldburg höchstselbst, der noch die Frechheit besaß, vor seiner Absetzung und Ersetzung durch den Wittelsbacher Herzog Ernst von Bayern die Stiftsdame von Mansfeld zu heiraten, soll allerdings keine Verehrung zuteil werden. Zeitgenössischen Quellen ist nämlich zu entnehmen, daß der Herr einem weitverbreiteten Laster seiner Standesgenossen besonders eifrig frönte: er soff. Ein Zeitgenosse monierte: „Er säuft sich fast ordinär schon beim Mittagsimbiß voll."

Vielleicht deswegen war er auch nicht präsent, als der Bruder des neuen Kurfürsten und Erzbischofs Ernst, Ferdinand von Bayern, mit einer recht ansehnlichen Streitmacht am Rhein erschien, in der Kriegskasse unter anderem 90 000 Taler, die der Papst zum Unternehmen beisteuerte. Nach vier Wochen vergeblicher Belagerung der nur mit rund 70 Mann belegten Godesburg teilte Ferdinand brieflich nach München mit, daß „Euer Liebden freundlich und brüderlich" ihm die Situation nicht zum Vorwurf machen sollte, aber hier sei „weder mit grobem noch kleinem Geschütz" etwas auszurichten. Der alkoholisierte Gebhard ließ sich derweilen weitab von den Bayern und ihren spanischen oder wallonischen Bundesgenossen einen aufs Haupt schlagen, das Schicksal seiner festen Burg dem Hauptmann Felix Büchner überlassend.

Der ließ unter den Augen der Belagerer einkassierte Bauern der Gegend schanzen, deren Schicksal es war, „verderbt und erworfen" zu werden, wie es im plastischen Deutsch der Zeit heißt. Als die mit 1500 Pfund Sprengpulver unter der Mauer gelegte Mine am 17. Dezember 1583 hochging, hatte er für seine Person durch Haltung einiger hochgestellter Geiseln Vorsorge getroffen: die Bayern bekamen sie nur heil wieder, wenn auch ihm nichts geschah. Dem Rest der Mannschaft ging es weniger gut.

Vierhundert Jahre später ist die Burg Hotel und Tagungsstätte, architektonisch von der Neo-Romantik einer „Restauration" im Jahre 1895 gereinigt, zu der das Berliner Zeughaus ritterliche Einrichtungsstücke beigesteuert hat. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß nutzte auch den Gedenktag: „Ohne die Bayern wären die Rheinländer in vielerlei Hinsicht ganz erheblich ärmer." Denn erst die 200jährige Herrschaft der Münchner Wittelsbacher hier habe Bonn das heute für Staatsempfänge benutzte Schloß Brühl gebracht, das zur Universität gewordene große Schloß, eine Hofhaltung mit unzähligen Ämtern.

So bleibt eigentlich nur ein einziger wirklich schwacher Punkt in der Erinnerung, auf den die Stadt Bonn zum Jubiläum selbst aufmerksam macht. Jener Herr Gebhard ließ anläßlich seiner Vermählung mit dem Fräulein von Mansfeld im „Gasthaus zur Blomen" neben dem Rathaus 1583 eine Rechnung offen, die bis heute nicht beglichen wurde.



400 Jahre nach dem Sturm wartet die Godesburg über Bonn nun auf die wohl weniger stürmische Gedenkfeier. FOTO: POLY-PRESS

Gesundheitsamt warnt auch vor Antibiotika

J. A. **Berlin**

Das Arzneimittelinstitut des Bundesgesundheitsamtes (BGA) hat nach dem spektakulären Verbot von Schmerzmitteln nun auch Anwendungsbeschränkungen und Warnhinweise für eine bestimmte Antibiotika-Gruppe, die Cephalosporine, verordnet. Betroffen sind wieder 48 Präparate, die seit Monaten unter dem Verdacht stehen, schwere Nebenwirkungen zu verursachen, hauptsächlich Blutungen. Die Cephalosporine gehören zu den wirksamsten Waffen gegen lebensgefährliche Infektionen. Sie sollen nach dem Willen des BGA künftig nur noch bei Infektionen des Bauchraumes, bei Blutvergiftung (Sepsis) und bei Infektionen der Hirnhäute (Meningitis) verwendet werden. Nicht betroffen von dieser Einschränkung sind die weitverbreiteten Penicilline und ihre Weiterentwicklungen.

Von dieser letzten BGA-Verfügung sind acht Substanzen betroffen, die jeweils in mehreren Darreichungsformen auf dem Markt sind (Cefamandol, Cefoperazon, Cefotaxim, Cefotiam, Cefmenoxim, Ceftizoxim, Ceftriaxon und Latamoxef) und fast ausschließlich auf Intensivstationen eingesetzt werden. Die BGA-Maßnahme soll am 1. 7. 1984 in Kraft treten.

„Goldfinger" frei

Der 62jährige „Goldfinger" Vladimir Granec ist gestern gegen Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Gegen den Berufsspieler wird vor dem Landgericht wegen Roulett-Betrugs verhandelt. (Siehe WELT vom 14. 12.)

Lob für Soldaten

AP, **Bonn**

Großes Lob hat die Deutsche Welthungerhilfe (DW) Soldaten der Bundeswehr gezollt, die für eine Aktion „Soldaten helfen Kindern in der Dritten Welt" bisher mehr als 220 000 Mark gespendet haben.

Roboter-Programm

AP, **Tokio**

Die japanische Regierung hat 20 Unternehmen Subventionen von rund 200 Millionen Mark für die Entwicklung eines Roboters zugesagt, der zur Lösung komplizierter Aufgaben in Gefahrenzonen eingesetzt werden kann.

Acht Tote im Gefängnis

dpa, **Lima**

Bei einem gescheiterten Gefängnisausbruch sind in Lima mindestens acht Menschen ums Leben gekommen, darunter eine Nonne, die von den Häftlingen als Geisel genommen worden war. Der Ausbruchsversuch endete unter den Schüssen einer Polizeieinheit.

17-Monats-Kalender

SAD, **Kansas City**

Zu einem größeren Verkaufsschlager als die traditionellen Jahreskalender 1984 haben sich nach Angaben des auf diesem Gebiet in den USA führenden Herstellers, Hallmark Cards Inc., Kalender für 17 Monate herausgestellt.

Farbe in der Zelle

SAD, **Paris**

Der französische Justizminister Robert Badinter hat eine Untersuchung über die eventuellen Kosten für die Installierung von Farbfernsehgeräten in jeder der Zellen der Gefängnisse und Zuchthäuser angefordert. Das berichtete die französische Tageszeitung „Le Quotidien de Paris".

Eine kleine Stadt in Massachusetts blies zur Jagd auf Video-Spiele

Oberstes US-Gericht sprach Marshfield das Recht zu, die Flimmerkisten zu verbieten

RALF PETER LAUCK, **Marshfield**

In Marshfield, einem kleinen Städtchen in der Nähe von Boston, ist es still geworden. Eben dies aber hat für eine Menge Lärm in den Vereinigten Staaten gesorgt. Weil die Bürger der Stadt die blitzenden, blinkenden und bollernden Video-Spielgeräte als Anziehungspunkt für allerlei zweifelhaftes Gelichter ausmachten, verbannten sie die elektronischen Kisten schlicht aus der Öffentlichkeit.

Vor etwa 14 Tagen ging ein fast eineinhalb Jahre dauernder Streit zu Ende. Nachdem das Supreme Court, das oberste Gericht der USA, der Stadt zugestanden hatte, daß sie sich quasi zur viedeospielfreien Zone erklären dürfe, holten mehrere Lastwagen die Maschinen ab.

Angefangen hatte es in Marshfield wie in vielen Städten der USA, die die ständig anwachsende Flut der Elektronik-Apparate eindämmen oder zumindest kanalisieren wollten. Die Stadtverwaltung hatte für die jährliche Bürgerversammlung eine Verordnung ausgearbeitet, mit der Zahl und Plazierung der Maschinen genau geregelt werden sollte. Doch die Oberen der Gemeinde hatten ihre Rechnung ohne Tom Jackson, einen pensionierten Beamten der staatlichen Drogenbehörde, gemacht.

Jackson, fest davon überzeugt, daß Spielhöllen ohnehin Sammelpunkt für organisiertes Verbrechen und Drogenhandel sind, scharte mehr und mehr Gleichgesinnte um sich. Die kamen alle zur Bürgerversammlung und schlugen Stadtrat Robert L. Marzelli seine eher lasche Verordnung zur Reglementierung der Spiele aus der Hand. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß zu der Veranstaltung der 20 000-Einwohner-Stadt ein eher dürftiges Häuflein von Stimmberechtigten erschienen war. Mit 191 zu 19 Stimmen entschieden die Elektronik-Gegner die erste Runde für sich.

Was dann folgte, traf wohl auch das Fähnlein der Spiel-Zensoren unerwartet. Aus dem ganzen Land kam Lob und Tadel.

Der Rummel reduzierte sich aber schließlich auf die Gegenoffensive der Gegenseite, nachdem diese sich von der ersten Überraschung erholt hatte. Die Betreiber der verschiedenen einschlägigen Etablissements bliesen zum Run auf die Instanzen, propagandistisch aber auch finanziell unterstützt durch die betroffene Industrie. Stadtrat Marzelli sah sich nun plötzlich der nicht ganz undelikaten Aufgabe gegenüber, vor den Gerichten für eine Verordnung zu streiten, die er nicht geschrieben hatte.

Aber schon während das Verfahren von Gericht zu Gericht geschleppt wurde, verloren die „Spieler" an Boden. Mitch Snyder, der in seinem „Sport Center" mit 16 Bowling-Bahnen und sechs Billardtischen auch acht der Video-Spiele stehen hatte und damit alleine 20 Prozent seines Umsatzes machte, spürte es schon bald in der Kasse: „Wir stellten natürlich, solange die Sache unsicher war, auch keine neuen Maschinen mehr auf. Die alten verloren nach und nach an Reiz, und der Umsatz ging um mehr als 30 Prozent zurück."

Eine wachsende Flut der elektronischen Spiele brachte die Bürger von Marshfield zum Handeln. FOTO: DPA

Währenddessen argumentierten die Anwälte der Kaufleute vor Gericht nicht nur damit, daß auch die Spiele ein Kommunikationsmittel seien, sondern verwiesen vor allem darauf, daß ein vollständiges Verbot einen Verstoß gegen das „First Amendment", den ersten Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung, der unter anderem Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit verbrieft, darstelle.

Doch die Richter ließen sich davon nicht beeindrucken. Bei einer Vorführung vor dem Supreme Court von Massachusetts wurde etwa ein Spiel gezeigt, bei dem Affen Känguruh-Babys mit Äpfeln bewerfen und Mutter Känguruh schließlich die Affen ausknockt. Daraufhin stellte einer der Richter, auf den die Kaufleute ihre Hoffnung gesetzt hatten, lediglich die Frage: „Und das soll nun Kommunikation sein ...?" Das Gericht beantwortete die Frage ebenso wie die Kollegen in Washington mit „Nein".

Damit war die Sache entschieden. Der Sheriff setzte, nachdem die städtische Verordnung für rechtskräftig erklärt worden war, den Automatenaufstellern eine Frist von 48 Stunden, in der sie ihre Groschengräber abtransportieren mußten.

So erloschen denn die bunt schimmernden Mattscheiben fürs erste. Derweil sammeln die Besitzer jener Vergnügungsstätten aber neue Bataillone – zur nächsten Bürgerversammlung wollen sie eine Mehrheit zusammen haben.

LEUTE HEUTE

Whisky auf Spesen

Da sich die britische Regierung weigert, Whisky als Medizin verschreiben zu lassen, so soll sie den Mitgliedern des Oberhauses wenigstens gestatten, eine angemessene Tagesration als Spesen abzurechnen. Diese Forderung erhob der 99jährige Lord **Shinwell** bei einer Oberhausdebatte über die hohen Whiskysteuern der Regierung. Der 83jährige Lord **Boothby** pflichtete bei: „Whisky ist so ziemlich die letzte Sache, die der Menschheit noch anhaltendes Wohlbefinden verschafft."

Stern fürs Biest

Hollywood Boulevard Nr. 6901 ist eine neue Adresse von **Joan Collins**, dem „Denver-Biest". Dort kann sie jeder besuchen. Vor diesem Haus auf dem Gehsteig unweit vom weltbekannten Chinese Theater mit den Hand- und Fußabdrücken der Weltstars, wurde der Stern für Joan feierlich eingeweiht. Es ist der 1772. auf dem berühmten „Hollywood walk of fame".



Kuchen-Millionärin

Eine amerikanische Musikstudentin, die mit selbstgebackenen Pfefferkuchen auf die Straße ging, um sich ihr Studium zu verdienen, ist heute Unternehmerin mit Millionenumsatz. Als **Rachel Borish** 1975 in Philadelphia mit dem Verkauf von „Brownies" begann, florierte der Handel bald so gut, daß sie nach Ende des Studiums 1979 eine eigene Bäckerei mit 35 Angestellten aufmachen konnte.

Bochumer Rezepte-Skandal geht in die zweite Runde

Nach Apotheker jetzt zwei Ärzte wegen Betrugs angeklagt

WILM HERLYN, **Bochum**

„Glauben Sie nur nicht, nur hier gebe es schlechte Menschen", sagt Oberstaatsanwalt Karl Luchs aus Bochum. Immerhin wurde gerade in Bayern ein Arzt zu zwei Jahren und vier Monaten Haft sowie zu einer Geldstrafe von 30 000 Mark verurteilt. Er hatte mit gefälschten Rezepten und fingierten Honorarabrechnungen mindestens 450 000 Mark bei Krankenkassen abkassiert. Das Gericht stellte fest, daß der Arzt seine Praxis zu einer „Rezeptdruckerei" umfunktionierte.

Doch es scheint, als werde die Bochumer Staatsanwaltschaft auf diesem Gebiet häufiger fündig als die Kollegen anderswo. Ausgelöst durch den sogenannten Apothekerskandal stießen die Fahnder auf immer neue Spuren, immer neue Namen, immer neue Verdächtige. In Verdacht geraten, an dem Betrug ohne Grenzen beteiligt zu sein, sind Apotheker, Ärzte und Zahnärzte – sogar der SPD-Bürgermeister Georg Musolf und seine Frau. Seit April 1982 hat die Anklagebehörde 1038 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Davon entfielen 45 auf Apotheker, 59 auf Ärzte, 143 auf Arzt- und Apothekenhelfer und 791 auf Kunden. Die Schadenssumme geht in die Millionen.

Ein erster Prozeß ist inzwischen abgeschlossen, dabei wurde der 35jährige Apotheker Ulrich Affelt zu einer Haft von vier Jahren sowie zu zweijährigem Berufsverbot verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß er durch „Kungeleien" in seiner Bochumer Apotheke die Krankenkassen um mehr als 500 000 Mark geschädigt habe. Dabei gab er anstatt der verordneten Medikamente Kosmetika, Alkohol und andere Waren auf Rezept ab.

Allein um fast eine Million Mark sollen zwei Bochumer Urologen Versicherungsträger durch Rezeptbetrug und Abrechnungsschwindel geschädigt haben. Außerdem habe einer der beiden Mediziner, so die Anklageschrift, auch noch Einkommensteuer in Höhe von 56 000 Mark hinterzogen.

Die jetzt erhobene Anklage richtet sich gegen einen 47jährigen Facharzt. Dieser soll zur Deckung seines Sprechstundenbedarfs sowie zur Bezahlung von Kosmetika Rezepte auf Namen von Patienten ausgestellt haben, ohne daß diese davon wußten. Er soll außerdem auf Krankenscheinen seiner Patienten nicht erbrachte Leistungen eingetragen haben. Dadurch wurde der Abrechnungsbetrag laut Anklage pro Krankenschein durchschnittlich um 36,91 Mark erhöht. Insgesamt erhielt er von den Versicherungsträgern dafür mehr als 500 000 Mark zu Unrecht. Dem zweiten Mediziner, einem 48jährigen Urologen, wird vorgeworfen, auf ähnliche Weise Krankenkassen um mindestens 358 900 Mark betrogen zu haben. Er soll sich vier Jahre lang fast den gesamten Praxis- und Sprechstundenbedarf, Arzneimittel aller Art, Kosmetika, Anti-Baby-Pillen und in immer größeren Mengen auch Alkohol von den Versicherungsträgern bezahlt haben lassen.

Fast immer habe er bei den Krankenscheinen mehrfach durchgeführte Beratungen und nicht vorgenommene eingehende Untersuchungen oder auch Laborleistungen eingetragen. Um mit den erhöhten Leistungen nicht aufzufallen, soll er sich des sogenannten „Splitting-Systems" bedient haben. Bei diesem Schema wurden die an einem Tag erbrachten Leistungen nicht zum richtigen Termin in die Scheine eingetragen, sondern über zwei oder mehrere Tage auf den Krankenschein verteilt. Die beiden Mediziner sind seit dem 19. Oktober in Untersuchungshaft und zum Teil geständig.

ZU GUTER LETZT

„Ich bedaure, Sie darüber in Kenntnis setzen zu müssen, daß mein bombensicherer, mit Beton abgestützter Atombunker von Rowdies völlig zerstört worden ist." Von der „Financial Times" veröffentlichter Brief eines Kunden an seinen Versicherungsagenten.

WETTER: Bedeckt

Wetterlage: Ein kräftiges Hoch über der Ukraine verlagert seinen Schwerpunkt weiter nach Osten. Damit können atlantische Tiefausläufer von Westen her auf Deutschland übergreifen.



Vorhersage für Freitag:

Die gesamte Bundesrepublik: Mit Ausnahme des Alpenvorlandes von Westen her Bewölkungsaufzug, aber kaum Niederschlag. Tageshöchsttemperaturen in Süddeutschland um den Gefrierpunkt, sonst plus 2 bis plus 6 Grad C. Tiefste Temperaturen in der kommenden Nacht wenig über dem Gefrierpunkt, nur im Südosten Deutschlands nochmals leichter Frost zwischen minus 1 und minus 3 Grad. Mäßiger, im Westen weiter auflebender Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Stark bewölkt, zeitweise Niederschlag. Frostfrei.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	–4°	Kairo	–
Bonn	–1°	Kopenh.	1°
Dresden	–4°	Las Palmas	21°
Essen	5°	London	8°
Frankfurt	–3°	Madrid	6°
Hamburg	–2°	Mailand	–1°
List/Sylt	–2°	Mallorca	17°
München	–8°	Moskau	–5°
Stuttgart	–4°	Nizza	7°
Algier	14°	Oslo	3°
Amsterdam	2°	Paris	7°
Athen	11°	Prag	–6°
Barcelona	5°	Rom	6°
Brüssel	5°	Stockholm	2°
Budapest	–5°	Tel Aviv	21°
Bukarest	–2°	Tunis	13°
Helsinki	2°	Wien	–
Istanbul	7°	Zürich	–4°

*Sonnenaufgang am Samstag: 8.23 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr, Mondaufgang: 14.37 Uhr, Untergang: 4.59 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Streit ums Schlemmermahl geht weiter

Nach Freispruch vor Landgericht wurde Gastronomie-Kritiker in zweiter Instanz verurteilt

dpa, **Düsseldorf**

Ein „Schlemmergericht" in dem ehemaligen münsterschen Feinschmeckerlokal „Westfälischer Friede", das von dem Hobby-Journalisten Arnim Diel für schlecht befunden und als „totaler Reinfall" in einer Gastronomie-Zeitschrift vor zwei Jahren verrissen worden war, kommt den 30jährigen gelernten Juristen möglicherweise jetzt teuer zu stehen: Der zweite Zivilsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf verurteilte den „Gastrokritiker" gestern in zweiter Instanz, den materiellen Schaden zu ersetzen, der durch den Verriß entstanden ist. Außerdem muß Diel neun Zehntel der Kosten des Verfahrens tragen, für das letztlich ein Streitwert von 50 000 Mark festgesetzt worden war.

Wichtig war nur die Wettbewerbssituation

Im Gegensatz zum Prozeß vor dem Landgericht Düsseldorf spielte die harsche Menükritik jedoch in der Berufungsverhandlung nahezu keine Rolle. Ausschlaggebend für das Urteil war allein die Wettbewerbssituation, aus der heraus Diel nach Überzeugung des Senats seine Testesser-Beurteilung veröffentlicht hatte. Der „durchaus ernsthafte Gastrokritiker" war nach den Feststellungen des Gerichts nicht nur Journalist, sondern gleichzeitig lange Jahre Geschäftsführer seiner väterlichen Weinhandlung, an der er auch heute noch zu 50 Prozent beteiligt ist. Da auch der Inhaber des Restaurants „Westfälischer Friede", Werner Otto Jedamzik, im Straßenverkauf eigene Weine abgesetzt habe, müsse eine Konkurrenzsituation angenommen werden. Und die von Diel bestrittene Wettbewerbssituation ergebe sich allein aus diesen äußeren Umständen.

Es gehe nicht an, „daß unter dem Deckmantel der Pressefreiheit ein Mitbewerber geschädigt wird", lautete das Fazit des Senats, der ob der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits die Revision beim Bundesgerichtshof zuließ. Testesser Arnim Diel, der von dem Gastronomen Jedamzik für den Niedergang seines früheren „Gourmet-Tempels" zu „Müllers Albtbierstube" verantwortlich gemacht wird, zeigt sich in einer ersten Reaktion auf die OLG-Entscheidung „tief enttäuscht". Wenn sie auch vor dem BGH Bestand hätte, „müßte ich meine journalistische Tätigkeit einstellen".

Sollte Diel auch bei der Revisionsverhandlung vor dem Bundesgerichtshof unterliegen, müßte die Höhe des materiellen Schadens, den der Jura-Student wiedergutzumachen hat, in einem weiteren Zivilverfahren festgesetzt werden. Dazu hat Diel nach der OLG-Entscheidung dem Inhaber des ehemaligen Feinschmeckerlokals die genaue Stückzahl der in der Bundesrepublik Deutschland verkauften Zeitschriftenauflage und speziell der im Raum Münster abgesetzten Exemplare aufzulisten.

Wer Wein bestellte, wurde besser beurteilt

Nach Überzeugung des Senats hat die Beweisaufnahme ergeben, daß sich Diels Eß-Kritiken vorteilhaft auf sein Weingeschäft ausgewirkt haben. So sei festgestellt worden, daß allein sieben Feinschmecker-Lokale erst Weine bei Diel bestellt hätten, nachdem sie von dem Kritiker unter die 15 besten Lokale im Münsterland eingestuft worden seien. Das Lokal Jedamziks habe dagegen keine Weine von Diel bezogen.

„Revolution für Kinder"

Unicef macht Säuglingssterblichkeitsrate zur neuen Maßeinheit

AP, **Köln**

Unicef, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, hat sich etwas einfallen lassen: Man erarbeitete eine neue Rangliste der Entwicklungsländer nach einer Maßeinheit, die die soziale Wirklichkeit eines Landes besser widerspiegeln soll als das bislang herangezogene und von vielen Experten längst kritisch beurteilte Bruttosozialprodukt. Die neue Maßeinheit ist die Säuglingssterblichkeitsrate, also die Zahl der Kinder, die von 1000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr sterben. Im Gegensatz zum Bruttosozialprodukt, das soziale Unterschiede in einem Entwicklungsland nicht berücksichtigt und auch noch hoch sein kann, wenn große Teile der Bevölkerung in bitterer Armut leben, sinkt die Säuglingssterblichkeit nur dann, wenn die Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung ein gewisses Niveau erreicht haben.

Die Unicef kommt dabei zu einer völlig neuen und von den Statistiken der Weltbank erheblich abweichenden Rangfolge der einzelnen Länder, was ihren Entwicklungsstand betrifft. So rücken elf Länder – Birma, China, Costa Rica, Kuba, Kenia, Madagaskar, Sri Lanka, Tansania, Thailand, Vietnam und Zaire – im Vergleich zum Weltbankbericht um mindestens 30 Plätze nach vorn, wie das Deutsche Komitee für Unicef in Köln bestätigt.

Sozialer Fortschritt, das glaubt man inzwischen bei Unicef erkannt zu haben, ist auch dann möglich, wenn das wirtschaftliche Niveau eines Landes und seine Wachstumsraten niedrig sind. Und sie verleihen der „Revolution für Kinder", wie die Organisation sie für möglich hält, die Qualität einer „realen Utopie".

Neben den langfristigen Entwicklungsprogrammen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder wie Wasserversorgung, Gesundheits- und Schulwesen propagiert Unicef daher weltweit ein Aktionsprogramm, dessen Verwirklichung durch wissenschaftliche und sozialorganisatorische Fortschritte der letzten Jahre ermöglicht wurde, und das ohne hohe Kosten 20 000 von jenen 40 000 Kindern retten kann, die heute noch täglich sterben. (Die WELT berichtete.)

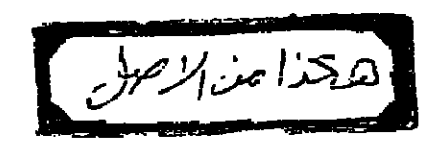




Foto: DIE WELT

Nur wenige Urlauber finden im Winter den Weg an die deutsche Küste. Mit der kältesten Jahreszeit verbinden sie entweder Schnee und Skifahren in den Alpen oder Sonne und Wasser in wärmeren Regionen der Erde. Doch auch der Winter an der Ostsee und Nordsee hat seinen Reiz. Sei es nun, daß man in aller Muße stundenlang über schneebedeckte Dünen wie auf der Insel Sylt (Foto links) wandern oder mit einem der Fischer (Foto rechts) zum Hochseefischen aufs Meer hinausfahren kann. Und die Friesen, denen der Ruf der Sturheit anhängt und die sich im Sommer gerne den neugierigen Blicken der Touristen entziehen, tauen auf, etwa bei einem Glas Grog oder Punsch in einer der typischen Hafenkneipen.

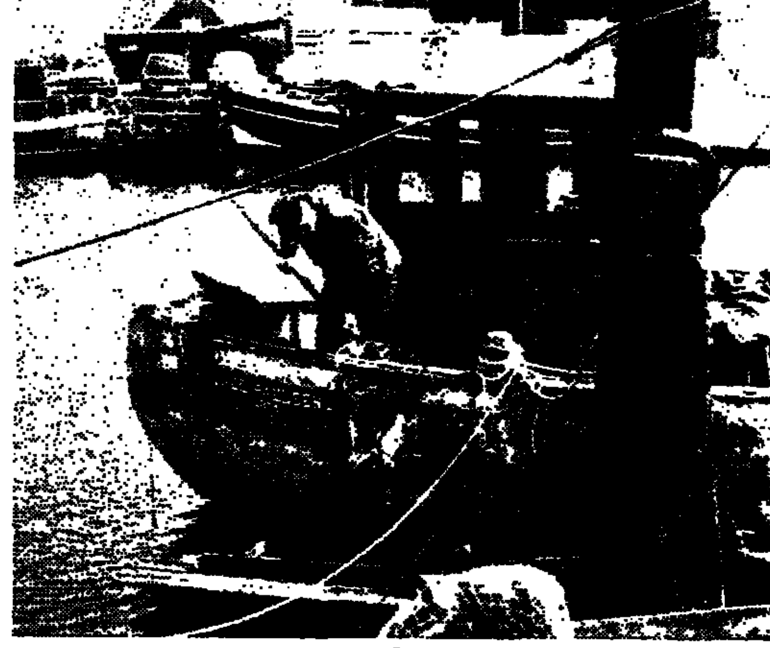


Foto: ENTN. „DIE DEUTSCHE KÜSTE", UMSCHAU VERLAG, 6000 FRANKFURT/M.

Winterurlaub an der deutschen Küste / Bei kräftigen Brisen über endlose Dünen wandern

Westerland

Sie spielen sich nicht auf mit dem, was sie haben. Und sie klagen auch nicht über das, was sie nicht haben, ja, sie vermissen es nicht einmal. Die Schleswig-Holsteiner können ausharren, sich in Wind und Wetter fügen, gerade jetzt im Herbst und Winter. Man solle ruhig kommen, fordern sie ihre Gäste auf, es wäre immer noch ein Plätzchen frei, und überall finde man einen warmen Sitz am Ofen. Und Programm habe man auch genug. Wahrlich – nordische Bescheidenheit. Was ist also dran am nordischen Winter, der noch dunkler zu sein scheint als anderenorts? Kein Wintersport, kein Wassersport? Der Singsang der Verklicker in den Masten ist vertönt, die Yachthäfen sind leer, Wind zaust durchs Dünengras, das sich nach einem heftigen Sommer langsam wieder aufrichtet.

Es ist die Zeit der Begegnung, die Gelegenheit, an die sturen Kerls ranzukommen, an die dickschädeligen Friesen, die denn so stur gar nicht sind, obwohl sie sich an heißen Sommertagen lieber hinter ihre Malven-Sperrwerke zurückziehen, als sich von Urlaubern in Gespräche verwickeln zu lassen. Nun kommen sie wieder hoch wie das Dünengras, sind ansprechbarer, nicht mehr die Trutzherren in den Haubargen und auf den Warften.

Winter in Schleswig-Holstein – das heißt Weite und Spaziergänge längs der Flüsse Treene oder Schlei, Slalom zwischen den Krüppelweiden und Wanderungen durch Knicks oder Marschen. Und dann irgendwo in eine gute Stube einkehren zu Punsch, Grog, Glühwein oder Pharisäer. Herrliche Zeiten, wenn die Eschen und Pappeln mit ihrem Eis und Reif Filigranmuster gegen den Himmel setzen, das Gras unter den Füßen eisig zerbricht und Sturmwolken über die Deichkronen ziehen.

Man kann, aber muß nicht alleine losziehen. Pauschalprogramme sorgen für Entspannung und den richtigen Weg. Zum Beispiel „Pauschal auf Helgoland" auf just zwei Quadratkilometern Deutschland: Kuren im milden Winter (man sagt es, weil der Golfstrom lange nachwärmt): Sieben Tage Kur mit drei Bädern in Seewasser, drei Halbmassagen, drei Seewasserinhalationen, drei Besuchen im Meerwasser-Freischwimmbad und zwei Abstechern in die Sauna, Diagnose zu Beginn der Kur und Hauptuntersuchung durch den Badearzt der eigenen Wahl ab 180 Mark. St. Peter-Ording spricht Golfer ebenso an wie Tennisspieler. Und Sylt offeriert das „Westerländer Probepäckchen", das bis Ende Mai gilt und für 19 Mark eine Wochenend-Busnetzkarte auf Sylt (ab freitags), eine Ortsführung, eine Besichtigung im Sylter Heimatmuseum, Besuche im Meerwasserwellenbad, freien Eintritt ins Casino und eine Sylter Wanderkarte oder einen Sylter Bildband verspricht. Damp 2000 offeriert eine Vielzahl von Winter-„Urlaubs-Bonbons", etwa Senioren-Urlaub im Appartement ab 144,50 Mark die Woche (7. Januar bis 14. April). Heiligenhafen stellt den Winter als die gute Jahreszeit für die Sportfischer heraus. Der Sonderprospekt „Winter in Heiligenhafen" bietet unter anderem an jedem Wochentag, aber auch an verlängerten Wochenende Hochseefahrten in einem der 20 Fischkutter für Sportfischer. Angelgerät kann an Bord geliehen werden. 165 Mark kostet die „Weihnachtsfahrt" ab Hamburg nach Westerland mit Bahn und Übernachtung/Frühstück, Kurtaxe, Spielbankbesuch, Reisegepäck und Unfallversicherung, Reiseleitung und Sylt-Paß in der Zeit vom 23. bis 27. Dezember, und für die Silvesterfahrt (29. Dezember bis 1. Januar) müssen gerade 149 Mark gezahlt werden.

Wintersport in Schleswig-Holstein? Das ist mehr als „Rodel frei" und knüppelharte Langlaufloipen. Wer weiß denn schon von der Existenz und Notwendigkeit zweier Skilifte hoch im deutschen Norden? In Geesthacht am Elbufer mag er nur Verzierung sein, nützlich ist er auf alle Fälle am Bungsberg, mit 168 Metern Schleswig-Holsteins höchste Erhebung. Gewiß, das klingt niedlich, wer Mittelgebirge und Alpen kennt. Aber es macht sich gut, eben drum. Eislaufen und Rodeln – natürlich, wenn der Winter nur kalt genug ist.

Und wenn nicht: Da gibt es die zauberhafte Rundreise zu den Mühlen des Landes. Oder man folgt dem Katalog in „100 Museen" oder dem Führer zu den Kirchen in Schleswig-Holstein, die Kleinode sind. Etwa Meldorfs „Dithmarscher Dom", die größte Kirche an der gesamten Westküste. Die älteste Kirche des Landes aus dem Jahre 825 steht in Schenefeld, und in der Katharinenkirche von Großenbrode wird am ersten Sonntag eines jeden Vierteljahres plattdeutsch gepredigt.

Nach der Kultur die Küche: Da sind die Küchen-Sterne, die hell den gastronomischen Winter erleuchten – die „Marienquelle" in Bongsiel, Lübecks „Schabbelhaus", „Andreesens Elb-Gasthof" in Bargum oder das „Alte Pastorat" auf Föhr. Und dann die kleinen feinen Restaurants – neben dem „Ratskeller" von Glückstadt auch das Kieler „Restaurant im Schloß", in Ivendorf die „Alte Kate von 1748" und der „Historische Krug" sowie ein Romantik-Hotel in Oeversee aus dem Jahre 1519.

Museen im Winter: Da ist das „Schleswig-Holsteinische Landesmuseum" in Schleswig mit der größten prähistorischen Sammlung der ganzen Bundesrepublik, das Mühlenmuseum in Lemkenhafen und das Elbschiffahrtsmuseum in Lauenburg. In Husum trifft man auf Theodor Storm, in Wesselburen auf Christian Friedrich Hebbel, in Ratzeburg auf Ernst Barlach und in Garding auf Theodor Mommsen. Winter im deutschen Norden meint aber auch die Bräuche im Land und auf den Inseln – wie etwa das „Rumpottlaufen" in der Vorweihnachtszeit oder die Lauenburger „Schifferhöge" mit Umzug und Sitzung der Schifferbrüderschaft. Auf den nordfriesischen Inseln gibt es am letzten Tag des Jahres die „Altjahrsumritte" und allerorten Weihnachtsmärkte. Frisia cantat – Friesland singt – auf platt und friesisch. Ein kleines Wintermärchen. „Wenn dat Fueuer in Kamin brennt un jeder di bi'n Voernaum nennt, weil he di kennt, denn is uns Huus vull."

UWE KRIST

*

Auskunft: Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein e. V. Niemannsweg 31, 2300 Kiel 1.

NACHRICHTEN

Schneebericht

Auskünfte über Schneehöhe, Temperatur, Schneebeschaffenheit und Pistenzustand in 50 Schweizer Wintersportorten können in Frankfurt unter der Telefonnummer 0611. 23 60 61 eingeholt werden. In der Schweiz gilt die Nummer 0041-1/120. Der Schneebericht wird jeweils montags, donnerstags und freitags aktualisiert.

Touristen-Ticket

Mit der sogenannten „Touristenkarte" können Berlin-Urlauber alle U-Bahnen und nahezu hundert Buslinien beliebig oft benutzen. Die Karte zum Preis von 40 Mark gilt für vier Tage. 15 Mark bezahlt man für ein Zwei-Tage-Ticket.

Liste für Ferienhäuser

Der Fremdenverkehrsverband Ostbayern hat ein Verzeichnis aller gewerblichen Ferienhäuser und Ferienwohnungen in den Mitgliedsgemeinden des Verbandes herausgegeben. Das Heft, das die privaten Anbieter nicht erfaßt, kann kostenlos beim Verband angefordert werden (Auskunft: Fremdenverkehrsverband Ostbayern, Landshuter Straße 13, 8900 Regensburg).

Neuer Ski-Atlas

Rechtzeitig zum Saisonbeginn ist der neue Ski-Atlas des Deutschen Skiverbandes erschienen, der neben einem Kartenteil ausführliche Beschreibungen der Skigebiete in der Bundesrepublik, Österreich, Italien, Schweiz und Frankreich sowie in 20 anderen Ländern der Welt enthält. Breiten Raum nehmen auch wertvolle Tips für die Sicherheit beim Skilaufen und auf den Pisten ein, von denen manche sicher auch für altgediente Pistenrenner und Loipenfahrer Anregungen bieten können. Der Atlas ist im Verlag Scripta in Stuttgart erschienen und kostet 33 Mark.

WÄHRUNGEN

Land	Einheit	Währung	Kurs
Ägypten	1	Pfund	2,65
Belgien	100	Franc	4,98
Dänemark	100	Kronen	28,50
Finnland	100	Fmk	47,75
Frankreich	100	Franc	33,75
Griechenland	100	Drachmen	3,00
Großbritannien	1	Pfund	4,03
Irland	1	Pfund	3,15
Israel	1	Schekel	0,055
Italien	1000	Lire	1,71
Jugoslawien	100	Dinare	2,40
Luxemburg	100	Franc	4,98
Malta	1	Pfund	6,00
Marokko	100	Dirham	36,00
Niederlande	100	Gulden	90,00
Norwegen	100	Kronen	36,25
Österreich	100	öS	14,32
Portugal	100	Escudos	2,45
Rumänien	100	Lei	5,25
Schweden	100	Kronen	34,75
Schweiz	100	Franken	126,00
Spanien	100	Peseten	1,79
Türkei	100	Pfund	1,20
Tunesien	1	Dinar	3,70
USA	1	Dollar	2,80
Kanada	1	Dollar	2,25

Stand vom 13. Dezember – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Rot leuchten die Herzen über der Ströget

Dänen sind Gemütsmenschen und die Kopenhagener erst recht. In der Stadt, in der einst ein Polizist den Verkehr anhielt, damit eine Entenmutter mit ihren Küken sicher über die Straße watscheln konnte, sitzen wir in diesen Tagen im gut gefüllten Sightseeingbus, voller Erwartung zu sehen und zu hören, was man in zweieinhalb Stunden von Kopenhagen erfahren kann. Doch nichts geht. „Wir hatten Schwierigkeiten mit dem Guide", erklärt schließlich der Busfahrer. Jetzt sei aber ein Ersatzmann gefunden. Nur, leider, der wohnt außerhalb der Stadt. So fahren vierzig Touristen aus neun Nationen los, um ihren Stadtführer zu suchen.

Streß und Hektik sind im Vokabular der dänischen Hauptstadt weitgehend unbekannt. Und auch die Scharen der jetzt in der Vorweihnachtszeit nach Kopenhagen anreisenden Besucher von nah und fern kann die Geschäftsbesitzer am Ströget nicht dazu bringen, ihre Geschäfte länger als sonst offen zu halten. Wer zum Weihnachtseinkauf nach Kopenhagen kommt, und es gibt manche Kostbarkeiten etwa an Glas, Porzellan oder Silbersachen, die in Kopenhagen erheblich billiger sind als daheim, sollte zusehen, daß er bis Samstag mittag alles erledigt hat. Dann gehen nämlich am Ströget die Gitter vor den Geschäften runter, und der Welt älteste Fußgängerzone gehört nur noch den Seeleuten.

Ströget, Kopenhagens fast zwei Kilometer lange Einkaufsstraße, leuchtet in diesen Tagen rot. Angefangen von den großen roten Herzen, die zu Hunderten über der Straße und den Passanten baumeln, über die unzähligen Julenisser, die Weihnachtszwerge, die groß und klein die Auslagen der Geschäfte dekorieren, bis hin zu den roten Würstchen, den Pölser, und dem Julglögg, dem Weihnachtsglühwein.

Auch wer nicht des Kaufens, sondern nur des Schauens wegen ins vorweihnachtliche Kopenhagen kommt, sollte zwei Geschäfte wenigstens von innen ansehen. Das eine ist Illums Bolighus, das unter seinem Dach das größte Angebot Nordeuropas an skandinavischem, speziell dänischem Design bietet. Das beginnt mit dem riesengroßen, ganz in Rot geschmückten Weihnachtsbaum und reicht bis zu all den entzückenden kleinen Dingen, mit denen dänische Familien Weihnachtsbaum, Weihnachtsstube und den festlichen Weihnachtstisch so liebevoll zu schmükken pflegen.

Und das andere ist das Stadtgeschäft der königlichen Porzellanmanufaktur am Ströget, wo alljährlich zu Beginn der Adventszeit der Wettbewerb „Journalisten decken den Weihnachtstisch" stattfindet. Als Ergebnis bleibt ein halbes Dutzend oder mehr originell gedeckter Weihnachtstische dann während der ganzen Vorweihnachtszeit als Augenschmaus für die Besucher stehen.

In der zweiten Etage des Hauses gibt es ein entzückendes kleines Café und Restaurant, wo natürlich auf Dänemarks berühmtestem Porzellan serviert wird. Und im Nebenraum kann man in den Regalen mit den Stücken der zweiten Wahl stöbern, wo sogar hin und wieder ein Exemplar aus dem kostbaren Flora-Danica-Dekor angeboten wird.

Der Winter hat in diesem Jahr den Schnee früher als sonst nach Kopenhagen geschickt, genau richtig für die Adventsatmosphäre. Eine dünne weiße Decke liegt auf den Parks und Dächern, auf den Türmen und stillen Springbrunnen und auf den Steinen an der Langelinie, wo die kleine Seejungfrau, Kopenhagens berühmtestes Wahrzeichen, noch immer sitzt und auf ihren Prinzen wartet.

In kaum einer anderen Stadt liegen Kunst und Lukull so dicht beieinander wie in Kopenhagen, wo die Kunst, ein Smörrebröd zu garnieren, so hoch entwickelt ist, daß man das in 170 verschiedenen Variationen zubereiten kann. Die preiswertesten Smörrebröds gibt es im ansonsten nicht billigen Kopenhagen im Hauptbahnhof.

Da die Königin zur Zeit nach London verreist ist, um Weihnachtseinkäufe zu machen, wie die Kopenhagener sagen, läuft das vielbesuchte Zeremoniell der Wachablösung vor Schloß Amalienborg nur in einer Sparausgabe ab. Es macht nichts. Die Soldaten in ihren riesigen Bärenfellmützen sind immer ein Foto wert.

Der Tivoli hat Winterruhe. Und das ist gut so, denn sonst fände man kaum Zeit für das königliche Theater, die Oper oder das Ballett. Kopenhagen bietet in diesem Jahr für alle, die sich Sinn für Romantik bewahrt haben, einen besonderen Leckerbissen. Als Weihnachtsmärchen des königlichen Theaters steht das berühmte Nußknackerballett auf dem Spielplan mit Tschaikowskis Musik und Bühnenbildern des berühmten Designer Björn Wiinblad. Spätestens, wenn dann beim Tanz der Schneekönigin die Flocken auf der Bühne wirbeln und die kleine Klara mit ihrem Prinzen im Himmelswagen ins Blumenland entschwebt, hat man ganz vergessen, daß die Aufführung nicht im altehrwürdigen Theater am Kongens Nytorv stattfindet, sondern wegen Umbauarbeiten in die einfache Konzerthalle im Tivoli verlegt werden mußte.

CHRISTOPH WENDT

*

Auskunft: Dänisches Fremdenverkehrsamt, Glockengießerwall 2, 2000 Hamburg.

SYLT

Winter auf Sylt

für Kenner, Liebhaber, und die es werden wollen.

Weihnachten und Silvester auf Sylt

Für Weihnachten und Silvester gesonderten Prospekt anfordern. Information und Reservierung:
Sylt Plaza Hotel, Elisabethstr. 9, 2280 Westerland/Sylt, Telefon: (04651) 6006

Sylt PLAZA ... mehr als ein Hotel.

Die Vorwahl-Nummer gehört zu jeder Telefon-Nummern-Angabe. Bitte denken Sie daran.

HARZ



Schreiben Sie an Harzhexe, Postfach 1771, 3380 Goslar 1, oder rufen Sie an 05321/20031.

Erleben Sie die Erholungswelt des Panoramic
wohnen wo man unabhängig ist.
Wir informieren Sie gern über Ihren Weihnachts- und Silvester-Aufenthalt, Urlaub und Wochenende im Winter/Frühjahr 84:
Preisliste gleich anfordern
Tel.: 05524-84612
PANORAMIC
Appartements für Ferien + Zweiturlaub
Bad Lauterberg im Harz
Postfach 3422 Bad Lauterberg

LÜNEBURGER HEIDE

KREBS
MIGRÄNE
ARTHROSE
MASSAGEN, THX UND SAUERSTOFF-MEHRSCHRITT-THERAPIE

Waidmannsruh
DIÄT- UND NATURHEILHAUS
3118 Bad Bevensen, 05821/3093 DIÄT
Info-Blatt anfordern
Sehr ruhige Lage, geschmackvolle Zimmer, 1-10 Betten, Du./WC, Tel., Balkon, Hallenbad 28°, Sauna, Lift.
Unter ärztlicher Leitung

LANGEOOG

Moderne Apart-ments
Weihnachten/Sylvester auf der Insel **Langeoog**
Ruhe und Erholung in gemütlicher Atmosphäre
inkl. Hallenbad (30°), Sauna, Solarium, Farbfernseher, Restaurant i.H.
Rufen Sie an. Wir schicken Ihnen das Aquantis-Weihnachtsprogramm
04972 6070

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

OSTFRIESLAND

Nordseebad
Neuharlingersiel/Ostfriesland

Verschenken Sie doch eine Woche Winterferien!
Der Gegenwert:
- Ostfriesische Gastlichkeit, malerischer Fischerhafen
- Stille Landschaft, frische Seeluft, echte Erholung
- Meerwasser-Hallenwarmbad, Saunas, Sonnenfluter
- Freundliche Hotels, Pensionen, Haus des Gastes
- Preiswerte Ferienwohnungen und Häuser
- Sturmflutsicheres Camping am Meer (Pauschalangebot)

Kurverwaltung 2943 Neuharlingersiel, Tel. 04974/355

OSTSEE

KURHAUS-HOTEL **Seeschlößchen**



Exklusive Atmosphäre, Seewasser-Hallenbad, therap. Abt. (alle Kassen), Lancaster-Schönheitsfarm.

Weihnachten + Silvester an der Ostsee

Weihnachten 3 Tage HP ab 252,- DM. Großer Silvesterball – 2 Kapellen. Sonnabends u. sonntags Tanztee und sonnabends Kajüte geöffnet. Neu: Ferienappartements ab 70,- DM.

2408 Timmendorfer Strand, Tel. 04503/6011

TUNESIEN

Winterurlaub in TUNESIEN



Einfach mal „abschalten", sich ein bißchen verwöhnen lassen, die Sonne genießen, wieder zu sich selbst finden. Tunesien – Sonne für Körper und Seele. In zwei Stunden sind Sie da.
Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro oder direkt an das **Fremdenverkehrsamt Tunesien:**
Frankfurt **(0611) 231891** Düsseldorf **(0211) 359414**

TOURISTIK

Wir machen Ihnen einen ungewöhnlichen Geschenkvorschlag.

Schenken Sie sich selbst oder Ihren Lieben in diesem Jahr einen tollen Erlebnisurlaub mit dem KARSTADT Reisemobil oder Caravan-Gespann der Luxusklasse. Fordern Sie sofort telefonisch oder schriftlich unseren großen, mehrfarbigen Prospekt an.

Oder sind Sie am Kauf interessiert?
Wir bieten ständig einige unserer Luxusfahrzeuge zum Kauf an.
Zum Beispiel: **Typ: Hymer-Mobil 540**
Mit vielen Extras (Dachgepäckträger, Sanitärklappe, TV-Antenne, Stereoradios usw.)
Fahrgestell: Daimler-Benz, 207 Diesel mit Automatik-Getriebe
Erstzulassung: März 1981
km-Stand: 80000 bis 115000

Typ: Eriba Nova L 580
Mit vielen Extras (100-Liter-Wassertank, Heißwasserboiler, Zusatzbatterie, TV-Antenne, Stereoradio)
Fahrgestell: Tandem-Achse
Erstzulassung: Mai 1983

Die Fahrzeuge befinden sich in gepflegtem, einwandfreiem Zustand.

Unseren Kunden und Freunden wünschen wir geruhsame Festtage und für 1984 gute Fahrt.

KARSTADT reisemobil-miet-service
Hafenstraße 70, 4300 Essen-Vogelheim · Telefon (0201) 3802546

HWA S 12/83

Costa Rica
14 Tage Inform.-Flug ab Düsseld. mit gr. Ausflugprogramm, HP, Term. 31. 1. 84 bis 14. 2. 84. DM 3400. Wer nur den Flug wünscht, dann DM 1980. BARTELS FLUGREISEN, 3205 Bockenem 1, Dalsen 18, Tel. 05067/1631

Rund-um-die-Welt Südsee-Route
vom 19. 1. – 9. 2. 1984
DM 7980,-
Programm bitte anfordern!
Dr. Kneifel Fernreisen GmbH
Landwehrstr. 10, 8000 München 2, Tel. 089 59 66 01

ISCHIA
Sonneninsel im Mittelmeer
795,- DM/VP
vom 27. 12. 83–8. 1. 84
oder 949,- DM vom 22. 1.–4. 2. 84
Fordern Sie ausführliche Unterlagen an bei
Feyhl-Reisen
Marktplatz 13, 7140 Ludwigsburg
Tel. 07141/24253 + 27250

Mit oft reisen nach Teneriffa
ins Maritim-Hotel
1 Woche ab München und Frankfurt, ÜF ab DM 1028
2 Wochen ab München und Frankfurt, ÜF ab DM 1398
ins Maritim-Aparthotel
1 Woche ab München und Frankfurt, ÜF ab DM 863
2 Wochen ab München und Frankfurt, ÜF ab DM 1055

nach Malta
ins Maritim Selmun Palace Hotel
3 Tage, ÜF ab DM 598
4 Tage, ÜF ab DM 637
1 Woche, ÜF ab DM 729

nach Mauritius
ins Maritim-Hotel Belle Mare Plage
11 Tage, HP ab Frankfurt ab DM 3299
18 Tage, HP ab Frankfurt ab DM 4069
Verlangen Sie die Prospekte: In Ihrem Reisebüro oder bei
oft-reisen, Hospitalstraße 32
7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/295666, 295177

Amsterdam – Mexico – Amsterdam
1799,- DM
Fernflüge + Amerika Reiseservice
02151/1528 + 040/462015

Fernflüge ab Benelux
z. B. Bangkok 1260,–, Denpasar 2095,–, Jakarta 1665,–, Manila 1755,–, Singapore 1395,–, Tokyo ab 2065,–

SÜDAMERIKA-FLÜGE
HIN und ZURÜCK AB BRU/AMS

Asunción	2350,-	Mexico	1700,-
		Montevideo	2350,-
Bogotá	1700,-	Quito	1950,-
Bs. Aires	2350,-	Recife	1960,-
Caracas	1550,-	Rio de Jan.	2280,-
LaPaz	2770,-	Santiago	2370,-
Lima	1950,-	São Paulo	2280,-

L.A.F. e.V. 28 Bremen 1
Schwachhauser Heerstr. 222
Telefon 0421/23 92 45

Preiswerte Flüge in alle Welt
TOUR-PLAN-REISEN · 5300 Bonn 3
K.-Adenauer-Pl. 15, 0228/461663

Weihnachten auf Teneriffa
23.12.–6.1. ab Düsseldorf + München.
Teneriffa-Tours Tel.: 06120-8096
Tulpenweg 14 – 6209 Heidenrod 2

PERU
Studienreisen 1984
22 Tage Flug-/Bahn-/Busrundreise durch das Land der Inkas ab DM 6.899,–. Programm anfordern bei: INCA-TOURS, Mühlenfeldstraße 51, 2800 Bremen 33, Tel. 0421/259675

Bangkok 1290,-/Lima 1720,-
u. a. ab Benelux, T. (0221) 21 95 18

Preiswert fliegen
0611/49 52 54

KREUZFAHRTEN

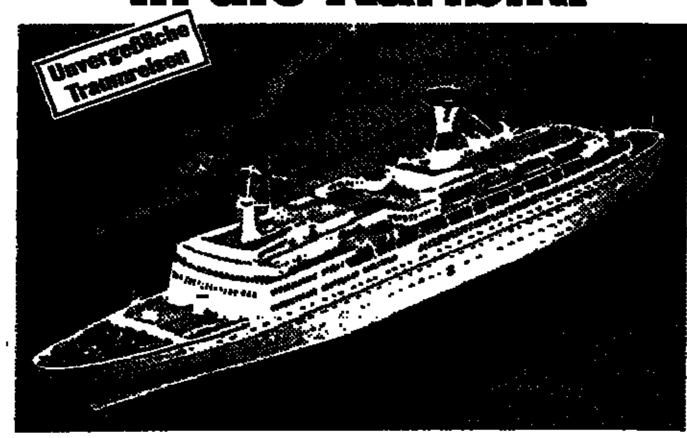
TRAUMSCHIFF zum Tiefstpreis

FEDOR SCHALJAPIN 21.400 BRT
6. 4. bis 15. 4. 84 und 2. 10. bis 10. 10. 84
Italien - Jugoslawien - Korfu - Korinth - Athen - Olympia - Sizilien - Rom ab DM **580,-**
Italien - Jugosl. - Korfu - Sizilien - Malta - Tunesien - Sardinien - Rom - Genua ab DM **695,-**

30 JAHRE
Prospekt-Gutschein 15 einsenden an:
GASTAGER-REISEN
Der Welt größter Veranstalter für Weltreisen
8221 INZELL-Bayern · Tel. 08665/895

Für die kostbarsten Wochen des Jahres – auf Nummer Neckermann:

Mit TS MAXIM GORKI in die Karibik.



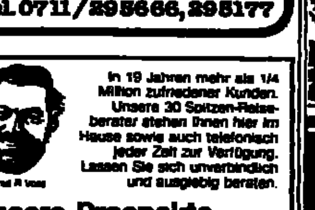
TS MAXIM GORKI – bei Neckermann Seereisen Garant für Sicherheit und zufriedene Gäste. Seit 8 Jahren und auch in Zukunft. Man kann sich darauf verlassen!

TS MAXIM GORKI. Mittelamerika, Pyramiden im Dschungel – das Vermächtnis der Maya. Die Maxim bringt Sie von einem exotischen Erlebnis zum anderen. Am 12.1.84, ab Jamaica/an Nassau 18 Tg. inkl. Flug ab/an Frankfurt, je Person ab **4160,-**

TS MAXIM GORKI. Mittelamerika und Antillen. Indios, Dschungel und Karibik-Inseln – eine unvergeßliche Seereise. Am 12.2.84, ab Jamaica/an Genua 25 Tage inkl. Flug ab Frankfurt, je Person ab **4790,-**

Beratung und Buchung in allen NUR TOURISTIC-REISEBÜROS, KARSTADT-Reisebüros, bei NECKERMANN KatalogWelt + Reisen sowie bei über 1.000 NUR TOURISTIC-PARTNERN: Reisebüros, Volksbanken und Kaufring-Häusern mit diesem Zeichen:

NECKERMANN REISEN



In 19 Jahren mehr als 1/4 Million zufriedener Kunden. Unsere 30 Spitzen-Reiseberater stehen Ihnen hier im Hause sowie auch telefonisch jeder Zeit zur Verfügung. Lassen Sie sich unverbindlich und ausgiebig beraten.

Unsere Prospekte 1984 sind da

Preisgünstige Flugpreise zu allen Zielgebieten. Wir sind immer günstiger als Selbermachen.
Prospekte, Beratung und Buchung nur direkt beim Veranstalter

Reisebüro Niederrad
Triftstraße 28-30
6000 Frankfurt/M 71
Tel.-Sammelnummer 0611/67031
INTER AIR Voss-Reisen GmbH
Sie erreichen uns über BAB-Ausfahrten Ffm.-Süd, Ffm.-Niederrad oder ab Kennedy-Allee. Folgen Sie den Hinweisschildern

ENGLAND

LONDON
Übernachtung u. engl. Frühstück für längeren oder kurzen Aufenthalt als Feriengast oder zu Studienzwecken Goddard's Guest House, 372 Finchley Road, London, NW3 7AJ, Tel. London 435-0930 od. 435-8306

SCHWEIZ

Erstklassferien zu vernünftigen Preisen.



Davos, das schneesichere Wintersportparadies. Traumhafte Langlaufloipen, lange Abfahrten für jeden Skifahrer auf Parsenn, Jakobshorn, Strela und Pischa.
Ihr SUNSTAR-PARK-HOTEL liegt an schönster, ruhiger und doch zentraler Lage im Parkareal. In allen Zimmern geniessen Sie höchsten Komfort mit eigenem Bad/Dusche, WC, Radio und Telefon.

7 Tage Halbpension im Doppelzimmer/Bad:
****SUNSTAR-PARK: Fr. 700.–
(21.1.-17.3.1984 + Fr. 161.–)
***SUNSTAR: Fr. 518.–
(21.1.-17.3.1984 + Fr. 126.–)
(Weihnacht/Neujahr auf Anfrage)

SUNSTAR-HOTELS Davos
Fam. H. Gager, CH-7270 Davos-Platz





Sie wohnen in einem rustikalen, behaglichen und kinderfreundlichen Hotel. Sie essen in einem der 4 gemütlichen Restaurants im Hotel. Halbpension für sFr. 710.– (auch Kinder-Arrangements).
Inbegriffen sind ein Skiabonnement für 69 Skilifte und Bahnen, 6 Tage Skischule, kostenlose Benützung aller Verkehrsmittel und freier Eintritt ins Hallenbad, Fondue-Party und Fackelabfahrt.
Ihr Gastgeber, Leonz Blunschi, freut sich, Sie beim Begrüssungs-Apéro kennenzulernen.
Übrigens, wenn Sie regelmässig über den Bernerhof unterrichtet sein wollen, schicken Sie mir eine Postkarte. Ich sende Ihnen dann gerne unsere «Bernerhof-Zytig».



HOTEL BERNERHOF GSTAAD
CH-3780 Gstaad
Tel. 0041/30/8 33 66, Tx. 922 262





Ihr ***** TOP-HOTEL für aktive Winter- + Sommerferien.
Eine exclusive private Ferienwelt für SIE: Hallenbad, Tennishalle, Squash-Hallen, Kegelbahnen, Kindergarten etc.
★ Tennis- + Skiwochen (CIS) ★
★ Schönheitswochen ab Fr. 920.– ★
★ Schlankheitswochen ★
★ Spezielle Familienarrangements ★
SAVOY-HOTEL, CH-7050 AROSA
Joe L. Gahrer, Dir.,
Tel. 004181-31 0211
Telex 74 235

217 001 777 asd
ist unsere FS-Nummer für die Anzeigenabteilungen WELT am SONNTAG und DIE WELT



**** **Prätschli**
CH-7050 AROSA
Tel. 004181-31 18 61 - Tx. 74 554
Das gepflegte Erstklasshaus

FINNLAND

FINNTOURS-Reisetips für den Winterurlaub

Familienreisen und Ferienhäuser
- z.B. ▶ Eisfahrt nach Helsinki (4 Tage) mit GTS Finnjet ... ab DM 278,–
- z.B. ▶ Ferien im Hotel Ellivuori ... ab DM 728,–*
- z.B. ▶ Busrundreise in den finnischen Frühling ... ab DM 1420,–*
- z.B. ▶ Ferienhäuser ... ab DM 442,–*

(* 11- bzw. 12-tägige Reise inkl. Fährpassage mit GTS FINNJET sowie weitere Leistungen)
Holen Sie sich den neuen Finntours-Katalog in Ihrem Reisebüro oder schreiben Sie uns.
FINN TOURS, Sandstraße 14 · 24 Lübeck 1, Telefon 0451/150171

Anzeigen-Bestellschein für FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

1 Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 98,04
2 15 mm/1sp. = DM 147,06
3 20 mm/1sp. = DM 196,08
4 25 mm/1sp. = DM 245,10
5 30 mm/1sp. = DM 294,12
6 15 mm/2sp. = DM 294,12

Anzeigen in der Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" kosten bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 9,81 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß.
Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten.
Anzeigenschluß ist jeweils **montags** 14 Uhr vor dem Erscheinungstermin.

Rustikales Blockhaus
im Naturschutzgebiet an der Eider, für 4–6 Personen noch frei.
Standartgestaltung

Mindestgröße 10 mm/1spaltig. Alle Anzeigen werden mit Rand versehen.

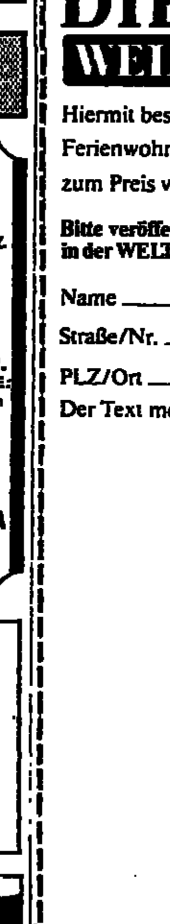
DIE WELT / WELT am SONNTAG
An DIE WELT/ WELT am SONNTAG, Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" in der Höhe von ______ Millimetern ____ spaltig zum Preis von ________ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem ________ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

Name ____________
Straße/Nr. ____________ Telefon ____________
PLZ/Ort ____________
Der Text meiner Anzeige soll lauten:

01-497



Urlaubsangebote für Weihnachten und Silvester

Schwimmen und Tennis in Badgastein oder auf Malta

R.W. Bonn

Einen Weihnachts- und Silvesterurlaub im Naturschutzpark Nordeifel bietet das Silence Hotel in Simonskall zu einem Preis ab 575 Mark. Das achttägige Arrangement schließt Menüs an den Festtagen, Wanderungen und eine Weinprobe ein (Auskunft: Silence Hotel Landhaus Kallbach, Simonskall/Eifel, 5165 Hürtgenwald)

*

Eine zünftige Silvesterparty verspricht die Jugendherberge Bad Marienberg, die unter dem Stichwort „Familienfreizeit zum Jahreswechsel 83/84" einen einwöchigen Erholungsurlaub im hohen Westerwald offeriert. Der Urlaub kostet für Kinder bis sechs Jahre 105 Mark, bis 15 Jahre 155 Mark und Kinder ab 15 Jahre sowie Erwachsene bezahlen 175 Mark (Auskunft: Jugendherberge Bad Marienberg, 5439 Bad Marienberg, Erlenweg 4).

*

Unter dem Motto „Silvester über den Dächern von Bonn" lädt das Novotel in Bonn zur Feier des Jahreswechsels ein. Das Arrangement, das unter anderem ein Menü und eine Travestieshow bietet, kostet 120 Mark. Damit auch Eltern in Ruhe feiern können, werden Kinder kostenlos im Haus betreut (Auskunft: Novotel Bonn-Hardtberg, Ecke Konrad-Adenauer-Damm/Pascalstraße, 5300 Bonn 1)

*

Für Singles, die am Heiligen Abend nicht gerne allein sein möchten, hält das Tennis-, Squash- und Kurhotel Sonngastein in Badgastein ein „Anti-Einsamkeits-Paket" mit Tennis, Squash, Ski und Langlauf, mit Sauna, Massage und mit einem stimmungsvollen Weihnachtsprogramm bereit. Die Weihnachts-Wochenendepauschale vom 23. bis 25. Dezember kostet 269 Mark (Auskunft: Tennishotel Sonngastein. A-5640 Badgastein).

*

Die Fachwerkstadt Fritzlar im Kurhessischen Bergland lädt zu einem viertägigen Aufenthalt über Weihnachten ein. Der Preis: 127 Mark für Übernachtung und Frühstück. Wer das Sechs-Tage-Programm zum Jahreswechsel bucht, zahlt 162,50 Mark (Auskunft: Verkehrsbüro, Rathaus, 3580 Fritzlar).

*

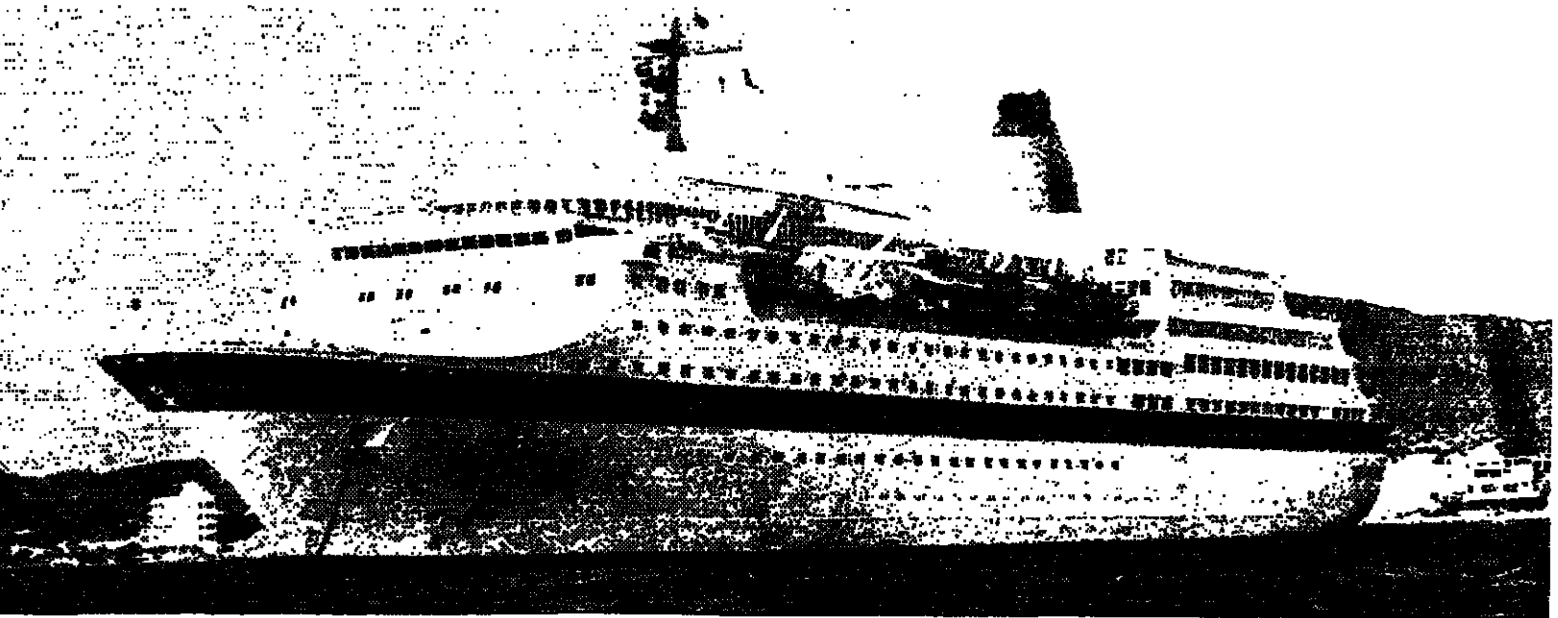
Der Reiseveranstalter Inter Ticket Reisen bietet dieses Jahr erstmalig über die Feiertage eine Reise nach Malta an. Die Charter-Reise dauert vom 23. Dezember bis 6. Januar. Zum Programm gehören unter anderem ein Weihnachts-Tennisturnier, festliche Diners und Bälle sowie eine Weihnachtsbescherung für Kinder. Die Reise kostet pro Person 2840 Mark inklusive Flug von/bis Stuttgart. Dieser Preis beinhaltet alle Veranstaltungen, Ausflüge sowie Galadiners mit Wein und Champagner. Für Kinder gibt es eine Ermäßigung von 30 Prozent (Auskunft: Interticket Reisen, Gerberstraße 18, 7100 Heilbronn).

*

Kur, Erholung und Besinnung bietet die Kurklinik Bad Rippoldsau für die Feiertage. Das Programm, das neben Festtagsmenüs an Weihnachten und Silvester auch Wanderungen, Mineralbäder, Wassergymnastik, Schwimmen, Saunen, Skilanglauf und ärztliche Untersuchungen einschließt, kostet für sieben Tage im Einzelzimmer ab 840 Mark. Für ein Einzelappartement im Privatsanatorium müssen 990 Mark gezahlt werden (Auskunft: Kurklinik Bad Rippoldsau, Postfach 60, 7624 Bad Rippoldsau-Schapbach).



Kinderfreuden – statt einer Schneeballschlacht eine Schlittenfahrt
FOTO: ALWIN TÖLLE



Die „Europa" – das deutsche Flaggschiff in der Ferienflotte
FOTO: DIE WELT

Airtours – Seetours / Mit Optimismus in die Saison '84

Frankfurt

Prognosen, wie das Reisejahr '84 wird, gab es in den vergangenen Wochen bei den Programmpräsentationen der Veranstalter reichlich, zumeist war die Hoffnung Basis der optimistischen Kalkulationen. Airtours, der Individualist unter den bedeutenden Unternehmen, belegt den Aufschwung-Trend dagegen nüchtern mit Prozentzahlen. Ein Buchungsplus von 5,5 Prozent für das Winterhalbjahr ergibt, nach Erfahrenswerten hochgerechnet, für 1984 einen Zugewinn von (zumindest) 2,5 Prozent.

Für das abgelaufene Reisejahr mußte Airtours, TUI-Tochter mit Sonderrechten (eigener Standort, selbständige Öffentlichkeitsarbeit, Transport ausschließlich mit Linie) trotz marktpolitisch richtiger Strategie einen Buchungsrückgang von 8400 Kunden (4,1 Prozent) hinnehmen. Bei beachtlichen Zugewinnen im Bereich hochwertiger Fernreisen und Städtereisen-Arrangements führt der Hauptgeschäftsführer Peter S. Rickmers das Minus unter dem Strich auf „pflegebedürftige Ziele" in Spanien, Portugal, Jugoslawien und Marokko zurück.

In der Urlaubskonzeption ist bei Airtours vieles anders als in der übrigen Riege. So riskiert es der Individual-Veranstalter, auch in schwierigen Zeiten, ständig neue Ziele anzusteuern (Feuerland, Grönland). Erst wenn genügend Interessenten begeistert wurden, folgten hingegen die Charterveranstalter.

Obwohl das Unternehmen im „vielzitierten Durchschnitt" eine Verteuerung der Reisepreise um 1,8 Prozent aufweist, gibt es für viele Zielgebiete – vor allem Spanien, Zypern und Städtereisen – Preisreduzierungen bis zu 8,7 Prozent. Mit dieser Tatsache und der ehrlichen Prospekt-Schilderung der Urlaubsziele sollen Buchungssteigerungen erreicht werden. Die Airtoursssprecher: „Wir machen aus marokkanischen Ziegen keine Edelantilopen . . ."

Auch Seetours, der Veranstalter mit dem größten Spezial-Seereiseangebot auf dem deutschen Markt, will durch besonders sorgfältige Reiseinformationen neue Kunden ansprechen. So informiert der neue Katalog erstmals exakt, wieviel Trinkgeld auf welchem Schiff gegeben werden muß. Hoffnung setzt das Unternehmen auf die Traumschiff-Reaktionen im neuen Jahr.

Mit der abgelaufenen Saison war der Veranstalter nicht ganz zufrieden. „Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt", formulierte der Geschäftsführende Gesellschafter Alf P. Pollak. Bei den Kreuzfahrten habe sich mit wenigen Ausnahmen eine fühlbare Abschwächung in der Mittelklasse eingestellt. Dagegen konnten sich die Topangebote auf den Schiffen der Royal Viking Line, der Royal Caribbean Cruise Line, der Holland Amerika Linie, auf den Schiffen „Constitution", „Independence" der American Hawaii Cruises, „Princess Mashuri" der Blue Funnel Cruises gut behaupten, teilweise sogar Zuwächse verbuchen. Insgesamt kam Seetours 1983 auf 90 000 Passagiere.

Mit einer Ferienflotte von 67 Schiffen, vom Windjammer „Godewind" bis zum deutschen Flaggschiff „Europa" und 1350 Abreiseterminen bietet Seetours international für die Saison '84 mehr Seetouristik als jemals zuvor. Die Möglichkeiten reichen von einer Sieben-Tage-Kreuzfahrt mit der MS „Istra" im Mittelmeer ab 995 Mark bis zur 90tägigen Weltreise auf der „Sea Princess" ab 29 900 Mark. Zwei besondere Attraktionen sind die Jungfernreisen der neuen Donauprinzessin (Passau – Budapest) und die „Noordam" (Azoren – Mexiko – Florida).

HEINZ HORRMANN

Einbußen beim Auslandsgeschäft

tdt, Frankfurt

Die Prognosen haben sich bestätigt: Deutschlands Urlauber drehen ihre Feriengroschen zweimal um, bevor sie auf die Reise gehen. Vor allem der Auslandstourismus hat in diesem Jahr Federn lassen müssen. Nachdem die Passivsalden der Reiseverkehrsbilanz in den vergangenen dreizehn Jahren ständig zugenommen haben, gingen sie in diesem Jahr erstmals zurück. Nach Angaben der deutschen Bundesbank in Frankfurt reduzierte sich die Negativ-Bilanz nach den ersten acht Monaten gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um eine Milliarde Mark. Ein gewaltiges Defizit bleibt dennoch: Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um mehr als 25 Milliarden Mark. Obwohl die Auslandsausgaben stagnieren, liegen die Deutschen mit jährlich 16,2 Milliarden Dollar immer noch weit vor Amerikanern (12,3 Milliarden) und Briten (6,4 Milliarden).

Kanada: Abenteurer und Badegäste erwünscht

twk, Düsseldorf

Der kanadische Tourismus-Verband TIAC hat vor wenigen Tagen bei der Präsentation seines Programms in Düsseldorf das Jahr 1984 zum „Jahr des Tourismus in Kanada" erklärt, da in den kommenden zwölf Monaten eine Anzahl bedeutender Jubiläen mit großem Anfwand gefeiert werden: Vor 450 Jahren entdeckte der Franzose Jacques Cartier aus St. Malo das Land, Grund genug für eine Transatlantik-Regatta nach Frankreich am 19. August. In umgekehrter Richtung starten bereits am 15. April Segler in St. Malo, um pünktlich zu einer Windjammerparade Ende Juni in Quebec zu sein. Außerdem feiert Toronto seinen 150. Geburtstag mit Festlichkeiten und Konzerten.

Für die Förderung des deutschen Kanada-Tourismus will der Fremdenverkehrsverband nach den Worten seines Direktors Otto Thiessen deshalb 500 000 Mark zusätzlich für eine großangelegte Werbekampagne bereitstellen. Sie soll das bisher gepflegte Image Kanadas als Land für einsame Abenteurer ergänzen.

Die Zahl der deutschen Kanada-Touristen sei zwar mit 140 Prozent von 80 000 im Jahre 1972 auf 220 000 im Jahre 1982 überdurchschnittlich gestiegen, die Entwicklungschancen des für Kanada potentiell größten westeuropäischen Touristenmarktes jedoch noch nicht ausgeschöpft, erklärte Thiessen. Nach der Erhebung eines Düsseldorfer Instituts hätten nur 21 Prozent der deutschen Kanada-Urlauber als Motiv für ihre Reise „Natureinsamkeit" angegeben. Das Ziel einer Verdoppelung der deutschen Kanada-Reisen innerhalb der kommenden fünf Jahre sei, spreche man die Sightseeing-Touristen oder die Komforturlaub-Touristen an, daher ein realistischer Ansatz.

Programm für Autoreisezüge

RW. Bonn

Die Deutsche Bundesbahn hat jetzt ihr Autoreisezug-Programm für die kalte Jahreszeit vorgelegt. Danach werden die bereits im vergangenen Winter gültigen Grundpreise außerhalb der Spitzentage unverändert bleiben. So kostet etwa eine Nachtfahrt von Hamburg nach München in der zweiten Klasse für zwei Erwachsene mit Auto ab 442 Mark. An Tagen mit Spitzenverkehr erhöhen sich die Kosten um zehn Mark. Einen Saisonzuschlag in Höhe von 22 Mark verlangt die Bahn auch auf der Strecke von Neu-Isenburg nahe Frankfurt nach Salzburg, die hin und zurück bei einer Tagesfahrt für zwei Erwachsene mit Auto 554 Mark kostet. Ganz neu ist das Sonderangebot für Motorradfahrer, die – beispielsweise im innerdeutschen Verkehr – 220 Mark für eine einfache Fahrt bezahlen müssen. (Auskunft an allen Schaltern der Deutschen Bundesbahn).

BÜCHER

In Brasilien prallen die Gegensätze von Steinzeit und Moderne, jungfräulicher Natur und Industrielandschaft, „erster" und „dritter" Welt aufeinander. Diese Vielfalt des größten Staates in Lateinamerika versucht der Bildband **„Brasilien"**, herausgegeben vom Reich-Verlag (6000 Luzern, Postfach; Preis: 39,80 Mark), durch farbenprächtige Fotos der Landschaften, Menschen und Tiere einzufangen. Das Buch, das auf den ersten Seiten einen kurzen Überblick über die kulturelle und geschichtliche Entwicklung des Landes gibt, zeichnet in fünf Kapiteln die Großregionen Brasiliens nach. Mögen auch die Texte als Einleitung zu den einzelnen Landesteilen für Bücherwürmer zu kurz geraten sein, so entschädigen doch die Fotos, die dem Brasilien-Unkundigen einen ersten Eindruck des Landes vermitteln. In ihrer Auswahl und Plazierung porträtieren sie den aufstrebenden Industriestaat und seine sozialen Randerscheinungen ebenso wie die unberührte Wildnis des Nordostens. Ein Anhang am Schluß des Werkes gibt in wenigen Stichworten einen Überblick über die historische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dürftig und ungeordnet ist allerdings die Tabelle der touristischen Sehenswürdigkeiten. Mit mehr Informationen angereichert und strikter nach sportlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten getrennt, wäre sie für Brasilien-Besucher von größerem Nutzen gewesen.

Im selben Verlag ist der Bildband **„Mexiko"** (Preis: 49,80 Mark) erschienen. Eine Einführung, die mit Fotos über die Kultur und die Landschaft aufgefrischt wurde, soll den Lesern einen ersten Eindruck vermitteln und zum richtigen Verständnis des lateinamerikanischen Staates beitragen. Ausführliche Kapitel über die einzelnen Regionen mit für einen Bildband ungewöhnlich langen Texten runden das Mexiko-Bild ab.

Als Wegbegleiter auf einer Fahrt von den eisüberzogenen Bergen der Alpen bis zu den Weiten im holländischen Mündungsbereich hat der Verlag Berg (Vogelweideplatz 10, 8000 München 80) den Bildband **„Der Rhein für Genießer"** herausgegeben (Preis: 48,80 Mark). Eingeleitet von einem Vorwort über den „Edelsten aller Ströme", zeichnet der Band in farbenfrohen Fotos die Kulturlandschaften Europas nach, die am Ufer des Flusses liegen. Jedes Kapitel umfaßt eine kurze Darstellung der regionalen Besonderheiten, seien sie nun historischer, geographischer oder kulinarischer Natur. Obwohl so manche Sehenswürdigkeit der Auswahl der Autoren zum Opfer fiel, gewinnt der Leser und Betrachter aus den Mosaiken ein Bild des mitteleuropäischen Flusses. Als Wegbegleiter kann der gewichtige Band jedoch kaum benutzt werden, es sei denn, er bliebe bei Abstechern zu den aufgeführten Zielen im Auto zurück.

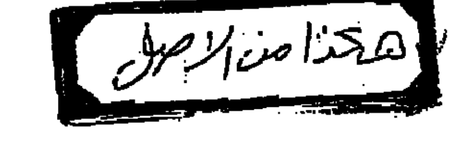
Weitere Ferienhaus-Anzeigen finden Sie auf der Seite VI

Ärztlich geleitete Sanatorien und Kliniken

In den „Grundsätzen für eine zeitgemäße Behandlung in den Heilbädern und Kurorten", welche der Deutsche Bäderverband als Dachorganisation von Bäderwissenschaft und Bäderwirtschaft 1969 verkündete, wird, wie sich inzwischen durch die Praxis herausgestellt hat, mehr vermittelt als nur Umorientierung von Kurorten und Kurmethoden aus vielzitierten „Opas" Bade-Usancen zu neuen Kurformen nach jungen ärztlichen Erfahrungen und den Ergebnissen moderner wissenschaftlicher Forschung. Daß Gesundheit „ein Gleichgewichtszustand zwischen körperlichem und seelischem Leistungsvermögen und den Umweltforderungen" ist und daß daher diesem Gesundheitsbegriff ein Begriff von Kranksein entspricht, das sowohl in körperlichen wie in seelischen Vorgängen eine Ursache hat, sind fundamentale Ausgangspunkte und Gründe für die Neubestimmung des Kurgeschehens überhaupt. Die Vorbeugungskur – als Vorsorge und Verhütung drohender Erkrankungen – hat inzwischen gleichen Stellenwert wie das Heilverfahren – als Auskurierung überstandener oder Weiterbehandlung andauernder Erkrankungen –, und die allgemeine Regenerationskur – bei Verschleiß- und Erschöpfungszuständen ohne ein typisch einseitiges Krankheitsbild – rangiert mit Prävention und Rehabilitation auf gleicher Höhe. Die Forderung an den Patienten zur aktiven Mitarbeit zum Gesundheitsbewußtsein, zum entsprechenden Alltagsverhalten in der Kurzeit als Basis für den optimalen Langzeiterfolg nach der Kur sind bereits alltäglich und gewohnt.

Sind sie aber auch praktikabel? Strikt und willig zu tun, was der Doktor aufgibt, ist ein Problem – den gewohnten Alltag mit seinen Sorgen, aber auch lieben Gewohnheiten abzustreifen, ist nicht selten ein anderes, ebenso schwerwiegendes Problem. Bei Übersicht aller heute gebotenen Möglichkeiten bieten die Sanatorien für die ganze Skala solcher und anderer wichtiger Forderungen die besten Voraussetzungen. Denn gerade in diesen so persönlich-menschlichen Beziehungen zu einer als notwendig erkannten „Behandlung" können Sanatorien und Kurkliniken Brücke und Lösung sein. Auch sie haben sich in Begriff und Inhalt mit der Neuorientierung der Grundsätze weitgehend gewandelt. Sie sind keine „Krankenanstalten" mehr und schon gar keine „strengen" Häuser. Ganz im Gegenteil. Auch in den Sanatorien wird die Kur grundsätzlich heiter, wenn auch in einer gezielten Ordnung betrieben, die in einer ambulanten Kur oft deswegen nicht so intensiv möglich ist, weil ganz bestimmte Voraussetzungen fehlen.

- Im Sanatorium schaltet der Patient leichter und vollkommener vom bedrängenden Alltag ab, er geht in eine „abgeschirmte Welt", in der ihm vieles ferngehalten werden kann, was ihn „draußen" belastet, und kann dennoch zumeist unter einem Dach finden, was er an Geselligkeit sucht: die Schwimmhalle, die tägliche Gymnastik, eventuell die Therapie in der Gruppe, Gesellschaftsräume, immer die Atmosphäre eines gepflegten Interieurs.
- Die Voraussetzungen für die notwendige Einstimmung auf eine Kur – oder die aus einer Überstrapazierung erforderliche Entspannung oder Auspendelung – sind oft besser – das Einzelzimmer mit Komfort, das Appartement mit noch mehr Wohnlichkeit, das jedem Patienten den persönlichen Bereich absichert.
- Arzt und Schwester, die bei der ambulanten Kur nur zur eigentlichen Behandlung zur Verfügung stehen können, begleiten den Patienten Tag und Nacht mit ihrer allgegenwärtigen „Unauffälligkeit", man ist nie allein, man kann sie rufen, wann immer man sie braucht. Diese ständige ärztliche Leitung und Betreuung im Hause ist ein Kriterium der Sanatorien.
- Moderne Sanatorien und Kurkliniken sind Klinik, Sanatorium und Hotel, nicht selten Luxushotels, in einem. Sie sind in besonderer Weise geeignet, neue Lebensweise – die eben auch nach der Kur helfend weiterwirken soll – nicht nur kennenzulernen, sondern auch, nach erfolgreichem Vollzug der psychosomatischen Umstellung, also der neugewonnenen Einstellung von Körper und Geist zum Alltag, selbstverständlich und dauerhaft zu praktizieren.
- Die Auswahl ist groß, die Sanatorien und Kurkliniken haben ihre Spezies und daher ihren besonderen Ruf. Sie versammeln nahezu die ganze Fülle der heute bekannten therapeutischen Möglichkeiten und ihrer besonderen Methoden. Alle klassischen Indikationsgruppen – von Herz-, Kreislauf- und Gefäßerkrankungen bis zu den Entziehungskuren – sind vertreten. KHM



SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

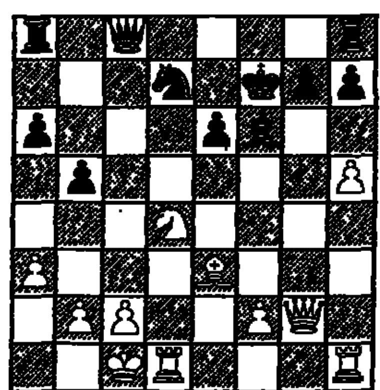
Den beiden „Veteranen" Smyslow (62 Jahre) und Kortschnoi (52 Jahre) gab man fürs Halbfinale des Kandidaten-Wettbewerbes so gut wie keine Chancen: Allgemein wurde das Finale Kasparow – Ribli getippt. Beide Wettkämpfe verliefen jedoch in der ersten Hälfte völlig anders: Kortschnoi sowie Smyslow kamen in Führung.

Die erste Partie der Begegnung Smyslow – Ribli enthält ein äußerst interessantes Endspiel mit theoretischer Bedeutung: Daß eine aktivere Partei das Endspiel mit 3:3 Bauern an einem Flügel gewinnen kann, ist eine echte Rarität!

Damenindisch. Smyslow – Ribli
1.d4 Sf6 2.Sf3 e6 3.c4 b6 4.e3 (Heutzutage wenig üblich – früher pflegte ich auch oft so zu spielen, fand jedoch wesentliche Verstärkungen für Schwarz.) **Lb7 5.Ld3 d5 6.b3 Le7 7.0-0 0-0 8.Lb2 c5 9.De2 cd4: 10.ed4: Sc6 11.Sbd2 Tc8 12.Tac1 Te8 13.Tfd1 Lf8 14.h3 g6 15.De3** (In der Partie Holm – Pachman, Hamburg 1980, kam es zur analogen Stellung, in der jedoch die weißen Türme auf d1 und e1 standen. Es gelang mir nun, mit dc 16.bc b5! 17.cb Sb4 18.Se4! Sfd5! die Initiative zu übernehmen – Weiß schaffte in taktischen Verwicklungen knapp ein Unentschieden. Smyslow kannte offenbar diese Partie und verbesserte den weißen Aufbau. Vielleicht bot jedoch dasselbe positionelle Bauernopfer auch nun ein zum Ausgleich ausreichendes Gegenspiel!) **Lg7!?** (Falls es Ribli nicht wünschte, auf Komplikationen zu spielen, kam Sd7 in Betracht.) **16.Se5! dc4: 17.bc4: Se7** (Jetzt wäre Se5: wegen 18.de Sd7 19.Le4! Dc7 20.Lb7: Db7: 21.Se4 schlecht.) **18.Sdf3 Sf5** (Es drohte 19.Sf7:! Kf7: 20.Sg5+ usw.) **19.Lf5: ef5: 20.Da3 Lh6 21.Ta1 a5?** (Damit kommt Schwarz endgültig in Nachteil, der mit Lf3:! immer noch zu vermeiden war!) **22.d5 Se4 23.d6 Lf8 24.Db3!** (Das hat wohl Ribli übersehen – Sd6: 25.Sf7:! Kf7: 26.c5+ usw.) **a4! 25.Da4: Ld6: 26.Dd7! Dc7 27.Dc7: Tc7: 28.Ld4 Sc5 29.Tab1 f6 30.Lc5: Lc5: 31.Sd7! Te2 32.Sd4 Ta2: 33.Sc5: bc5: 34.Se6 Te7 35.Tb6!** (Drohend 36.Td8+) **Ta8 36.Sc5: Le4 37.Tf6: Tc7 38.Se6!** (Jedoch nicht 38.Se4: de 39.Td4 Tac8 remis.) **Tc4: 39.Td7 Te6 40.f3 Lc2** (Hier wurde die Partie abgebrochen und man gab Ribli gute Remischancen, aber Smyslow findet einen ausgezeichneten Plan:) **41.h4! Tac8 42.h5! f4** (Nicht gh? 43.f4! nebst Tg7+ und Th6!) **43.h6 Lf5 44.Tg7+ Kh8 45.Tff7! g5** (Sonst folgt matt in drei Zügen – Th7:+ usw.) **46.Sd4 Tc1+ 47.Kh2 Lg6 48.Tf6 T1c5 49.Td7 Tg8 50.Te7 Ta5 51.Sc6 Ta6 52.Tee6! Lh5 53.Se5 Ta7** (Nach Te6: 54.Te6: Te8 gewinnt Weiß mit 55.Tf6 Tg8 56.Kh3 nebst 57.Sf7+ Lf7: 58.Tf7: und 59.Kg4.) **54.Tf5 Tc7 55.Tb6 Ta7 56.Td6 Te7 57.Tdf6!** (Drohend 58.Tf8!) **Tee8 58.Se4 g4** (Sonst 59.Sd6) **59.Se5!** (59.Th5:? g3+ nebst Te1) **gf3: 60.Th5: Tg2:+ 61.Kh3 Tg3+ 62.Kh4 f2 63.Tf4: Tg1! 64.Thf5!** (Die letzte Pointe: f1D 65.Tf1: Tf1: 66.Tf1: Te5: 67.Tf8 matt!) **Th1+ 65.Kg3 aufgegeben** (Th6: 66.Sf7+) So ein Endspiel ist genauso spannend wie ein Mattangriff!

Auflösung vom 9. Dezember
(Kf5, Tf2, g6, Bf5, g4: Kh4, Tb4, h3): 1…Tf3+! 2.Tf3: Tf5+ und Dauerschach oder patt, z. B. 3.Ke4 Te5+ 4.Kd4 Te4+ 5.Kd3 Te3+ u. ä.

Sax-Feder (EM-Plowdiw 1983)



Weiß am Zug gewann
(Kc1, Dg2, Td1, h1, Le3, Sd4, Ba3, b2, c2, f2, h5; Kf7, Dc8, Ta8, h8, Lf6, Sd7, Ba6, b5, e6, g7, h7)

DENKSPIELE

Runde 99

In diese neun Kreise sollen zweistellige Zahlen so eingetragen werden, daß als Summe auf den Diagonalen immer „99" erhalten wird. Aber: In jeder der Zahlen muß die Ziffer „1" vorkommen!

Mit Trick

Sechs Münzen bilden hier ein Dreieck und gleichzeitig drei Dreierreihen. Die Aufgabe erscheint auf den ersten Blick kaum lösbar: Durch das Umlegen nur einer Münze soll erreicht werden, daß es fünf gerade Reihen gibt, auf denen jeweils drei Münzen liegen!

Gefaltetes

Eine Karte, die aus acht Quadraten besteht, kann auf 40 verschiedene Arten zusammengelegt werden: (Welcher Autofahrer ist dadurch noch nicht in Verzweiflung geraten?)

7	8	3	2
6	5	4	1

Wie muß diese „Karte" zusammengefaltet werden, damit die acht Quadrate in der angegebenen Reihenfolge aufeinanderfolgen?

Höhenmessung

Große Unterwasserberge kann man von Satelliten aus vermessen, indem diese die genaue Höhe des Meeresspiegels dort vermessen. Die vom Berg ausgehende Schwerkraft verändert nämlich dessen Höhe: Ist der Meeresspiegel dort höher oder tiefer als in der Umgebung?

Versrätsel

Dreiviertel Land, in einen Pelz gesetzt, zum Tuche wird's, in Grau sehr hoch geschätzt.

Tortenstücke

Eine Torte soll durch sechs senkrecht hindurchgeführte Schnitte zerteilt werden. Wie viele allerdings sehr unterschiedlich große Stücke können Sie im Höchstfall erhalten?

Auflösung vom 9. Dezember

Lösung gesucht
Man findet durchaus Lösungen, z. B. 4+5 = 9; 8–1 = 7; 2x3 = 6.

Scharade
Apfel + Schale = Apfelschale

Unterkühlt
Damit eine Kristallisation – und nichts anderes ist das Frieren von Wasser ja – in Gang kommt, muß es Ansatzpunkte dafür geben, z. B. bereits vorhandene Kristalle oder Verunreinigungen. Andernfalls bildet sich eine „unterkühlte Schmelze". Bereits das Hineinwerfen einer Nadel kann das stark unterkühlte Wasser schlagartig zum Frieren veranlassen.

Kaninchentornado
Über dem Wüstenboden bildet sich manchmal eine Schicht überhitzter Luft, die von der darüber lagernden kühleren am Boden gehalten wird. Hoppelt ein Kaninchen hier hindurch, dann stören die Pfoten das labile Gleichgewicht. Die heiße Luft steigt auf, nimmt Staub mit und bildet einen Wirbel. Durch von den Seiten nachströmende Heißluft kann dieser noch eine zeitlang „am Leben" erhalten werden!

Nicht unlösbar
Zum Codieren der Nachricht wurde das Alphabet zweimal durchnumeriert: von vorne mit arabischen Ziffern und vom Ende mit römischen Zahlen (z. B.: A=1=XXXVI; P=14=XI). Entsprechend eingesetzt wird aus 11XXII9XIII3XII4XXII9VIII-20VI14XV15XXII19XXV1IX: Kein Code ist unlösbar!

Seiltrick
Dreht sich die Schlinge eines Lassos erst einmal mit genügend Schwung um einen imaginären Mittelpunkt, dann stabilisiert die Fliehkraft das Seil wie Speichen einen Reifen. Diese Drehbewegung bleibt auch beim Wurf erhalten und hält die Schlinge offen!

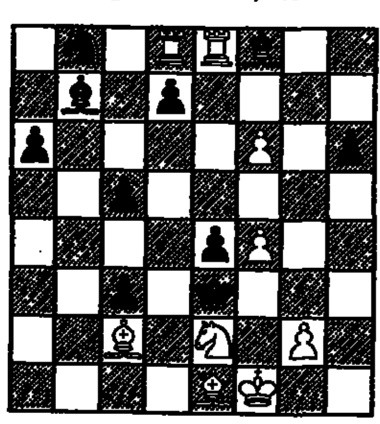
Homonym
„aufgehen"

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann,
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

Das große Kreuzworträtsel

SCHACH

Aufgabe Nr. 1309 (Urdruck)
Joseph Th. Breuer, Essen



Matt in 3 Zügen

Lösungen

Nr. 1307 von Joachim Herth (Kf2 Dc7 Td6 La1 Bb5, g3, Ke4, Lg8 Bc6 h7 – Zweizüger). 1.Td5! (droht 2.De5 matt) K(L,B):d5 2.D:c6(D:h7, De2) matt. Drei saubere Mattbilder.

Nr. 1308 von C. R. Sammelius (Kb3 Ld2, Kf6 Db1 Tf1 Bb2 d3 g7 – Hilfsmatt in 6 Zügen). 1.Da2+ Kc3 2.Df7 K:d3 3.b1L+ Ke3 4.Te1+ Kf4 5.Te6 Le1 6.Lg6 Lh4 matt. Das Thema lautete: Dreimalige Hinterstellung dreier schwarzer Figuren mit dreimaliger Linienöffnung durch denselben weißen Stein. Der Preisgewinner ist unter 122 Bewerbern der einzige, dem die Darstellung mit nur acht Steinen gelungen ist. H. K.

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Saisonschlußverkauf 3. REIHE Ul – Pesaro – Uebel 4. REIHE Tibeter – Athen 5. REIHE Bozen – Trauma – Bem. 6. REIHE Leguan – Gemini 7. REIHE Amaler – Laden 8. REIHE Asin – Leoben – Hege 9. REIHE Bali – Benares 10. REIHE Stier – bevor – V.T. 11. REIHE Fee – Fuenen – Elger 12. REIHE Geburt – Vendetta 13. REIHE Label – Ostia – im 14. REIHE Reisepass – Lea 15. REIHE Store – intern 16. REIHE Etat – Seereise 17. REIHE Besteller – Saga 18. REIHE Aegina – saftlos 19. REIHE St. – Leeseite 20. REIHE sentimental – Ellipse 21. REIHE Essen – Kea – Legionaer

SENKRECHT: 2. SPALTE Autogas – Sesamstrasse 3. SPALTE Milz – Mitte – Tagetes 4. SPALTE Besan – Gebot – NS 5. SPALTE Doyen – Betel – Bitte 6. SPALTE Lehar – Regentin 7. SPALTE Speyer – Fuge – Isa 8. SPALTE Cer – Liturgie – Lek 9. SPALTE H.S. – Tube – Set – Selene 10. SPALTE Labrador – Oesel – Eta 11. SPALTE Urban – Beispiel – s.o. 12. SPALTE Uso – Lesen – Rebell 13. SPALTE Amman – Visier 14. SPALTE Evita – Boreas – Steg 15. SPALTE Geher – Israeli 16. SPALTE Ruegen – Edirne – Io 17. SPALTE Ken – Harlem – Stein 18. SPALTE Biber – legal – p.A. 19. SPALTE Sueden – Gevatter – Gosse 20. SPALTE Fl – Minestra – Anlasser = RIESELFELDER.



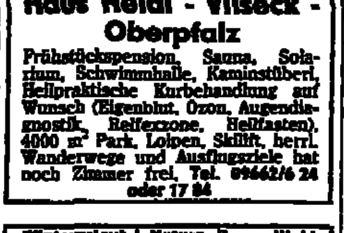




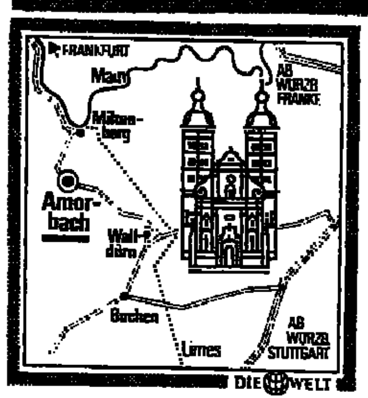
Achtung, vorgezogener Anzeigenschluß!
Wegen der Weihnachtsfeiertage wird der Anzeigenschluß für den Reiseteil vom 30. 12. 83/1. 1. 84 auf Freitag, den 23. 12. 1983, 14 Uhr, vorgezogen. Bitte beachten Sie diesen Termin bei Ihrer Planung.



Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen



AUSFLUGS-TIP



Anreise: Autobahn Frankfurt–Würzburg, Abfahrt Marktheidenfeld, Weiterfahrt in Richtung Miltenberg, von hier über die Bundesstraße 469 bis Amorbach.
Unterkunft: Gute Küche und Behaglichkeit im Hotel Post. Private Zimmer in einer Wassermühle, die noch in Betrieb ist. Übernachtung mit Frühstück zehn bis 45 Mark.
Abtei: Führungen bei Gruppen ab acht Personen.
Auskunft: Verkehrsamt Amorbach, 8760 Amorbach.

Historisches Amorbach

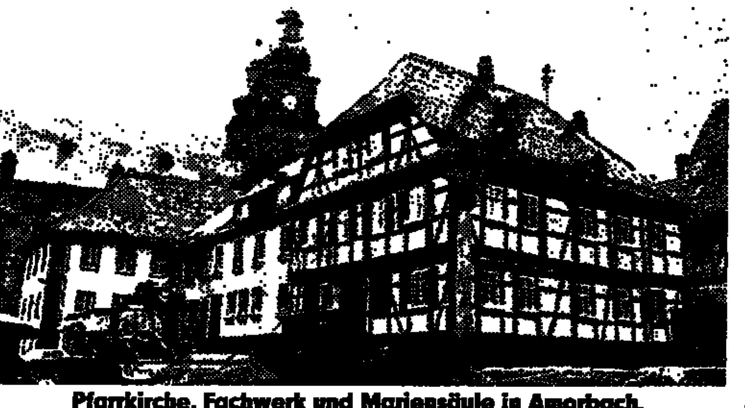
Die Leute von Amorbach kennen ihn schon: Prinz Philipp von England kommt häufig in den kleinen Ort, um im Odenwald zu jagen. Er ist mit dem Fürstenhaus zu Leiningen verwandt, das in Amorbach residiert. Der Fürst wohnt heute im ehemaligen Amtshaus der Kurmainzischen Verwaltung, just gegenüber der Stadt- und Pfarrkirche und umgeben von einem Kranz schwarz-weißer Fachwerkhäuser.

Den Ruhm des Städtchens allerdings begründeten die Benediktinermönche der Abtei. Sie griffen nach dem 30jährigen Krieg tief in die Tasche und ließen ihr Gotteshaus so festlich im Glanz des Barock und Rokoko herausputzen, daß jeder Besucher vor Staunen verstummt. Leichtigkeit erfüllt den Raum mit seinen goldenen Altären und zarten Stuck-, Schmiede- und Schnitzarbeiten.

Im touristischen Rampenlicht steht Amorbach allerdings schon seit mehr als 1000 Jahren, denn so lange schon kommen die Pilger zur Quelle von Amorsbrunn, um dort um Segen für ihre Ehen zu bitten. Der heilige Amor, Schüler des irischen Mönches Pirmin, soll die Heilkraft erwirkt haben, die angeblich selbst der österreichischen Kaiserin Maria Theresia nach jahrelanger kinderloser Ehe half. Heute ist derartiger Segen weniger populär. Die Leute spazieren zwar gerne zu der kleinen gotischen Kapelle über der Quelle, kehren aber wie magisch angezogen zur prächtigen Abtei zurück.

Von kunstgeschichtlichem Interesse sind aber auch das Rathaus und die ehemalige Amtskellerei aus dem 15. Jahrhundert, die Stadt- und Pfarrkirche, der klassizistische Grüne Saal, die Bibliothek im einstigen Konventhaus und schließlich das älteste Ständehaus Deutschlands aus dem frühen 13. Jahrhundert.

DOROTHEA HINRICHSEN



Pfarrkirche, Fachwerk und Mariensäule in Amorbach.
FOTO: DOROTHEA HINRICHSEN

Verwirrspiel mit Sternen

Sterne, Mützen, Kochlöffel, Symbole höchsten Lobes für Küchenkunst, sind wieder sortiert, die gastronomische Landkarte unseres Landes mit aktuellen Hinweisen neu gesprenkelt. Die Restaurantführer 84 liegen vor. Wie jedes Jahr erscheinen sie rechtzeitig zum Weihnachtskauf und – auch das hat sich nicht geändert – in der Beurteilung sind sie sich uneins wie eh und je. Zwei Beispiele von vielen: Das Restaurant Haerlin im Hotel Vierjahreszeiten in Hamburg wird von Michelin wieder mit dem Stern geschmückt. In der Empfehlung folgt ein besonderer Hinweis auf das Dessert. Gault/Millau, der einst freche, heute aber recht zahm gewordene Gourmetführer, gibt derselben Küche nur 11,5 von 20 möglichen Punkten und kritisiert das „abgestandene Dessert". Dagegen feiert Gault/Millau Franz Keller jr. mit zwei Kochmützen und der glänzenden Bewertung eine der drei besten Kölner Küchen zu haben. Michelin, der demselben Koch im „Schwarzen Adler" zwei Sterne gab und ihn nach dem Kölner Start ebenfalls auszeichnete, nahm ihm das Prädikat weg.

Wer amüsante Unterhaltung sucht, findet sie sicherlich in den Restaurantführern. Zweifelsfrei auch gute Informationen, Anregungen und Hinweise bei Besuchen in fremden Städten.

Wer aber mehr erwartet, steht oft ratlos da. Denn wie soll sich der Leser erklären, daß „Deutschlands teuerstes Restaurant" – „Der Goldene Pflug" in Köln – mit gleicher Küchenriege als Drei-Sterne-Lokal (Michelin) von Gault/Millau im vergangenen Jahr verrissen wurde und es im Jahrbuch '84 plötzlich wieder auf zwei Mützen bringt?

Verlassen Sie sich also nur auf Ihren eigenen Geschmack und Ihre persönliche Wertung.

HEINZ HORRMANN

Vor 80 Jahren war das kleine schweizerische Bergdorf Leysin, hoch über dem Rhônetal und kaum 30 Kilometer vom Genfersee entfernt Kurort für Tuberkulosekranke. Heute ist die einstige Stätte von Krankheit und Leiden ein Zentrum von Gesundheit und Lebensfreude. An die Stelle von Sanatorien sind Hotels getreten in einer Bergwelt die dank ihres landschaftlichen Reizes und ihrer Sportmöglichkeiten selbst Urlauber aus Übersee zum Skifahren und Wandern lockt.



Von den Höhen über Leysin schweift der Blick zu den Walliser Alpen mit den Dents du Midi. FOTO: D. TRUMPLER

Wedeln nahe den Dents du Midi

Leysin

Zu Beginn unseres Jahrhunderts empfing das höchstgelegene Dorf der Waadtländer Alpen die gekrönten Häupter der Welt. Das gesunde Klima, die Abgeschiedenheit und die mit 1900 Sonnenstunden im Jahr doppelt so lange Sonnenscheindauer wie etwa in London lockten sie an. Hinzu kam das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung, in der ein Engländer nachwies, daß die Lebensdauer der Bergbewohner mit 61 Jahren weit über dem Durchschnitt lag. Die Lebenszeit war um ein gutes Dutzend Jahre länger als jene, welche die Majestäten in ihren Heimatländern zu erwarten hatten...

Im Winter 1903 war es dann auch mit der Weltabgeschiedenheit Leysins vorbei. Ausgerechnet ein Arzt sorgte dafür: Auguste Rollier entdeckte die Sonne als Heilmittel für Tuberkulose und Knochenkrankheiten. Die Welt horchte auf, und bald strömten von überall die Kranken herbei, um beim Sonnendoktor zu kuren und in der Sonne zu liegen. In wenigen Jahren entstanden 37 Sanatorien mit riesigen Sonnenterrassen und überbreiten Balkontüren, um die Kranken in ihren Betten in die Sonne und an die frische Luft rollen zu können.

In einem Chalet gegenüber der Dorfkirche wurde das erste Sanatorium eingerichtet. Es steht heute noch und ist nach wie vor ein Zentrum der Humanität: Anne-Marie Rollier, die Tochter des Sonnendoktors, bemüht sich darin um körperlich und geistig behinderte Menschen; unter anderem bringt sie Blinden das Skifahren bei.

Denn längst locken ins fast 1300 Meter hoch und eine halbe Autostunde von Montreux entfernt gelegene Leysin nicht mehr Rolliers Therapien, sondern Wandern und Bergsteigen im Sommer und Skifahren und Eislaufen im Winter. Leysin, einst Stätte der Krankheit und des Leidens, ist ein Zentrum von Gesundheit und Lebensfreude geworden.

Die Wandlung kam nicht über Nacht. Nur die Notwendigkeit dazu: Die Entdeckung der Antibiotika markierte den Wendepunkt in der Dorfgeschichte, die bis in die Römerzeit zurückreicht. Mit dem Schwund der Kurgäste drohte der wirtschaftliche Ruin. Doch Tatkraft und Fleiß der Bewohner bewahrten das Dorf auf der Bergterrasse hoch über dem Rhônetal und im Angesicht der nahen dreitausend Meter hohen Dents du Midi sowie des fernen Mont Blanc vor dem Niedergang. Schließlich besaßen sie in Bergen, Luft, Sonne und Stille ein Kapital, das es nur zu nützen galt.

Die geschlossenen Sanatorien wurden nach dem Umbau in Hotels und Pensionen wieder geöffnet. Der Club Mediterranée siedelte sich an, Gondelbahnen und Skilifte beförderten bald Tausende von Gästen in die Höhen. Amerika entdeckte Leysin, gründete Schulen sowie eine Universität und schickte seine Töchter und Söhne an den Fuß von Tour d'Ai (2331 Meter) und Tour Mayen (2326 Meter). Überall schossen Ferienhäuser aus dem Boden, und schließlich fand Touropa Gefallen an der aufstrebenden Sportstation.

Der deutsche Super-Reiseveranstalter gab viele Anstöße und half der Entwicklung Leysins mächtig voran. Die gut durchdachte Aufbaustrategie wurde Schritt für Schritt ins Werk gesetzt. Jugend- und Sozialtourismus spielten dabei zunächst tragende Rollen.

Heute präsentiert sich Leysin mit 450 000 Übernachtungen in Hotels und Kurhäusern, einem gewerkschaftseigenen Feriendorf, 90 Kilometern Skipisten, mehr als einem Dutzend Kabinen- und Sesselbahnen, Skiliften, Langlaufloipen, mehreren Höhenrestaurants, Winterspazierwegen, Tennishallen, Schwimmbädern, einer Deltasegel-Schule sowie einem grandiosen Sportzentrum als fünftgrößter Zweisaison-Kurort der Schweiz. Kurdirektor Claude Petitpierre kann denn auch bei Promotionreisen viele Trümpfe ausspielen. Man kennt diese in Frankreich, England und den USA schon gut, nur in der Bundesrepublik ist Leysin noch wenig bekannt.

Besonders stolz ist man in Leysin auf Skischulen, Bobsport und Gastronomie. Star der Ski-Szene, und zwar im Sommer wie im Winter, ist René Vaudroz. Der dynamische Direktor von Bergbahnen und Skiliften war 13 Jahre lang Trainer und Chef der Schweizer Ski-Nationalmannschaft sowie Experte für Trainerausbildung im Skiverband seiner Heimat. Zusammen mit seiner Gattin und anderen berühmten Rennläufern nimmt er sich heute in seiner Skirennschule jener an, die in der normalen Skischule Leysins nichts mehr lernen können.

Bobfahren ist in Leysin ein Reizwort, seit ein französischer Graf in Zusammenarbeit mit einem adeligen Russen das Dorf vor dem Ersten Weltkrieg zu einer Hochburg dieses rasanten Sports machte. Heute gibt es im Dorf zwar keine Bobbahn mehr, doch noch zahlreiche mutige Männer, die andernorts dem Sport auf schmalen Stahlkufen mit viel Erfolg frönen. Sogar ein amtierender Weltmeister ist in Leysin zu Hause...

Mindestens so gut wie über die Pisten wedeln kann man in Leysin essen. Besonders empfehlenswert ist die Küche in den Vier-Sterne-Hotels „Central-Résidence" und „Le Relais" sowie im Café-Restaurant „Le Leysin". Zu gedämpfter Musik kann man im „Leysin" in rustikaler Umgebung alpenländische Spezialitäten genießen, wobei jene am besten sind, die auf prasselndem Holzfeuer zubereitet werden. Nach Rekord-Weinernten in den vergangenen Jahren ist das Angebot von guten Weinen der Region erschwinglich und groß – fast so groß wie das Angebot von Lokalen für jene, die das Après-Ski bei Musik, Tanz und einem edlen Tropfen bis Mitternacht oder gar darüber hinaus ausdehnen wollen.

WALTER H. RUEB

*

Auskunft: Intervoyages Leysin SA., CH-1854 Leysin; Verkehrsbüro Leysin, CH-1854 Leysin; oder Schweizer Verkehrsbüro, Kaiserstraße 23, 6000 Frankfurt/M.

KATALOGE

Polar Reisen (Polar Reisen GmbH, 8345 Birbach): „Ferienhäuser in Skandinavien, Frankreich und auf den Kanarischen Inseln" – Einsam und romantisch gelegene Ferienhäuser, besonders für Angler, bietet der bayerische Veranstalter. Der 265 Seiten starke farbige Prospekt stellt die Objekte mit Foto, Grundriß und einer Klassifizierung der Angelmöglichkeiten vor. Erwähnung finden auch die Einkaufssituation, vorhandene Boote, Saunen und andere Details. In Frankreich werden komfortable Villen in der Bretagne, Normandie und Aquitaine angeboten, auf den Kanaren Appartements und Luxusvillen. Preisbeispiel: Ein zweistökkiges Haus für vier Personen auf den Lofoten mit ausgezeichneten Angelmöglichkeiten und vorhandenem Boot sowie Kleinkinderstrand kostet 77 Mark pro Tag.

Ikarus Tours (Ikarus Tours, Fasanenweg 1, 6240 Königstein/Taunus): „Ikarus Expeditionen 1984" – Unter den 27 Routen befindet sich mit einer Trans-Borneo-Expedition nach Auskunft des Veranstalters eine Weltpremiere. Zu Fuß und in Langbooten auf dem Mahakamfluß werden die höchstens 15 Teilnehmer für 8490 Mark den Urwald und den Stamm der Dayak kennenlernen. Ein ähnlich anspruchsvolles Programm führt nach Neu-Guinea. Der Preis: 11 990 Mark. Weitere Touren führen per Schlauchboot auf den Omo-Fluß in Äthiopien oder nach Spitzbergen, im Geländewagen durch die Südsahara oder zum tibetanischen Kloster Kumbum und dem heiligen Berg der Tibeter in der chinesischen Provinz Qinghai, dem Anyemaqen.

Privatours (Privatours, Hauptstraße 13a, 6393 Wehrheim 1): „Urlaub nach Maß – Individuelle Reisen mit Linie, Charter und Selbstfahrer" – Für Individualisten mit den Reisezielen Kanarische Inseln oder Französische Antillen hat der deutsche Veranstalter Angebote vom einsam gelegenen Luxushotel bis zum einfachen Bungalow abseits der Touristenzentren in seinem Programm. Der Prospekt wirbt mit den Prädikaten „wenig deutsche Touristen" oder „Ursprünglichkeit statt Komfort", und im Luxushotel Le Hamak auf Guadeloupe beispielsweise zahlt der Kunde für eine Woche einschließlich Air-France-Flug ab Paris oder Mülhausen 2990 Mark. Eine Woche im vorwiegend von Spaniern besuchten Badeort Icod auf Teneriffa kostet, je nach Charterflugtarif, zwischen 760 und 980 Mark ab Düsseldorf.

Dr. Tigges-Fahrten (Touristik Union International, Karl-Wiechert-Allee 23, 3000 Hannover): „Sommer 1984 – Winter 1984/85" – Zum ersten Mal präsentieren die Dr. Tigges-Fahrten ihr Programm in einem Ganzjahreskatalog. Von den 147 zum großen Teil neu konzipierten Reisen gehören 98 zu den klassischen Studienfahrten. Während die Preise für Reiseziele in Israel, Italien und Indien zwischen drei und fünf Prozent gestiegen sind, werden Ferienziele in Spanien, Portugal und Nordafrika preiswerter als im vergangenen Jahr angeboten. Preisbeispiel für eine neue China-Variante über die Mongolei zur Wüste Gobi und an die Große Mauer: 22 Tage ab Frankfurt ab 7980 Mark.